

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

GABRIELE METZLER

Die Nobelpreise für deutsche Wissenschaftler 1919

CORNELIA ESSNER UND EDOUARD CONTE
„Fernehe“, „Leichentrauung“ und „Totenscheidung“
Metamorphosen des Eherechts im Dritten Reich

VICTOR MAUER

Macmillan und die Berlin-Krise 1958/59

DANIEL KOSTHORST

Chruschtschow und die Adschubej-Mission in
der Bundesrepublik 1964

DOKUMENTATION

Epilog zur Reform der Weimarer Reichsverfassung
im Frühjahr 1933
(Gerhard Schulz)

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRÄCHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Norbert Frei, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Andreas Wirsching

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr.46 b, 80636 München, Tel.12 68 80, Fax 123 17 27

44. Jahrgang

Heft 2

April 1996

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Gabriele Metzler* „Welch ein deutscher Sieg!“ Die Nobelpreise von 1919 im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft 173
- Cornelia Essner/
Edouard Conte* „Fernehe“, „Leichentrauung“ und „Totenscheidung“. Metamorphosen des Eherechts im Dritten Reich . . 201
- Victor Mauer* Macmillan und die Berlin-Krise 1958/59 229
- Daniel Kosthorst* Sowjetische Geheimpolitik in Deutschland? Chruschtschow und die Adschubej-Mission 1964 . 257

DOKUMENTATION

- Gerhard Schulz* Sand gegen den Wind. Letzter Versuch zur Beratung einer Reform der Weimarer Reichsverfassung im Frühjahr 1933 295

ABSTRACTS	321
MITARBEITER DIESES HEFTES	323

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Anke Thulke. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreis incl. gesetzlicher MWSt 1996: Jahresabonnement Inland DM 92,40 (DM 78,- + DM 14,40 Versandkosten); Österreich öS 701,- (577,- + 124,- Versandkosten); Schweiz und übriges Ausland DM/sFr 94,80 (78,- + 16,80 Versandkosten).

Studentenabonnement (nur Inland) DM 74,40 (60,- + 14,40 Versandkosten); Einzelheft DM 26,-, öS 192,-, sFR 26,- + Versandkosten. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 52,- zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.

Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3-11, 86650 Wemding

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilage: R. Oldenbourg Verlag, München · *Institut für Zeitgeschichte – Gesamtverzeichnis*

GABRIELE METZLER

„WELCH EIN DEUTSCHER SIEG!“¹

Die Nobelpreise von 1919 im Spannungsfeld von Wissenschaft,
Politik und Gesellschaft

I.

Es war eine überaus illustre Reisegesellschaft, die sich im Frühsommer 1920 in dem beschaulichen Ort Saßnitz auf Rügen zusammenfand, um von dort nach Trelleborg überzusetzen. Fünf renommierte deutsche Wissenschaftler gingen an Bord der Fähre, und alle fünf folgten einer Einladung der schwedischen Akademie der Wissenschaften und der Nobelstiftung: Mit den beiden Nobelpreisträgern für Physik und Chemie des Jahres 1919, Johannes Stark und Fritz Haber, reiste Max Planck, um den ihm 1918 zugesprochenen Preis endlich entgegenzunehmen. Die Preisträger von 1914 und 1915, Max von Laue (Physik) und Richard Willstätter (Chemie), schlossen sich der Gruppe an, da sie die üblichen Vorträge anlässlich ihrer Auszeichnung noch nicht gehalten hatten. Die Überfahrt verlief ruhig. „Die See war nur leicht bewegt, auf ihren niedrigen Wellen glitzerte die Sonne. In angeregter Unterhaltung saßen wir auf dem Deck beisammen. Sie wurde nahezu beherrscht von Haber [. . .]. Planck und von Laue sprachen nur wenig. Haber erzählte uns offen, warum er einen kleinen Vollbart sich hatte stehen lassen. Er sei wahrscheinlich als Kriegsverbrecher auf der Auslieferungsliste und wolle nicht sein glatt rasiertes Gesicht, das bekannt sei, tragen.“²

Anderntags trafen die Wissenschaftler in Stockholm ein und nahmen Quartier im Grand Hotel. Am 1. Juni 1920 fand im blumengeschmückten Festsaal der Musikakademie die feierliche Preisverleihung statt; da der schwedische König unpäßlich war, leitete Professor Henrik Schück die Festlichkeiten. Doch nicht nur durch die Abwesenheit der königlichen Familie unterschied sich diese Zeremonie von den vorangegangenen: Erstmals seit sechs Jahren fand überhaupt wieder eine offizielle Verleihung der Nobelpreise statt, und das war ein Anlaß zu kritischer Selbstreflexion. Der Traum Alfred Nobels von Frieden und Völkerverständigung, von Fortschritt und weltweitem Wohlstand sei in Anbetracht des Krieges und seiner Folgen der Entmuti-

¹ Tägliche Rundschau, 15.11. 1919, Abend-Ausgabe. Ich danke der Fritz Thyssen Stiftung für die Förderung meines Forschungsprojektes.

² Johannes Stark, *Erinnerungen eines deutschen Naturforschers* [1945], hrsg. von Andreas Kleinert, Mannheim 1987, S. 54.

gung und Verwirrung gewichen, eröffnete Schück die Versammlung. „Wir hatten einen Traum, und wir sind daraus erwacht.“³ Die zivilisierte Welt selbst sei bedroht, stünden doch „barbarische Horden“ unmittelbar an ihren Grenzen, bereit, alles zu zerstören. Doch noch dürfe man Hoffnung schöpfen, wenn man sich des Nobelschen Erbes erinnere: Denn was die Völker zu Humanität und Gefühlen der Brüderlichkeit führen könne, das seien „die Siege der Wissenschaft ebenso wie die Träume der Dichter und Denker, das heißt, der Glaube an die Macht der Ideen im Leben“⁴. Diese Hoffnung halte die „Menschheit auf ihrem Marsch durch die Wüste“ aufrecht. Und so komme der Nobelfeier, schloß Schück seine Rede, die Bedeutung zu, eine „äußere Manifestation jener Hoffnung“ zu sein, „die niemals sterben darf, jener Hoffnung, daß die Wissenschaft und die Poesie schließlich die Wolken des Hasses, die sich auf der Erde zusammengeballt haben, auflösen werden [. . .]“⁵.

Auf diese Ansprache folgte die Verleihung der Preise. Max Planck erhielt den Physik-Nobelpreis für 1918 in Anerkennung seiner „bahnbrechenden Untersuchungen über die Quantentheorie“, wie es in der Laudatio hieß. Diese Theorie sei „der wichtigste Leitstern für die moderne physikalische Forschung, und es scheint, als sollte es noch lange dauern, ehe die Schätze erschöpft sind, die durch Plancks Genie zutage gefördert worden sind“⁶. Der Preis für Physik des Jahres 1919 wurde Johannes Stark für seine „epochemachenden Untersuchungen“ zugesprochen; sie hatten zur Entdeckung des nach ihm benannten Effekts bei Kanalstrahlen und der Aufteilung von Spektrallinien in elektrischen Feldern geführt⁷. Der Chemiker Fritz Haber erhielt seinen Preis für die Entwicklung der Ammoniaksynthese und deren industrielle Umsetzung, wobei vor allem letztere als „ein überaus wichtiges Mittel zur Hebung der Landwirtschaft und des Wohlstandes der Menschheit“ gewürdigt und Haber „zu diesem Triumph im Dienste Ihres Landes und der ganzen Menschheit“ beglückwünscht wurde⁸.

Am Abend der Nobelfeier fand schließlich ein glanzvolles Bankett zu Ehren der Preisträger statt, „eine riesige Gesellschaft [war] um die Tische versammelt, wohl die ganze wissenschaftliche, wirtschaftliche und politische Welt Stockholms“⁹. Åke Ekstrand, der Präsident der Akademie der Wissenschaften, würdigte in seiner Tischrede abermals die Leistungen der ausgezeichneten deutschen Wissenschaftler, in deren Namen dann Max Planck sprach. Er dankte für die Anerkennung und die erwiesene Gastfreundschaft, welche „Beweise echter edler Menschlichkeit“ erbracht habe; als Deutsche empfänden er und seine Kollegen die Auszeichnungen „als ein besonders hohes Glück“, aus dem sie wieder Hoffnung schöpfen könnten: „Für jetzt freilich ist den

³ Discours du président de la Fondation Nobel M. le professeur Schück, in: Nobelstiftelsen Stockholm, Les Prix Nobel en 1919–1920, Stockholm 1922, S. 14f., Zitat S. 15.

⁴ Ebenda, S. 15.

⁵ Ebenda, S. 16.

⁶ Ansprache des Präses der Kgl. Akademie der Wissenschaften, Å. G. Ekstrands, in: Ebenda, S. 20.

⁷ Ebenda, S. 28.

⁸ Ebenda, S. 38.

⁹ Stark, Erinnerungen eines Naturforschers, S. 55.

Gelehrten in Deutschland der Himmel schwarz behangen. Und doch sehen wir der Zukunft getrost entgegen; denn wir vertrauen auf unseren edelsten Schatz, auf unsere Arbeit. Aber die Wissenschaft ist international, das sehen wir heute zu unserer Freude, und wir spüren den Segen, der darin liegt, daß sie ein geistiges Band schlingt zwischen Männern, die sich im äußerlichen Leben in weiter Ferne gegenüberstehen, und daß eine wissenschaftliche Leistung bewertet wird ohne Rücksicht auf das Land, wo sie entstanden ist.“ Nach diesen Worten erhob Planck sein Glas und brachte einen Toast aus auf „das einträchtige Zusammenarbeiten der internationalen [. . .] Wissenschaft“¹⁰.

Der äußere Glanz und die wiederholten Bekenntnisse wechselseitiger Sympathie dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Stockholmer Feierlichkeiten von einem überaus bitteren Unterton begleitet waren. Allein der preußischen Disziplin Max Plancks war es zuzuschreiben, daß er sich in seiner Tischrede bemühte, den immer wieder beschworenen „Geist der Eintracht und Harmonie“¹¹ nicht zu zerstören. Aber die Realität der deutschen Wissenschaft im Sommer 1920 sah anders aus: Verunsichert durch den Verlust des Krieges, in ihrer materiellen Grundlage bedroht durch die fortschreitende Inflation, von der internationalen *scientific community* abgeschnitten und von überaus heftigen internen Streitigkeiten heimgesucht, war sie in einer schwierigen Lage; von „Eintracht und Harmonie“ konnte jedenfalls nicht die Rede sein. Vor allem die deutschen Physiker befanden sich in einer Phase der tastenden Neuorientierung, nicht nur, was ihre gesellschaftliche Stellung betraf, sondern auch ihre wissenschaftlichen Grundlagen im eigentlichen Sinne. Doch in den Reibungen, die zwischen den Bereichen Gesellschaft, Kultur, Politik und Wissenschaft entstanden, bildeten sich sowohl die moderne Physik – und mit ihr ein neues Weltbild – als auch das Selbstverständnis der Wissenschaftler heraus, ein Zusammenspiel, das von der historischen Forschung bislang weitgehend unbeachtet geblieben ist¹². In den Studien zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik wurde die Wissenschaft entweder beiläufig ausgeblendet¹³ oder bewußt beiseite geschoben, da sich in ihr, vor allem in den Naturwissenschaften, gesellschaftliche Entwicklungen nicht niedergeschlagen hätten; sie im Rahmen einer kulturgeschichtlichen Untersuchung zu behandeln, mache keinen Sinn, schreibt etwa Walter Laqueur, denn die Naturwissenschaften „gehören der ganzen Menschheit und nicht einem Land allein. Es gab deutsche Literatur, ein deutsches Theater, [. . .] aber nur ein Dummkopf oder Fanatiker würde von einer deutschen Mathematik oder Physik sprechen.“¹⁴

¹⁰ Ansprache Max Plancks, in: Les Prix Nobel 1919–1920, S. 41.

¹¹ Ebenda.

¹² Die grundlegenden Arbeiten von Paul Forman sind bislang von Historikern, die sich nicht mit Wissenschaftsgeschichte im engeren Sinne befassen, erstaunlich wenig rezipiert worden. In deutscher Übersetzung sind die beiden wichtigsten Aufsätze Formans (Weimarer Kultur, Kausalität und Quantentheorie 1918–1927; Kausalität, Anschaulichkeit und Individualität) sowie Diskussionsbeiträge abgedruckt in: Karl von Meyenn (Hrsg.), *Quantenmechanik und Weimarer Republik*, Braunschweig/Wiesbaden 1994.

¹³ So etwa bei Peter Gay, *Weimar Culture. The Outsider as Insider*, New York 1968, S. XIV.

¹⁴ Walter Laqueur, *Weimar. A Cultural History 1918–1933*, New York 1974, S. 217.

Im folgenden geht es darum, diese weitgehend etablierte Forschungsmeinung zu hinterfragen, gerade die Spannungsverhältnisse zwischen Wissenschaft, Kultur, Politik und Gesellschaft aufzuspüren und die Naturwissenschaft am Ende als ein weiteres „Spannungsfeld der gesellschaftlichen Modernisierung“ (Detlev Peukert) zu verstehen. Dabei wird zunächst am Beispiel der drei Nobelpreisträger von 1918/19 das Verhalten deutscher Wissenschaftler während des Ersten Weltkrieges untersucht, wobei die Person Max Plancks im Zentrum steht. Im dritten Abschnitt wird zu fragen sein, welche Auswirkungen der Krieg auf die internationale Gelehrtenrepublik hatte, und in welcher Form sie nach dessen Ende wiedererrichtet wurde. Die jeweilige spezifische nationale wie auch die internationale Situation wirkten auf die Diskussionen um die deutschen Nobelpreise zurück, die im darauffolgenden Kapitel untersucht werden. Ausgehend von diesen Debatten sollen im fünften Abschnitt Rückschlüsse gezogen werden auf die innere Entwicklung der Physik, ihre gesellschaftliche Verankerung und politischen Konnotationen sowie ihre Bedeutung für die Kultur der Weimarer Republik, ehe im letzten Kapitel ein Resümee gezogen und versucht wird, eine neue Deutung für die beschriebene Entwicklung zu geben.

II.

Bereits die Zusammensetzung der kleinen Reisegruppe, die sich 1920 auf den Weg nach Stockholm machte, spiegelt einige der Konfliktlinien wider, welche die deutsche *scientific community* im späten Kaiserreich prägten. Da war Max Planck, Professor für theoretische Physik an der Berliner Universität und ständiger Sekretär der physikalisch-mathematischen Klasse der Preußischen Akademie der Wissenschaften, welcher er seit 1894 angehörte¹⁵. 1858 geboren, entstammte er dem protestantischen Bildungsbürgertum; seine politischen Ansichten waren die eines gemäßigten Liberalen. Ebenso wenig wie in gesellschaftlicher oder politischer Hinsicht war Planck in seiner Wissenschaft ein Revolutionär, und doch gaben seine Arbeiten den Anstoß zu grundstürzendem Wandel in der Physik: Denn was er im Dezember 1900 seinen Zuhörern in der Sitzung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft präsentierte, das Postulat der Quantelung der Strahlungsenergie, war völlig neuartig und mit den Prinzipien der klassischen Physik nicht vereinbar, und so legte er mit der Quantenhypothese und der Einführung des später nach ihm benannten „Planckschen Wirkungsquantums“ als universeller Naturkonstante den Grundstein für die moderne Quantenphysik.

Als wissenschaftliche Kapazität unangefochten – seit 1908 tauchte sein Name immer wieder auf den Vorschlagslisten für den Physik-Nobelpreis auf¹⁶ –, wuchs

¹⁵ Zur Biographie Plancks grundlegend John L. Heilbron, *The Dilemmas of an Upright Man. Max Planck as Spokesman for German Science*, Berkeley 1986 (dt.: *Max Planck. Ein Leben für die Wissenschaft*, Stuttgart 1988).

¹⁶ Zu den Gründen, weshalb Planck den Nobelpreis nicht schon vor 1918 erhielt, vgl. Bengt Nagel, *The Discussion Concerning the Nobel Prize for Max Planck*, in: Carl Gustaf Bernhard u. a. (Hrsg.), *Science, Technology, and Society in the Time of Alfred Nobel*, Oxford u. a. 1982, S. 352–376.

Planck in den folgenden Jahren auch in die Rolle einer moralischen Autorität und die Position des *praeceptor scientiae* hinein. Obwohl er selbst bestenfalls ein „Revolutionär wider Willen“ war, erkannte er als einer der ersten die Bedeutung der zweiten umwälzenden Entwicklung in der Physik des 20. Jahrhunderts, der Relativitätstheorie. Für Planck stand außer Frage, daß die Einsteinsche Leistung einen Grundpfeiler für das Gebäude der modernen Naturwissenschaften schuf, und so ließ er es sich nicht nehmen, selbst nach Zürich zu fahren und den Schöpfer der Relativitätstheorie nach Berlin abzuwerben¹⁷. Weder die in der Folgezeit auftretenden Differenzen in physikalischen Fragen noch ihre unterschiedliche Haltung in der Kriegszeit taten der freundschaftlichen Beziehung Einsteins zu Planck Abbruch; „man kann ja anderer Meinung sein wie Planck“, schrieb Einstein 1920 an Max Born, „aber an seinem aufrichtigen, edlen Charakter kann man nur zweifeln, wenn man selber keinen hat“¹⁸.

Es scheint für das Urteil des Pazifisten Einstein keine Rolle gespielt zu haben, daß Planck zu den Unterzeichnern des Aufrufs der 93 Intellektuellen „An die Kulturwelt!“ gehörte. Anlaß für dieses Manifest, dessen Text der Schriftsteller Ludwig Fulda entworfen hatte¹⁹, war die Empörung im Ausland, welche die teilweise Zerstörung der belgischen Universitätsstadt Löwen durch deutsche Truppen im August 1914 hervorgerufen hatte. Die gegen Deutschland erhobenen Vorwürfe wurden energisch zurückgewiesen: Wie mit Hammerschlägen wurden die Argumente mit dem abschnittsweise wiederholten Satz „Es ist nicht wahr ...“ eingeleitet. Deutschland habe diesen Krieg nicht verschuldet und die belgische Neutralität nicht willkürlich verletzt, seine Truppen hätten nicht mit unbilliger Härte gehandelt, und die deutsche Kriegführung verstoße nicht gegen das Völkerrecht, lauteten die Entgegnungen, kulminierend schließlich in der These: „Es ist nicht wahr, daß der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus kein Kampf gegen unsere Kultur ist, wie unsere Feinde heuchlerisch vorgeben. Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Boden getilgt. Zu ihrem Schutz ist er aus ihr hervorgegangen in einem Lande, das jahrhundertlang von Raubzügen heimgesucht wurde wie kein zweites. *Deutsches Volk und deutsches Heer sind eins.*“ Deutschland kämpfe für die „europäische Zivilisation“ gegen diejenigen, die „der Welt das schmachvolle Schauspiel bieten, Mongolen und Neger auf die weiße Rasse zu hetzen“. Als „Kulturvolk“ wollten die Deutschen „diesen Kampf zu Ende kämpfen“²⁰.

Die 93 Unterzeichner, die mit ihrem Namen und mit ihrer Ehre diesem Dokument der Selbstüberhebung Gewicht verliehen, repräsentierten die kulturelle Elite des Kai-

¹⁷ Vgl. Albrecht Fölsing, *Albert Einstein. Eine Biographie*, Frankfurt a. M. 1993, S. 371 ff.

¹⁸ Albert Einstein an Max Born, 28. 10. 1920, in: *Albert Einstein – Hedwig und Max Born: Briefwechsel 1916–1955*, hrsg. und kommentiert von Max Born, München 1969, S. 71.

¹⁹ Die Urheberschaft wird gelegentlich auch anderen zugeschrieben; vgl. hier Bernhard vom Brocke, *Wissenschaft und Militarismus. Der Aufruf der 93 „An die Kulturwelt!“ und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg*, in: *William M. Calder III (Hrsg.), Wilamowitz nach 50 Jahren*, Darmstadt 1985, S. 649–719, hier S. 662.

²⁰ Zit. nach ebenda, S. 718 (Text des Aufrufs), Hervorhebung im Original.

serreichs: Unter ihnen waren 58 Professoren, fast die Hälfte davon Naturwissenschaftler oder Mediziner, darunter die Nobelpreisträger Wilhelm Conrad Röntgen, Philipp Lenard, Wilhelm Wien, Emil Fischer, Adolf von Baeyer, Wilhelm Ostwald, Emil von Behring und Paul Ehrlich. Viele hatten unterschrieben, ohne den Text gelesen zu haben, die Mitteilung der Namen anderer Unterzeichner hatte ihnen genügt²¹. Auch Max Planck war der Wortlaut des Manifests unbekannt, als er seine Unterschrift gab²², doch auch ihn hatte die allgemeine euphorische Stimmung der ersten Kriegsmonate ergriffen. In seiner Rede zur Stiftungsfeier der Berliner Universität beschwor er wenige Tage nach der Mobilmachung Einigkeit im gemeinsamen Handeln: „Wir wissen nicht, was der nächste Morgen bringen wird; wir ahnen nur, daß unserem Volke in kurzer Zeit etwas Großes, etwas Ungeheures bevorsteht, daß es um Gut und Blut, um die Ehre und vielleicht um die Existenz des Vaterlandes gehen wird. Aber wir sehen und fühlen auch, wie sich bei dem furchtbaren Ernst der Lage alles, was die Nation an physischen und sittlichen Kräften ihr eigen nennt, mit Blitzesschnelle in eins zusammenballt und zu einer gen Himmel lodernden Flamme heiligen Zornes sich entzündet [. . .].“²³

Während Planck den Wirkungen des Krieges im Inneren, vor allem dem Burgfrieden, durchaus etwas Gutes abgewinnen konnte²⁴, hielt er es freilich für angebracht, daß die deutschen Wissenschaftler sich mit feindseligen Aktionen gegenüber ihren ausländischen Kollegen zurückhielten. Als ihn sein Berliner Kollege Wilhelm Wien für eine gemeinsame antienglische Erklärung gewinnen wollte, verweigerte Planck seine Unterschrift; man solle mit derlei Dingen warten, bis der Krieg beendet sei, ließ er Wien wissen, denn sollte das Undenkbare geschehen und Deutschland verlieren, dann habe ein solches Manifest eine schädliche Wirkung²⁵.

Seine Kollegen, mit denen er nach dem Krieg nach Stockholm reisen sollte, hatten weniger Skrupel. Johannes Stark unterzeichnete die Wiensche Erklärung, und Fritz Haber trat mit Nachdruck dafür ein, auswärtige Mitglieder aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften auszuschließen²⁶. Im Gegensatz zu Stark und Haber rückte Planck jedoch noch während des Krieges vom Manifest der 93 ab. Vor allem sein Kontakt zu Hendrik Antoon Lorentz, Professor für Physik an der Universität Leiden, bestärkte ihn in seinem Gesinnungswandel; die Kriegsverluste in der eigenen Familie haben das ihrige dazu beigetragen, daß Planck sich immer häufiger nach dem Sinn des Waffenganges fragte. Er habe der Erklärung nur zugestimmt, schrieb er im

²¹ Ebenda, S. 661.

²² Heilbron, *Dilemmas of an Upright Man*, S. 70.

²³ *Dynamische und statistische Gesetzmäßigkeit*. Rede, gehalten bei der Feier zum Gedächtnis des Stifters der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, am 3.8. 1914, in: Max Planck, *Vorträge und Erinnerungen*, Darmstadt 1983, S. 81–94, hier S. 81.

²⁴ Max Planck an Wilhelm Wien, 8. 11. 1914, in: *Archive for the History of Quantum Physics*, University of California, Berkeley (künftig: AHQP), Nachlaß Wilhelm Wien, Microfilm-Ausgabe.

²⁵ Max Planck an Wilhelm Wien, 1. 1. 1915, in: Ebenda.

²⁶ Fritz Haber an Emil Fischer, 12. 7. 1915, in: Emil Fischer Collection, Bancroft Library, University of California, Berkeley, MSS 71/95 z, Box 18.

Frühjahr 1915 an Lorentz, weil er den Krieg für eine existentielle Frage für Deutschland gehalten habe. Doch inzwischen gehe es ihm um etwas anderes, nämlich die Möglichkeiten der Versöhnung mit den Gegnern; nachdem sie ihre Loyalität zu Deutschland bekundet hätten, gebe es jetzt „gerade für die Gelehrten keine dringendere und keine schönere Aufgabe, als an rechter Stelle ihr Bestes einzusetzen, um der fortschreitenden Vergiftung des Kampfes und der Vertiefung des Völkerhasses nach Kräften entgegenzutreten.“²⁷

Im März 1916 ging Planck noch einen Schritt weiter: In einem offenen Brief an Lorentz distanzierte er sich, wenn auch vorsichtig, vom Aufruf „An die Kulturwelt!“. Er habe, ebenso wie manch anderer seiner Kollegen, das Manifest nur unterzeichnet, weil es darum gegangen sei, die Ehre der deutschen Armee gegen ungerechte Anschuldigungen zu verteidigen. Zugegeben, der Appell spiegele in seiner Form die Euphorie der ersten Kriegswochen wider; eine generelle Absolution wolle er indes niemandem erteilen, sondern die Verantwortung für den Krieg sei erst nach dessen Beendigung zu klären. Die Schlußpassage schließlich legt den Kern Planckscher Überzeugungen bloß: „Für jetzt ist uns Deutschen, so lange dieser Krieg noch währt, nur die eine Aufgabe gestellt, dem Vaterlande mit allen Kräften zu dienen. Was ich aber weiter mit besonderem Nachdruck [...] zu betonen wünsche, ist die feste, auch durch die Ereignisse des gegenwärtigen Krieges nie zu erschütternde Überzeugung, daß es Gebiete der geistigen und der sittlichen Welt gibt, welche jenseits der Völkerkämpfe liegen, und daß eine ehrliche Mitwirkung bei der Pflege dieser internationalen Kulturgüter [...] wohl vereinbar ist mit glühender Liebe und tatkräftiger Arbeit für das eigene Vaterland.“²⁸ Sein Bemühen, den Internationalismus der Wissenschaft durch den Krieg zu retten, führte Planck in den „Kulturbund deutscher Gelehrter und Künstler“ und ließ ihn in der Berliner Akademie für eine gemäßigte Politik gegenüber den Wissenschaftlern im Ausland eintreten²⁹.

Forschungsarbeit für das deutsche Militär hat Planck nicht geleistet, ebensowenig wie Johannes Stark, dessen „Kriegseinsatz“ sich auf einen mehrtägigen Physikkurs für Soldaten an der Westfront beschränkte³⁰. Das war aber bereits die einzige Gemeinsamkeit zwischen den beiden Physikern.

Stark, 16 Jahre jünger als Planck, entstammte einer Bauernfamilie aus der Oberpfalz. Nach der Promotion in München und der Habilitation in Göttingen war er Professor in Hannover, Braunschweig, Greifswald und Aachen, ehe er im Frühjahr 1917 nach Greifswald zurückkehrte. Die Politisierung des bildungsbürgerlichen *homo novus* erfolgte im Ersten Weltkrieg, als er sich ohne jeden Vorbehalt zum

²⁷ Max Planck an H. A. Lorentz, 28.3. 1915, in: AHQP, Sources for the History of Quantum Physics (künftig: SHQP), Microfilm LTZ (künftig: LTZ) 5.

²⁸ Entwurf in Max Planck an H. A. Lorentz, 28.2. 1916, publizierte Fassung unter dem Datum „März 1915“, in: Ebenda.

²⁹ Vgl. Plancks Rede zum Leibniztag, 1.7. 1915, in: Sitzungsberichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften 1915, XXXIV, Berlin 1915, S. 481–484, bes. S. 483 f.

³⁰ Stark, Erinnerungen eines Naturforschers, S. 51.

Chauvinismus bekannte³¹. Das brachte ihn in immer stärkeren Gegensatz zu Albert Einstein, dessen wissenschaftlichen Leistungen und Persönlichkeit er bis dahin durchaus seine Anerkennung gezollt hatte. Nun aber waren ihm der Pazifismus und die internationalistische Grundhaltung seines Berliner Kollegen zuwider, und dieser Bruch in den politischen Auffassungen spielte mehr und mehr auch in die wissenschaftlichen Kontroversen hinein. Bereits in den Kriegsjahren deutete sich der fundamentale Konflikt an, welcher die deutsche Physikerschaft nach 1918 spaltete: das Auseinanderdriften von theoretischer und angewandter Physik, das dann auch politisch aufgeladen wurde.

Weitgehend unbelastet von diesen Streitigkeiten der deutschen Physiker, doch über die Entwicklungen seiner Nachbardisziplin wohl informiert³², war Fritz Haber. Er wurde 1868 geboren und entstammte einer schlesisch-jüdischen Kaufmannsfamilie. Nach seiner „Glanzzeit“ in Karlsruhe, wo er nach der Habilitation seine erste Professur innegehabt hatte und wo ihm bahnbrechende Untersuchungen gelungen waren, wurde er 1911 zum Gründungsdirektor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin ernannt³³. Dort verfügte er nach kurzer Zeit über enge persönliche Verbindungen etwa zu Planck und Einstein, von denen er sich indes in einer Hinsicht wesentlich unterschied: Denn während Einstein den Krieg grundsätzlich verdammt und Planck sich rhetorisch zur deutschen Politik bekannte, stellte Fritz Haber sein Wissen aktiv in den Dienst der Kriegführung. Das Kaiser-Wilhelm-Institut wurde unter seiner Leitung zur Schaltstelle des wissenschaftlichen Kriegseinsatzes, der zum einen der Erforschung und Produktion von Ersatzstoffen für die ausbleibenden Rohstoffe galt, zum anderen der Steigerung militärischer Effizienz. Mit seiner Unterschrift unter das Manifest der 93 unterstützte Haber das Heer nur ideell. Mit den neu entwickelten Kampfgasen gab er ihm auch eine weitere Waffe in die Hand.

Auch nach dem Krieg war Haber weiterhin an der Entwicklung chemischer Kampfstoffe beteiligt, während er zugleich im Amt für wirtschaftliche Demobilisierung für die Chemie verantwortlich zeichnete. Er, der den Kriegsausbruch in der kaiserlichen Uniform miterlebt hatte, fühlte sich nun, ähnlich wie Planck, der jungen Republik verpflichtet, der er mit seiner zivilen wie militärischen Forschung dienen wollte. Was sich indes noch auf Jahre hinaus als Hindernis bei der Reintegration der deutschen Wissenschaft in die internationale *scientific community* erweisen sollte, war Habers Engagement während des Krieges. Als ihm die schwedische Akademie 1918 den Nobelpreis zusprach, wurde diese Entscheidung zum Testfall für die internationale Wissenschaft.

³¹ Alan D. Beyerchen, *Scientists under Hitler. Politics and the Physics Community in the Third Reich*, New Haven, Conn./London 1977, S. 104f.

³² Stark, *Erinnerungen eines Naturforschers*, S. 54.

³³ Zur Biographie Habers vgl. ausführlich Dietrich Stoltzenberg, *Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude*, Weinheim 1994.

III.

Harmonie und Eintracht in der internationalen Gelehrtenrepublik, wie sie in Stockholm 1920 immer wieder beschworen wurden, gab es nicht. Dem Druck des Krieges und der chauvinistischen Exzesse, die er freigesetzt hatte, hatte die übernationale *scientific community* nicht standhalten können, die Wissenschaft wurde in fundamentale politische Konflikte hineingezogen. Bereits vor 1914 hatte sie klar erkennbare politische Konnotationen besessen, die sich etwa in verstärkter und zum Teil der Form nach neuartiger staatlicher Forschungspolitik ausgedrückt hatten³⁴; aber gleichzeitig war seit der Jahrhundertwende auch der Trend zu institutionalisiertem internationalem Austausch zu erkennen gewesen, so zum Beispiel im Zusammenschluß der Akademien der Wissenschaften oder auch im deutsch-amerikanischen Professorenaustausch³⁵. Indes, ideellen Internationalismus hatten diese Bemühungen offensichtlich nicht gefördert, zählten doch auch drei ehemalige „Kaiser-Wilhelm-Professoren“, der Chemiker Wilhelm Ostwald, der Historiker Eduard Meyer und der Philosoph Rudolf Eucken, zu den Unterzeichnern des Aufrufs der 93.

Mit ihrem Manifest kündigten die deutschen Wissenschaftler ihre Mitgliedschaft in der internationalen Gelehrtenrepublik auf. Denn indem sie sich ohne Vorbehalte zum deutschen Militarismus bekannten und zugleich den Anspruch erhoben, die führende Stellung in der „Kulturwelt“ einzunehmen, provozierten sie heftigste Gegenreaktionen im Ausland. Vor allem in Frankreich sah man sich nun in dem Mißtrauen bestätigt, das man der deutschen Wissenschaft schon seit längerer Zeit entgegenbrachte; zu Recht, so dachte man dort, hatte man Frankreich mit der *civilisation* und die Nachbarn jenseits des Rheins mit dem Barbarentum gleichgesetzt³⁶. Konsequenterweise schloß die Pariser Académie des Sciences die Unterzeichner des Aufrufs von ihrer Mitgliedschaft aus. Ähnliche Schritte wurden nach Erscheinen des Manifests auch in England erwogen, doch noch beherrschte das Prestige, welches die deutsche Wissenschaft auf der Insel hatte, die Diskussionen. Erst mit den fortschreitenden Kampfhandlungen und der Wende zum Gas- und U-Boot-Krieg verdüsterte sich dieses Bild auch auf den britischen Inseln, und 1915 verlieh der renommierte Mediziner Sir William J. Osler nicht nur einer vereinzelt Meinung Ausdruck, als er erklärte, daß dieser Krieg den „Tod der internationalen Wissenschaft“ bedeute, die zumindest in seiner Generation nicht mehr zum Leben erweckt werden könne³⁷.

³⁴ Eine Übersicht bei Gerhard A. Ritter, *Großforschung und Staat in Deutschland. Ein historischer Überblick*, München 1992.

³⁵ Vgl. Bernhard vom Brocke, *Der deutsch-amerikanische Professorenaustausch. Preußische Wissenschaftspolitik, internationale Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer deutschen auswärtigen Kulturpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch* 31 (1981), S. 128–182.

³⁶ Harry W. Paul, *The Sorcerer's Apprentice. The French Scientist's Image of German Science, 1840–1919*, Gainesville 1972, S. 77 f. und *passim*.

³⁷ Vom Brocke, *Wissenschaft und Militarismus*, S. 669 ff.

Übersteigter Nationalismus und konkurrierende kulturelle Führungsansprüche zerstörten die internationale Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg, was Albert Einstein, der in Berlin die Massenpsychose zu Kriegsbeginn miterlebt hatte, zur Verzweiflung trieb: „Ich würde so gerne etwas tun“, schrieb er ratlos an seinen Leidener Kollegen Paul Ehrenfest, „um die Kollegen aus den verschiedenen Vaterländern zusammenzuhalten. Ist nicht das Häuflein emsiger Denkmenschen unser einziges ‚Vaterland‘, für das unsereiner etwas Ernsthaftes übrig hat? Sollen auch *diese* Menschen Gesinnungen haben, die alleinige Funktion des Wohnortes sind?“³⁸

In der Tat, die Wissenschaftler hatten nationale „Gesinnungen“, und so begleitete der Krieg der Professoren die Kämpfe auf den Schlachtfeldern. Deutschland konnte indes seine Kriegsziele in keinem Fall verwirklichen und erlitt auf beiden Kriegsschauplätzen eine klare Niederlage. Denn anstatt die uneingeschränkte Führung in der internationalen Wissenschaft an sich zu ziehen, wurden die deutschen Gelehrten nun isoliert. Vor allem auf Drängen französischer Wissenschaftler stellte die internationale Assoziation der Akademien vorerst ihre Arbeit ein; persönliche Kontakte zu deutschen Kollegen wiederaufzunehmen, hielt man in Frankreich für unmöglich, denn schließlich hätte die deutsche Wissenschaft ihre Ehre verloren. Der Mathematiker und ehemalige Präsident der Académie des Sciences in Paris, Emile Picard, plädierte dafür, die internationale Assoziation ganz aufzulösen und durch eine neue Organisation zu ersetzen, von der die Vertreter der Mittelmächte ausgeschlossen werden sollten³⁹.

Die Frage, ob und in welcher Form man zum internationalen Austausch in den Wissenschaften zurückkehren wollte, wurde bis zum Kriegsende vertagt. Dann aber mußten die deutschen Gelehrten zu der bitteren Erkenntnis gelangen, daß der hochtrabende Anspruch des Manifests der 93, für die Zivilisation zu kämpfen, sich nun in ein Argument gegen die deutschen Wissenschaftler umkehrte. So beschloß die interalliierte Konferenz, die sich im Oktober 1918 in London mit diesem Thema beschäftigte, einstimmig, vorerst keinen Kontakt zu Deutschland aufzunehmen, weder im persönlichen Bereich noch auf der offiziellen Ebene der Akademien. Erst wenn die Deutschen und ihre Verbündeten in die Gemeinschaft zivilisierter Völker, in welcher Verträge geachtet und bestimmte Verhaltensregeln befolgt würden, zurückgekehrt wären, könne man über eine neue Kooperation nachdenken, und die *conditio sine qua non* lautete schließlich: „In order to restore the confidence, without which no scientific intercourse can be fruitful, the Central Powers must renounce the political methods which have led to the atrocities that have shocked the civilized world.“⁴⁰ An die Stelle der Assoziation der Akademien trat nun der *International Research Council (IRC)*, von dem die Deutschen und ihre Verbündeten zunächst ausgeschlossen blieben.

³⁸ Albert Einstein an Paul Ehrenfest, o.D. (Poststempel vom 23. 8. 1915), in: AHQP, SHQP 1, Hervorhebung im Original.

³⁹ Emile Picard an George Ellery Hale, 22. 7. 1917, in: Archive of the California Institute of Technology, Pasadena, George Ellery Hale Papers, MSS Box 47.

⁴⁰ Zit. nach Science, 22. 11. 1918 (N.S., XLVIII): International Scientific Organization, S. 509f., hier S. 510.

Doch auch ohne deutsche Beteiligung übertönten Dissonanzen die Arbeit der neuen Organisation, deren Mitglieder höchst unterschiedliche Erwartungen an diese herantrugen. Aus amerikanischer Sicht ging es nicht darum, Revanche an Deutschland zu üben, sondern das Land nach angemessenen Reformen wieder in die Gemeinschaft zivilisierter Nationen aufzunehmen, und diese Leitlinie galt für den Völkerbund ebenso wie für den IRC. Dagegen hielten es die französischen und belgischen Vertreter auf der Londoner Konferenz für ausgeschlossen, Deutschland an internationalen Gremien zu beteiligen; der IRC war, ebenso wie der Völkerbund, aus dieser Sicht vorrangig ein Sicherheitspakt gegen Deutschland⁴¹. Erhebliche Konflikte gab es auch in der Frage, unter welchen Voraussetzungen es den neutralen Staaten gestattet sein sollte, dem IRC beizutreten; vor allem die Mitgliedschaft Hollands und Schwedens war umstritten. Diese Diskussionen sorgten gerade in Stockholm für Verstimmung, wo man überdies dem Ausschluß Deutschlands kritisch gegenüberstand.

Die deutsche Wissenschaft wurde isoliert, und sie isolierte sich selbst, indem sie einer Auseinandersetzung mit der Frage nach der Kriegsschuld und der Verantwortung der Wissenschaftler aus dem Weg ging. In autistischer Beharrung wurde allenfalls darauf verwiesen, daß an der Grausamkeit dieses Krieges nicht alleine Deutschland die Schuld trage⁴². Was jedoch am schwersten wog, war die unbewältigte Erbschaft des Aufrufs „An die Kulturwelt!“. Nur ein offizieller Widerruf konnte den deutschen Gelehrten den Weg in den *International Research Council* öffnen, und eben dieser Widerruf war, wie Max Planck seinen Kollegen Lorentz in Leiden wissen ließ, ein Ding der Unmöglichkeit, weil „eine Unterzeichnung dieser Erklärung in der Öffentlichkeit zweifellos vielfach den Eindruck erwecken würde, daß die deutschen Gelehrten, von ihrer bitteren Notlage getrieben, sich bereit erklärten, ihre früher ausgesprochene Überzeugung preiszugeben, daß der Krieg nicht von Deutschland allein verschuldet worden ist, und daß es, nachdem er einmal ausgebrochen war, in ihrer Pflicht lag, sich auf die Seite des deutschen Heeres zu stellen. Diese Überzeugung besteht aber tatsächlich auch heute noch, wenn auch kein Einsichtiger unter uns die in jenem Aufruf der 93 enthaltenen groben Mängel und Unrichtigkeiten ableugnen kann. [...] Heute haben sich aber die Verhältnisse wesentlich geändert. Wir sind die Besiegten, Geschlagenen und, wie man wohl auch sagen darf, Gemarterten. In diesem Zustand uns noch ein weiteres Zugeständnis abzuverlangen, [...] heißt dem überwundenen Feind noch nachträglich eine Buße auferlegen, und zwar eine Buße, die noch härter ist als die der politischen und wirtschaftlichen Knechtung.“⁴³

⁴¹ Vgl. Daniel J. Kevles, „Into Hostile Political Camps“: The Reorganization of International Science in World War I, in: *Isis* 62 (1971), S. 47–60, hier S. 55 f. und 59.

⁴² Vgl. Fritz Haber, Zur Geschichte des Gaskrieges. Vortrag, gehalten vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Deutschen Reichstages am 1. Oktober 1923, in: Ders., *Fünf Vorträge aus den Jahren 1920–1923*, Berlin 1924, S. 75–92; Arnold Berliner, Zur Beteiligung deutscher Gelehrter an der Ausbildung von Kampfmitteln, in: *Die Naturwissenschaften*, Jg. 7, 24. 10. 1919, S. 793–795.

⁴³ Max Planck an H. A. Lorentz, 5. 12. 1923, in: AHQP, SHQP, LTZ 9.

Das *non possumus*, das Planck hier anstimmte, begleitete die Diskussionen um einen möglichen Widerruf des Manifests, das auf diese Weise das Ansehen der deutschen Wissenschaft noch weit über das Jahr 1914 hinaus diskreditierte⁴⁴. Eine gewisse Larmoyanz ist den deutschen Gelehrten im Umgang mit dieser Frage überdies nicht abzusprechen, und vor allem die nach 1920 wieder einsetzenden Auslandsreisen wurden dazu genutzt, auf die äußerst unglückliche Lage, in der sich Deutschland befand, hinzuweisen⁴⁵. Gelegentlich kam es auch zu symbolischem Protest, so etwa in der Entscheidung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, den Physikertag 1923 im französisch besetzten Bonn abzuhalten, obwohl besonnene Geister davor warnten, „wissenschaftliche Zusammenkünfte in irgendwelche Beziehung zu politischen Vorgängen zu bringen“⁴⁶.

Der Selbstausschluß vom institutionalisierten internationalen Austausch setzte sich selbst dann fort, als mit dem Völkerbundsbeitritt auch die Tür zum IRC für die deutschen Gelehrten geöffnet wurde. Deutschland trat 1926 nicht bei und verzichtete auch in der Folgezeit auf eine Mitgliedschaft. Der gekränkte Stolz der vergangenen Jahre ließ die deutschen Wissenschaftler gar fordern, daß sie zur Mitwirkung im IRC formell eingeladen werden sollten; in dessen Exekutivkomitee sei ihnen und ihren österreichischen Kollegen dann jeweils ein Sitz einzuräumen, und Deutsch sei als Verhandlungssprache zuzulassen⁴⁷. Derlei Forderungen konnten von einigen IRC-Mitgliedern, vor allem Frankreich, nur mit größter Mißbilligung quittiert werden. Hatten die Deutschen vergessen, daß sie es gewesen waren, die den Krieg verloren hatten? Die Überheblichkeit, die überdies aus den Publikationen deutscher Gelehrter auch nach dem Krieg sprach, blieb im Ausland nicht unbemerkt, und der kulturelle Führungsanspruch, der weiterhin erhoben wurde, konnte kaum dazu beitragen, internationale Kooperation zu fördern. „Wenn auch die deutsche Wissenschaft in den Krisenjahren unter den schwierigen Verhältnissen schwer um ihre Existenz zu kämpfen hatte“, hieß es etwa 1927 in einer Schrift des Berliner Professors für Astronomie, Georg Struve, „die angesehene Stellung, die sie sich in früheren Zeiten auf allen Gebieten der Natur- und Geisteswissenschaften erworben, konnte sie in der Nachkriegszeit behaupten. Ein Rückgang geistiger Produktion und wissenschaftlicher Leistungen ist bei uns nicht zu verzeichnen gewesen, wohl aber bei unseren Nachbarn

⁴⁴ Vgl. H.A. Lorentz an Albert Einstein, 26. 7. 1919, in: Ebenda, SHQP 86: „Was die Stimmung betrifft, die ich bei den Fachgenossen in Frankreich und Belgien gefunden habe, so besteht allgemein, wie das auch natürlich ist, in größerem oder kleinerem Maße, ein Gefühl der Erbitterung gegen Deutschland; wenn das zum Ausdruck kommt, tritt immer wieder das unglückselige Manifest der 93 in den Vordergrund.“

⁴⁵ Vgl. die Notizen des Münchener Physikers Arnold Sommerfeld für einen Vortrag vor Studenten der University of California, ohne Datum (1922/23), in: Ebenda, SHQP 23/6: „You have in your country the most happy conditions [. . .]. The conditions in Germany are the worst [. . .].“

⁴⁶ Max Born an Albert Einstein, 25. 8. 1923; Einstein-Born-Briefwechsel, S. 116 (wie Anm. 18).

⁴⁷ Memorandum der Preußischen Akademie der Wissenschaften, 19. 3. 1926, in: AHQP, SHQP, LTZ 9; vgl. auch A. G. Cock, Chauvinism and Internationalism in Science. The International Research Council, 1919–1926, in: Notes and Records of the Royal Society of London 37 (1983), S. 249–288, bes. S. 266 ff.

jenseits des Rheins, bei denen sich gewisse Degenerationserscheinungen in kultureller Beziehung beobachten lassen.“⁴⁸

Zum Selbstbewußtsein der deutschen Wissenschaftler, wie es aus diesen Zeilen sprach, trugen auch die Nobelpreise von 1919 bei, die nach den Jahren des Hasses aus deutscher Sicht erstmals wieder ein Zeichen der Anerkennung durch das Ausland waren. Das Ansehen, welches die deutsche Forschung offenbar genoß, sollte in gewissem Sinne deren rasche Reintegration in die internationale *scientific community* erst einmal ersetzen. Max Planck gab 1923 die allgemeine Marschrichtung vor, indem er nach Leiden schrieb: „Ich denke mir überhaupt den allmählichen Wiederaufbau des vollkommenen internationalen wissenschaftlichen Verkehrs [. . .] so, daß er gewissermaßen nicht von oben her, durch irgend einen feierlichen Akt, sondern von unten gemacht wird, durch eine allmähliche geräuschlose Stärkung der privaten, persönlichen Beziehungen zwischen den fachverwandten Gelehrten. [. . .] In dieser Beziehung heißt es nun Geduld haben, *die Zeit wird schon für uns arbeiten, wenn wir nur selber ordentlich arbeiten.*“⁴⁹ Allein die Brillanz deutscher Wissenschaftler, hieß das, und nicht ihre grundsätzliche Neuorientierung sollte ihnen den Weg zurück in die internationale Gemeinschaft ebnen; aus dieser Sicht konnte man dann die Nobelpreise als Indiz dafür werten, daß die deutschen Gelehrten auf dem richtigen Weg waren und daß sie ein erstes Zeichen nach dem Krieg gesetzt hatten, wie bedeutend die deutsche Kultur ungeachtet der Niederlage weiterhin war. Zumindest die öffentliche Stimmung nach Bekanntgabe des Stockholmer Beschlusses gab dieser Sicht der Dinge recht.

IV.

Die Entscheidung des Nobel-Komitees, die Preise in den Naturwissenschaften an deutsche Forscher zu vergeben, löste in Deutschland geradezu euphorische Reaktionen aus. „Welch ein deutscher Sieg!“, hieß es in der Berliner *Täglichen Rundschau*. „Ein Sieg deutschen Geistes und hinausleuchtend in Deutschlands Zukunft! Das bedeutet die Tatsache, daß [. . .] alle drei Nobelpreise, die die Akademie der Wissenschaften in Stockholm verteilt hat, deutschen Gelehrten zugesprochen worden sind.“⁵⁰ Manche Zeitungen berichteten im allgemeinen Überschwang gar fälschlicherweise, daß Planck den Preis nun schon zum zweiten Male erhalte⁵¹.

Keine Rede war freilich davon, wie die Entscheidung des Nobel-Komitees zustande gekommen war, dem man nun „anerkennenswerte Objektivität“ zusprach⁵². Die

⁴⁸ Georg Struve, *Astronomie, Völkerhass, deutsche Würde*, Abschrift o. D. (1927), in: W. de Sitter an H. A. Lorentz, 23. 8. 1927, in: AHQP, SHQP, LTZ 9.

⁴⁹ Max Planck an H. A. Lorentz, 5. 12. 1923, in: Ebenda, Hervorhebung von der Verfasserin.

⁵⁰ *Tägliche Rundschau*, 15. 11. 1919, Abend-Ausgabe.

⁵¹ Verschiedene Zeitungen berichteten, er habe bereits 1908 den Nobelpreis erhalten. Vgl. etwa Berliner Tageblatt, 20. 11. 1919; Königsberger Allgemeine Zeitung, 30. 11. 1919.

⁵² Vorwärts, 15. 11. 1919, Abend-Ausgabe.

schwedische Akademie habe sich weder durch „Voreingenommenheit“ noch durch „Haß“ beirren lassen und „dem deutschen Forschergenius gehuldigt“⁵³. Was die deutschen Zeitungen verschwiegen, war die Tatsache, daß die Stockholmer Akademie mit ihrem Beschluß ein klares Signal ihrer Unzufriedenheit über die internationale Wissenschaftspolitik der Ententevertreter hatte geben wollen; zugleich sollte dies ein Zeichen für die Unabhängigkeit schwedischer Wissenschaft und Politik sein⁵⁴. Da vor allem Svante Arrhenius, die Schlüsselfigur in Stockholm, im Ruf stand, überaus freundlich gegenüber den Deutschen gesonnen zu sein⁵⁵, hat sich das Komitee sicherlich auch von der Mißbilligung, mit der man in Schweden die internationale Isolation Deutschlands betrachtete, leiten lassen.

Die Akademie selbst ließ indes verlauten, politische Erwägungen hätten bei der Entscheidung nicht die geringste Rolle gespielt⁵⁶. Tatsächlich ist nicht zu übersehen, daß die grundsätzliche wissenschaftliche Orientierung des Nobel-Komitees, vor allem seine tiefe Sympathie für die angewandte im Gegensatz zur theoretischen Forschung, den Ausschlag zu Habers Gunsten gab⁵⁷. Aber ließ sich die wissenschaftliche Leistung von ihrer Anwendung in diesem Fall überhaupt trennen? Das war schließlich die zentrale Frage für die schwedische Öffentlichkeit. Es gehe nicht darum, hieß es auf der einen Seite, Haber zu bestrafen, sondern es gehe um die Belohnung, die er nun erhalte und die er nicht verdient habe, denn seine Arbeit im Krieg widerspreche dem Geist der Nobelpreise⁵⁸. Vor allem die Sozialdemokraten übten heftige Kritik am Nobel-Komitee⁵⁹, dessen Entscheidung damit zum Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzungen wurde. Denn auf der anderen Seite hielt man den Beschluß für gerechtfertigt; es entspräche einem „niedrigen Denken“, wollte man der Akademie politische Motive unterstellen⁶⁰. Schweden dürfe sich von den Reaktionen im Ausland nicht beirren lassen, sondern müsse mit einer unabhängigen Politik seine nationale Ehre verteidigen⁶¹. Gemäßigtere Stimmen mahnten, die Wissenschaft ganz von der Politik zu trennen und zum, gleichwohl verklärten, *status quo ante bellum* zurückzukehren⁶².

Der innen- wie außenpolitisch motivierte Streit, der in Stockholm über die Entscheidung ausgebrochen war, stieß in Deutschland auf blankes Unverständnis; in

⁵³ Neue Freie Presse, 6. 12. 1919, Morgen-Ausgabe.

⁵⁴ Vgl. Brigitte Schröder-Gudehus, *Les scientifiques et la paix. La communauté scientifique internationale au cours des années 20*, Montreal 1978, S. 123 ff.

⁵⁵ George Ellery Hale an Arthur Schuster, 22. 1. 1920, in: *Hale Papers*, Box 47 (wie Anm. 39).

⁵⁶ Vgl. *Stockholms Dagblad*, 14. 11. 1919. – Ich danke Åke Edlund (Uppsala/Berkeley) für seine Hilfe bei der Übersetzung der schwedischen Quellen.

⁵⁷ Vgl. Elisabeth Crawford/Robert Marc Friedman, *The Prizes in Physics and Chemistry in the Context of Swedish Science. A Working Paper*, in: Bernhard u. a. (Hrsg.), *Science, Technology, and Society*, S. 311–331.

⁵⁸ *Afton-Tidningen*, 15. 11. 1919.

⁵⁹ *Socialdemokraten*, 17. 11. 1919 und 18. 11. 1919.

⁶⁰ *Svenska Dagbladet*, 13. 11. 1919.

⁶¹ *Aftonbladet*, 24. 11. 1919.

⁶² *Ebenda*, 16. 11. 1919.

Schweden werde „von den Ententefreunden Entrüstung gegen die Preisrichter gemitt“⁶³. Was auf deutscher Seite allein zählte, war die internationale Anerkennung. Denn diese gebe Deutschland wieder Zuversicht, hieß es im sozialdemokratischen *Vorwärts*: „Während Deutschland politisch und wirtschaftlich noch aus allen Wunden blutet, ist der deutschen Wissenschaft die Siegespalme der internationalen Gelehrtenwelt zugesprochen. [. . .] Zweifellos eine Anerkennung der deutschen Tüchtigkeit, die nicht nur erhebt und erfreut, sondern auch alle guten Kräfte des ermatteten Landes aufs neue anspornen wird.“⁶⁴ Freilich war die „internationale Gelehrtenwelt“, die dem geschlagenen Deutschland derlei Aufmerksamkeiten zukommen lassen wollte, erheblich zusammengeschrumpft: Es war vor allem die schwedische Akademie, die nicht nur den altruistischen Motiven hehrer Sachlichkeit folgte und den deutschen Gelehrten die Preise zusprach, und ein Blick hinter die Stockholmer Kulissen macht deutlich, daß die Zahl derjenigen, die der deutschen Wissenschaft ihre Anerkennung zollten, gering geworden war. Hatte sich etwa 1914 noch eine Gruppe von elf Wissenschaftlern gefunden, die Max Planck für den Nobelpreis vorgeschlagen hatten, so war es 1918 nur noch ein halbes Dutzend; und während die Unterstützer Plancks vor dem Krieg auch aus dem Ausland stammten, waren es seit 1915 nur noch Deutsche, die ihn nominierten. Ähnlich verhielt es sich mit Fritz Haber und Johannes Stark, der 1918 und 1919 nur noch von Philipp Lenard, seinem späteren Mitstreiter in der bizarren Kampagne für die „deutsche“ und gegen die „jüdische“ Physik, vorgeschlagen wurde⁶⁵.

Auch aus diesem Grund nimmt es nicht wunder, daß die Reaktionen der ausländischen Presse auf die Stockholmer Entscheidung ausgesprochen feindselig waren – vor dem Hintergrund dieser schroffen Dissonanzen mutet es beinahe symptomatisch an, daß die Nobelstiftung 1919 auf die Vergabe des Friedensnobelpreises ganz verzichten wollte. „Les prix Nobel vont aux Boches!“, lautete die Überschrift in *La Nation Belge*⁶⁶; das *L’Echo du Rhin* schrieb vom „Skandal der Nobelpreise“⁶⁷, deren Verleihung geradezu als antifranzösische Aktion bewertet wurde⁶⁸. Und die französische Zeitung *Le Populaire du Centre* empörte sich in bezug auf den Preis für Fritz Haber: „Un Prix Nobel attribué à un Exterminateur!“⁶⁹ Vor allem die Auszeichnung für den Berliner Chemiker erregte die Gemüter, war er doch in der Sicht des Auslandes für die schreckliche Neuerung in der Kriegführung, den Gaskrieg, verantwortlich. Das Nobel-Komitee hätte nur nach Ypern oder Verdun reisen müssen, hieß es, dann hätte es selbst gesehen, daß Habers Arbeiten nicht zum Fortschritt der Menschheit

⁶³ *Vorwärts*, 26. 11. 1919, Morgen-Ausgabe.

⁶⁴ *Ebenda*, 17. 11. 1919, Morgen-Ausgabe.

⁶⁵ Übersichten über die alljährlichen Nominierungen bei Elisabeth Crawford/John L. Heilbron/Rebecca Ullrich, *The Nobel Population 1901–1937. A Census of the Nominators and Nominees for the Prizes in Physics and Chemistry*, Berkeley/Uppsala 1987.

⁶⁶ *La Nation Belge*, 15. 11. 1919.

⁶⁷ „Le scandale des prix Nobel“, in: *L’Echo du Rhin* (Wiesbaden), 20. 11. 1919.

⁶⁸ Albert Thibaudet, *La Culture Française en Suède*, in: *Europe Nouvelle*, 24. 1. 1920.

⁶⁹ *Le Populaire du Centre* (Limoges), 21. 11. 1919.

beigetragen hatten, wie es die Nobelstatuten verlangten⁷⁰. Die Schärfe der Kritik wurde sicherlich nicht dadurch vermindert, daß es dann nicht zu seiner Verurteilung als „Kriegsverbrecher“ kam, obwohl ein alliiertes Verfahren gegen ihn noch wenige Monate bevor er den Nobelpreis entgegennahm nicht ausgeschlossen war.

Denn der Chemiker machte seinen ungläubigen Kollegen auf der Reise nach Schweden im Sommer 1920 nichts vor, als er erzählte, daß er „wahrscheinlich als Kriegsverbrecher“ auf der alliierten Auslieferungsliste stehe⁷¹ – sein Name befand sich tatsächlich auf der Liste, die den deutschen Behörden im Januar 1920 übergeben und wenig später veröffentlicht wurde.

In der deutschen Öffentlichkeit entfachte die alliierte Forderung nach Auslieferung einen Sturm der Entrüstung und der nationalen Empörung, der dann auf den Straßen tobte. Bemerkenswert sind die Symbole, die anlässlich mancher Demonstrationen gewählt wurden: So veranstaltete etwa die Berliner Studentenschaft am 10. Februar 1920 einen „dies academicus im Zeichen der Trauer“, an dem auf dem alten Universitätsgebäude „die preußischen Farben und die schwarz-weiß-rote Fahne auf Halbmast“ wehten⁷². Es ging also nicht darum, die Ehre der jungen Republik zu verteidigen, sondern das Erbe des Kaiserreichs, und der Rektor der Universität nutzte die Gelegenheit, vor seinen Zuhörern, Studenten und Dozenten, Sonderbewußtsein und politischen Auftrag zu verknüpfen: „Mit Schauern“, hieß es in seiner Ansprache, „fühlen wir den Abgrund sittlicher Empfindung, der uns von unseren Feinden trennt. [. . .] Der deutsche Stolz muß wieder erwachen; mit Gut und Blut und Leben wollen wir eintreten für die letzte deutsche Ehre.“⁷³

Der „deutsche Stolz“ erwachte tatsächlich wieder, und indem es der Reichsregierung gelang, die Frage der Kriegsverbrecher entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages aus dem Zuständigkeitsbereich der Alliierten herauszulösen und der Kompetenz des Reichsgerichts zuzuordnen, schienen sich die revisionistischen Optionen umsetzen zu lassen⁷⁴. Ebenso wie die deutsche Politik konnte sich schließlich die Wissenschaft der Illusion hingeben, daß sie sich auf dem richtigen Kurs befand und daß eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit weder wünschenswert noch notwendig war.

Und auch die Zukunft war offen. Der Jubel über die Nobelpreise ließ Momente der Selbstbesinnung offensichtlich nicht zu, und nirgends wurde auch nur erwähnt, daß Planck und Haber zu den Unterzeichnern des Professorenmanifests gehört hatten⁷⁵.

⁷⁰ *Le Cri de Paris*, 14.12. 1919.

⁷¹ Stark, *Erinnerungen eines Naturforschers*, S.54: „Ich habe aber diese Erzählung nicht für ernst genommen.“

⁷² *Vossische Zeitung*, 10.2. 1920, Abend-Ausgabe.

⁷³ *Ebenda*, Ansprache Eduard Meyer.

⁷⁴ Zur Auslieferungsfrage in der Weimarer Außenpolitik vgl. Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 95–101.

⁷⁵ Typisch dafür ist etwa der Beitrag des Kölner Tageblatts vom 16.1. 1920. In dem Artikel über „Deutsche Wissenschaft während des Krieges“ wurde mit keinem Wort das politische Engagement der Professoren erwähnt.

Während es für die einen nun „immerhin ein Trost in unserem Elend [war], zu sehen, daß wenigstens die deutsche Wissenschaft in der Welt noch Geltung hat“⁷⁶, bedeuteten die Preise für andere weit mehr: „Während im Untersuchungsausschuß über die Ursachen der deutschen Niederlage gestritten wird, hat Deutschland einen Sieg errungen, der ihm seinen Weg für die Zukunft weist. [...] Hier liegt ein Teil der Entwicklung des neuen Deutschland offen.“⁷⁷

In der Tat, die Entwicklung war offen, und zwar in alle Richtungen. Denn was die deutsche Öffentlichkeit in ihrer euphorischen Stimmung nicht wahrnahm, war die unterschiedliche politische Haltung der Ausgezeichneten, die durchaus symptomatisch für die Gemengelage politischer Orientierungen im Bildungsbürgertum war. Max Planck hatte bereits vor dem Kriegsende die Notwendigkeit innerer Reformen erkannt und im Oktober 1918 Einstein anvertraut, es wäre „ein Segen“, wenn der Kaiser freiwillig seine Krone niederlegte⁷⁸. Als „Vernunftrepublikaner“, der seiner verlorenen Welt freilich nachtrauerte, schloß sich Planck nach der Revolution der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei an. Den tiefen Pessimismus und den daraus entspringenden erbitterten Widerstand gegen die neuen Zeiten, den manche seiner Kollegen entwickelten, teilte er nicht; jetzt gehe es darum, ließ er die Öffentlichkeit in einem Zeitungsbeitrag wissen, die deutsche Wissenschaft am Leben zu erhalten und damit Deutschlands Rang unter den zivilisierten Völkern zu bewahren⁷⁹. Sein Stockholmer Reisegefährte Stark war anderer Meinung. Er schlug sich in den Wirren von 1918/19 auf die antirevolutionäre Seite; dem deutschen Bürgertum warf er seine „Feigheit“ vor, die ihm den „Mut zu eigenem, selbständigen Handeln“ nehme. Stark machte es zu seiner persönlichen Aufgabe zu zeigen, „daß die Roten nicht alle Macht hatten“, und hielt in Greifswald und Umgebung Versammlungen ab, „die gegen die Revolution gerichtet waren und die Bürgerlichen ermutigen sollten“⁸⁰. Sein Einsatz brachte ihn bald in engeren Kontakt zu den Freikorps und rechtsradikalen Verbänden, bis er zum Sympathisanten und schließlich aktiven Unterstützer der Hitler-Bewegung wurde⁸¹. Mit seinem Heidelberger Kollegen Lenard, dem Nobelpreisträger des Jahres 1905, teilte er die Auffassung, daß „die Juden in nun völlig freier Entfaltung ihres eigenen Geistes“ ohne jeden Zweifel „die eigentlichen Sieger des großen Krieges“ seien, und so sei mit der Revolution die „Zeit der allgemeinen Juden Herrschaft“ angebrochen⁸². Am verlorenen Krieg trage im übrigen nicht das Militär die Schuld: „Nicht die Front hatte versagt, sondern die Heimat.“⁸³

⁷⁶ Leipziger Neueste Nachrichten, 15.11.1919.

⁷⁷ Berliner Morgen-Zeitung, 16.11.1919.

⁷⁸ Max Planck an Albert Einstein, 26.10.1918, zit. nach Heilbron, Dilemmas of an Upright Man, S.81 f.

⁷⁹ Max Planck, Internationale Arbeitsgemeinschaft, in: Berliner Tageblatt, 25.12.1919.

⁸⁰ Stark, Erinnerungen eines Naturforschers, S.107 f.

⁸¹ Ebenda, S.109 ff.

⁸² Philipp Lenard, Erinnerungen eines Naturforschers, der Kaiserreich, Juden Herrschaft und Hitler erlebt hat, Manuskript 1943/45, in: AHQP, S.130 und 137.

⁸³ Ebenda, S.156.

Dolchstoßlegende und Antisemitismus als Tragpfeiler politischer Überzeugungen bei den einen, Vernunftrepublikanismus und Glaube an die Macht der Wissenschaft bei den anderen: Unverkennbar waren die „Fortschritte“ in der „Politisierung und Nationalisierung [. . .] unserer Gelehrtenschaft. [. . .] Der Intellektualismus hat seine reine Wissenschaftlichkeit eingebüßt, seine *passion universaliste* ist dahin.“⁸⁴ Man mag hier einwenden, daß Politik und Wissenschaft im Leben der Gelehrten zwei voneinander getrennte Bereiche sind und daß vor allem eine Politisierung in den Naturwissenschaften, die auf exakten Experimenten und objektiven Schlüssen beruhen, kaum zum Tragen kommen kann. In der Weimarer Republik war diese Trennlinie zwischen objektiver Wissenschaft, subjektiv geprägten kulturellen Entwicklungen und politischer Überzeugung jedoch zusammengebrochen.

V.

Die Begeisterung der deutschen Öffentlichkeit über die Nobelpreise darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Wissenschaft in den Anfangsjahren der Weimarer Republik überaus schwer tat. Von den Forschern wurde das allgemeine kulturelle Klima als ausgesprochen wissenschaftsfeindlich und antiintellektuell empfunden, und tatsächlich setzte der verlorene Krieg und die generelle Unsicherheit ein erhebliches Maß an Irrationalität frei. Als „Hunger nach Ganzheit“⁸⁵ hat Peter Gay die Weimarer Kultur beschrieben, der Aufschwung der „Lebensphilosophie“ und das Bedürfnis nach spiritueller Welterfahrung ließen wenig Platz für rationale Wissenschaft. An ihre Stelle sei „eine Neuromantik wie einst im Sturm und Drang“ getreten⁸⁶, bemerkte Ernst Troeltsch, und in einem Vortrag Max Webers hieß es 1919: „Ja, wer steht heute so zur Wissenschaft? Heute ist die Empfindung der Jugend wohl eher die umgekehrte: Die Gedankengebilde der Wissenschaft sind ein hinterweltliches Reich von künstlichen Abstraktionen, die mit ihren dünnen Händen Blut und Saft des wirklichen Lebens einzufangen trachten, ohne es doch je zu erhaschen.“⁸⁷ Vor allem die Naturwissenschaften und ihr „mechanistisches Weltbild“⁸⁸ wurden auf das schärfste kritisiert, und zwar nicht nur im öffentlichen Diskurs über die kulturelle Orientierung, sondern auch in politischen Diskussionen: Als der Staatssekretär im preußischen Kultusministerium, Carl Heinrich Becker, das beste-

⁸⁴ Robert Michels, *Historisch-kritische Untersuchungen zum politischen Verhalten der Intellektuellen* [1933], in: Ders., *Masse, Führer, Intellektuelle. Politisch-soziologische Aufsätze 1906–1933*, Frankfurt a.M./New York 1987, S. 189–213, hier S. 206.

⁸⁵ Gay, *Weimar Culture*, Kapitel IV, Überschrift.

⁸⁶ Ernst Troeltsch, *Die Revolution in der Wissenschaft*, in: *Schollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* 45 (1921), S. 1001–1030, hier S. 1007.

⁸⁷ Max Weber, *Wissenschaft als Beruf*. Vortrag vor dem Freistudentischen Bund, 1919, in: *Max Weber-Gesamtausgabe, Abt. 1: Schriften und Reden, Bd. 17*, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schluchter, Tübingen 1992, S. 71–111, hier S. 89.

⁸⁸ Hans Driesch, *Der Mensch und die Welt*, Leipzig 1928, S. VI.

hende Erziehungssystem abkanzelte, da es „zu ausschließlich auf den Intellekt eingestellt“ sei, und forderte: „Wir müssen wieder *Ehrfurcht* bekommen vor dem *Irrationalen*“⁸⁹, deutete er die Richtung an, in welche sich die Schul- und Universitätsreformen bewegen würden.

In gewissem Sinne stellten Oswald Spenglers kulturkritische Ausführungen, die unter dem Titel „Der Untergang des Abendlandes“ erschienen – der erste Band wurde 1918 publiziert –, lediglich eine Zusammenfassung all dieser Strömungen dar. Der Eindruck, den dieses Werk in der Öffentlichkeit hinterließ, war „hinreißend“⁹⁰ und schlug sich nicht zuletzt in der hohen Auflagenzahl nieder. Seine Thesen waren ein Anschlag auf all das, was man bislang unter Wissenschaft – und vor allem Naturwissenschaft – verstanden hatte. Objektive Wissenschaft gebe es nicht, hieß es da, und dann rührte er an den Kern naturwissenschaftlichen Selbstverständnisses: „Hier zeigt sich, daß das Kausalitätsprinzip in der Form, wie sie für uns selbstverständlich und notwendig ist, wie sie von der Mathematik, Physik und Erkenntniskritik übereinstimmend als Grundwahrheit behandelt wird, ein abendländisches, genauer ein Barockphänomen ist“; das Kausalitätsprinzip aber stehe, hieß es weiter, im Gegensatz zur „Schicksalsidee“; Schicksal sei „eine nicht zu beschreibende innere Gewißheit. Man macht das Wesen des Kausalen deutlich durch ein physikalisches oder erkenntniskritisches System, durch Zahlen, durch begriffliche Analysen. [. . .] Das eine fordert eine Zergliederung, das andere eine Schöpfung. Darin liegt die Beziehung des Schicksals zum Leben, der Kausalität zum Tode.“⁹¹

Lebensphilosophie und Naturwissenschaften, so konnte man daraus folgern, entsprangen diametral entgegengesetzten Denkweisen; denn wenn „der Geist als Widersacher der Seele“⁹² gebrandmarkt wurde, dann richtete sich dieses Verdikt auch gegen die exakten Wissenschaften. Die Popularität irrationaler und vitalistischer Strömungen erzeugte bei den Naturwissenschaftlern ein Gefühl tiefer Verunsicherung und verstärkte bei ihnen das Bewußtsein, daß sich ihre Wissenschaft in einer existentiellen Krise befand, und zwar nicht nur, weil ihre materielle Grundlage bedroht und ihre internationalen Verbindungen vorerst unterbrochen waren, sondern auch, weil das kulturelle Klima ausgesprochen wissenschaftsfeindlich war. Dagegen anzugehen und die aus dem geistigen Milieu erwachsenden Gefahren von der Wissenschaft abzuwenden, kam einem Kampf gegen Windmühlen gleich, wie Max Planck ernüchert einsehen mußte⁹³.

Eine auf den ersten Blick merkwürdig scheinende Ambivalenz lag in der öffentlichen Stellung der Wissenschaften im Nachkriegsdeutschland. Denn während sie auf

⁸⁹ Carl Heinrich Becker, Kulturpolitische Aufgaben des Reiches, Leipzig 1919, S.55, Hervorhebung im Original.

⁹⁰ Troeltsch, Die Revolution in der Wissenschaft, S.1014.

⁹¹ Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd.I: Gestalt und Wirklichkeit, München 1918, S.533, 549, 164f.

⁹² Ludwig Klages, Der Geist als Widersacher der Seele, 3 Bde., Leipzig 1929–32.

⁹³ Vgl. Max Planck, Kausalgesetz und Willensfreiheit. Vortrag vor der Preußischen Akademie der Wissenschaften, 17.2. 1923, in: Ders., Vorträge und Erinnerungen, S.139–168.

der einen Seite wegen der ihnen unterstellten „Lebensfeindlichkeit“ geächtet waren, wurden ihre Leistungen auf der anderen Seite wiederholt bejubelt; so etwa im Falle der Nobelpreise, welche das Ansehen der deutschen Wissenschaft verbesserten und der „Geringschätzung der Kopfarbeit von unten her“ entgegenwirkten, wie es etwa im preußischen Landtag hieß⁹⁴. Für diese positive Einschätzung sind mehrere Gründe zu nennen. Erstens war die Wissenschaft nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und dem Verlust militärischer und ökonomischer Machtfaktoren eine der wenigen Quellen, aus denen die Republik internationale Anerkennung und Geltung beziehen konnte. Um diese Quelle nicht versiegen zu lassen, setzte die Weimarer Republik staatliche Forschungsförderung frühzeitig auf ihre politische Tagesordnung⁹⁵. Zweitens brachten die Weimarer Jahre beachtliche Fortschritte gerade in der Physik, und drittens gelang es den Physikern, sich an das intellektuelle Klima anzupassen, worauf im folgenden näher einzugehen ist.

Das herausragende Ereignis in der Physik nach dem Krieg war zweifellos die experimentelle Bestätigung der allgemeinen Relativitätstheorie. Die Messungen der Lichtablenkung der Sonne durch britische Astronomen bei der Sonnenfinsternis im Frühjahr 1919 deckten sich mit den theoretischen Voraussagen, die Einstein gemacht hatte; in den ersten Novembertagen des Jahres wurden schließlich die Ergebnisse in einer gemeinsamen Sitzung der Royal Society und der Royal Astronomical Society bekanntgegeben. Als die *Times* tags darauf von einer „Revolution in der Wissenschaft“ berichtete⁹⁶, gab sie den Anstoß für eine beispiellose Welle publizistischer Begeisterung, die vor allem über England und Amerika hereinbrach. Daß auch hier politische Fragen hineinspielten, belegt die Charakterisierung Einsteins durch die amerikanische Presse: Er sei Schweizer Staatsbürger, hieß es da, ungefähr 50 Jahre alt und seit 1914 Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften. Einstein habe gegen das Professorenmanifest protestiert und am Ende des Krieges die Revolution begrüßt; mit anderen Worten: Hier hatte man es mit einem Vertreter des „guten“ Deutschland zu tun⁹⁷, ein Schluß, den man in Europa freilich nicht ohne weiteres ziehen mochte. So verschwieg die *Times* in London zunächst einmal Herkunft und aktuellen Wohnort des Wissenschaftlers; daß sich die englische Öffentlichkeit mit Einstein schwertat, lag vielleicht auch daran, daß seine Theorie „Newtons Theorie zerstörte. [...] Das hat natürlich das Nationalgefühl verletzt und die Welt in große Aufregung versetzt.“⁹⁸ Einstein selbst kommentierte das Hin und Her um seine Person eher humoristisch, als er dem englischen Publikum seine Theorie erläuterte: „By an application of the theory of relativity to the taste of the reader“, schrieb er in der *Times*, „to-day

⁹⁴ Bericht der Kölnischen Zeitung, 12. 12. 1919.

⁹⁵ Vgl. Friedrich Schmidt-Ott, *Erlebtes und Erstrebtes 1860–1950*, Wiesbaden 1952, S. 174ff.: Die Gründung der Norgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft.

⁹⁶ *Times*, 7. 11. 1919, „Revolution in Science. New Theory of the Universe. Newtonian Ideas Overthrown.“

⁹⁷ *New York Times*, 10. 11. 1919.

⁹⁸ Der britische Astronom A. F. Lindemann an Einstein, 23. 11. 1919, zit. nach Fölsing, *Albert Einstein*, S. 504.

in Germany I am called a German man of science, and in England I am represented as a Swiss Jew. If I come to be regarded as a *bête noire*, the descriptions will be reversed, and I shall become a Swiss Jew for the Germans and a German man of science to the English!“⁹⁹

Was er hier noch scherzhaft andeutete, sollte nur wenige Wochen später zur Realität werden. Denn als die Royal Society darüber beriet, ob sie Einstein ihre Goldene Medaille als Anerkennung verleihen sollte, „siegte die Politik über die Wissenschaft“ und dem „deutschen Gelehrten“ blieb die Auszeichnung versagt. Trotzig hieß es in der deutschen Presse: „Aber Albert Einstein bleibt auch ohne die englische Goldene Medaille der Schöpfer der Relativitätstheorie.“¹⁰⁰ Zwar wurde Einstein alsbald auch in Deutschland „von Presse und sonstigem Gelichter verfolgt“¹⁰¹, doch war der Personenkult dort bei weitem nicht so ausgeprägt wie anderswo¹⁰². Die Faszination, die vor allem in Amerika von Einstein ausging, wurde dort in erster Linie aus dem Mythos der Unverständlichkeit gespeist¹⁰³, während in Deutschland Einsteins Kollegen darum bemüht waren, eben diesen Mythos erst gar nicht entstehen zu lassen und statt dessen der Öffentlichkeit die neue Theorie verständlich zu machen¹⁰⁴. Dieses pädagogische Ansinnen blieb indes in mancherlei Hinsicht fruchtlos; denn zum einen stritten die Physiker selbst erbittert über die neue Theorie, und zum anderen gab es vielfach mißverständliche Interpretationen. 1919/20 formierte sich in der Physik die „Anti-Relativitäts-GmbH“, wie sie von Einstein selbst verspottet wurde, um gegen den „Judenbetrug“¹⁰⁵ zu Felde zu ziehen. Unverkennbar war die „Verquickung mit antisemitischer Politik“¹⁰⁶, und so erhielt die Relativitätstheorie eindeutige politische Konnotationen. Zwar sollte die Hochzeit der Einstein-Gegner erst noch kommen – sie propagierten wenige Jahre später, als der Angegriffene Deutschland bereits verlassen hatte, eine „deutsche Physik“ –, aber die unsachlichen Kontroversen um die Relativitätstheorie heizten das allgemeine intellektuelle Klima mit auf. Daß Einstein unter diesem Druck sich seines Judentums bewußt wurde und sich dann verstärkt dem Zionismus zuwandte, was die antisemitischen Ausfälle noch verschärfte, mag dazu

⁹⁹ Times, 28.11.1919, „Einstein on His Theory. Space, Time, and Gravitation. The Newtonian System. By Dr. Albert Einstein.“

¹⁰⁰ Vossische Zeitung, 14.2.1920, Morgen-Ausgabe.

¹⁰¹ Albert Einstein an Max Born, 9.12.1919, in: Einstein-Born-Briefwechsel, S.38.

¹⁰² Vgl. Lewis Elton, Einstein, General Relativity, and the German Press, 1919–1920, in: Isis 77 (1986), S.95–103.

¹⁰³ Bezeichnend dafür ist der erste Artikel der New York Times über die Ergebnisse der britischen Sonnenfinsternisexpedition vom 10.11.1919. Die Überschrift „Lights All Askew in the Heavens. Men of Science More or Less Agog over Results of Eclipse Expedition. Einstein Theory Triumphs. Stars Not Where They Seemed or Were Calculated to be, but Nobody Need worry. A Book for 12 Wise Men. No More in All the World Could Comprehend It, Said Einstein When His Daring Publisher Accepted It.“

¹⁰⁴ Vgl. etwa Max Born, Die Relativitätstheorie Einsteins und ihre physikalischen Grundlagen, elementar dargestellt, Berlin 1920.

¹⁰⁵ Lenard, Erinnerungen eines Naturforschers, S.136.

¹⁰⁶ Max von Laue an Arnold Sommerfeld, 25.8.1920; zit. nach Fölsing, Albert Einstein, S.523.

beigetragen haben, daß er nicht zum „Aushängeschild“ der Weimarer Republik wurde. Wohl hätten ihn seine pazifistische Vergangenheit und sein Eintreten für die Revolution dazu prädestiniert, als Repräsentant des neuen Deutschland *par excellence* zu gelten, doch dazu ist es nicht gekommen, auch wenn der 1922 ihm zugesprochene Nobelpreis für Deutschland reklamiert wurde¹⁰⁷.

Der wichtigste Grund für die trotz allem bestehende Distanz der Republik zu Einstein ist darin zu sehen, daß weder der Mann noch seine Theorie in die Zeit paßten. Das internationale Ansehen, welches er genoß, sowie die Tatsache, daß er für Jahre der einzige Vertreter der deutschen Wissenschaft war, den man zu internationalen Gremien hinzuzog, trug ihm den Neid mancher Kollegen ein. Und seine Theorie, die in der Perspektive ihrer Zeit den größten wissenschaftlichen Triumph darstellte, lag quer zu den populären geistigen Strömungen jener Jahre. Wenn sie Zuspruch fand, beruhte dies häufig auf einem Mißverständnis; Einstein selbst fand „eine eigentümliche Ironie darin, daß viele Menschen glauben, daß die antirationalistische Tendenz unserer Tage an der Relativitätstheorie eine Stütze findet“¹⁰⁸. Doch zumeist herrschte die gegenteilige Einschätzung vor, die in dieser Theorie einen schroffen Gegensatz zu den dominierenden lebensphilosophischen, aus dem Mystischen schöpfenden Betrachtungen sah: „Man kann, man muß als Relativist viel wissen“, erfuhren die Leser der *Vossischen Zeitung* im Februar 1920, „doch man kann nicht glauben, man mag weise werden, aber niemals schöpferisch, man kann alle Einwände niederschlagen, doch tut man es auf Kosten der Fruchtbarkeit.“¹⁰⁹ Gegen den vorherrschenden Irrationalismus versuchte Einstein seine Wissenschaft zu verteidigen, und der Kritik Spenglers an dieser mochte er nicht folgen: „Der Spengler hat auch mich nicht verschont. Man läßt sich gern manchmal am Abend von ihm etwas suggerieren und lächelt am Morgen darüber.“¹¹⁰

Doch während Einstein an den Grundlagen der Physik nicht rütteln und vor allem das Kausalitätsprinzip nicht aufgeben mochte, war der Einfluß des bestehenden geistigen Klimas auf die Naturwissenschaft unverkennbar. Das betraf nun vor allem die theoretische Physik und ihre unmittelbare Nachbardisziplin, die Mathematik, deren Vertreter bemüht waren, sich an das allgemeine geistige Milieu anzupassen. Seit den frühen zwanziger Jahren füllten sich ihre Publikationen mit mystischen Anspielungen; so sprach der Mathematiker Richard von Mises etwa von „Zahlenharmonien, ja Zahlenmysterien“¹¹¹, und der Münchener Professor für theoretische Physik Ar-

¹⁰⁷ Nach einigem bürokratischen Hin und Her befand man schließlich, Einstein sei deutscher Staatsangehöriger; vgl. Fölsing, *Albert Einstein*, S. 611 ff.

¹⁰⁸ Albert Einstein an Paul Ehrenfest, 20. 1. 1921, zit. nach Forman, *Weimarer Kultur, Kausalität und Quantentheorie*, S. 72. Vgl. auch Klaus Hentschel, *Interpretationen und Fehlinterpretationen der speziellen und der allgemeinen Relativitätstheorie durch Zeitgenossen Albert Einsteins*, Basel 1990.

¹⁰⁹ Karl Scheffler, *Relativismus*, in: *Vossische Zeitung*, 14. 2. 1920, Abend-Ausgabe.

¹¹⁰ Albert Einstein an Max Born, 27. 1. 1920, in: *Einstein-Born-Briefwechsel*, S. 44.

¹¹¹ Richard von Mises, *Naturwissenschaft und Technik der Gegenwart. Eine akademische Rede mit Zusätzen*, Leipzig 1922, S. 16.

nold Sommerfeld, der akademische Lehrer Werner Heisenbergs, schrieb in dem Standardwerk „Atombau und Spektrallinien“ vom „geheimnisvollen Organon“, „auf dem die Natur die Spektralmusik spielt und nach dessen Rhythmus sie den Bau der Atome und der Kerne regelt“¹¹². Die „Kapitulation vor Spengler“¹¹³ ließ die Physiker schließlich das Prinzip der Kausalität, das man mit Gesetzmäßigkeit gleichsetzte, aufgeben, denn nur wenn man auf „alte und geschätzte Ideen“ verzichte, schrieb Heisenberg 1930 im Rückblick, könne man die noch bestehenden Widersprüche in der Atomphysik auflösen¹¹⁴. Zwar hatte es bereits seit der Jahrhundertwende Diskussionen über Kausalität und Akausalität gegeben, doch erst nach 1919 erreichte diese Frage den *mainstream* der Naturwissenschaften. Seitdem erfolgten „fast religiöse Bekehrungen zur Akausalität“¹¹⁵ unter den Physikern, und ein Generationswechsel verhalf diesen Auffassungen schließlich zum Durchbruch. Denn es war vor allem die „Jungenphysik“ der zwanziger Jahre, die epistemologische Überzeugungen in wissenschaftliche Ergebnisse umsetzte und dem Gebäude der modernen Physik den dritten Stützpfeiler hinzufügte. Heisenbergs Arbeiten zur Quantenmechanik waren getragen von seiner akausalen, lebensphilosophischen Grundüberzeugung, die aus dem „Elan der Jugendbewegung“ kam¹¹⁶.

Ist die Naturwissenschaft milieubedingt? Diese Frage legte Erwin Schrödinger, Professor für theoretische Physik an der Berliner Universität, im Februar 1932 der physikalisch-mathematischen Klasse der Preußischen Akademie der Wissenschaften vor¹¹⁷, um sie dann in seinem Vortrag vorsichtig zu bejahen. Zwar beruhe die Naturwissenschaft auf Experimenten, die jederzeit reproduzierbar und damit intersubjektiv nachprüfbar sein müßten, um als wissenschaftliche Experimente überhaupt gelten zu können, erklärte Schrödinger, doch dürfe man nicht vergessen, daß bei der Wahl des experimentellen Untersuchungsgegenstands und „in der jeweiligen Einstellung unseres Interesses [. . .] eine breite und prinzipiell unverschließbare Eingangspforte der Subjektivität jederzeit offensteht“¹¹⁸. Daher müsse man davon ausgehen, daß außerwissenschaftliche Einflüsse sehr wohl auf die Arbeit des Forschers wirkten; dieser sei ja „nicht nur [. . .] Physiker [. . .]. Vormittags auf dem Katheder spricht er wohl der Hauptsache nach bloß von seinem Fach. An demselben Abend sitzt er in einer politischen Versammlung, hört und spricht ganz andere Dinge [. . .]. Man liest Roma-

¹¹² Arnold Sommerfeld, *Atombau und Spektrallinien*, Braunschweig 1919, S. VIII. Vgl. auch ders., Ein Zahlenmysterium in der Theorie des Zeemaneffekts, in: *Die Naturwissenschaften* 8 (1920), S. 61–64.

¹¹³ Forman, *Weimarer Kultur, Kausalität und Quantentheorie*, S. 110.

¹¹⁴ Werner Heisenberg, *Physikalische Prinzipien der Quantentheorie*, Leipzig 1930, S. 62.

¹¹⁵ Forman, *Weimarer Kultur, Kausalität und Quantentheorie*, S. 142.

¹¹⁶ Friedrich Hund im Interview mit Thomas S. Kuhn, Session 1, 25. 6. 1963, in: AHQP, Ms A4:5; zu den gesellschaftlichen Prägungen Heisenbergs vgl. David C. Cassidy, *Uncertainty. The Life and Science of Werner Heisenberg*, New York 1992.

¹¹⁷ Erwin Schrödinger, Ist die Naturwissenschaft milieubedingt? (Erweiterte Fassung des Vortragstextes), in: Ders., *Über Indeterminismus in der Physik. Ist die Naturwissenschaft milieubedingt? Zwei Vorträge zur Kritik der naturwissenschaftlichen Erkenntnis*, Leipzig 1932, S. 25–62.

¹¹⁸ Ebenda, S. 28.

ne und Gedichte, geht ins Theater, [...] man liest und spricht viel über diese und andere Dinge. Kurz wir alle sind Mitglieder unseres Kulturmilieus. Sobald bei einer Sache die Einstellung unseres Interesses überhaupt eine Rolle spielt, muß das Milieu, der Kulturkreis, der Zeitgeist oder wie man es sonst nennen will, seinen Einfluß üben.¹¹⁹ Auch die moderne Physik trage deshalb „milieubedingte Züge“; als Beispiele nannte Schrödinger seinen Zuhörern die Tendenz zur „reinen Sachlichkeit“, das „Umsturzbedürfnis“, die „Vorliebe für Freiheit und Gesetzlosigkeit“, den „Relativitätsgedanken“ oder die „Methodik der Massenbeherrschung“¹²⁰.

Damit hatte Schrödinger die unterschiedlichen und spannungsreichen Elemente genannt, die für die Weimarer Kultur insgesamt und nicht nur für die Physik jener Jahre charakteristisch waren. „Neue Sachlichkeit“, Bauhaus und Wiener Kreis waren die Verbündeten all jener, die sich um die Wahrung des Rationalitätsbegriffs bemühten¹²¹, bemerkenswert sind etwa die Parallelen im Grundverständnis von Bauhaus und Relativitätstheorie, auf die Einstein vor allem deshalb stolz war, weil die Klarheit ihrer Konstruktion ihr große logische Konsistenz verleihe¹²², Schönheit durch Schlichtheit, mit anderen Worten. Und obwohl sie sich in ihrer Beziehung zu Rationalität und Kausalität grundsätzlich unterschieden, so war der Relativitätstheorie auf der einen, Quantentheorie und Quantenmechanik auf der anderen Seite auch etwas gemeinsam: Beide entsprangen einem „Umsturzbedürfnis“ oder einer „Vorliebe für Freiheit und Gesetzlosigkeit“, aber wohl kaum eine andere wissenschaftliche Entwicklung war so eng mit den kulturellen Strömungen ihrer Zeit assoziiert wie die Quantenmechanik. Über sie hinaus sah Schrödinger jedoch generell die Methoden der modernen theoretischen Physik und Mathematik mit der Kultur der Zeit korrespondieren – was er „Massenbeherrschung“ nannte, kann man auch als Kultur und Produktionsmethoden der Massengesellschaft bezeichnen¹²³.

Am Ende seines Vortrags kam er auf eine letzte Gemeinsamkeit zwischen Naturwissenschaft und ihrer Umwelt: So wie der Physiker die Materie meistern könne, ohne über einzelne Moleküle etwas erfahren oder diese gar beeinflussen zu können, so erscheine es „doch als Ziel einer höheren Kultur, die erforderliche Ordnung und Gesetzmäßigkeit im Zusammenleben der Menschen ohne allzu detailreiches Eingreifen in die Lebensführung des Einzelnen zu erreichen; vielmehr auf die Weise, daß man die durchschnittliche Veranlagung des Menschen und ihre statistische Variationsbreite studiert, alsdann geeignete Motive setzt und den Wünschregungen solche Ziele darbietet, daß wenigstens im großen Durchschnitt ein erträgliches Zusammenleben gesichert wird.“¹²⁴

¹¹⁹ Ebenda, S. 38.

¹²⁰ Ebenda, S. 43.

¹²¹ Vgl. Forman, Weimarer Kultur, Kausalität und Quantentheorie, S. 79 ff.

¹²² Einstein, Time, Space, and Gravitation, in: Times, 28.11.1919.

¹²³ Schrödinger, Ist die Naturwissenschaft milieubedingt?, S. 55 f.

¹²⁴ Ebenda, S. 62.

Da war der Wunsch Vater des Gedankens. So einfach ließen sich die theoretischen Methoden der Physik nicht auf die Probleme gesellschaftlicher Steuerung anwenden, zumal diese Methoden und Modelle selbst in den Naturwissenschaften nicht unumstritten waren. Zwar bildete sich in dieser Milieubezogenheit die moderne theoretische Physik heraus, doch rief gerade dies die Vertreter der angewandten Physik auf den Plan. Diese folgten einer dreifachen Motivation: Zum ersten befürchteten sie, ins Hintertreffen zu geraten, wenn die ohnehin knappen Forschungsmittel vorrangig an Vertreter der Theorie vergeben wurden. Das war in der Tat die Praxis der Notgemeinschaft; im Gegenzug monopolisierten die praktischen Physiker dann die Helmholtz-Gesellschaft, was erheblich zur Fragmentierung der Forschungsförderung beigetragen hat¹²⁵.

Zweitens war dieser Streit auch ein Konflikt „zwischen Berlin und dem Reich“¹²⁶. Die theoretische Physik und die Notgemeinschaft waren fest in den Händen der Berliner Forscher, die überdies mit wenigen Ausnahmen allesamt liberalen und demokratischen Parteien – und somit der Weimarer Republik – nahestanden. Es war kein Zufall, daß die heftigste Kritik an den Entwicklungen in der Physik gerade von denjenigen kam, die außerhalb Berlins arbeiteten und sich als erbitterte Gegner der Republik hervorgetan hatten: Die Institute in Heidelberg, wo Philipp Lenard wirkte, in Marburg und später in Breslau, wo Clemens Schaefer lehrte, in Greifswald bzw. Würzburg, wo Johannes Stark seinen Lehrstuhl innehatte, oder in Rostock, wo Christian Füchtbauer forschte, waren Hochburgen völkischer Auffassungen. Daher muß es als dritte Motivation verstanden werden, daß die Opposition gegen die Neuerungen in der theoretischen Physik auch, vermutlich sogar in erster Linie, ein Widerstand gegen die moderne Zeit war. Die Ressentiments wurzelten nicht zuletzt in einem erbitterten Antisemitismus, als dessen Folge vor allem die Relativitätstheorie „samt ihrem genialen Entdecker in den politischen Schmutz gezogen“ wurde¹²⁷. Doch die Kritik richtete sich nicht allein gegen Einstein, sondern gegen alle Vertreter der neuen Physik, deren Flirt mit dem „Zeitgeist“ scharf verurteilt wurde. „Die eifrige und andauernde Propagandatätigkeit der Vertreter gewisser moderner Theorien“, machte Johannes Stark 1930 seinem Unmut Luft, „läßt dem Physiker auch die Tatsache kausal verständlich erscheinen, daß in weiten Kreisen des Publikums die gepriesenen modernen Theorien als große wissenschaftliche Leistungen eingeschätzt werden [...]“ – und das, obwohl es auch Physiker gebe, die diese Theorien „nicht als Errungenschaften, sondern als schädliche Irrtümer von beschränkter Dauer bewerten“¹²⁸.

¹²⁵ Vgl. Paul Forman, *The Financial Support and Political Alignment of Physicists in Weimar Germany*, in: *Minerva* 12 (1974), S.39–66; Steffen Richter, *Forschungsförderung in Deutschland 1920–1936: Dargestellt am Beispiel der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und ihrem Wirken für das Fach Physik*, Düsseldorf 1972.

¹²⁶ Johannes Stark an Arnold Sommerfeld, 23.7. 1920, zit. nach Forman, *Financial Support*, S.58.

¹²⁷ Arnold Sommerfeld, *Die Relativitätstheorie*, in: *Fortschritte der Physik und Chemie, dargestellt durch Münchner Forscher*, in: *Süddeutsche Monatshefte* 18 (1920/21), S.80–87, hier S.80.

¹²⁸ Johannes Stark, *Über den Dogmatismus moderner Theorien in der Physik*, in: *Unterrichtsblätter für Mathematik und Naturwissenschaften* 36 (1930), S.305–309, hier S.307. Stark antwortet hier auf den Beitrag von Arnold Sommerfeld, *Über Anschaulichkeit in der modernen Physik*, ebenda.

Diese innere Zerrissenheit, welche die deutsche Physikergemeinde prägte, hatte ihre Ursachen also nicht nur in wissenschaftlichen Differenzen, sondern auch und gerade in der sozialen, politischen und kulturellen Orientierung der Beteiligten. Ihnen allen war ein festes Krisenbewußtsein, ja eine „Krisensehnsucht“ eigen, die aus der Zeit geboren war. Der Zeitgenosse Ernst Bloch hat diesen Zusammenhang zwischen Wissenschaft und ihrer Umwelt pointiert und überzogen dahingehend interpretiert, daß der Naturbegriff „in erster Linie die Gesellschaft aus[drücke], worin er erscheint [. . .]. Die mechanische Naturwissenschaft war sogar in besonderem Maß Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft ihrer Zeit [. . .]; insofern wird jetzt, mit dem Sprung dieser Gesellschaft, mit dem Andrang unbeherrschter Materie gegen das Kalkül, auch ihr Naturbegriff löcherig und fiktiv.“¹²⁹

Das war, als Basis-Überbau-Modell, sicherlich zu dogmatisch argumentiert, aber die Polarisierung und Radikalisierung der Weimarer Kultur hatte ihr Pendant in der Naturwissenschaft, und so wie das Unbehagen in der modernen Kunst häufig durch fundamentale Kritik an der Weimarer Republik überformt wurde¹³⁰, so war auch die Bewegung der Traditionalisten in der Physik – die damit den Konflikt zwischen Modernisten und Traditionalisten in anderen Gruppen innerhalb der deutschen Gelehrtenschaft exakt widerspiegelte¹³¹ – eine Bewegung gegen die Republik.

VI.

Die besondere Stärke der deutschen Wissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg, welche sie gemäß Plancks Leitlinie letztendlich wieder in die internationale *scientific community* zurückführen sollte, war die theoretische Physik. Relativitätstheorie und Quantenmechanik stellten die Physik auf ganz neue Grundlagen und verschafften den deutschen Forschern wieder Ansehen. Beide waren indes nicht nur physikalische Theorien im engeren Sinne, sondern hatten in ihrer philosophischen Bedeutung Konsequenzen für das allgemeine „Weltbild“. Gerade dieser philosophische Anspruch wurde als wesentliches Element der Stärke der deutschen Wissenschaft gewertet, wie sich einer ihrer Protagonisten im Rückblick erinnerte¹³². Vier weitere Physik-Nobelpreise nach 1919 bis zum Ende der Weimarer Republik bezeugten die hervor-

S. 161–167. Die Kontroverse zwischen Stark und Sommerfeld hatte sich bereits 1920 angedeutet, nachdem Stark in seiner Nobelrede das Bohrsche Atommodell kritisiert hatte (Rede abgedruckt in: Nobel Lectures in Physics, hrsg. im Auftrag der Nobelstiftung, Amsterdam/London/New York 1967, S. 427–435). Dies hatte ihm einen scharfen Verweis von Sommerfeld eingetragen; Arnold Sommerfeld an Johannes Stark, 1. 12. 1920, in: AHQP, SHQP 81.

¹²⁹ Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit, Zürich 1935, S. 202.

¹³⁰ Vgl. Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987, S. 174 ff., 266 ff. und passim.

¹³¹ Vgl. Fritz K. Ringer, The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community, 1890–1933, Cambridge/Mass. 1969, S. 202 ff. Auch hier werden die Naturwissenschaftler weitestgehend ausgeblendet.

¹³² Max Born im Interview mit Thomas S. Kuhn, Session 3, 18. 10. 1962, in: AHQP, Ms A4:5, S. 12.

ragende Stellung der deutschen Forschung und deren internationale Anerkennung¹³³. Doch verhalten diese fundamentalen Fortschritte der Wissenschaft in Deutschland auch wieder zu ihrer Integration in die internationale Gemeinschaft?

Es scheint, als wäre gerade das Gegenteil der Fall gewesen. Die nationalen Loyalitäten der Weimarer Wissenschaftler waren stärker ausgeprägt als ihre übernationale Orientierung, wobei diese Loyalität¹³⁴, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in erster Linie der Nation und nicht deren demokratischem System galt. Wissenschaft war Machtersatz, wie aus einem Brief Fritz Habers deutlich hervorgeht: „Wir wissen sehr genau, daß wir den Krieg verloren haben und politisch ebenso wie wirtschaftlich nicht mehr im Vorstande der Welt sitzen. Aber wissenschaftlich glauben wir noch zu den Völkern zu zählen, die einen Anspruch haben, unter die führenden Nationen gerechnet zu werden.“¹³⁵ Dieser Machtbegriff verselbständigte sich und erzeugte ein kulturelles und wissenschaftliches Sonderbewußtsein. Gerade die philosophische Dimension der modernen Physik, vor allem der Quantenmechanik, wurde als Ausgangspunkt für die Durchdringung anderer Wissenschafts- und Kulturbereiche begriffen¹³⁶, die auf diese Weise wie die Physik einen „nationalen Stil“ ausprägen sollten, was zum Teil auch gelang¹³⁷. Ob die theoretische Debatte in der Wissenschaftsgeschichte um „nationale Stile“ praktische Ergebnisse hervorbringen kann, bleibt abzuwarten¹³⁸; für die theoretische Physik hat sich dieses Konzept jedenfalls als anwendbar erwiesen. Und eine Konsequenz daraus ist klar erkennbar: Das Bewußtsein, eine nationale, spezifisch deutsche Variante moderner Forschung zu betreiben, hat in nicht geringem Maße Blockaden im internationalen Austausch erzeugt. Zu einer engeren Kooperation der europäischen Forscher gerade auf dem Gebiet der modernen Physik, vor allem der Atom- und Kernphysik, ist es deshalb nicht gekommen; die für die Weiterentwicklung erforderlichen großen Forschungsanlagen wie etwa Teilchenbeschleuniger sind zunächst in nationaler Eigenregie und als nationale Prestigeobjekte gebaut worden¹³⁹.

¹³³ Albert Einstein erhielt den Nobelpreis für Physik 1921 (Verleihung erst 1922). 1925 wurde der Preis James Franck und Gustav Hertz zugesprochen, 1932 Werner Heisenberg; hinzu kamen im selben Zeitraum sieben Nobelpreise für Chemie.

¹³⁴ Vgl. Paul Forman, *Scientific Internationalism and the Weimar Physicists: The Ideology and Its Manipulation in Germany after World War I*, in: *Isis* 64 (1973), S.151–180.

¹³⁵ Fritz Haber an H. R. Kruyt, 7.7. 1926, in: *AHQP, SHQP, LTZ* 9.

¹³⁶ Vgl. John L. Heilbron, *The Earliest Missionaries of the Copenhagen Spirit*, in: *Revue d'Histoire des Sciences* 38 (1985), S.195–230.

¹³⁷ Vgl. Jonathan Harwood, *National Styles in Science. Genetics in Germany and the United States between the World Wars*, in: *Isis* 78 (1987), S.390–414; ders., *Styles of Scientific Thought. The German Genetics Community 1900–1933*, Chicago/London 1993.

¹³⁸ Aus der wachsenden Zahl der Veröffentlichungen zu diesem Thema seien hier nur genannt Michael Orte, *Style as Historical Category*, in: *Science in Context* 4 (1991), S.233–264; Nathan Reingold, *The Peculiarities of the Americans, or Are There National Styles in Science?* in: *Ebenda*, S.347–366; Ian Hacking, „Style“ for Historians and Philosophers, in: *Studies in the History and Philosophy of Science* 23 (1992), S.1–20.

¹³⁹ Vgl. John L. Heilbron, *The First European Cyclotrons*, in: *Rivista di storia della scienza* 3 (1986), S.1–44.

Der Nationalsozialismus und die erzwungene Emigrationswelle haben diese „nationalen Stile“ schließlich zertrümmert und die bis dahin nur latent vorhandenen internationalistischen Tendenzen der Wissenschaft zum Vorschein gebracht¹⁴⁰; in Deutschland allerdings zunächst nicht, denn dort übernahmen die reaktionären Kräfte der Weimarer Wissenschaft nach 1933 erst einmal die Macht in der *scientific community*; Johannes Stark etwa wurde für kurze Zeit Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt und der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Doch die übersteigerte Form „nationalen Stils“ in Form der „deutschen Physik“ ließ sich nicht durchsetzen. Und auch der feste Glaube an die Überlegenheit der deutschen Forschung brach zusammen, als sich am Tage von Hiroshima eine neue wissenschaftliche Vormacht offenbarte.

Der Erfolg des amerikanischen Atombombenprojekts war der spektakuläre und opferreiche Schlußpunkt eines Prozesses, der etliche Jahre früher eingesetzt hatte, nämlich der Übernahme der Hegemonialstellung in der internationalen *scientific community*, vor allem aber in den Naturwissenschaften. Das hatte mit dem „brain drain“ in Folge der Emigration nur in zweiter Linie etwas zu tun; die unterschwellige Amerikanisierung der europäischen – auch deutschen – Wissenschaft spielte eine wichtigere Rolle. Es wäre das Thema einer eigenen Untersuchung, inwiefern bewußt oder unbewußt amerikanische Muster übernommen wurden, sei es in der Forschungsfinanzierung – hier wären die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft oder die Helmholtz-Gesellschaft passende Beispiele – oder in bestimmten Formen der Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse – hier wäre an die Popularisierung der Relativitätstheorie zu denken. Kennzeichnend für die deutschen Physiker der zwanziger Jahre war indes, daß sie diesen Prozeß nicht reflektierten und zu keinem kohärenten Verständnis dessen kamen, was „moderne“ Wissenschaft denn ausmachen sollte. Auch diese Unsicherheit hat das weitverbreitete Unbehagen an eben dieser modernen Wissenschaft verstärkt.

Die Physik der Weimarer Republik bezog ihre Orientierung aus den vielfältigen kulturellen Strömungen ihrer Zeit und hat im Gegenzug auf jene zurückgewirkt. Lebensphilosophie, Mystizismus, „Hunger nach Ganzheit“, Irrationalismus und „Umsturzbedürfnis“ waren ihre Fixsterne, welche der modernen Physik ihren Weg wiesen. Ein bewußtes politisches Engagement war damit bei den wenigsten Forschern verbunden; doch, wie Thomas Mann 1929 zutreffend schrieb, „in jeder geistigen Haltung ist das Politische latent“¹⁴¹.

¹⁴⁰ Ein Beispiel dafür wäre die Unterstützung für Emigranten; vgl. Robin E. Rider, *Alarm and Opportunity: Emigration of Mathematicians and Physicists to Britain and the United States, 1933–1945*, in: *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences* 15 (1984), S. 107–176.

¹⁴¹ Thomas Mann, *Die Stellung Freuds in der modernen Geistesgeschichte*, in: Ders., *Gesammelte Werke in 12 Bänden*, Bd. X, Frankfurt a. M. 1960, S. 256–280, hier S. 267.

CORNELIA ESSNER UND EDOUARD CONTE

„FERNEHE“, „LEICHENTRAUUNG“
UND „TOTENSCHIEDUNG“

Metamorphosen des Eherechts im Dritten Reich

Der NS-Staat nahm am „Wesen der Ehe“ große Veränderungen vor, scheute sich jedoch, das Rechtsinstitut der „bürgerlichen Ehe“ abzuschaffen. Das erste Mittel zur „Siebung“ der Heiratswilligen war finanzieller Natur. Im Juni 1933 wurde die Vergabe von Ehestandsdarlehen eingeführt, die die Verbindung „Erbgesunder“ untereinander fördern sollte¹. Am 14. Juli 1933 wurde das Gesetz „zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ verabschiedet, das die Zwangssterilisierung der Bürger vorschrieb, die man als Träger von „Erbkrankheiten“ erachtete². Die auf diese Weise eingeleitete Politik, einen Teil der Bevölkerung von der nationalen „Fortpflanzungsgemeinschaft“ auszuschließen, verlangte jedoch als logische Ergänzung ein Eheverbot für „fortpflanzungsuntaugliche“ Frauen und Männer bzw. ein „Mischehe“-Verbot zwischen Sterilisierten und Nicht-Sterilisierten sowie die Zwangsscheidung einer solchen Ehe. Das Ehegesundheitsgesetz vom 18. Oktober 1935 führte zwar „Erbkrankheit“ und „Infektionskrankheit“ als Ehehindernisse ein, vermied es aber gleichzeitig, mit Rücksicht auf die katholische Kirche, „Unfruchtbarkeit“ zum Ehehindernis zu erklären³. Der Aberglaube dagegen von der Existenz einer „Blutsverschiedenheit“ zwischen Juden und Deutschen fand am 15. September 1935 Eingang in das Eherecht⁴. Das nach dem Anschluß Österreichs erlassene Großdeutsche Ehegesetz vom

¹ Zum „Gesetz über die Förderung der Eheschließungen“ vgl. Thilo Ramm, *Eherecht und Nationalsozialismus*, in: *Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel*, hrsg. von Günther Doeker und Winfried Steffani, Hamburg 1973, S. 154f.

² Vgl. den Kommentar von Artur Gütt/Herbert Linden/Franz Maßfeller, *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses*, München 1936; zur Analyse der mit diesem Gesetz eingeleiteten Politik vgl. Gisela Bock, *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik*, Opladen 1986; zur Rezeption des Gesetzes vgl. Kurt Nowak, „Euthanasie“ und Sterilisierung im „Dritten Reich“: die Konfrontation der evangelischen und katholischen Kirche mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und der „Euthanasie“-Aktion, Göttingen 1978.

³ Noch am 6. 3. 1943 wurde unter der Leitung von Ministerialrat Linden im Reichsinnenministerium (künftig: RMI) über eine Ministerratsverordnung beraten, die ein „Ehehindernis der Unfruchtbarkeit“ einführen sollte. Vgl. Christian Ganssmüller, *Die Erbgesundheitspolitik des Dritten Reiches. Planung, Durchführung und Durchsetzung*, Köln/Wien 1987, S. 145.

⁴ Zum „Rassenmischehen“-Verbot vgl. Lothar Gruchmann, „Blutschutzgesetz“ und Justiz. Zu Entstehung und Auswirkung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935, in: *VfZ* 31 (1983),

6. Juli 1938 übertrug u. a. die beiden neuen Ehehindernisse – das erbbiologisch begründete und das antisemitisch abgeleitete – auf das gesamte Reich.

Nach 1938, so hat es den Anschein, fanden keine einschneidenden Eingriffe des Gesetzgebers in die „Gattenwahl“ mehr statt. Tatsächlich gestalteten sich die weiteren Veränderungen des Eherechts im Dritten Reich der Form nach umso unauffälliger, je gravierender ihre Materie war: Seit dem 6. November 1941 erlaubte ein Geheimbefehl des Führers den deutschen Frauen, sich mit gefallenen Soldaten zu verheiraten, und eine Verordnung vom 18. März 1943 schuf die Möglichkeit der Scheidung eines Toten von einer „unwürdigen“ Kriegerwitwe.

Die Verwandlung der bürgerlichen Ehe, die mit der „nachträglichen Eheschließung“, im Volksmund „Leichentrauung“ genannt, einen Höhepunkt erreichte, soll im folgenden vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Bevölkerungs- und Rassenpolitik und ihrer Logik untersucht werden. Auf diesem Gebiet pflegten die Demographen und Rassenhygieniker⁵ stets zwischen einem „qualitativen“ und einem „quantitativen“ Aspekt zu unterscheiden. Solche theoretischen Trennungen verbargen jedoch nur mit Mühe ein prinzipielles „Problem“, das mit allen Maßnahmen zur Verbesserung der „Erbgesundheit“ des „kommenden Geschlechts“ zusammenhing: Wie die Qualität steigern, ohne daß die Quantität Einbuße erleidet? Die damit verbundene Ambivalenz zeigte sich in aller Deutlichkeit in dem Moment, als mit der Errichtung eines „völkischen Staates“ die Möglichkeit der politischen Umsetzung von „Rassentheorien“ in greifbare Nähe rückte. So nahm die mit dem Gesetz vom 14. Juli 1933 eingeschlagene Strategie, genetisch „Minderwertige“ über die Zwangssterilisierung von der Reproduktion auszuschließen, nicht nur eine Verringerung der Geburtenrate in Kauf, sondern auch das Risiko, die „Ausmerze“ nicht allein auf „erbkrankte“ Ungeborene zu beschränken, solange kein Verbot für erbbiologische „Mischehen“ existierte. Um so mehr verlangte der Mechanismus der Dezimierung potentieller Geburten als Pendant eine Strategie, die zusätzliche und gleichzeitig „hochwertige“ Ressourcen im Reproduktionsprozeß erschloß. Auf der Suche nach einem Ausweg aus dieser Zwickmühle kamen die Rassenhygieniker auf einen simplen Gedanken: den Kinderreichtum der „erbgesunden“ Familien über finanzielle Anreize zu steigern. Aber auch eine andere Lösung, die allerdings einen Bruch mit den traditionellen Moralvorstellungen bedeutete, wurde ins Auge gefaßt: die Förderung der unehelichen Mutterschaft.

Unehelichkeit im Umbruch

Am 15. Juni 1937 fand im Reichsinnenministerium eine Beratung über die uneheliche Mutterschaft statt. Es trafen sich 25 Vertreter aus Staat und Partei – darunter der Reichsführer-SS – sowie aus der Wissenschaft. Man habe es hier mit einem äußerst

S. 418–442, sowie Cornelia Essner, Die Alchemie des Rassenbegriffs und die „Nürnberger Gesetze“, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 4 (1995), S. 211 ff.

⁵ Zur Disziplingeschichte der Eugenik vgl. Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz, Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.

heiklen Thema zu tun, resümierte der Rassenhygieniker Friedrich Lenz die großen Meinungsdivergenzen der Teilnehmer, da ja nichts weniger zur Diskussion stünde als die „Grundlagen von Recht und Moral“. Tatsächlich ging es jedoch um noch mehr: die Glaubwürdigkeit der nationalsozialistischen Rassenhygiene- und Bevölkerungspolitik. Denn einerseits sprach die Propaganda unermüdlich von der Familie als „Keimzelle des völkischen Staates“, aber andererseits wollten die Juristen von der Akademie für Deutsches Recht dem unehelichen Kind denselben Status verleihen wie dem ehelichen⁶. Dieses grundsätzliche Dilemma klang aber bei der großen Debatte vom 15. Juni 1937 nur an. Im Vordergrund standen Detailfragen: Liefern die „dauernd unehelichen Mütter“ überhaupt einen quantitativ und qualitativ nennenswerten Beitrag zur nationalen „Fortpflanzung“? Und wie sieht überhaupt das numerische Verhältnis zwischen den Geschlechtern aus? Die Meinungsverschiedenheiten begannen bereits bei der Statistik. Lenz sprach von einem „Frauenunterschuss“ in den jungen Altersklassen, Himmler dagegen von „einem enormen Frauenüberschuss, in sexueller Hinsicht gesehen, weil wir eine enorme Zahl von homosexuellen Männern haben“⁷.

An Himmlers Diagnose knüpfte Karl Astel an. Astel war Inhaber des Lehrstuhls für Rassenbiologie an der Universität Jena und Leiter des Rassenamtes in Thüringen, dem Musterland erbbiologischer Erfassung. Er forderte das Recht auf Polygynie, ein „Ausnahmerecht“ für „ganz hervorragend und exzellent beschaffene Männer, denen eine zahlreichere Fortpflanzung für unser Volk zu wünschen wäre, als das mit einer Frau möglich ist“. Lenz stimmte „Herrn Astel grundsätzlich zu“, denn solche Überlegungen seien ihm sehr vertraut, habe er sie doch selbst in der „Nachkriegszeit“ geübt: „[...] wie nämlich die Menge hochwertiger Mädchen, die infolge der Kriegsverluste keinen Mann finden konnten, doch irgendwie ihr wertvolles Erbgut weitergeben könnten. Da hab ich bedauert, daß wir nicht wie unsere germanischen Vorfahren die Institution der Nebenehe haben.“ Jedoch sei damals wie heute die „öffentliche Meinung moralisch nicht darauf vorbereitet“, und Lenz betonte dann, daß „in der Ehe die Fortpflanzungsmöglichkeit auch nicht entfernt ausgenutzt ist. Wenn die Leute jung heiraten, könnten sie an sich zwanzig Kinder bekommen.“⁸

Nach Lenz ergriff Himmler das Wort. Seine „ketzerischen Ansichten“, so sagte er, beziehe er aus seinen Erfahrungen als Chef der Geheimen Staatspolizei. Ihn beunruhige am meisten die Homosexualität. Sein Schaudern vor der männlichen Gleichgeschlechtlichkeit („für einen Menschen, der normal und anständig ist, ist es nicht so furchtbar leicht da hinein zu gucken“) führte den Reichsführer-SS dazu, die Vorzüge der unehelichen Geburt zu preisen. Der Begründer des Vereins „Lebensborn“ erach-

⁶ Vgl. S. 207.

⁷ Abschrift der stenographischen Aufnahme der Beratung betreffend die uneheliche Mutterschaft am 15. 6. 1937, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), R 18/5518, Bl. 84, 87, 89. Der überwiegende Teil der im folgenden noch unter BAK zitierten Akten befindet sich jetzt im Bundesarchiv Potsdam (BAP).

⁸ Abschrift, BAK, R 18/5518, Bl. 86 f.

tete jegliche Ermutigung von Heterosexualität als das beste Mittel gegen die Verirrung des männlichen Triebes. Für Himmler gab es keine Sublimierung des Elementartriebes, wie sie von Sigmund Freud beschrieben wurde. „Alles, was wir hier einschränken, landet drüben auf der anderen Seite bei den Homosexuellen.“⁹ Diese Phantasien ließen den Reichsführer-SS sowohl die „Frühehe“ empfehlen – 1938 mit dem Großdeutschen Ehegesetz auch eingeführt¹⁰ – als auch eine rechtliche Gleichstellung des unehelichen und des ehelichen Kindes.

Allerdings sei die Aufwertung der Unehelichkeit mit der großen Gefahr verbunden, daß „falsches Blut ins deutsche Volk hineinkommt“, betonte Himmler. Diese Furcht wurde genährt vom Recht der unehelichen Mutter, den Namen des Kindsvaters zu verschweigen. Deshalb forderten auch die nationalsozialistischen Rassenrechtler eine Aufhebung dieses Rechtsanspruches zugunsten von Zwangsmitteln, um die ledige Mutter zur Preisgabe des Namens des „Erzeugers“ zu bringen. Am 9. Januar 1939 sollte ein Erlaß des Reichsinnenministeriums diesen Bestrebungen ein Ende setzen: Der unehelichen Mutter blieb das Recht, den Namen des Kindsvaters für sich zu behalten¹¹. So galt für die Abstammungsforschung weiterhin das Prinzip: „Bis zum Beweis des Gegenteils“ müsse „ohne weiteres angenommen werden, daß das uneheliche Kind einer deutschblütigen Mutter auch einen deutschblütigen Vater besitzt.“¹² Im Umkehrschluß wurde das uneheliche Kind einer „Volljüdin“ automatisch als „Volljude“ eingestuft.

Die rassenpolitische Debatte vom Juni 1937 illustriert, wie sehr sich Himmler um die Fortpflanzung der SS sorgte. Die „nordische Elite des deutschen Volkes“ jedoch war in dieser Hinsicht sehr eingeschränkt. Denn der Verlobungs- und Heiratsbefehl Himmlers vom Dezember 1931 verpflichtete die Mitglieder seines „Ordens nordischen Blutes“ auf eine rassistisch homologe „Gattenwahl“, die weit über das deutsch-jüdische „Rassenmischehen“-Verbot von 1935 hinausgehen sollte¹³. Außerdem war dem SS-Mann ein höheres Heiratsalter als das gesetzliche vorgeschrieben; er erhielt vom Rasse- und Siedlungshauptamt der SS erst mit 25 Jahren die Heiratserlaubnis, während der Staat die Männer mit dem Erreichen der Volljährigkeit für ehemündig erklärte. Die Heiratsvorschriften für die SS bewirkten einen langen „Brautstand“ der von SS-Männern erwählten Mädchen, der die Geburt „vorehelicher“ Kinder begünstigte. Solche „Brautkinder“ versuchte der Staat bereits vor dem Krieg von den übrigen „unehelichen“ Kindern zu unterscheiden, indem Mutter und Kind im Falle des

⁹ Ebenda, Bl. 102.

¹⁰ Das Gesetz „zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet“ vom 6. 7. 1938, Reichsgesetzblatt (künftig: RGBI) I, 808, führte die „Ehemündigkeitserklärung“ für Frauen unter 16 Jahren ein.

¹¹ Der Verzicht auf Zwangsmittel für die Feststellung des unehelichen Vaters war auch ein Eingeständnis, daß die Blutgruppenforschung, auf die beim „Abstammungsnachweis“ große Hoffnung gesetzt wurde, begrenzt geblieben war.

¹² Erlaß des RMI vom 6. 7. 1936, in: BAP, Akten des Reichssippenamtes, 15.09/42.

¹³ Zur Anwendung des Heiratsbefehls vgl. Josef Ackermann, Heinrich Himmler als Ideologe, Göttingen 1970, passim, und Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf, Gütersloh, S. 147.

Todes des Kindsvaters das Recht erhielten, den Namen des „unerwartet gestorbenen Bräutigams“ zu führen¹⁴.

Mit Kriegsbeginn verschärfte sich die bevölkerungspolitische Debatte, und gerade das Problem der unehelichen Mutterschaft wurde sehr aktuell. Nach dem Überfall auf Polen erließ Himmler am 28. Oktober 1939 den „SS-Befehl für die gesamte SS und Polizei“, vom Volksmund „Zeugungsbefehl“ genannt. „Der Krieg ist ein Aderlaß besten Blutes“, heißt es dort; „mancher Sieg der Waffen war für ein Volk zugleich eine vernichtende Niederlage seiner Lebenskraft und seines Blutes. Hierbei ist der leider notwendige Tod der besten Männer, so bedauernswert er ist, noch nicht das Schlimmste. Viel schlimmer ist das Fehlen der während des Krieges von den Lebenden und der nach dem Krieg von den Toten nicht gezeugten Kinder.“ Hier wird ein Mechanismus beschrieben, den die nordische Rassenlehre¹⁵ als „Kontraselektion“ oder als „Tragik des nordischen Helden“ bezeichnete. Oft blieben gerade die „Besten“, d. h. die Mitglieder der kämpferischen „nordischen Rasse“, auf dem „Feld der Ehre“, während die „Minderwertigen“ überlebten und auf diese Weise vermehrt zur „Fortpflanzung“ gelangten. Die rassenpolitisch so gefährliche „Kontraselektion“ mache in Kriegszeiten eine neue Moral nötig, lautet der Tenor des „Zeugungsbefehls“: „Über die Grenzen vielleicht sonst notwendiger bürgerlicher Gesetze und Gewohnheiten hinaus wird es auch außerhalb der Ehe für deutsche Frauen und Mädel guten Blutes eine hohe Aufgabe sein können, nicht aus Leichtsinne, sondern aus tiefem sittlichen Ernst Mütter der Kinder ins Feld ziehender Soldaten zu werden, von denen das Schicksal allein weiß, ob sie heimkehren oder für Deutschland fallen.“¹⁶

Die Empfängnis von einem totgeweihten Soldaten wurde so zu einem fast religiösen Akt stilisiert, der die Weitergabe des „guten Blutes“ garantieren und das Auseinanderbrechen der vielbeschworenen „Ahnenkette“ verhindern sollte. Dafür kamen selbstverständlich nur Frauen „guten Blutes“ in Frage, eine Umschreibung des in der Bevölkerung eher verpönten Begriffs der „nordischen Rasse“. Immer wieder predigte Himmler: „Heilig soll uns sein jede Mutter guten Blutes!“ Die „Bedenken und Besorgnisse“, die gerade den Soldaten oft davon abhielten, Kinder in die Welt zu setzen, „braucht Ihr SS-Männer nicht zu haben“. Diese Ängste seien grundlos, da „für alle ehelichen und unehelichen Kinder guten Blutes, deren Väter im Krieg gefallen sind, besondere, von mir persönlich Beauftragte im Namen des Reichsführers-SS die Vormundschaft übernehmen“. Der Befehl endete mit dem Aufruf: „SS-Männer und Ihr Mütter dieser von Deutschland erhofften Kinder zeigt, daß Ihr im Glauben an den Führer und im Willen zum ewigen Leben unseres Blutes und Volkes ebenso tap-

¹⁴ Vgl. Runderlaß des RMI vom 8. 1. 1938 über „Änderung und Feststellung von Familiennamen“, in: Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern 1938, Nr. 2, S. 79.

¹⁵ Vgl. Cornelia Essner, Im „Irrgarten der Rassenlogik“ oder nordische Rassenlehre und nationale Frage (1919–1935), in: Historische Mitteilungen 7 (1994), S. 81–101.

¹⁶ Abdruck u. a. in Annette Kuhn/Valentine Rothe, Frauen im deutschen Faschismus, Bd. 1, Düsseldorf 1982, S. 135 f.

fer, wie Ihr für Deutschland zu kämpfen und sterben versteht, das Leben für Deutschland weiterzugeben willens seid.“

Der „Zeugungsbefehl“ löste in der Bevölkerung große Unruhe aus. Gerade die Wehrmachtssoldaten interpretierten ihn als einen Freibrief für die SS-Männer zum Ehebruch. Um die SS-Institution „Lebensborn e.V.“¹⁷ kam jetzt das Gerücht auf, daß dort Ehebrecherinnen, deren Männer an der Front kämpften, in aller Stille sich ihrer außerehelichen Kinder entledigten. Daß es berechtigt war, „Zeugungsbefehl“ und „Lebensborn“ in einen Zusammenhang zu bringen, bewies Himmler selbst, als er die entstandenen Gerüchte zu entkräften suchte. Allein die Tatsache, „daß die SS-Männer zum überwiegenden Teil selbst an der Front stehen und nicht in der Heimat“, verteidigte er Anfang 1940 den Befehl vor der Partei, spräche ebenso gegen das Ehebruch-Gerücht wie der Umstand, daß es sich bei den SS-Männern „zu 44 Prozent selber um verheiratete Ehemänner handele“. Anschließend beantwortete der Reichsführer-SS die offenbar häufig gestellte Frage, „warum für die Frauen der SS und Polizei [. . .] in besonderem Maße gesorgt wird und nicht ebenso für alle anderen? Weil die SS [. . .] durch freiwillige Beiträge von Führern und Männern – seit Jahren an den Verein ‚Lebensborn‘ gezahlt – die Mittel dafür aufbringen.“¹⁸

Himmler suchte sich zur Rechtfertigung des „Zeugungsbefehls“ Rückendeckung bei Hitler und Heß. Weihnachten 1939, dem ersten Kriegswedhnachten, wandte sich der Stellvertreter des Führers an die deutschen Frauen. Der „Völkische Beobachter“ vom 26. Dezember 1939 veröffentlichte einen Brief Heß' an eine anonyme uneheliche Mutter. „Sie schreiben mir, daß Ihr Verlobter, von dem Sie ein Kind erwarten, gefallen ist, ohne daß Sie ihm noch ins Feld Nachricht vom Werden des jungen Lebens hätten geben können.“ Heß versprach dieser „Kriegsverlobten“ und „allen jungen Müttern in Ihrer Lage“, daß „Sie und Ihr Kind versorgungsmäßig in der gleichen Weise behandelt werden, als sei die Ehe schon geschlossen worden.“ Heß lobte gleichzeitig die neue Einstellung zur Unehelichkeit in der „nationalsozialistischen Weltanschauung“, die einerseits nicht die tragende Rolle der Familie im Staat tangiere, andererseits aber den „besonderen Notzeiten des Volkes“ Rechnung trage. „Gerade im Krieg, der den Tod vieler bester Männer fordert, ist jedes neue Leben von besonderer Bedeutung für die Nation. Wenn daher rassisch einwandfreie junge Männer, die ins Feld rücken, Kinder hinterlassen, die ihr Blut weitertragen in kommende Geschlechter, Kinder von gleichfalls erbgesunden Mädchen des entsprechenden Alters, mit denen die Heirat aus irgendeinem Grund nicht sofort möglich ist, wird für die Erhaltung dieses wertvollen nationalen Gutes gesorgt werden.“¹⁹

¹⁷ Vgl. Marc Hillel/Clarissa Henry, *Lebensborn e.V.*, Wien/Hamburg 1975, S.77, sowie Georg Lilienthal, *Der „Lebensborn e.V.“. Ein Instrument nationalsozialistischer Rassenpolitik*, Stuttgart/New York 1985.

¹⁸ „Verteidigung des Befehls vor der Partei“ am 30.1. 1940, in: Institut für Zeitgeschichte, Archiv (künftig: IFZ), MA 330, Bl.4112f. Abdruck auch in: Bradley Smith/Agnes Peterson (Hrsg.), *Heinrich Himmler: Geheimreden 1933 bis 1945*, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1974, S.119. Seinem revidierten „Zeugungsbefehl“ legte Himmler den Brief von Heß an eine uneheliche Mutter bei.

¹⁹ IFZ, MA 330, Bl.4115.

Heß spielte damit auf die bereits weit fortgeschrittene Arbeit an der Neugestaltung des Verwandtschaftsrechtes an, das u. a. die weitgehende Gleichstellung des unehelichen und ehelichen Kindes vorsah. Ende Juli 1940 legte die Reichskanzlei Hitler den Entwurf eines Gesetzes über die Reform des Verwandtschaftsrechts zur Unterschrift vor. Der Führer aber entschied nach der Lektüre des Textes: „unvereinbar mit den nationalsozialistischen Grundsätzen“. Der Entwurf sah u. a. die Ehelichkeitserklärung des „Kriegskindes“ durch die Eltern des Toten und eine Erleichterung der Zwangsadoption gegen den Willen der unehelichen Mutter vor. Auf diese Weise würde der tote Vater bzw. die ihn vertretende „Sippe“ eine höhere Gewalt über das Kind erhalten als die lebende Mutter. Hitler sah hier „das ethische Recht der Mutter auf ihr Kind“ verletzt, und er verweigerte dem neuen Sippenrecht seine Zustimmung: Es handle sich um ein Gesetz „gegen die unehelichen Kinder und zur Entrechtung der unehelichen Mutter“²⁰.

Mit der Ausweitung des Zweiten Weltkrieges wurde die Frage nach einer Verbesserung des Status der un- bzw. vorehelichen Kinder der „Kriegsväter“ immer akuter. Die Ungerechtigkeiten in der Versorgung junger Mütter bzw. Witwen wurden in der Bevölkerung immer deutlicher empfunden, je mehr Männer im Kriegsverlauf fielen. In SD-Berichten mehrten sich die Mitteilungen über das allgemeine „Unverständnis“ angesichts der formalisierten Behandlung selbst solcher Fälle, wo der Soldat offiziell verlobt gewesen war und „außergerichtlich“ seine Vaterschaft anerkannt hatte. Die „Meldungen aus dem Reich“ konstatierten ferner im Februar 1941: „Die in vielen Gegenden Deutschlands während der Wintermonate erfolgte Einquartierung von Soldaten hat [. . .] des öfteren dazu geführt, daß unverheiratete Mädchen von Soldaten geschwängert worden sind. In all diesen Fällen werden die unehelichen Kinder erst im Laufe des Sommers oder Herbst geboren, zu einem Zeitpunkt also, in dem die meisten Väter bereits wieder bei Kriegshandlungen eingesetzt wurden und ein Teil von ihnen vielleicht sogar gefallen sein wird [. . .]. Infolgedessen wird für eine nicht kleine Zahl unehelicher Kinder der Vater nicht mehr festgestellt werden können.“²¹

Im Hinblick auf die Kartographie der Abstammungsverhältnisse der „Volksgemeinschaft“ stellten die unehelichen Soldatenkinder im Reich zwar eine unerfreuliche Lücke dar, aber da sie mit größter Wahrscheinlichkeit von deutschen Vätern abstammten, waren sie „rassisch erwünscht“. Das galt für andere nicht. War es vor Kriegsbeginn insbesondere die Gefahr des „jüdischen Blutes“, die durch das Verbot der Eheschließung zwischen „Deutschblütigen“ und „Volljuden“ und die Bestrafung außerehelicher „Rassenschande“ gebannt werden sollte, stellte sich im Krieg die Frage nach der Kontrolle des „unerwünschten Blutzuwachs“ in neuer Form. Vor allem seitdem zahlreiche „Fremdarbeiter“²² ins Reich geholt wurden, erhöhte sich das ras-

²⁰ Zit. nach Werner Schubert, Der Entwurf eines Nichtehelichengesetzes vom Juli 1940 und seine Ablehnung durch Hitler, in: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht 31 (1984), S. 5.

²¹ Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich 1938–1945, Herrsching 1984, Bd. 7, S. 2538 (Juli 1941) sowie Bd. 6 (Februar 1941), S. 2028f.

²² Vgl. Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985.

senpolitische Interesse, die uneheliche Geburt zu überwachen, war sie doch das schwer zu bewachende Einfallstor, durch das das gefürchtete „fremde Blut“ in den deutschen „Volkskörper“ eindringen konnte. Als ein Mittel gegen uneheliche Mutterschaft und die Gefahr der „Abstammungsverschleierung“ stand dem Staat die Erleichterung „erwünschter“ Eheschließungen zur Verfügung.

„Kriegstrauung“ und „Stahlhelme“

Bereits zwei Tage vor dem Angriff auf Polen wurde über eine Verordnung zum Personenstandsgesetz die „beschleunigte Eheschließung“, die sogenannte Kriegstrauung, eingeführt. Sie galt, wenn „der Verlobte der Wehrmacht angehört oder nachweist, daß er zum Dienst in der Wehrmacht berufen ist“. Beschleunigt wurde die Heirat dadurch, daß die Verlobten „nur die Urkunden beibringen müssen, die sie schon im Besitz haben“²³. Diese auf den ersten Blick wenig bedeutsame Änderung hatte zur Folge, daß der „Ariernachweis“ bis zu den Großeltern, den alle Heiratswilligen seit dem Inkrafttreten des „Blutschutzgesetzes“ vorlegen mußten, nun nicht mehr obligatorisch war. Frau wie Mann brauchten ihre „deutschblütige Abstammung“ nur noch schriftlich zu Protokoll zu geben und eine diesbezügliche „eidesstattliche Erklärung“ abzugeben, die dem Staat die Möglichkeit ließ, „widerrechtlich“ geschlossene Ehen für nichtig zu erklären. Damit war de facto das antisemitische „Blutschutzgesetz“ abgeschwächt, und dasselbe geschah für dessen rassenhygienischen Zwillingsbruder, das Ehegesundheitsgesetz. Denn seit dem 31. August 1939 waren auch „Untersuchungen auf Ehetauglichkeit“ ausgesetzt sowie die Anwendung des Sterilisationsgesetzes auf die Fälle eingeschränkt, in denen eine „besonders große Fortpflanzungsgefahr“ bestand²⁴.

Die formale Abschwächung der Eehindernisse zeigte, daß das NS-Regime nun eher zur quantitativen Bevölkerungspolitik tendierte. Denn der Massentod heiratsfähiger Männer im Krieg war zum größten demographischen Hemmnis geworden. Von den Statistikern wurde die Kriegstrauung als „erste sichtbare bevölkerungspolitische Auswirkung des Krieges“ gefeiert, verursachte sie doch eine „gewaltige Zunahme der Eheschließungen“: Im ersten Vierteljahr des Krieges heirateten in den 56 Großstädten des „Altreichs“ 55,3 Prozent mehr Paare als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres²⁵. Der Kampf gegen die drohende „Kontraselektion“ schien erfolgreich begonnen.

²³ E. Peters, Erfordernisse bei Kriegstrauungen, in: Zeitschrift für Standesamtswesen 1939, S. 362 f.

²⁴ Das „Ehegesundheitsgesetz“ vom 18. 10. 1935 hatte die Einführung eines obligatorischen „Ehetauglichkeitszeugnisses“ in Aussicht gestellt. Bis dahin war es dem Standesbeamten erlaubt, bei „Verdacht“ ein solches Zeugnis vom Gesundheitsamt anzufordern. Die Verweigerung dieses Zeugnisses wiederum lieferte dann dem örtlichen Erbgesundheitsgericht den Grund, ein Verfahren zur Zwangssterilisation des Ehekandidaten einzuleiten.

²⁵ Leo Francke, Weiterer Anstieg der Eheschließungs- und Geburtenkurven in den deutschen Großstädten, in: Zeitschrift für Standesamtswesen 1940, S. 117.

Die Propaganda suchte die Bereitschaft der Frauen, trotz kriegsbedingter Unsicherheiten Kinder in die Welt zu setzen, nach Kräften zu stärken. Immer wieder wurde die Gebärende mit dem Krieger verglichen: Das Kindbett ähnelte dem Schlachtfeld, und die Mütter wurden Ordensträger²⁶. Frau und Mann kämpften den gleichen Kampf für Volk und Vaterland, wurde auf diese Weise suggeriert. Die Natürlichkeit der Geburt evozierte das Bild von der Normalität des Todes, und die Grenze zwischen Leben und Tod verschwamm. Nicht zuletzt suchte man durch ständige Erinnerung an den Ahnenkult²⁷, die Geburtenrate zu erhöhen: „Du hast nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, dein Blut in Kindern weiterzugeben“, pflegte der Standesbeamte das Hochzeitspaar zu ermahnen, „denn du bist ein Glied der Kette der Geschlechter, die aus der Ferne in die Ferne geht, und dieses Glied der Kette, das du bist, muß halten, damit die Kette nie und nimmer zerreißt. [. . .] Du vergehst: was du deinen Nachkommen gibst, bleibt ewig, in ihnen feierst du Auferstehung. Dein Volk bleibt.“²⁸

Am 4. November 1939 erfuhr das formale Eherecht eine große Änderung. Die Ferntrauung wurde eingeführt, die Braut konnte nun in Abwesenheit des Soldatenbräutigams heiraten. Denn die Tatsache, daß „im Kriege [. . .] der im Felde stehende Mann nicht die Möglichkeit [hat], vor dem Standesbeamten zu erscheinen, bedeutet insbesondere in den Fällen eine besondere Härte [. . .], in denen die Heirat für die nächste Zeit beabsichtigt war, und vor allem [wenn] die Verlobten bereits ein gemeinsames Kind haben oder die Braut schwanger ist. In solchen Fällen wird der Mann häufig den begreiflichen [. . .] Wunsch haben, daß ihm, falls er auf dem Feld der Ehre sein Leben sollte lassen müssen, vorher wenigstens die Gründung einer Familie gestattet wird, sei es, damit seine Braut ohne wirtschaftliche Sorgen in die Zukunft blicken kann, sei es, damit sein Kind oder sein demnächst geborenes Kind als sein eheliches für das Weiterleben des Geschlechts sorgt“²⁹. Nachdem der abwesende Soldat die entsprechenden Papiere³⁰ eingereicht hatte, vollzog der Stan-

²⁶ „Die deutsche kinderreiche Mutter soll den gleichen Ehrenplatz in der deutschen Volksgemeinschaft erhalten wie der Frontsoldat, denn ihr Einsatz von Leib und Leben für Volk und Vaterland [ist] der gleiche wie der des Frontsoldaten im Donner der Schlachten.“ (Willy Geisler, Die Ansprache des Standesbeamten bei der standesamtlichen Trauung, in: Zeitschrift für Standesamtswesen 1941, S. 234). Im übrigen wurde das Mutterkreuz von den Sparmaßnahmen der Kriegswirtschaft nicht verschönt: Es mußte beim Tod einer Mutter an den Staat zurückgegeben werden.

²⁷ Zum Ahnenkult vgl. Edouard Conte/Cornelia Essner, La Quête de la race. Une anthropologie du nazisme, Paris 1995, S. 120 ff.

²⁸ Geisler, Ansprache, S. 235.

²⁹ Franz Maßfeller, Die Personenstandsverordnung der Wehrmacht, in: Zeitschrift für Standesamtswesen 1939, S. 375.

³⁰ Der Soldat konnte nun seinen „Willen, die Ehe mit der von ihm bestimmt bezeichneten Frau einzugehen“ (ebenda), seinem Bataillonskommandanten schriftlich erklären. Diese Willenserklärung wurde im Feld zu einer Art Trauungszeremonie stilisiert, mit Trauzeugen vor dem Foto der Verlobten. Vgl. das Foto einer solchen Zeremonie in Reinhard Rürup (Hrsg.), Der Krieg gegen die Sowjetunion. Eine Dokumentation, Berlin 1991, S. 165. Die Niederschrift, die ebenfalls die eidesstattliche Erklärung über die „arische“ Abstammung enthielt, wurde zusammen mit der vorge-

desbeamte am Wohnort der Verlobten die Eheschließung dadurch, daß er ihre Erklärung, daß sie die Ehe mit dem entsprechenden Mann eingehen wolle, beurkundete³¹. Stellte sich später heraus, daß zu diesem Zeitpunkt der Verlobte bereits gefallen war, galt die Ehe dennoch, allerdings wurde ihr Beginn auf den Tag der schriftlichen Erklärung des Mannes rückdatiert. Ein aus einer solchen Verbindung hervorgegangenes Kind, das in der Zeitlücke zwischen der Niederschrift des Vaters und der standesamtlichen Erklärung der Mutter zur Welt kam, wurde am Todestag des Vaters ehelich.

Rechtshistorisch gesehen handelte es sich bei der Fernehe um „eine Weiterbildung der Handschuhehe“, um die Eheschließung durch einen Stellvertreter also, die in vielen Kolonialländern und Seefahrernationen Tradition hatte. Der Bräutigam sandte der Braut einen Handschuh zu, und sie verheirateten sich dann – im Gegensatz zur Fernehe – in Anwesenheit eines Stellvertreters. Der Handschuh wurde im Dritten Reich zum Stahlhelm: Auf dem Bürotisch zwischen dem Standesbeamten und der Braut lag als Symbol des abwesenden Mannes ein Stahlhelm. „Mit einem Stahlhelm verheiratet“, hieß es im Volksmund über diese Ehen.

Mit der demographischen Zielsetzung, die Eheschließungs- und Geburtenquote durch vereinfachte Heiratsbedingungen zu erhöhen, blieb auch weiterhin der qualitativen-rassenpolitische Aspekt verbunden³². Es galt hierbei das Prinzip – und zwar gleichermaßen für Frauen wie für Männer –, daß die Abstammungskontrolle umso strikter war, je gesellschaftlich höher das Hochzeitspaar rangierte. So wog der Anteil an „jüdischem Blut“ bei Berufssoldaten wesentlich schwerer als bei denen, „die nur aus Anlaß des Krieges zur Wehrmacht eingezogen sind“. Ein „Mischling 2. Grades“ aus der letzteren Gruppe unterstand den Vorschriften des „Blutschutzgesetzes“, d. h. er mußte „deutschblütig“ heiraten, der „vierteljüdische“ Berufssoldat dagegen „wird kaum mit einer Heiratserlaubnis rechnen können“³³. Die „Reinhaltung des Blutes“ der „arischen“ Berufssoldaten lief zunehmend über die Frau. Anfang 1943 wurde ihm die Heirat mit Personen verboten, „die in weiter zurückliegender Geschlechterfolge jüdisch versippt sind“. Jedoch nicht nur über die Blutsverwandtschaft der Gattin war ein Eindringen des „jüdischen Blutes“ zu befürchten, sondern auch über vorangegangene Ehen: „Heiraten mit Frauen, die früher mit einem Juden ver-

schriebenen Heiratserlaubnis durch das Oberkommando der Wehrmacht dem Standesamt zugeschickt, das für die Braut zuständig war.

³¹ Vgl. Maßfeller, Personenstandsverordnung, S. 375.

³² Die Frauen, die „beschleunigt“ oder aus der Ferne sich mit einem Offizier vermählten, mußten der eidesstattlichen Erklärung den Ariernachweis nachreichen. Vgl. Heiratsordnung der Wehrmacht für die Dauer des Krieges vom 28.1. 1943, in: Zeitschrift für Standesamtswesen 1943, S. 25 ff. Dieser war seit dem 1.8. 1940 rationalisiert worden, das bedeutete u. a.: War die Braut oder ihr Vater in einer leitenden Position einer NSDAP-Organisation tätig, so erübrigte sich ein erneuter Abstammungsnachweis. Aber in allen Fällen „war festzustellen [. . .], ob sie würdig ist, die Frau eines aktiven Wehrmachtssoldaten zu werden, ob die Braut einen einwandfreien Ruf genießt, zustimmend zum nationalsozialistischen Staat eingestellt ist“.

³³ Peters, Erfordernisse, S. 363.

heiratet waren, sind für alle Wehrmachtangehörigen verboten, auch wenn die Ehe mit dem Juden kinderlos war.“³⁴

Während die „Versippung“ der Wehrmachtseelite mit Trägern „jüdischen Blutes“ immer strenger unterbunden wurde, erfuhr die Heirat zwischen „Deutschblütigen“ ständig weitere Erleichterungen. Der Kreis derer, denen Fernehen gestattet waren, wurde auf alle deutschen Zivilpersonen im Ausland sowie Kriegsgefangene ausgedehnt³⁵.

Seit Herbst 1942 konnte eine deutsche Frau einem deutschen Soldaten auch aus der Ferne die Ehe antragen, „wenn sie sich im Ausland aufhält“ und „wenn sie Zivilinternierte ist“. Diese Änderung spiegelte den vermehrten Einsatz junger Frauen auf den sich ausweitenden Kriegsschauplätzen wider und verfolgte das rassenpolitische Ziel, die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, daß deutsche „Arier“ sich untereinander verheirateten. Je einfacher die Ferntrauung war, so das Kalkül, desto geringer die „Gefahr“, daß Deutsche auf gleicher Ebene mit „Fremdvölkischen“ zu verkehren suchten und daß „Eingeborene“ aus Afrika, Asien oder Europa durch eine gültige Ehe die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten³⁶. Wenn verheiratete Wehrmachtssoldaten in fremden Ländern uneheliche Kinder in die Welt setzten, war der deutsche Staat nicht tangiert: Diesen Kindern blieb – im Gegensatz zu den ehelichen – die deutsche Staatsbürgerschaft vorenthalten. Handelte es sich jedoch um uneheliche Kinder „guten Blutes“ von „rassisch verwandten“, vor allem „nordischen“ Frauen aus den Nachbarländern, versuchte man diesen „hochwertigen Blutzuwachs“ u. a. über die Adoption zurückzugewinnen³⁷.

Die „Leichentrauung“ und ihre Folgen

Die zahlreichen, vom Gesetzgeber geschaffenen Anreize zur forcierten Fortpflanzung schlossen anfänglich eine spezifische Gruppe von Soldaten aus, nämlich „diejenigen Einzelfälle, in denen der Kindsvater nicht mehr zur Niederschrift seines Willens, eine Ehe einzugehen, gekommen ist, in denen aber der Nachweis erbracht werden kann, daß der Kindsvater willens war, die Ehe mit der Kindsmutter einzugehen“³⁸. Damit waren jene Gefallenen und ihre Bräute gemeint, denen Heß zu Weihnachten 1939 eine zufriedenstellende Regelung versprochen hatte, die jedoch auf-

³⁴ Heiratsordnung (wie Anm. 32), S. 26.

³⁵ Franz Maßfeller, Die Personenstandsverordnung der Wehrmacht in neuer Fassung, in: Zeitschrift für Standesamtswesen 1942, S. 174 ff.

³⁶ Diese Angst vor einem legalen Eindringen „fremden Blutes“ charakterisierte bereits die deutsche Kolonialverwaltung; vgl. Cornelia Essner, „Wo Rauch ist, da ist auch Feuer.“ Zu den Ansätzen eines Rassenrechts für die deutschen Kolonien in: W. Wagner (Hrsg.), Rassendiskriminierung, Kolonialpolitik und ethnisch-nationale Identität, Münster 1992, S. 145–161.

³⁷ Zur Adoption von Kindern mit Norwegerinnen vgl. Akten der Reichskanzlei, in: BAK, R 43 II/1520 a.

³⁸ Boberach, Meldungen, Bd. 4, S. 1108 (Mai 1940).

grund der festgefahrenen Reform des Unehelichenrechts ausgeblieben war. Es handelte sich dabei insbesondere um die Soldaten, die in Polen ihr Leben gelassen hatten. Die Tatsache, daß gerade an den Nachkommen der Krieger der ersten Stunde der „Makel der Unehelichkeit“ haften bleiben sollte, wurde als große Ungerechtigkeit empfunden. Nicht einmal den Namen des Gefallenen konnten diese Unehelichen annehmen und damit de nomine das Geschlecht der Toten weitertragen, denn seit dem 20. Oktober 1939 wurden Anträge auf Namensänderungen nicht mehr bearbeitet³⁹. Bis zu diesem Zeitpunkt bestand – wie bereits erwähnt – für die Bräute noch die Möglichkeit, den Familiennamen des gefallenen Verlobten anzunehmen, obwohl sie de jure unverheiratet blieben.

Seit den ersten Kriegsmonaten dachte man in Partei und Verwaltung darüber nach, wie man die Kriegsbräute, die weder von Kriegstrauung noch von Ferntrauung hatten Gebrauch machen können und deren Kinder in den Standesamtsregistern den Vermerk „Vater unbekannt“ oder im besten Fall „Kriegsvater“ trugen, aufwerten konnte. Im Mai 1940 kam der Vorschlag auf, „daß bei Gefallenen oder Vermißten auch die nachgewiesene allgemeine Erklärung des Mannes in Briefen gegenüber Kameraden oder anderen Personen“ zur Ferntrauung führen können sollte. „In diesem Falle würde die Ehe als an dem Tag geschlossen gelten, an dem der Mann seinen Willen, die Ehe einzugehen, in [. . .] allgemeiner Form erklärt hat.“⁴⁰

Das Problem verschärfte sich, als sich bei Ferntrauungen immer häufiger zeigte, daß das Jawort der Braut bereits einem Toten gegolten hatte. Gleichzeitig trafen bei den „verschiedenen Dienststellen der Partei, des Staates und der Wehrmacht“ Gesuche ein, in denen um eine Eheschließung nach dem Tode des Mannes gebeten wurde. Manche Bittstellerinnen fanden Gehör, und der Führer gewährte die Ehe mit dem Toten als „Gnadenakt“⁴¹. Im Herbst 1941 ergriff Reichsinnenminister Frick, im Einvernehmen mit dem Leiter der Parteikanzlei Bormann, die Initiative, um die Praxis solcher nachträglicher Eheschließungen zu vereinheitlichen und den Führer von der ausufernden Gewährung der „Gnadenakte“ zu entlasten. Am 27. September ließ Frick seinen Staatssekretär Stuckart an Lammers, den Chef der Reichskanzlei, schreiben: „Bei Vortrag eines Einzelfalles hat der Führer zum Ausdruck gebracht, er wünsche den nachträglichen Vollzug der Eheschließung, wenn diese beabsichtigt war, aber wegen des inzwischen erfolgten Heldentodes des Verlobten nicht erfolgen konnte“. Der Innenminister meinte deshalb, „daß dem Wunsche des Führers am besten dadurch Rechnung getragen wird, daß ich ermächtigt werde, in derartigen Fällen im Namen des Führers die nachträgliche Eheschließung anzuordnen. In der Anlage übersende ich ergebenst den Entwurf eines an mich gerichteten Führererlasses mit der Bitte, ihn dem Führer vorzulegen.“⁴²

³⁹ Vgl. Runderlaß des RMI vom 20. 10. 1939, in: Zeitschrift für Standesamtswesen 1939, S. 372.

⁴⁰ Boberach, Meldungen, Bd. 4, S. 1109.

⁴¹ Vgl. der Fall Töpfer, Akten des Reichsjustizministeriums, in: BAK, R 22/754, Bl. 243.

⁴² Ebenda, Bl. 281. Ein Teil der für die vorliegende Untersuchung eruierten Quellen – insbesondere die Verordnungsentwürfe – ist neuerdings ediert durch Werner Schubert (Hrsg.), Das Familien-

Am 6. November 1941 unterzeichnete Hitler zusammen mit Lammers und Keitel, dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, einen entsprechenden Geheimerlaß. Das Datum war nicht zufällig gewählt, es fiel in die Vorbereitungsphase für den höchsten Feiertag der Partei. In Erinnerung an den „Marsch auf die Feldherrnhalle“ vom 9. November 1923 wurden am entsprechenden Jahrestag die sechzehn „Märtyrer der Bewegung“ geehrt, und 1938 fand in der Nacht nach dem Gedenktag auch der berühmte Judenpogrom statt. Im Krieg verwandelte sich der Parteifeiertag zu einem allgemeinen Totengedenktag zu Ehren der Gefallenen des Ersten Weltkrieges und des gegenwärtigen Krieges. Bormann, bekannt als heftiger Gegner der christlichen Kirchen und Verfechter einer „neuheidnischen Gottgläubigkeit“⁴³, wollte es „Brauch werden [lassen], am Gedenktag des 9. November nicht nur alle Helden-ehrungsstätten, sondern auch alle Gräber [...] zu schmücken“⁴⁴. Auf diese Weise würde der 9. November einem allgemeinen Ahnenkult dienen und die beiden, um dieselbe Zeit gelegenen großen christlichen Feiertage verdrängen: Das katholische Allerheiligen vom 1. November und den evangelischen Totensonntag, der, am zweiten Sonntag vor dem Ersten Advent, das Ende des evangelischen Kirchenjahres anzeigt.

Drei Tage vor dem Totentag des 9. November erteilte nun Hitler dem Reichsinnenminister die Ermächtigung, „die nachträgliche Eheschließung von Frauen mit gefallenen oder im Felde verstorbenen Wehrmichtsangehörigen anzuordnen, wenn nachweislich die ernstliche Absicht, die Ehe einzugehen, bestanden hat und keine Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß die Absicht vor dem Tode aufgegeben ist. Für Berufssoldaten ist die Zustimmung des Oberkommandos der Wehrmacht einzuholen. Eine Veröffentlichung dieser Anordnung hat zu unterbleiben.“⁴⁵ Ein solch „geheimer Führererlaß“ war ein probates Mittel, auf raschem Wege eine neue Rechtswirklichkeit zu schaffen⁴⁶. Am 25. März 1942 gab das Reichsinnenministerium den Wortlaut der Ermächtigung innerhalb der Verwaltung bekannt. Seitdem verbreitete sich über Wehrmichts- und Parteistellen die Nachricht von der Möglichkeit zur „Leichentrauerung“, so die Bezeichnung im Volksmund. „Zunächst eine ganz weitmaschige Regelung in Vorschlag bringen und abwarten, wie diese sich bewähren würde“⁴⁷, hieß es vorsichtig aus der Reichskanzlei zu der großen Umwälzung im Eherecht, die dessen traditionelle Form und Materie sprengte. Die Ferntrauung, die bereits unwissentlich zur Eheschließung mit einem Toten hatte führen können, war von der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen worden, und so rechnete man auch mit einer Akzeptanz der expliziten „Totenehe“. Machte es einen Unterschied, wenn die Braut auf dem

und Erbrecht unter dem Nationalsozialismus. Ausgewählte Quellen zu den wichtigsten Gesetzen und Projekten aus den Ministerialakten, Paderborn/München 1993.

⁴³ Vgl. dazu Conte/Essner, *Quête*, S. 40 ff.

⁴⁴ Klaus Vondung, *Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus*, Göttingen 1971, S. 85 und 96.

⁴⁵ BAK, R 43 II/1520 a, Bl. 28.

⁴⁶ Diese Form der Rechtssetzung fand bei den NS-Juristen nicht nur Zustimmung; vgl. Dieter Rebenitsch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1989, S. 393 f.

⁴⁷ Brief Lammers an Reichsjustizminister Thierack vom 18. 7. 1943, in: BAK, R 43 II/1520 a, Bl. 69.

Standesamt ihr Jawort in dem Bewußtsein gab, daß der Bräutigam noch für das Vaterland kämpfte, oder ob amtlich bekannt war, daß dieser bereits gefallen war? Die Differenz war nicht zuletzt formal gravierend: Im ersten Fall bestand zwischen dem Soldaten und seiner zukünftigen Ehefrau ein schriftlich fixierter Ehekonsens, im zweiten Fall jedoch nicht. Hier lag es allein bei der Frau, den letzten Willen des Gefallenen bei den Behörden zu bezeugen.

Nur wenige Tage nach der verwaltungsinternen Bekanntgabe der neuen Heiratsregelung protestierte Staatssekretär Schlegelberger, der seit dem Tode Gürtners die Amtsgeschäfte des Reichsjustizministers führte, gegen die Einführung der Totenehe. Der Protest bezog sich jedoch mehr auf die Form als den Inhalt. Schlegelberger war verärgert, weil er bei der „Abänderung des materiellen und formellen Eherechts“ völlig übergangen worden war, und erhob zahlreiche juristische Einwände: Wie sei man gegen das „Erschleichen“ einer solchen nachträglich geschlossenen Ehe gesichert? Was solle man tun, wenn beispielsweise ein Soldat, bevor er an die Front zurückkehrt, irgendeinem Mädchen aus Mitleid einen Brief schenkt, in dem steht, daß er sie bei nächster Gelegenheit in allen Ehren heimführen wolle? Und was sei, „wenn sich herausstellt, daß die Braut, während ihr Verlobter im Feld stand, mit anderen Männern Geschlechtsverkehr hatte, ob dann das von dem anderen Mann erzeugte und nach dem Tode des Verlobten geborene Kind, wie es der jetzt herbeigeführten Rechtslage entsprechen würde, eheliches Kind des gefallenen Vaters ist?“⁴⁸ Ob außer den Toten des gegenwärtigen Krieges auch die Gefallenen von 1914–1918 geheiratet werden dürften, wollte das Württembergische Innenministerium wissen⁴⁹. Die Antwort war ausweichend: Zunächst solle sich der Führererlaß auf die gefallenen Soldaten des gegenwärtigen Krieges beziehen.

Aus den „Meldungen aus dem Reich“ war 1943 zu entnehmen, daß von der Möglichkeit, einen toten Soldaten zu heiraten, „in weitestgehendem Umfang Gebrauch gemacht“⁵⁰ werde. Tatsächlich lagen zu diesem Zeitpunkt rund 25 000 Fälle dem Innenministerium⁵¹ zur Bearbeitung vor. Aber die „Leichentrauung“ rufe auch Unruhe hervor, meldete die Parteiverwaltung aus Thüringen und berichtete von drei vieldiskutierten Fällen im Kreis Schmalkalden. „Man sagt, wie wolle man feststellen, daß der Gefallene überhaupt bis zu seinem Tode die Heiratsabsicht hatte, Verlöbnisse gingen viele in die Brüche; man wisse ja gar nicht, ob die Braut ihm treu geblieben sei. Außerdem fördere man durch die nachträgliche Eheschließung nur eine Rentensucht bei den Bräuten, die statt dessen doch arbeiten und eine andere Ehe eingehen sollten. Alle sagten übereinstimmend, daß sie eine nachträgliche Eheschließung nur dann für gerechtfertigt und wünschenswert ansehen würden, wenn ein Kind aus der Verbindung des Gefallenen mit seiner Braut vorhanden wäre. [. . .] Man sagt, wenn die nachträgliche Eheschließung für Bräute ohne Kind zwar zugelassen werde, aber

⁴⁸ Brief des RJM (Schlegelberger) an den RMI vom 20. 5. 1942, in: Ebenda, Bl. 39 f.

⁴⁹ Brief des Württembergischen IM an den RMI vom 2. 6. 1942, in: Ebenda, Bl. 41.

⁵⁰ Boberach, *Meldungen*, Bd. 13, S. 4920 (März 1943).

⁵¹ Zahl erwähnt in Brief des RM und Chef der RK an den Leiter der Parteikanzlei vom [unleserlich] Mai 1943, BAK, R 43 II/1520 a, Bl. 55.

ohne Anspruch auf Versorgung für die Braut, dann werde kaum noch eine die nachträgliche Eheschließung beantragen.“⁵²

Der Bericht aus Thüringen beschäftigte sich besonders mit dem Vorwurf der Pietätslosigkeit, der immer wieder gegen die Totenehe erhoben wurde. Auch dabei waren vor allem die Ehen ohne Kind gemeint, wie folgender Fall beispielhaft zeigen sollte: Der am 26. Februar 1941 gefallene Willy H. war seit einem Jahr mit Betty A. öffentlich verlobt; diese beantragte nach dem Tod des Bräutigams beim Oberkommando der Wehrmacht Brautversorgung und wurde „in zwei Instanzen abgewiesen“. Von der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung wurde Betty A. im Frühjahr 1942 „darauf aufmerksam gemacht, daß ein Versorgungsanspruch der Braut durch nachträgliche Eheschließung herbeigeführt werden könne.“ Der Vater der Braut stellte einen entsprechenden Antrag beim Innenministerium. In einem Brief an den Vater des Gefallenen betonte er, daß es ihm nur um die Versorgung seiner Tochter gehe. Der Vater des Toten jedoch antwortete: „Wir halten [...] die nachträgliche Eheschließung mit unserem vor 15 Monaten verstorbenen Sohn für eine sehr eigenartige. Denn mit einem Verstorbenen nach so langer Zeit noch eine Ehe einzugehen, ist eine bis jetzt noch nie dagewesene Aktion und auch eine pietätslose Angelegenheit. [...] Dies alles finden wir gefühllos und es geht gegen unser Empfinden. Eine Eheschließung ist doch eine heilige Sache, bei der sich zwei Leute das Versprechen für ein ewiges Zusammenleben geben.“ Nach diesem Bekenntnis brachte der Vater weitere zeitgemäßere Argumente gegen die Verheiratung seines toten Sohnes vor: „Ferner gehört heute jeder junge Mensch dem Staat und hat Pflichten ihm gegenüber. Es wäre gerade jetzt durch die vielen Opfer und den großen Geburtenausfall unverantwortlich und bevölkerungspolitisch gegen den Gedanken unseres Führers gearbeitet, wenn die jungen Bräute der Gefallenen keine Familie mehr gründen wollten. Dies läßt sich mit einer nationalsozialistischen Gesinnung nicht vereinbaren.“⁵³

Der Protest durch die Familie des Toten blieb wirkungslos. „Der Vater hat dem Standesamt gegenüber der nachträglichen Eheschließung widersprochen. Diese wurde jedoch vom Reichsjustizministerium zugelassen und am 8. Oktober 1942 vor dem Standesamt in Nürnberg geschlossen, ohne daß die Eltern des Gefallenen nach ihrer ablehnenden Erklärung [...] von der stattgefundenen Eheschließung in Kenntnis gesetzt worden wären.“ Erst durch die nachträgliche Eheschließung, konstatierte der Berichterstatter, wurden beide Familien, die nach dem Tod des Gefallenen weiterhin ein harmonisches Verhältnis hatten, „entzweit und sind jetzt bitter verfeindet“⁵⁴.

Neben dem mit christlichem Gedankengut nur schwer zu vereinbarenden Charakter der Totenehe war es vor allem die angebliche „Rentensucht“ der Bräute, die die Kritik nicht verstummen ließ. Der Sicherheitsdienst berichtete, daß „in vielen Fällen die nachträgliche Eheschließung nur beantragt [werde], um in den Genuß der Wit-

⁵² Der NSDAP-Kreisrechtsberater, Kreis Schmalkalden an die NSDAP-Gauleitung Thüringen am 10.12. 1942, in: BAK, R 22/755, Bl. 383 f.

⁵³ Ebenda, Bl. 380 f.

⁵⁴ Ebenda.

wenrente und in die Erbfolge des Gefallenen einzutreten⁵⁵. Tatsächlich bedeutete die Ehe mit einem Berufssoldaten eine finanzielle Versorgung, auch nach dem Tode des Mannes. Zudem war es Ehefrauen von Berufssoldaten, selbst wenn sie kein Kind hatten, verboten, einen Beruf auszuüben⁵⁶. Ledige Frauen zwischen 17 und 25 Jahren dagegen wurden zu einem halben Jahr „Kriegseinsatz“ sowie einem halben Jahr Arbeit in der Landwirtschaft verpflichtet⁵⁷. Die frühe NS-Frauenpolitik, die auf die Aufgabe der weiblichen Berufstätigkeit zugunsten der Kinderaufzucht zielte, hatte sich unter den Bedingungen des Krieges also spürbar geändert.

Die beträchtliche Zahl „nachträglicher“ Witwen verstärkte die ohnehin grassierenden Gerüchte über die „Heldenwitwen“. Man sagte ihnen nach, sie seien ehrlos und führten „ein sorgenfreies Leben und lassen sich mit anderen Männern ein“. In diesem Zusammenhang standen auch weitere Überlegungen, Ehe und Ehre der Soldaten strafrechtlich zu schützen. Ein vom Oberkommando der Wehrmacht stammender Verordnungsentwurf aus dem Jahre 1942 sah vor: „Wer mit der Frau eines Soldaten oder sonst eines deutschen Staatsangehörigen, der durch die Kriegsverhältnisse gezwungen ist, von seiner Frau getrennt zu leben, unter Ausnutzung der Abwesenheit des Ehemannes die Ehe bricht, wird mit Gefängnis bestraft.“⁵⁸ Die Überlegungen zum „Kriegsehebruch“, den man in der „langen Dauer des Krieges und der damit verbundenen Geschlechtsnot der Frauen“ begründet sah, führten Justizminister Thierack im November 1942 dazu, vertrauliche Richtlinien für die Gerichte auszugeben, nach denen der „Kriegsehebruch“ zu ahnden sei. Die „Straftat“ solle unterschiedlich beurteilt werden, je nachdem, ob es sich um „Verkehr unter Deutschen“ handele oder um „Verkehr mit Kriegsgefangenen“⁵⁹.

Der Entwurf zum Ehr- und Eheschutz der Soldaten blieb, wie so viele andere rasenpolitische Gesetzesprojekte, in der Schublade liegen. Dem Gesetzgeber gelang es aber, den Schutz der Ehre des toten Soldaten im Eherecht zu verankern. Im Oberkommando der Wehrmacht, in der Reichskanzlei und im Führerhauptquartier war man sich einig darüber, daß „ehrvergessene Frauen, die während der Mann an der Front stand, unter [...] anstößigen Umständen die Ehe gebrochen haben [...], sich nicht nach dem Soldatentode ihres Mannes als Kriegerwitwe aufspielen dürfen“⁶⁰. Deshalb wurde die Ehescheidung von Gefallenen eingeführt. Im Gegensatz zur Totenehe, deren Rechtsquelle der Führerwille war, wurde die Scheidung von Toten an das staatliche Eherecht angebunden. Das Recht des toten Soldaten, sich von seiner „unwürdigen“ Witwe scheiden zu lassen, wurde am 18. März 1943 als fünfte Durchführungsverordnung zum Großdeutschen Ehegesetz veröffentlicht⁶¹.

⁵⁵ Boberach, *Meldungen*, Bd. 13, S. 4920.

⁵⁶ Heiratsordnung, S. 27.

⁵⁷ Vgl. Rita Thalmann, *Frausein im Dritten Reich*, Frankfurt a. M. 1987, S. 172 f.

⁵⁸ Entwurf in: BAK, R 18/5517, Bl. 287.

⁵⁹ Ebenda, Bl. 297 ff.

⁶⁰ Brief des RJM vom 23. 6. 1942, in: BAK, R 22/458.

⁶¹ Vgl. RGBI I, S. 807. Die verschiedenen Verordnungsentwürfe sind jetzt abgedruckt bei Schubert, *Familienrecht*, S. 771–787.

Der Einführung dieser Scheidungsvariante war eine Diskussion vorausgegangen, die durch die Frage ausgelöst wurde, wie Scheidungsverfahren zu behandeln seien, während derer der Mann gestorben war. Sei der Tod ein Grund, das Verfahren einzustellen? Das Oberlandesgericht Düsseldorf hatte „das erst nach dem Heldentode des Ehemannes erlassene Urteil in einem Ehescheidungsprozeß für unwirksam erklärt und die Ansicht vertreten, die durch den Tod aufgelöste Ehe könne nicht mehr geschieden werden“. Die Zeitschrift der SS, „Das Schwarze Korps“, attackierte diese Entscheidung im Juni 1942: „Eine Frau, die ihrem Ehemann vielleicht die Treue gebrochen habe, dürfe nicht als Witwe Unterhaltsansprüche an die Volksgemeinschaft stellen, sie müsse aus der Sippe des Mannes ausgeschieden werden.“⁶² Am 28. Oktober 1942 wurde im Reichsjustizministerium über das Problem und insbesondere über die Frage beraten, wie der Wille des Toten, sich scheiden zu lassen, festgestellt werden konnte. „Als erwiesen wird dieser Wille dann angenommen“, so interpretierte der Staat die Gefühle der toten Soldaten, „wenn der Tote diesen Willen gehabt hätte, falls er die Umstände gekannt hätte [. . .], wenn es als sicher anzunehmen ist, daß der Verstorbene die Scheidung begehrt haben würde, hieran aber nur durch seinen Tod gehindert worden ist“⁶³.

Durch die Verordnung vom 18. März 1943 wurde die rückwirkende Scheidung möglich. Sie galt ab dem Tag vor dem Tod und war damit der Regelung für die Totenehe vergleichbar. Die Totenscheidung schuf auch die Möglichkeit, die Ehelichkeit von Kindern, die später als neun Monate nach dem letzten Besuch des Soldaten bei seiner Frau geboren worden waren, anzufechten. Die „versorgungsunwürdige Heldenwitwe“ konnte nun umgestuft werden zur schuldhaft geschiedenen Ehefrau, die Erbrecht und Hinterbliebenenversorgung verlor. Auch die erst durch die „Leichen- traung“ zu „Heldenwitwen“ hochgestuften Frauen wurden nun kontrollierbar. Das Verfahren zur Ehescheidung des Toten leitete der Staatsanwalt ein. Das „Schwarze Korps“ begrüßte die neueste Änderung im Eherecht: „Der Staat wird zur vollziehenden Gewalt der Ehre und des Rechtes der Sippe, die seit unseren Urvätern als Rechtspersönlichkeit kaum noch in Erscheinung trat. [. . .] Der Staatsanwalt wird [. . .] zum Anwalt der Sippe, deren Recht und Ehre durch den Tod eines Gliedes nicht beeinträchtigt werden kann.“⁶⁴

Der Staat bescheinigte sich gleichermaßen das Recht, den mutmaßlichen Scheidungswunsch der gefallenen Soldaten festzustellen, wie auch das Recht, ihre „Gattenwahl“ zu lenken. Parallel zur Einführung der Totenscheidung nahm die Zahl der Totenehen zu⁶⁵. Der geheime Führererlaß zur „nachträglichen Eheschließung“ wurde

⁶² Schreiben des Vorsitzenden des 2. Zivilsenats, Düsseldorf, vom 31.7. 1942 an das RJM, in: BAK, R 22/458.

⁶³ Brief des Oberlandesgerichtspräsidenten Breslau vom 21.11. 1942 an den RJM, in: Ebenda.

⁶⁴ „Das Schwarze Korps“, 1.4. 1943, in: BAK, R 22/458.

⁶⁵ Ausmaße der letzteren können sich statistisch ermitteln lassen; im ehemaligen Sonderarchiv Moskau sind 930 Bände an Standesamtsregistern nachgewiesen, die offenbar die Totalität der „nachträglichen Eheschließungen“ darstellen. Thierack betonte in einem Schreiben am 2.9. 1943, daß die Ehescheidungen der Toten „auch bei nachträglich geschlossenen Ehen Platz greifen“, in: BAK, R 43 II/1520a, Bl.72.

immer großzügiger angewandt. Am 15. Juni 1943 informierte der Reichsinnenminister die Standesämter „vertraulich“ von der Existenz des Führererlasses vom 6. November 1941 und stellte Richtlinien für die Bearbeitung der Anträge auf: Es seien insbesondere die üblichen Ebehindernisse nach dem „Blutschutz“-Gesetz und dem Ehegesundheitsgesetz zu berücksichtigen. „Die Bräute unserer gefallenen Kameraden sollen die Gewißheit haben“, interpretierte Frick den Zweck der neuen Eheform, „daß das deutsche Volk sich ihrer in großzügiger und warmherziger Weise annimmt. Diese Einrichtung soll weiter zur Aufrechterhaltung der Stimmung und Haltung der deutschen Frauen beitragen, deren Heiratsaussichten durch den laufenden kriegsbedingten Männerausfall stark verringert sind.“ Bei der Überprüfung der einzigen formalen Voraussetzung für die Heirat eines Toten, der bis zum Tode des Soldaten nicht aufgegebenen ernstlichen Eheabsicht, dürfe nicht „kleinherzig“ verfahren werden, und besonders „großzügig“ sei zu entscheiden, wenn „ein Kind des Gefallenen vorhanden oder zu erwarten ist“. Den „Bräuten der Gefallenen“ sei in „vollem Umfang die Rechtsstellung einer Frau und Witwe gegeben, die ihnen nach nationalsozialistischer Auffassung zukommt.“ Frick stellte abschließend klar, daß die Frau, die einen Toten heiratet, durch die Ehe nicht Ehefrau, sondern Witwe wird: „Die nachträglich geschlossene Ehe ist bereits bei ihrer standesamtlichen Vollziehung durch den Tod des gefallenen oder verstorbenen Ehegatten wieder aufgelöst.“⁶⁶

Der letzte Wille des Soldaten nach Heirat oder Scheidung war nur über die Frauen erkennbar, die damit eine Schlüsselposition im gesamten Verfahren erhielten. Der Lebenswandel einer zukünftigen Witwe wurde zum Rechtsgut, zum Träger der Ehre des Toten. Gerade die uneheliche – genauer voreheliche – Schwangerschaft galt unter diesen Auspizien nicht als Zeichen mangelnden weiblichen Ehrgefühls. Gleichwohl mußte das Risiko der „Abstammungverschleierung“ ausgeschaltet werden, und man suchte deshalb in „Äußerungen in den Feldpostbriefen oder Aussagen der Eltern oder nächsten Verwandten Schlüsse auf die Erzeugerschaft“. Wenn keine Indizien vorlagen, blieb nur die eidesstattliche Erklärung der Frau übrig, deren Glaubwürdigkeit wiederum von der „Würdigkeit ihrer Persönlichkeit, ihres Vorlebens und ihres Rufes“ abhing.⁶⁷

Nach Stalingrad intensivierte sich die Auseinandersetzung um die „Leichentrauerung“. Aus der Parteikanzlei wurde der Gedanke laut, auch die vermißten Soldaten in den geheimen Führererlaß über die nachträgliche Eheschließung miteinzubeziehen. Darauf reagierte das Reichsjustizministerium, und Ministerialrat Altstoetter, der seit Frühjahr die Abteilung VI (bürgerliches Recht) leitete, fragte im Juni 1943, „ob der Schleier dieser post mortem-Verbindungen, die der Zahl der angeblich beim Innenministerium liegenden Anträge nach doch wohl urbi et orbi bekannt sind, nicht jetzt doch gelüpft werden kann. Ich möchte gewiß einem Führerwort nicht entgegenprechen“, aber Voraussetzung für eine Gleichbehandlung der Fälle sei zum einen

⁶⁶ BAP, 15.01/27457, Bl. 5. Zum Ebehindernis wurde der Selbstmord eines Soldaten, es sei denn, „daß für den Selbstmord eine in diesem Kriege zugezogene unheilbare Verwundung oder Krankheit die Ursache war“.

⁶⁷ RMI an IM in Karlsruhe am 14.4. 1943, in: BAP, 15.01/27457, Bl. 16.

die allgemeine Bekanntgabe der Möglichkeit zur Totenehe und zum anderen die Regelung der Rechtsfolgen „einer solchen unseren bisherigen Begriffen fremden Rechtshandlung“⁶⁸. Das Plädoyer des Juristen für eine verbindliche gesetzliche Regelung rührte an die juristische Kontroverse über die für das NS-Regime zentrale Frage, inwieweit der Führerwille Recht setzen könne. „Es erscheint mir nicht tragbar, einen Erlaß des Führers später in einem Gesetz zu wiederholen“, reagierte Bormann sofort auf Altstoetters Vorstoß, „denn dieser bedarf weder der Sanktionierung noch der Legalisierung.“ Der Leiter der Parteikanzlei argumentierte dann jedoch eher mit pragmatischen als mit ideologischen Gründen: „Die Form der Ermächtigung des Innenministers durch einen Führererlaß hat den Vorzug der weitgehenden Elastizität und Anpassungsfähigkeit an die Entwicklung der Verhältnisse.“ Damit bleibe dem Innenministerium „die Möglichkeit zur Steuerung der ganzen Aktion“⁶⁹. Nach einer Aussprache mit Lammers am 10. Juli schloß sich Bormann aber der Auffassung des Justizministeriums an, und am 10. September kam es unter Vorsitz Altstoetters im Reichsjustizministerium zu einer Aussprache über die „Totenehe“, bei der die erbrechtlichen Probleme im Vordergrund standen. Bei diesem Treffen bildeten die Vertreter der Parteikanzlei, des Oberkommandos der Wehrmacht, des Reichsjustizministeriums und der Reichskanzlei eine gemeinsame Front gegen das Reichsinnenministerium, das „aus propagandistischen Gründen eine Veröffentlichung nicht wünschte“ und den „Standpunkt [vertrat], es könne die von ihm geschlossenen Ehen auch wieder auflösen“⁷⁰.

Das Reichsinnenministerium war zu diesem Zeitpunkt bereits in die Hände des Reichsführers-SS übergegangen, und Himmler hatte sogleich die Angehörigen der Waffen-SS in den Kreis derer aufgenommen, die für Totenehen in Frage kamen. Unter Himmler sollte das Verbindungsnetz zwischen toten Männern und lebenden Frauen „guten Blutes“ immer dichter geknüpft werden, weit über die deutschen Grenzen hinaus. „Frauen germanischen Volkstums, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind als Frauen gefallener Wehrmachtangehöriger ebenfalls willkommen,“ teilte Stuckart in Vertretung des Innenministers am 7. Dezember 1944 dem Oberkommando der Wehrmacht mit. Allerdings müsse „in solchen Fällen besonders sorgfältig geprüft werden, ob die Antragstellerinnen vor allem in volkstumspolitischer Beziehung allen Anforderungen entsprechen, die ihr endgültiges Aufgehen im Deutschtum auch ohne den Einfluß eines deutschen Ehemannes gewährleisten“⁷¹. Diese Frauen müßten mit ihren Kindern ins Reichsgebiet übersiedeln. Die Aufnahme ausländischer Frauen „germanischen Volkstums“ in die Gruppe der totenehewürdigen Bräute stellte eine Ergänzung dar zur Praxis der Adoption unehelicher, aber „volkstumspolitisch“ erwünschter Kinder, die von Wehrmachtssoldaten in den besetzten Territorien gezeugt worden waren.

⁶⁸ Altstoetter an Reichskabinettsrat Ficker am 1. 6. 1943, in: BAK, R 43/1520 a, Bl. 68.

⁶⁹ Bormann an Lammers am 8. 6. 1943, in: Ebenda, Bl. 61.

⁷⁰ Vermerk aus dem Führerhauptquartier (künftig: Fq) vom 13. 9. 1943, in: Ebenda, Bl. 74.

⁷¹ BAP, 15.01/27457, Bl. 18.

Wie bereits unter Innenminister Frick blieb auch nach dem Ministerwechsel Staatssekretär Stuckart die treibende Kraft in Sachen Leichentrauung. Die zentrale Rolle Stuckarts in Fragen der „nachträglichen Eheschließung“ ist um so bemerkenswerter, als sein Ressort im Innenministerium Staatsangehörigkeitsfragen behandelte und nicht das Personenstandsrecht, für das eigentlich Ministerialrat Hans Globke zuständig war, dessen Name im Zusammenhang mit der Totenehe kaum auftaucht⁷². Stuckart, der 1948 vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg an seine Konflikte mit Himmler erinnerte, jedoch von diesem noch am 30. Januar 1944 zum SS-Obergruppenführer ernannt worden war, schien unter dem neuen Reichsinnenminister seinen Einfluß eher noch verstärkt zu haben. „Der Widerstand im Reichsministerium des Innern“, wurde im Januar 1944 im Führerhauptquartier vermerkt, gegen die gesetzliche Regelung der „Leichentrauung“ und die Initiative für eine Ausweitung durch einen erneuten geheimen Führererlaß gehe von Stuckart aus, und „es sei nicht ausgeschlossen, daß der Reichsminister des Innern – wohl auf Betreiben von StS Stuckart – von sich aus die Sache beim Führer zum Vortrag bringen werde“⁷³.

Zwischen Dezember 1943 und April 1944 zirkulierten sukzessive drei Verordnungsentwürfe aus dem Reichsjustizministerium über die „nachträgliche Eheschließung“, deren strittigster Aspekt das Erbrecht der „nachträglichen“ Witwe war⁷⁴. Angesichts der anhaltenden Opposition des Reichsinnenministeriums gegen die auf eine legale Lösung bedachte Front aus Parteikanzlei, Reichskanzlei und Justizministerium nimmt es nicht wunder, daß der Gesetzgebungsprozeß zu keinem Abschluß kam. Das Innenministerium lenkte deshalb die „Aktion“ Totenehe weiterhin über interne Bestimmungen. So wurden am 13. Juni 1944 die Standesbeamten angehalten, die „nachträgliche Eheschließung“ für einen Vermissten nur noch durchzuführen, wenn die Braut ein Kind erwarte, und am 20. März 1945 informierte Stuckart die Standesämter: Von der nachträglichen Eheschließung „wird für die Dauer des Krieges grundsätzlich nur noch Gebrauch gemacht werden, wenn aus der Verbindung der Verlobten ein Kind hervorgegangen oder zu erwarten ist“. Bei allen anderen Anträgen aber ist „sicherzustellen, daß die Bearbeitung unmittelbar nach Kriegsende wieder aufgenommen werden kann“⁷⁵. Damit zog das Innenministerium erst wenige Wochen vor Kriegsende die Konsequenz aus der ständigen Kritik, die das Abschließen von kinderlosen Totenehen in der breiten Bevölkerung hervorrief. Angesichts dieses Unruhepotentials hatten die Gauleiter bereits 1943 „einhellig“⁷⁶ gefordert, die

⁷² Nur für den 2. 6. 1944 ist ein Besuch Globkes im Führerhauptquartier erwähnt, wo er im Auftrag des RMI den neuesten Verordnungsentwurf über „nachträgliche Eheschließung“ besprach. Vgl. Vermerk, Fq. vom 4. 6. 1944, in: BAK, R 43 II/1520a, Bl. 134.

⁷³ Vermerk, Fq. vom 7. 1. 1944, in: Ebenda, Bl. 78. Im übrigen bat Stuckart in den folgenden Monaten Reichskanzlei und Parteikanzlei um ihre Zustimmung, „die Durchführung der nachträglichen Eheschließung auf die Dauer eines Jahres auszusetzen.“ Vermerk, Fq. vom 6. 8. 1944, in: Ebenda, Bl. 138.

⁷⁴ Vgl. Abdruck der Entwürfe in Schubert, Familienrecht, S. 936 ff.

⁷⁵ RMI (gez. Stuckart) an die höheren Verwaltungsbehörden der Standesamtsaufsicht, in: BAP, 15.01/27457, Bl. 26.

⁷⁶ Vgl. Schreiben Bormann an Lammers vom 8. 6. 1943, in: BAK, R 43 II/ 1520a, Bl. 61.

„Leichentrauung“ auf Bräute mit Kind einzuschränken. Während der Sicherheitsdienst eher die negativen Äußerungen zur „Totenehe“ meldete, belegten die zahlreichen Anträge auf nachträgliche Eheschließung von Bräuten ohne Kind die gegenteilige Tendenz. Protest und Akzeptanz schienen sich die Waage zu halten.

Das letzte Aufgebot

1944, als die Meinungsverschiedenheiten über die Institutionalisierung der „Totenehe“ ihren Höhepunkt erreichten, wurden gleichzeitig Pläne entwickelt, die auf die Einführung der „Mehrehe als eine legale Institution mit allen Rechten“⁷⁷ hinausliefen. Zahlreiche Denkschriften zu diesem Thema kursierten zwischen Parteistellen und Ministerien. Der Gedanke, nach verlustreichen Kriegen die Polygamie als natalistisches Instrument einzuführen, war bereits den Rassenhygienikern des Kaiserreiches vertraut gewesen⁷⁸ und im Dritten Reich wieder aktuell geworden, wie die eingangs referierte Besprechung von 1937 gezeigt hatte. Aber erst 1944 nahmen die Vorschläge zur Mehrehe konkrete Gestalt an.

Am 12. Oktober 1944 sandte Walter Groß, langjähriger Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, eine Denkschrift „Zur Frage des unehelichen Kindes als Problem der deutschen Bevölkerungspolitik“ an Thierack, den er bewusst als „Parteigenossen“ und nicht als Reichsjustizminister anredete. Dank dieses Dokumentes, das Groß „nur als persönliche Äußerung ohne Anspruch auf parteiamtliches Gewicht bewertet“⁷⁹ sehen wollte, läßt sich Genaueres über die verschiedenen Vorschläge zur Einführung der Mehrehe erfahren. Thierack galt ebenso wie Bormann und Himmler als Verfechter der Mehrehe⁸⁰, wobei letztere die Bigamie – von Bormann „Volksnotehe“⁸¹ genannt – bereits praktizierten. Die Erörterung über die „Unzweckmäßigkeit der Institution der Ehe“ werde um so dringlicher, analysierte Groß, „je größer der wahrscheinliche Frauenüberschuß am Ende des Krieges erscheint und je stärker das Bewußtsein um sich greift, daß auch der militärische und politische Sieg zu seiner vollen politischen Wirksamkeit noch der Ergänzung durch eine erfolgreiche Bevölkerungspolitik bedarf“. Groß betonte, daß „in fast allen Reformvorschlägen [...] nicht die Beseitigung der Ehe und der Familie“ angestrebt werde, „sondern

⁷⁷ Groß-Denkschrift „Zur Frage des unehelichen Kindes als Problem der Bevölkerungspolitik“, in: BAK, R 22/485, Bl. 24.

⁷⁸ Die Ehe auf Zeit, d. h. bis zur Zeugung, wurde in Willibald Hentschels Mittgartbünden um 1900 ebenso propagiert wie von dem Eugeniker Christian von Ehrenfels, allerdings mit einem „kleinen“ Unterschied zur NS-Zeit: Sie sah die Gleichbehandlung von Frau und Mann vor. Vgl. dazu Hedwig Conrad-Martius, Utopien der Menschengzüchtung, München 1955, passim.

⁷⁹ Brief Groß' an „Parteigenosse Thierack“ vom 12. 10. 1944, in: BAK, R 22/485, Bl. 9.

⁸⁰ Ein ehemaliger Beamter des RJM (Fritz Fechner) erwähnte vor dem Militärgericht in Nürnberg 1947 die „Pläne Thieracks, die praktisch auf eine Einführung der Mehrehe hinausliefen“. Vgl. Fall 3 der Nürnberger Prozesse, in: BAP, Film Nr. 38599/47477.

⁸¹ Vgl. Josef Wulf, Martin Bormann. Hitlers Schatten, Gütersloh 1962, S. 21 ff.

nur ein zusätzlicher und ergänzender Weg der Fortpflanzung [. . .]. [Dabei] dreht es sich immer um die Geburt von Kindern durch ledige Frauen, deren Partner gleichzeitig in einer Ehe und Familie mit einer anderen Frau und deren Kindern leben. [. . .] In jedem Fall handelt es sich um die gleichzeitige Beziehung eines Mannes zu mehreren Frauen, wobei nur der Unterschied gemacht wird, ob eine von ihnen als Ehe- und Hausfrau vor der anderen ausgezeichnet werden soll, oder ob man ihnen untereinander völlig gleiche Rechte einräumt. Nur die letztere Form würde im strengsten Sinne den Namen Mehrehe verdienen. Von diesem extremen Vorschlag auf der einen Seite bis zum anderen Extrem der völligen juristischen Bindungslosigkeit des Mannes an die nicht mit ihm verheiratete Frau vom Augenblick der erfolgten Zeugung an besteht in den rein juristischen Möglichkeiten eine Reihe mit gleitenden Übergängen.⁸²

Der Leiter des Rassenpolitischen Amtes, dessen amtliche Funktion im Ausgleich rassentheoretischer Meinungsdivergenzen bestand, kritisierte die Reformvorschläge und bezog sich dabei vor allem auf die „weibliche Seele“ sowie die erbbiologische Wissenschaft. Gegen die männlichen Phantasien von polygynen Haushalten hob er die Psyche gerade der „wertvollen“ Frau hervor und fragte, ob nicht diese „Konstruktionen“ gerade an „der scharfen Ablehnung [. . .] aus Instinkt [. . .] bei der Masse der fortpflanzungswürdigen Frauen in unserem Volk“ scheitern müßten? Eine solche Ablehnung interpretierten allerdings die Polygamisten nur „als eine aus rückständiger Gesinnung entspringende Folge fehlerhafter Erziehung der Vergangenheit“, und sie setzten darauf, daß „innere Haltung“ sich verändere, „sobald nur die gegenteiligen Antriebe der bisherigen individualistischen-christlichen Erziehung ausgeschaltet würden“. Die dahinter liegende anthropologische Frage, „ob eine solche völlige Instinktumwandlung möglich ist oder nicht“, beantwortete Groß mit einem Nein: Es „sei unwahrscheinlich, daß so tiefwurzelnde menschliche Empfindungen, wie die Eigentumsbegriffe auch auf erotischem Gebiet und damit der ganze Komplex des Eifersuchtsgefühls, in wenigen Jahren durch eine politisch-juristische Aktion beseitigt werden können“⁸³.

Jeder „erbbiologisch Geschulte wisse“, fuhr der Mediziner und Anthropologe Groß fort, „daß die Geburten-erhöhung nicht quantitativ, sondern nur qualitativ betrieben werden dürfe“. Angesichts der Tatsache, daß es „einen für die Fortpflanzung grundsätzlich unerwünschten Teil des Volkes“ gebe, sei es „rassenpolitisch gesehen“ sinnvoll, daß „möglichst zahlreiche fortpflanzungsunwürdige Frauen ledig und kinderlos [blieben], und dafür möglichst vielen durchschnittlich und überdurchschnittlich wertvollen Frauen zur Heirat [verholphen werde]“⁸⁴. So konnte Groß als geschulter Sozialdarwinist sogar den Männerverlust im Krieg positiv wenden, sofern nur auf der weiblichen Seite eine entsprechende Dezimierung der Fortpflanzungskraft einträte. „Qualitativ betrachtet würde also ein Frauenüberschuß von beispielsweise einer Million bei

⁸² Groß-Denkschrift, in: BAK, R 22/485, Bl. 13.

⁸³ Ebenda, Bl. 26.

⁸⁴ Ebenda, Bl. 15.

entsprechender Lenkung der Gattenwahl die Möglichkeit bieten, eine Million weniger wertvolle Frauen von der Fortpflanzung auszuschalten und damit einen unbestreitbaren Gewinn rassenpolitischer Art aus einer an sich bedauernswerten Tatsache ziehen.“⁸⁵

Ein juristisches Gutachten, das im Auftrag des Reichsstatthalters Sauckel am 11. Mai 1944 verfaßt wurde, hatte aus der rassenpolitischen Vorstellung vom unterschiedlichen „Fortpflanzungswert“ folgende Forderung abgeleitet: „Es müßte [daher] der Propagierung der außerehelichen Kindererzeugung wohl eine Sterilisierung aller erbbiologisch bedenklichen Frauen und Mädchen vorausgehen.“⁸⁶ Im Vergleich zu dieser rigorosen Sterilisationsperspektive erscheint der Leiter des Rassenpolitischen Amtes eher „gemäßigt“, wenn er in seiner Denkschrift formulierte: „Auch wenn man utopische Wunschträume von Rassenzüchtung ablehnt und statt dessen mit den realen Verhältnissen rechnet, müssen wir davon ausgehen, daß nicht unerhebliche Gruppen im Volk aufgrund ihres minderen Wertes [...] im Hinblick auf das Gemeinwohl besser kinderlos sterben würden.“⁸⁷ Im übrigen zeigte sich Groß als ein Verfechter der bürgerlichen Ehe; er kam 1944 nicht über den Vorschlag hinaus, den der Rassenhygieniker Lenz schon 1937 als Ausweg aus der Zwickmühle zwischen quantitativer und qualitativer Bevölkerungspolitik angeboten hatte: Das Fruchtbarkeitspotential der traditionellen Ehe auszuschöpfen. Ein zusätzliches Kind pro bestehender Ehe, berechnete Groß, würde einen „vielfach größeren Ertrag bringen, als ihn die Mutterschaft sämtlicher durch den Frauenüberschuß ledig bleibender Frauen ergeben könnte“⁸⁸.

Zum Schluß seiner für den „Parteigenossen“ Thierack bestimmten Überlegungen führte der rassenpolitische Experte der Partei ein politisches Argument ins Feld: Diese „sich vordrängende Erörterung“ außerehelicher Kinderzeugung richte enormen Schaden an, da sie „unter den augenblicklichen Verhältnissen eine schon heute erkennbare Beunruhigung in der Heimat wie an der Front mit sich bringt. Die Versuche der feindlichen Agitation sowohl an der Ostfront wie gelegentlich auch immer wieder im Inland beweisen, daß man sich auf der Seite des Feindes von der Ausnutzung dieser Unruhe Erfolg gegen die Kriegsmoral Deutschlands verspricht. Die jahrelange Trennung von Mann und Frau muß in Zusammenhang mit den Gerüchten über extreme bevölkerungspolitische Maßnahmen außerhalb der Familie die Stimmung belasten. Zahlreiche Anfragen beweisen, daß sogar die feindlichen Agitationslügen von der Einführung einer staatlichen Gebärpflicht, die mit Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden sollen, gläubige Ohren finden und dumpfe Angst auslösen.“

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ „Gutachten über die aus der geltenden Rechtsordnung für die außereheliche Mutter und das außereheliche Kind entspringenden Hemmnisse und Nachteile auf Grund des Auftrages des Gauleiters und Reichsstatthalters [bei dem es sich nur um Sauckel handeln kann] vom 11. Mai 1944“, in: BAK, R 22/485, Bl. 45.

⁸⁷ Groß-Denkschrift, in: Ebenda, S. 16.

⁸⁸ Ebenda, Bl. 30.

Deshalb bat Groß den Justizminister, „die Kolportierung von Denkschriften einschlägiger Art und ihre mehr oder minder öffentliche Erörterung zu unterbinden“⁸⁹.

Die Pläne zur Einführung der Polygynie im Jahre 1944, die durch die Groß-Denkschrift nun unabweisbar belegt sind, sind der zugespitzte Ausdruck der trotz Hitlers Verdikt vom Sommer 1940 nie abgebrochenen Diskussion um die Aufwertung des unehelichen Kindes im Rahmen eines zukünftigen „Sippenrechts“. Das bevölkerungspolitische Projekt, den „hochwertigen“ Nachwuchs über die Mehrehe zu steigern, entsprang jedoch dem Denken nur eines Teils der NS-Rassenpolitiker. Groß hingegen erwies sich hier als ein Mann, der eine bevölkerungs- und rassenpolitische Radikalisierung ablehnte, und zwar aus einer Bindung an die traditionelle Moral, zumindest auf dem Feld der Sexualität. Der Wunsch nach Einführung der Mehrehe bestand vor allem bei denen, die die traditionelle, jüdisch-christliche Ethik als unvereinbar mit einer „neuheidnisch“ fundierten „nationalsozialistischen Weltanschauung“ bekämpften. Versucht man die Meinung Hitlers in dieser Frage zu eruieren, so sei daran erinnert, daß er am Vorabend des gemeinsamen Selbstmordes mit Eva Braun die „beschleunigte Eheschließung“ wählte.

Es ist auffällig, daß die Verordnungsentwürfe zur „nachträglichen Eheschließung“ zum selben Zeitraum versandeten, als die Reformpläne zur Einführung der Polygynie auftauchten. Beide Metamorphosen des Eherechts schienen durchaus miteinander vereinbar zu sein, und die Meinungsdivergenzen bezogen sich eher auf die Form als auf den Inhalt. So war Reichsinnenminister Himmler gegen eine gesetzliche Fixierung der „nachträglichen Eheschließung“ und gleichzeitig für die Einführung der Polygynie, während Thierack bei beiden Reformen zwar inhaltlich mit dem Reichsführer-SS an einem Strang zog, jedoch zumindest bei der Anwendung der „Leichentrauung“ seine „legalistischen Eierschalen“⁹⁰ nicht abwerfen konnte. Die „Totenehe“ stellte in gewisser Weise einen Schnittpunkt zwischen alter und neuer Moral dar. Als ein eher technisches Instrument zur Aufrechterhaltung der „Kriegsmoral“ bei den ledigen Frauen eingesetzt, durfte die „Leichentrauung“ auch als Ausdruck eines Toten- und Ahnenkultes verstanden werden, und verbohnte nationalsozialistische Ideologen wie Himmler oder Bormann konnten sie als einen Schritt zur Auflösung der christlichen Moral und „völligen Instinktumwandlung“ begrüßen. Die Bereitschaft junger Frauen, einen Toten zu heiraten, war in dieser Perspektive nicht nur ein Gradmesser ihrer „Rentensucht“, sondern auch ein Indikator für den Entwicklungsstand der neuen völkischen Moral. In der Einführung der „Totenehe“ zeigte sich sehr deutlich die Antinomie von quantitativer und qualitativer Bevölkerungs- und Rassenpolitik. Einerseits reduzierte sie über eine Art ehrenvoller Zwangsabstinenz der Witwen den Anteil zukünftiger „wertvoller“ Geburten, gleichzeitig aber verringerte sie auch das Risiko „minderwertiger“ Geburten, indem die jungen Witwenbräute nach der Heirat nicht zur „Unterwanderung des deutschen Volkes durch

⁸⁹ Ebenda Bl. 32.

⁹⁰ So die generelle Kritik Hitlers an Thierack; vgl. Robert Wistrich, *Wer war wer im Dritten Reich*, München 1983, S. 273.

Fremdvölkische⁹¹ beitrugen, d. h. sich mit „rassisch minderwertigen“ Männern, etwa „Fremdarbeitern“, einließen und auf diese Weise den deutschen „Volkkörper“ durch „fremdes Blut“ schädigten. Die NS-Rassenpolitiker waren sich des Problems „pater semper incertus“ stets bewußt. Staatssekretär Stuckart fürchtete gerade bei der „nachträglichen Eheschließung“ die „Eheerschleichung“ und warnte davor, „daß manchmal rassisch minderwertige Frauen“ sich über die Totenehe „Versorgungsansprüche sichern und Kinder anderer Männer zu legitimieren suchten“⁹².

Epilog

Der geheime Führer-Befehl behielt auch noch nach 1945 seine Gültigkeit. In Nordwestdeutschland führten die Standesämter „nachträgliche Eheschließungen“ durch, bis die britische Militärregierung dies am 28. Februar 1946 untersagte. Bis zum November 1945 wurden in Österreich noch gefallene Soldaten geheiratet⁹³. Zur selben Zeit rollte allerdings bereits eine Prozeßwelle an, weil übergangene Verwandte die Aufhebung einzelner „Totenehen“ verlangten. So waren die Juristen der entstehenden Bundesrepublik sofort genötigt, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob die „nachträglichen Eheschließungen“ rechtsgültig seien. Eine Antwort auf die Frage bestand in dem Nachweis, daß das Problem gar nicht existierte. Es habe sich nicht um Eheschließungen gehandelt, sondern nur um „bloße administrative Namensänderungen“, meinte ein Jurist. Denn „mit einem Toten kann man keine Ehe schließen. Ein Gesetzgeber, der dies anordnen wollte, macht sich lächerlich.“ Diese Banalisierung der NS-Gesetzgebung hatte einen tieferen Sinn, denn derselbe Jurist, ein ungebrochener Anhänger eines „Sippenrechts“, wollte die Auseinandersetzung als „Anstoß“ nehmen, das gesamte Familienrecht endlich umzugestalten und die Adoption „blutsverwandter Kinder“ einzuführen, um die großen Verluste an leiblichen Nachkommen durch den Krieg auszugleichen⁹⁴. Ein anderer Jurist, bereits vor 1945 Experte in Ferntrauungsfragen, plädierte ähnlich spitzfindig für die Gültigkeit der „nachträglichen Eheschließungen“: Zwar könne Recht nur durch die Veröffentlichung des Gesetzgebers gesetzt werden – wodurch die auf einem geheimen Führererlaß beruhende Praxis der Totenehe per definitionem ungesetzlich wäre –, jedoch sei die „Leichen- traue“ im Gewohnheitsrecht begründet und von der Volkssitte⁹⁵ – vor 1945 noch das „gesunde Volksempfinden“ genannt – akzeptiert worden.

Die Besatzungsmächte verboten die Anwendung aller Gesetze, die Mitglieder der Partei oder ihr angeschlossener Organisationen begünstigt hatten. In diesem Zusam-

⁹¹ Gutachten vom 11. 5. 1944, in: BAK, R 22/485, Bl. 45.

⁹² RMI (gez. Stuckart) an die Herren Oberpräsidenten, Briefentwurf o. D., in: BAK, R 43 II/1520 a, Bl. 20.

⁹³ Otto Küster in: Süddeutsche Juristenzeitung 1947, Rechtsprechungsteil (LG Verden), S. 90.

⁹⁴ Walter Schätzel, Nochmals die nachträgliche Eheschließung, in: Deutsche Rechtszeitung 1947, S. 215, 214.

⁹⁵ Hans Dölle, Die nachträgliche Eheschließung, in: Ebenda, S. 42.

menhang erhielt die Behauptung Gewicht, daß „die nachträgliche Eheschließung mehr oder minder den SS-Bräuten und deren unehelichen Kindern zugute gekommen sei“⁹⁶. Diese Vermutung wurde besonders durch eine interne Anweisung des württembergischen Innenministers an die Standesbeamten erhärtet, derzufolge Bräute der „Gefallenen oder Verstorbenen der Waffen-SS“ mit einer „Beschleunigung des Verfahrens“ rechnen konnten, wenn sie als Religionsbekenntnis des Gefallenen „gottgläubig“ angäben⁹⁷. Die Juristen, die die Rechtsgültigkeit der „Totenehen“ verfochten, hielten dem Begünstigungsverdacht entgegen: „Dann müßte man fast jeden Rechtsgrundsatz, der während der Zeit des nationalsozialistischen Regimes in Geltung stand“, für nichtig erklären, „denn bei allen spricht eine Vermutung dafür, daß bei ihrer Anwendung die der NSDAP Nahestehenden begünstigt worden sind“; die „Totenehe“ weise jedoch „keine spezifisch nationalsozialistische Zielsetzung auf“, denn die Aufrechterhaltung der Stimmung im Kriege sei nicht ein spezifisch nationalsozialistisches Motiv gewesen⁹⁸.

Der Länderrat der amerikanischen Besatzungszone suchte einen Kompromiß, er schlug dem Kontrollrat Anfang 1947 ein Gesetz vor, das die „Totenehen“ zu „Nichtehen“ erklärte, aber die Frauen weiterhin als Witwen behandelte, sofern es ihre Versorgungsansprüche an den Staat betraf. Kinder aus diesen „Nichtehen“ sollten ehelichen gleichgestellt sein. Gegen diese weiche Lösung erhob das württembergisch-badische Innenministerium am 31. Januar 1947 Protest und verwies auf „neue Unruhen und Schwierigkeiten“, wenn die etwa 1000 Fälle allein in Württemberg, die doch „erst nach eingehenden Ermittlungen durch den Standesbeamten und Bürgermeister“ bewilligt worden waren und über die „im Dritten Reich keine allgemeine Rechtsunsicherheit bestand“, nun plötzlich als „Unrecht“ gälten. „Wenn auch zugegeben ist, daß eine Ehe mit einem Toten etwas Unnatürliches ist“, konstatierte der Innenminister, „so kann sie doch nicht als rein nationalsozialistisch und als ethisch verwerflich angesehen werden“. Der Vorschlag aus Württemberg-Baden wurde auch anderswo gutgeheißen, und so galt denn bald überall die Regel, „die in den Jahren 1942 bis zum Zusammenbruch 1945 nachträglich geschlossenen Ehen stillschweigend hinzunehmen“⁹⁹.

Vielleicht wurde eine rechtliche Klärung aber auch deshalb vermieden, um nicht noch weitere Komplikationen zu stiften. Denn die Umstufung der „Totenehen“ zu Nichtehen hätte zu einem Umkehrschluß führen können, den der Rechtsanwalt Otto Küster, der für die Nichtigkeit aus „volkserzieherischen Gründen“ plädiert hatte, deutlich formulierte: Nachträglich anerkannt werden sollten statt dessen Ehen, „denen das Dritte Reich die gesetzliche Sanktion aus rassenmäßigen Gründen versag-

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Otto Küster, Die nachträgliche Eheschließung und die nachträgliche Feststellung des Scheidungsrechts, in: Süddeutsche Juristenzeitung 1947, S. 33.

⁹⁸ Dölle, Eheschließung, S. 42 f.

⁹⁹ Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. 2, bearb. von Wolfram Werner, München/Wien 1979, S. 189.

te“. Er schilderte den Fall einer Frau, die 1946 einen Antrag auf nachträgliche Eheschließung stellte, da sie „ihren Verlobten, einen Halbjuden, wegen der Rassengesetze des Dritten Reiches nicht heiraten konnte, mit ihm aber trotzdem in freier Ehe zusammenlebte und ihm zwei Kinder geboren hat, bis er durch einen Fliegerangriff umkam. [. . .] In diesem Fall liegt der eheliche Konsens, der nach allgemeinen Kulturgrundsätzen die entscheidende Grundlage einer Ehe ist, unzweifelhaft vor; er ist durch das eheliche Zusammenleben trotz des staatlichen Verbotes und der damit verbundenen Gefährdung eindeutig bekundet.“¹⁰⁰

Tatsächlich ist es Otto Küster zu verdanken, daß am 23. Juni 1950 als erstes Wiedergutmachungsgesetz des Bundes das Gesetz „über die Anerkennung freier Ehen rassisch und politisch Verfolgter“ erlassen wurde, das Lebensgemeinschaften¹⁰¹, denen aufgrund der „Nürnberger Gesetze“ der Status von Ehen verweigert wurde, nachträglich als ehelich erklärte, selbst wenn der eine Partner 1950 nicht mehr lebte. Küster betonte den Unterschied zur nationalsozialistischen „Totenehe“: „Es wird nicht eine Art von nachträglicher Eheschließung geschaffen, es werden nicht wie nach jenem Führererlaß Absichten nachträglich einem vollzogenen Entschluß gleichgestellt [. . .], es wird eine tatsächlich geschlossene und durchgeführte Ehe nachträglich von der wieder zur Vernunft gelangten Gesetzesordnung anerkannt [. . .], es wird der Widerstand geehrt und belohnt.“¹⁰²

¹⁰⁰ Küster, Eheschließungen, S. 34.

¹⁰¹ Das heißt insbesondere zwischen „Mischlingen 1. Grades“ und „Deutschblütigen“. Sie befanden sich aufgrund der 1. Verordnung zum „Blutschutzgesetz“ in einer juristischen Lücke: De jure weder verboten noch erlaubt, waren sie Repressalien und Verfolgung ausgesetzt.

¹⁰² Otto Küster, Zum Bundesgesetz über die Anerkennung freier Ehen Verfolgter, in: *Süddeutsche Juristenzeitung* 1950, S. 807 ff.; vgl. auch Helmut Krüger, *Der halbe Stern. Leben als deutsch-jüdischer „Mischling“ im Dritten Reich*, Berlin 1993, S. 121 ff. Dr. jur. Otto Küster wurde am 30.3. 1886 in Stuttgart geboren. Seit 1.4. 1935 war er Oberlandesgerichtspräsident in Stuttgart und damit der höchste Richter in Württemberg. Er war Mitglied der NSDAP seit 1.5. 1933, übte aber in der Partei oder einer ihrer Gliederungen keine Tätigkeit aus. Vgl. Küsters Zeugen-aussage im Juristenprozeß 1947 vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg, Bundesarchiv Potsdam (BAP), Fall 3, Nr. 38586/47464, Bl. 7840 ff.

VICTOR MAUER

MACMILLAN UND DIE BERLIN-KRISE 1958/59

I.

Harold Macmillan, schreibt Henry Kissinger über die Außenpolitik des britischen Premierministers in der Berlin-Krise der Jahre 1958 bis 1962, „readily conceded the center stage to Washington while seeking to shape the drama from behind the curtains“¹. Auch die internationale Historiographie, die stets die überragende Bedeutung der Berlin-Krise als Wendepunkt des Kalten Krieges betont hat, hat bis heute ihr Interesse auf die Protagonisten der Konfrontation, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion, konzentriert und dabei dem spezifisch britischen Beitrag und Gewicht in den Beziehungen innerhalb der Blöcke und zwischen ihnen wenig Beachtung geschenkt².

In der Tat gehört die Außenpolitik der Regierung Macmillan während der Berlin-Krise zu den großen weißen Flecken auf der historiographischen Landkarte. Vor allem die Dramatik der von London maßgeblich beeinflussten allianzinternen Auseinandersetzungen über den einzuschlagenden Kurs in den frühen Krisenmonaten ist weitgehend unbekannt. Der Moskauer-Besuch des Premierministers im Februar/März 1959 hingegen wird häufig als Triumph britischer Entspannungsbemühungen gewertet. Großbritannien habe brillant die Rolle des Vermittlers zwischen Ost und West gespielt, habe dadurch die Krise entschärft und sei insofern eben nicht nur Architekt

¹ Henry Kissinger, *Diplomacy*, New York 1994, S. 598.

² Die historische Forschung hat die Berlin-Krise bislang vorwiegend in Überblicksdarstellungen behandelt: Hans Speier, *Die Bedrohung Berlins. Eine Analyse der Berlin-Krise von 1958 bis heute*, Köln/Berlin 1961; Elisabeth Barker, *The Berlin Crisis 1958–1962*, in: *International Affairs* 39 (1963), S. 59–73; Jean E. Smith, *The Defence of Berlin*, Baltimore 1963; Alois Riklin, *Das Berlinproblem. Historisch-politische und völkerrechtliche Darstellung des Viermächtestatus*, Köln 1964; Jack M. Schick, *The Berlin Crisis, 1958–1962*, Philadelphia 1971; Hans Herzfeld, *Berlin in der Weltpolitik 1945–1970*, Berlin 1973; Honoré M. Catudal, *Kennedy in der Mauer-Krise*, Berlin 1981; Hannes Adomeit, *Soviet Risk-Taking and Crisis Behavior. A Theoretical and Empirical Analysis*, London 1982, S. 183–311; Udo Wetzlaugk, *Berlin und die deutsche Frage*, Köln 1985, S. 146–169; Norman Gelb, *The Berlin Wall*, London 1986; Marc Trachtenberg, *History and Strategy*, Princeton 1991, S. 169–234; Michael R. Beschloss, *The Crisis Years: Kennedy and Khrushchev, 1960–1963*, New York 1991; auf der Basis jetzt zugänglicher amerikanischer Archivmaterialien Joachim Arenth, *Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlin-Krise (1958–1962) im Spiegel neuer amerikanischer Quellen*, Frankfurt a. M. u. a. 1993. Zur Politik Adenauers vgl. Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967*, Stuttgart 1991, S. 467–502, 550–562, 651–671.

des Kalten Krieges, sondern auch Begründer der Entspannungspolitik gewesen³. Die entscheidende Problematik dieser Interpretationen beruht jedoch auf der Tatsache, daß sie mit Ausnahme der offiziellen Biographie des Premierministers, die sich fast ausschließlich auf Gespräche, Tagebücher und private Aufzeichnungen Harold Macmillans stützt⁴, ohne die Kenntnis amtlicher britischer Quellen und privater Nachlässe zustande gekommen sind. Darüber hinaus reflektieren sie überwiegend die in den Memoiren der beteiligten politischen Akteure und Diplomaten vorgelegten Analysen; doch gerade die erstgenannten neigen gewöhnlich zur Verklärung der eigenen Rolle, nicht nur, wenn auch in erster Linie, weil sie gerne vorgeben, alles bedacht und gewollt zu haben, sondern weil sie objektiv gar nicht alles gewußt haben⁵.

Auf der Basis der nunmehr weitgehend zugänglichen Regierungsakten des Public Record Office sowie einiger privater Nachlässe versucht die vorliegende Studie, den außenpolitischen Entscheidungsprozeß in Whitehall während der einmal so bezeichneten *deadline crisis*⁶ unter dem erkenntnisleitenden Prinzip der Motive, Intentionen und Ziele der Regierung Macmillan zu analysieren. Dabei soll geklärt werden, ob es ein langfristiges außenpolitisches Konzept gab oder aber ob die britische Regierung lediglich auf entstehende Krisensymptome und Probleme pragmatisch reagierte und versuchte, den Konflikt durch kurzfristiges Krisenmanagement beizulegen. Darüber hinaus mag die Studie auch einen Beitrag zu der Diskussion um „Britain's decline“ leisten, indem sie nach internationalen Handlungsspielräumen der konservativen Regierung im Kräftespiel der Mächte fragt.

II.

Chruschtschows Drohung vom 10. November 1958, das Besatzungsregime einseitig aufzukündigen und die Transitverkehrsrechte nach Berlin auf die DDR zu übertragen, schlug in Whitehall „wie eine Bombe ein“⁷. Schließlich hatten die Westmächte

³ Vgl. Elisabeth Barker, *Britain in a Divided Europe 1945–1970*, London 1971, S. 141; David Dimbleby/David Reynolds, *An Ocean Apart: The Relationship between Britain and America in the Twentieth Century*, London 1988, S. 244; Curtis Keeble, *Britain and the Soviet Union, 1917–89*, London 1990, S. 259; Avi Shlaim/Peter Jones/Keith Sainsbury, *British Foreign Secretaries since 1945*, Newton Abbot 1977, S. 116; D. R. Thorpe, Selwyn Lloyd, London 1989, S. 287; Brian White, *Britain, Détente and Changing East-West Relations*, London/New York 1992, S. 1, 50, 61, 154; Frederick S. Northedge/Audrey Wells, *Britain and Soviet Communism. The Impact of a Revolution*, London/Basingstoke 1982, S. 128.

⁴ Alistair Horne, *Macmillan 1957–1986. Volume II of the Official Biography*, London 1989.

⁵ Vgl. Harold Macmillan, *Riding the Storm 1956–1959*, London 1971; ders., *Pointing the Way 1959–1961*, London 1972; ders., *At the End of the Day 1961–1963*, London 1973; Lord Gladwyn, *The Memoirs of Lord Gladwyn*, London 1972; Frank Roberts, *Dealing with Dictators. The Destruction and Revival of Europe, 1930–1970*, London 1991.

⁶ Schick, *The Berlin Crisis, 1958–1962*, S. 1.

⁷ So Sir Bernard Ledwidge, in den späten fünfziger Jahren britischer Diplomat in Berlin, zit. in: John P. S. Gearson, *British Policy and the Berlin Wall Crisis 1958–61*, in: *Contemporary Record* 6 (1992), S. 107–177, hier S. 129.

die brutale Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes als „bedauerlichen Irrtum“⁸ erachtet und damit zu verstehen gegeben, daß sie bereit waren, die quer durch Deutschland verlaufende Demarkationslinie, die Europa in zwei Machtblöcke aufspaltete, stillschweigend zu akzeptieren. Neben der Festschreibung des territorialen, politischen und sozioökonomischen Status quo in Europa ging es der Sowjetunion aber auch um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, und zu diesem Zweck bot sich Berlin als neuralgische Schwachstelle des Westens geradezu an. Wie jüngst zugänglich gewordenes sowjetisches Archivmaterial zeigt, war der Moskauer Vorstoß weitgehend improvisiert. Er folgte monatelangen Beratungen der Warschauer Pakt-Staaten und entsprang, vor dem Hintergrund der Flucht von Hunderttausenden aus dem Machtbereich der SED in die Bundesrepublik, der Sorge vor einer westlichen „nichtkriegerischen Eroberung [der DDR] durch ökonomisches Erdrosseln“, vor der Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Nuklearwaffen und vor der deutschen Teilnahme am nuklearen Entscheidungsprozeß im westlichen Bündnis⁹.

Britischen Entscheidungsträgern aber war die sowjetische Politik, wie im Oktober 1939, „a riddle wrapped in a mystery inside an enigma“¹⁰. Während der britische Botschafter in Moskau, Sir Patrick Reilly, bereits eine berechenbare Politik der Stärke als Antwort auf die sowjetische Drohung einforderte, erklärte Außenminister Selwyn Lloyd dem Kabinett, er rechne mit ernsthaften Konsequenzen für die westliche Position in Berlin, könne aber nicht einschätzen, inwieweit die sowjetische Regierung beabsichtige, Chruschtschows Stellungnahme in die Tat umzusetzen¹¹.

Für die konservative Regierung stellte sich die Situation erheblich komplexer dar als noch während der Blockade der Jahre 1948/49. Sie befand sich schlichtweg in einem Dilemma. Die eigene Position in Berlin aufzugeben und damit das Sinnbild westlicher Entschlossenheit und der Vier-Mächte-Verantwortung für gesamtdeutsche Angelegenheiten, kam nicht in Betracht. Dies war eine prinzipielle Frage des internationalen Prestiges im Kalten Krieg, und insofern hatte Molotows Grundsatz – „was in Berlin geschieht, geschieht in Deutschland, und was in Deutschland geschieht, geschieht in Europa“ – unverändert Bestand. Im Grunde ging es London jedoch weit

⁸ Roberts, *Dealing with Dictators*, S. 192.

⁹ Vladislav M. Zubok, *Khrushchev and the Berlin Crisis (1958–1962)*, Cold War International History Project. Woodrow Wilson International Center for Scholars, Working Paper No. 6, May 1993, S. 4 und 8; vgl. auch Hope M. Harrison, *Ulbricht and the Concrete „Rose“: New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961*, Cold War International History Project. Woodrow Wilson International Center for Scholars, Working Paper No. 5, May 1993, S. 2, 4f., 16–18.

¹⁰ Winston Churchills berühmter Ausspruch vom 1. 10. 1939 ist wiedergegeben in: Robert R. James (Hrsg.), *Winston Churchill. His Complete Speeches 1897–1963*, Vol. VI 1935–1942, New York 1974, S. 6161.

¹¹ Reilly an Foreign Office, 15. 11. 1958, in: Public Record Office (künftig: PRO), Foreign Office (künftig: FO) 371/137334 (WG 10113/69); PRO, Cabinet Minutes (künftig: CM) 81(58), 18. 11. 1958, CAB 128/32.

mehr um den eigenen Status in Berlin als um die möglichen Auswirkungen einer Berlin-Regelung auf die deutsche Frage im weiteren Sinne. Seit den Genfer Konferenzen des Jahres 1955 hatte sich auch im Westen zunehmend die Ansicht durchgesetzt, daß es viel leichter sei, „zwei bereits bestehende deutsche Staaten zu handhaben als einen einzigen“¹². Macmillan selbst, ein undogmatischer Pragmatiker und Anhänger der traditionellen Gleichgewichtspolitik, hielt die westlichen Beteuerungen zur deutschen Einheit ohnehin für „reinen Schwindel“¹³, weil, so glaubte er, nur wenige im Westen wirklich ein wiedervereinigtes Deutschland wünschten. Sein Mißtrauen und seine Abneigung gegenüber den Deutschen, die, gestern noch Verlierer, heute „schon wieder reich und selbstsüchtig“ mit einem „zwischen Argwohn und Sentimentalität schwankenden“ alten Mann an der Spitze den Frieden zu gewinnen schienen, saßen tief¹⁴. Vor dem Hintergrund der vergangenen Jahrzehnte war es daher zweifellos „tempting to argue that we do not want Germany to be reunited at all. A reunited Germany might dominate Europe, and emotionally we are all of us, including the Russians, fairly content to see the division persist. . . . [But] to say so and to go for a deal with the Russians for the acceptance of the *status quo* would completely forfeit the good-will of the West German Government.“¹⁵

Auf das Wohlwollen der deutschen Regierung glaubte man schon deshalb angewiesen zu sein, um auch weiterhin auf die Politik der Integration der Bundesrepublik in den Westen einwirken zu können und somit eine zukünftige deutsche Schaukelpolitik zwischen Ost und West zu verhindern. Ohnehin geisterte in jenen Tagen der Vergleich mit dem Vertrag von Rapallo, so unangebracht und unberechtigt er auch gewesen sein mag, wie ein Fluch durch Whitehall. Aus britischer Sicht personifizierte allein Konrad Adenauer die Option für den Westen, und in dieser Hinsicht ist es verständlich, wenn sich die Politiker an der Themse als „prisoners of Dr Adenauer's policy“ sahen. „German unification, therefore, has to remain our real objective.“¹⁶ Konkret bedeutete das allerdings in den Novembertagen des Jahres 1958, daß London auf jede Art von Anerkennungspolitik gegenüber der DDR hätte verzichten müssen. Sollten sich die Westmächte aber im Falle einer Übertragung der sowjetischen Zugangsrechte nach Berlin auf das Ulbricht-Regime durch die Ignorierung des DDR-Personals den Weg nach Berlin, das konventionell nicht zu verteidigen war, selbst

¹² Wolfram F. Hanrieder, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989*, Paderborn u. a. 1991, S. 193, 209f.; vgl. auch Hans Buchheim, *Deutschlandpolitik 1949–1972. Der politisch-diplomatische Prozeß*, Stuttgart 1984, S. 88f.; Helga Haftendorn, *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982*, Baden-Baden ²1986, S. 65; Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München ²1990, S. 56. Der Ausspruch Molotows ist zit. in: Uwe Prell/Lothar Wilker (Hrsg.), *Berlin-Blockade und Luftbrücke 1948/49. Analyse und Dokumentation*, Berlin 1987, S. 56.

¹³ Horne, *Macmillan 1957–1986*, S. 120 und 134.

¹⁴ Macmillan, *Pointing the Way 1959–1961*, S. 327 und 82.

¹⁵ FO Minute (Draft Minute Lloyd an Macmillan), 1.1. 1958, in: PRO, FO 371/137398 (WG 1071/2).

¹⁶ Ebenda.

blockieren oder gar eine nukleare Auseinandersetzung riskieren, weil ein deutscher Offizier einen sowjetischen ersetzt hatte?

Mit diesem Dilemma konfrontiert, nahm die britische Regierung die Bedrohung der westlichen Position in Berlin sehr ernst. Anthony Rumbold, Assistant Under-Secretary im Foreign Office, der mit Macmillan die Entschlossenheit zur schnellen Herbeiführung einer zufriedenstellenden Lösung der gesamteuropäischen Frage – notfalls auf Kosten Deutschlands – teilte, notierte: „We have a motive for being in a hurry to break the deadlock. The strategic equation is turning against the West. If we leave matters as they are for another two or three years our negotiating position will be weaker than it is now. Even without the Berlin question a continuation of the deadlock about Germany becomes more dangerous to us as time goes on.“¹⁷

Unter dem Sputnik-Schock vom Oktober 1957 und der damit verbundenen voreiligen Annahme eines nuklearstrategischen Patts suchte man an der Themse nach Alternativen zu der bis dahin verfolgten Politik des Junktims zwischen europäischer Sicherheit und deutscher Frage¹⁸. Außenminister Lloyd ermunterte daher seine NATO-Partner, die westliche Position in Deutschland grundsätzlich zu überprüfen und dabei flexibel vorzugehen. Insofern wirkte Chruschtschows Vorstoß einmal mehr als Katalysator, die eigenen Prinzipien und das Verhältnis zur deutschen Frage – und zur DDR im besonderen – zu überdenken.

Mit einem an Washington und Paris adressierten Telegramm, datiert auf den 15. November 1958, unternahm die britische Regierung den Versuch, die Führungsrolle im westlichen Bündnis zu übernehmen. Tatsächlich führten die britischen Vorschläge schon in den ersten Tagen der Krise zu einem ernsthaften Zerwürfnis innerhalb der westlichen Allianz, und von nun an sollte Großbritannien den Ruf des unzuverlässigen Partners nicht mehr loswerden. Der Grundtenor des Telegramms lautete: „It would . . . be foolish not to proceed on the assumption that Khrushchev is going to do more or less what he has said that he is going to do, i. e., that sooner or later he will hand over to the Sovereign German Democratic Republic those functions in Berlin which are still maintained by Soviet organs. We cannot stop him from doing this. The main question for us to decide is therefore how to react when he does it.“¹⁹

Das Eingeständnis, der sowjetischen Absicht zur Übertragung der in Berlin ausgeübten Funktionen auf Ost-Berlin hilflos gegenüberzustehen, gehört wohl zu den bemerkenswertesten Kennzeichen des britischen außenpolitischen Ansatzes zu Beginn der Krise. Es handelte sich um eine zutiefst pessimistische Einschätzung, die jedoch nicht unbedingt von politischem Realismus getragen war. Schließlich war es den Westmächten trotz der eigenen außerordentlich prekären Position in Berlin seit 1949 gelungen, die Sowjetunion von einer Veränderung des Status der Stadt abzuhal-

¹⁷ FO Minute Rumbold, 14. 1. 1959, in: PRO, FO 371/145821 (WG 1073/99G).

¹⁸ Vgl. Haftendorn, Sicherheit und Entspannung, S. 104 ff.

¹⁹ FO an Washington, 15. 11. 1958, in: PRO, FO 371/137333 (WG 10113/42).

ten. Rumbold, *spiritus rector* des Telegramms, glaubte hingegen, auf das *worst case scenario* setzen zu müssen. Die Großbritannien zur Verfügung stehenden Optionen abwägend, hieß es: „Put . . . shortly it looks as though we may be faced with having to choose between (a) abandoning Berlin; (b) resorting to force; (c) staying in Berlin but dealing with and, if necessary, ultimately recognising the D.D.R.“

Bezüglich Option (a) gab es eine unverrückbare Ausgangsposition, die den in der Londoner Drei-Mächte-Erklärung vom 3. Oktober 1954 eingegangenen Verpflichtungen entsprach: „. . . we will under no circumstances withdraw our forces from Berlin or abandon the West Berliners whom we are pledged to support. . . . This implies that rather than submit to Berlin being starved out, if it ever came to that, we would resort to force with all the risks that this might entail.“²⁰

Die Grundzüge der in dem Telegramm erkennbar werdenden Berlinpolitik machten deutlich, daß die britische Regierung zwar im Hinblick auf die Zugangswege nach Berlin zu Kompromissen mit Moskau bereit, gleichzeitig aber dazu entschlossen war, an der eigenen Präsenz in der Stadt festzuhalten. Allerdings hielt man in Whitehall einen sowjetischen Versuch, den westlichen Rückzug aus Berlin gewaltsam zu erzwingen, ohnehin für unwahrscheinlich.

Von den verbleibenden Alternativen wurde Option (c) bevorzugt. Eine westliche Weigerung, mit den ostdeutschen Stellen zusammenzuarbeiten, hätte eine Blockade auslösen können, die britischen Einschätzungen zufolge nicht länger als fünfzehn Monate mit einer erneuten Luftbrücke hätte beantwortet werden können. Langfristig bot sich aus Londoner Sicht deshalb die Alternative, entweder die DDR anzuerkennen oder aber, um die Versorgung Berlins auf dem Landweg sicherzustellen, Gewalt anzuwenden; letztlich stellte sich damit die zynische Frage: „Why die for a transit stamp?“ Stillschweigend, so argumentierte man in britischen Regierungskreisen hinter vorgehaltener Hand, gebe es auf den Feldern der Wirtschaftspolitik und des Zivilverkehrs bereits eine Zusammenarbeit der Regierung Adenauer mit Ost-Berlin. Warum sollte man in der Anerkennungsfrage dann „*königlicher als der König*“ sein?²¹ Selbst wenn sich der „slippery slope“ als steiler Abhang erweisen sollte, sei die volle und formale Anerkennung der DDR jeder Art von Gewaltanwendung vorzuziehen.

Zweifelloos war es ein gewagtes Unterfangen, das Konzept einer Luftbrücke allein deshalb zurückzuweisen, weil man glaubte, sie nicht länger als fünfzehn Monate aufrechterhalten zu können, und statt dessen für die Anerkennung der DDR zu optieren. Bedenkt man, daß die Luftbrücke der Jahre 1948/49 mehr als elf Monate erfolgreich operiert hatte, bedeutete der eingeschlagene Weg in der Tat „die Aufgabe der Schlacht, bevor sie geschlagen war“²².

²⁰ Ebenda. Zur Londoner Drei-Mächte-Erklärung vom 3. 10. 1954 vgl. Ingo von Münch (Hrsg.), *Dokumente des geteilten Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1968, S. 246f.; Wilhelm G. Grewe, *Rückblenden. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1979, S. 364.

²¹ Reilly an Rumbold, 17. 11. 1958, in: PRO, FO 371/137337 (WG 10113/142).

²² Peck an FO, 22. 11. 1958, in: PRO, FO 371/137339 (WG 10113/209).

Natürlich sollte man ein einzelnes außenpolitisches Strategiepapier nicht überbewerten. Schließlich sind politische Planungsstäbe auch dazu da, das Undenkbare zu denken. Doch dieses Dokument war weit mehr als ein einfaches Gedankenspiel. Tatsächlich ist es der entscheidende Schlüssel zum Verständnis der britischen Außenpolitik in der Berlin-Krise. Es reflektierte die bereits seit 1957 an der Themse ausgeprägte Neigung, die DDR zumindest *de facto* anzuerkennen, falls die sowjetischen Truppen die Kontrolle der Zugangswege auf die DDR übertragen würden. Außenminister Lloyd, im allgemeinen eher ein Zauderer, notierte kurz und knapp, „er habe nichts dagegen, wenn das Ganze mit der Anerkennung der Regierung der DDR ende“²³, und Premierminister Macmillan gab seine Zustimmung. Das vorgelegte Konzept war der Vorschlag, „den Weg der offiziellen alliierten Politik, die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen herbeizuführen, zu verlassen“²⁴. Es war das Bemühen, den Status quo in Europa festzuschreiben und dabei die Frage der deutschen Einheit auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die letztlich erwogene volle und formale Anerkennung der DDR als selbständiger Staat war jedoch mit der Theorie vom Fortbestand des Deutschen Reiches unvereinbar und hätte die rechtlichen Grundlagen für eine Wiedervereinigung sogar zerstört. Obwohl die Rechtsabteilung des Foreign Office auf diese Problematik verwies, billigte das Kabinett das überarbeitete und von Lloyd präsentierte Memorandum einstimmig.

Mit der Vorlage dieses Grundsatzpapiers zu einem frühen Zeitpunkt der Krise hoffte die britische Regierung, Washington und Paris auf ihre Seite ziehen und dadurch den eigenen Einfluß auch weltpolitisch zur Geltung bringen zu können. Darüber hinaus beurteilte man die Rede des sowjetischen Premierministers als „goldene Gelegenheit für Drei-Mächte-Konsultationen“²⁵ – also unter Ausschluß der Deutschen –, für die nicht zuletzt de Gaulle sich eingesetzt hatte. Vorläufig sollte Bonn über den Inhalt des Telegramms jedenfalls nicht informiert werden, weil man – nicht zu Unrecht – erwartete, daß es dort alles andere als wohlwollend aufgenommen werde. Was aber dann geschah, lief allen Erwartungen der Regierung zuwider: Zwietracht unter den Alliierten.

III.

In britischen Regierungskreisen hatte man fest mit amerikanischer und französischer Zustimmung zu dem Grundsatzpapier gerechnet, nicht zuletzt weil sich die drei Westalliierten bereits im August 1954 stillschweigend auf die Anerkennung

²³ FO an Washington, 15.11. 1958, in: PRO, FO 371/137334 (WG 10113/64).

²⁴ So Sir Bernard Ledwidge, zit. in: Gearson, *British Policy*, S. 129.

²⁵ FO Minute Rumbold, 14.11. 1958, in: PRO, FO 371/137335 (WG 10113/100). Zu de Gaulles an Eisenhower und Macmillan gerichtetes September-Memorandum vgl. Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, S. 457 ff.; ders., *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963*, Stuttgart 1983, S. 101 ff.

des DDR-Personals als Beauftragte, als *agents*, der Sowjets geeinigt hatten, falls Moskau im Zugangsverkehr nach Berlin Änderungen vornehmen sollte²⁶. Das Gegenteil war der Fall; die britischen Partner „came down on [her] like a ton of bricks“ und erachteten die vorgeschlagene Strategie als defätistisch und bis zu einem gewissen Grad sogar als verräterisch²⁷. Das britische Memorandum markierte in der Tat ein Abweichen von der im geheimen entwickelten flexibleren alliierten Position. Die dem britischen Ansatz zugrunde liegende Theorie ging davon aus, daß die DDR die Kontrollaufgaben nicht als *agent*, also im Auftrag einer übergeordneten Macht, sondern als *substitute*, unabhängig und aus eigenem Recht, wahrnehmen könne. Das war für Amerikaner und Franzosen völlig unakzeptabel. Sobald die britische Regierung dieses sich anbahnende Zerwürfnis bemerkte, gab sie vor, lediglich versucht zu haben, mit einigen vorläufigen Gedanken eine Diskussion über verschiedene politische Konzepte in Gang zu bringen, die aber keineswegs die endgültige britische Politik widerspiegeln. In Wirklichkeit aber waren die sogenannten vorläufigen Gedanken der Versuch gewesen, die Partner in eine bestimmte politische Richtung zu drängen, und wurden konsequenterweise auch nicht aufgegeben. Patrick Hancock, Leiter des Western Department, notierte, es sei wohl besser, „not to press the point at the present time“²⁸. Die Politiker an der Themse mußten schon zu diesem Zeitpunkt erkennen, daß britische Interessen nicht mehr isoliert betrachtet werden konnten. Der eigene politische Handlungsspielraum hing entscheidend von der Fähigkeit ab, die Partner im Bündnis von der Richtigkeit des eigenen Standpunktes zu überzeugen. Vorläufig mußten sie feststellen, daß die zur Verfügung stehenden Optionen in Washington und Paris ganz anders eingeschätzt wurden.

Obwohl der Entscheidungsprozeß im State Department im Anfangsstadium der Krise aufgrund der Krebserkrankung von Außenminister Dulles außerordentlich zögerlich verlief, waren die US-Beamten doch besorgt, die britische Berlin- und Deutschlandpolitik könne leicht aus dem Ruder laufen. Der Leiter der Deutschland-Abteilung im State Department, Martin Hillenbrand, wies darauf hin, das britische Memorandum mache vor allem nicht deutlich, wie die Regierung sicherstellen wolle, daß sich die DDR auch an jedwede explizite oder implizite Vereinbarung halten werde. Die grundsätzliche Schwierigkeit, die britische Analyse zu akzeptieren, beruhe darauf, daß die angebotenen Alternativen das Grundproblem nicht lösen konnten: „For the sake of a temporary period of stabilisation we [the Western powers] would succeed in compromising our position with regard to the DDR, would imperil Allied/West German relations, would considerably diminish Allied prestige and deal a staggering blow to the confidence of our friends in us, particu-

²⁶ Vgl. William Burr, *Avoiding the Slippery Slope: The Eisenhower Administration and the Berlin Crisis, November 1958–January 1959*, in: *Diplomatic History* 18 (1994), S. 177–205, hier S. 182.

²⁷ Hancock an Hood, 5. 12. 1958, in: PRO, FO 371/137340 (WG 10113/244); Steel an FO, 21. 11. 1958, in: PRO, FO 371/137336 (WG 10113/127).

²⁸ Hancock an Steel, 21. 11. 1958, in: Ebenda (WG 10113/111).

larly as our legal rights are fairly precise in enabling us to maintain the *status quo*."²⁹

Langfristig, so argumentierte Hillenbrand, werde der von den Briten so bezeichnete „slippery slope“ sich noch ausweiten, denn die Anerkennung der DDR führe zur Hinnahme der Teilung Deutschlands und komme einer Entscheidung zur Aufgabe Berlins gleich. Mit anderen Worten, das britische Memorandum wurde in amerikanischen Regierungskreisen als „in fact defeatist“ beurteilt³⁰. Obwohl auch Außenminister Dulles vorübergehend mit dem Gedanken spielte, DDR-Organen als Beauftragte der Sowjets zu behandeln, war die Administration zu diesem frühen Zeitpunkt der Krise nicht ernsthaft gewillt, sich mit der Frage der Anerkennung der DDR auseinanderzusetzen. Sie wehrte sich nicht grundsätzlich gegen eine Veränderung der westlichen Politik, stemmte sich aber um so vehementer gegen einen durch sowjetische Gewaltandrohung herbeigeführten Wandel. Um das Vertrauen der Bonner Regierung in die Politik der Alliierten nicht zu erschüttern, konnte die Agententheorie nicht mehr sein als eine westliche Rückfallposition³¹. In Washington betrachtete man deshalb jeden Kompromiß im Hinblick auf die alliierten Rechte in Berlin als nachteilig für die westliche Position und neigte zu einem unnachgiebigen Kurs gegenüber Chruschtschow. Die in einer solchen Politik liegenden Risiken wurden langfristig als geringer eingeschätzt als jene, die mit der Frage der Anerkennung der DDR verbunden waren. Eisenhower und Dulles nahmen die sowjetische Herausforderung an und setzten dabei voraus, daß Chruschtschow nicht bereit sein werde, für die DDR einen Krieg zu riskieren, wenn der Westen militärische Konvois aufbiete, um Kontrollen durch DDR-Personal zu verhindern. Anders als Macmillan konnte sich der amerikanische Präsident im Falle einer Ost-West-Konfrontation auf die Unterstützung der Bevölkerung verlassen, denn – so berichtete US-Botschafter David Bruce seinem britischen Kollegen in Bonn, Sir Christopher Steel – für jeden durchschnittlichen Amerikaner symbolisiere Berlin die Verteidigung der freien Welt³².

Wenn auch die jeweiligen amerikanischen und britischen Positionen unvereinbar waren, hoffte Außenminister Lloyd im Vertrauen auf die *special relationship* dennoch, daß „wir die Bedenken der Amerikaner leicht zerstreuen können“³³. Das sollte nicht geschehen, doch vorläufig schien es erheblich schwieriger zu sein, die Franzosen von der Richtigkeit des eigenen Weges zu überzeugen.

²⁹ Caccia an FO, 22.11. 1958, in: Ebenda, (WG 10113/121); Caccia an FO, 19.11. 1958, in: PRO, FO 371/137335 (WG 10113/102).

³⁰ Telegramm Trimble, US-Botschaft Bonn, an Washington, 19.11. 1958, in: PRO, FO 371/137337 (WG 10113/141).

³¹ Zur sogenannten Agententheorie vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV.Reihe/Bd.1, 1.Halbband (10.11. 1958–31.1. 1959), hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearb. von Ernst Deuerlein/Hannelore Nathan, Frankfurt a.M./Berlin 1971, S.145f.; Grewe, Rückblenden, S.364f.

³² Steel an FO, 6.12. 1958, in: PRO, FO 371/137341 (WG 10113/281).

³³ FO an Washington, 19.11. 1958, in: PRO, FO 371/137339 (WG 10113/199).

Die erste französische Reaktion auf das britische Memorandum war durchaus mehrdeutig, wie überhaupt die französische Politik während der gesamten Krise. Außenminister Maurice Couve de Murville teilte dem britischen Botschafter in Paris, Sir Gladwyn Jebb, mit, im großen und ganzen stimme er mit der britischen Analyse überein; er habe sich schon seit Jahren für eine Anerkennung der DDR ausgesprochen³⁴. Diese Äußerung reflektierte eine in französischen Regierungskreisen weitverbreitete Auffassung. Die fortwährende Teilung Deutschlands – mit der Bundesrepublik fest im westlichen Bündnis verankert – konnte das französische Sicherheitsbedürfnis am besten befriedigen. Ein öffentliches Eingeständnis und eine diesbezügliche Vereinbarung mit Moskau hätten aber zu einer Neuorientierung der deutschen Politik, wenn nicht sogar zur sowjetischen Beherrschung Europas geführt. Charles de Gaulle, im Juni 1958 erst als Retter Frankreichs auf die politische Bühne zurückgekehrt, war sich dieses Dilemmas bewußt. Für ihn war Deutschland das „Kernstück des Problems im Herzen des Erdteils . . . Sein Schicksal ist es, daß nichts ohne es geschehen kann. . . . Wie . . . ließe sich . . . ein wahrer und dauerhafter Frieden auf einer Basis aufbauen, zu der dieses große Volk nicht ja sagen kann . . .?“³⁵ Aus Sorge vor deutscher Unberechenbarkeit erklärte er Adenauers Schicksal zu seinem Schicksal, gab sich als Sachwalter deutscher Interessen und warnte vor den Konsequenzen, die ein westliches Nachgeben in Berlin auf die Geschlossenheit der Atlantischen Allianz haben könne. Er, der sich im Ernstfall auf den anglo-amerikanischen nuklearen Schutzschild verlassen mußte, erklärte dem mit Krieg drohenden sowjetischen Botschafter in Paris scheinbar unbeteiligt: „Eh bien, monsieur l'ambassadeur, nous mourons tous, mais vous aussi.“³⁶ Macmillan ließ er jedoch mehrfach wissen, daß er einen kriegerischen Konflikt für gänzlich unwahrscheinlich halte; Chruschtschow bluffe und habe lediglich die Entschlossenheit der Alliierten in Berlin auf die Probe stellen wollen. Die Reaktionen des Quai d'Orsay auf das britische Memorandum trugen somit auch unverkennbar die Handschrift de Gaulles. Die Briten neigten demzufolge zu einem überhasteten und zu weitreichenden Vorgehen, zumal die Westalliierten aus einer Position der Stärke abwarten könnten und müßten, ob das von London beschworene Dilemma ihnen überhaupt präsentiert werde³⁷.

³⁴ Jebb an FO, 17. 11. 1958, in: PRO, FO 371/137335 (WG 10113/76). Vgl. auch Hervé Alphand, *L'étonnement d'être. Journal, 1939–1973*, Paris 1973, S. 298; Hanns Jürgen Küsters, *Kanzler in der Krise. Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ultimatum und Bundespräsidentenwahl 1959*, in: VfZ 36 (1988), S. 733–768, hier S. 738.

³⁵ Charles de Gaulle, *Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958–1962*, Wien/München/Zürich 1970, S. 208; vgl. auch Wilfried Loth/Robert Picht (Hrsg.), *De Gaulle, Deutschland und Europa*, Opladen 1991; Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, S. 439–467; Klaus-Jürgen Müller, *Adenauer and De Gaulle – De Gaulle and Germany: A Special Relationship. The Konrad Adenauer Memorial Lecture 1992*, Oxford 1992.

³⁶ Zit. nach Jean Lacouture, *Charles De Gaulle, III: Le Souverain, 1959–1970*, Paris 1986, S. 388.

³⁷ Jebb an FO, 20. 11. 1958, in: PRO, FO 371/137336 (WG 10113/112); Jebb an FO, 20. 11. 1958, in: *Ebenda* (WG 10113/109); Jebb an FO, 12. 12. 1958, in: PRO, FO 371/137343 (WG 10113/336); vgl. auch Cyril Buffet, *De Gaulle et Berlin. Une certaine idée de l'Allemagne*, in: *Revue d'Allemagne* 22 (1990), S. 525–538, hier S. 532; ders.: *La politique nucléaire de la France et la seconde crise*

In dieser Hinsicht gab es zwischen Washington und Paris breite Übereinstimmung. Macmillans Aussichten, Eisenhower und de Gaulle auf den eigenen Kurs einzuschwören, waren demnach alles andere als günstig. Ganz im Gegenteil, Selwyn Lloyd war nunmehr beunruhigt, die Deutschen könnten die Beurteilungen der Amerikaner und Franzosen teilen, „in the event of their getting wind of the whole substance of my telegrams. . . it might be more serious if Dr. Adenauer got the idea in to his head that we were preparing in some way to sell him down the river.“³⁸

Die Auswirkungen waren zweifellos schwerwiegend. Lloyds Worte waren das Eingeständnis, von der bisherigen westlichen Linie abweichen zu wollen. Selbst wenn man die Deutschen nicht verschaukeln wollte, weigerte man sich doch anzuerkennen, daß die Bundesrepublik in den späten fünfziger Jahren zu den großen Drei in Europa gehörte und auch weltpolitisch zunehmend an Gewicht und Einfluß gewann. Um amerikanischen und französischen Indiskretionen zuvorzukommen, übergab Botschafter Steel das britische Memorandum an Außenminister von Brentano, nicht ohne hinzuzufügen, der Westen scheine „an das Ende eines Kapitels gekommen zu sein“. Adenauer waren die britischen Vorschläge „zutiefst zuwider“³⁹. Bereits das britische Verteidigungsweißbuch hatte er 1957 mit Besorgnis und Argwohn aufgenommen, weil er einen schrittweisen britischen Rückzug vom Kontinent befürchtete. Sein Alptraum war stets, die Westmächte könnten sich von ihren Verpflichtungen zurückziehen und sich mit der Sowjetunion über die Köpfe der Deutschen hinweg einigen. Sofort drängte Adenauer Macmillan, in Moskau vorstellig zu werden und die unveränderte, unnachgiebige westliche Haltung zu präsentieren; gleichzeitig bat er um eine Unterredung in London, um den Premierminister an die von Großbritannien eingegangenen Nachkriegsverpflichtungen zu erinnern⁴⁰. Adenauers alljährliche Wintererkältung verhinderte ein Zusammentreffen der beiden Regierungschefs; der Wendepunkt in den deutsch-britischen Beziehungen war aber Mitte November 1958 erreicht. Von nun an war Adenauers Mißtrauen gegenüber Macmillan grenzenlos, und er setzte alles daran, die Implementierung des britischen Ansatzes zu verhindern. Er selbst war sich über die Gefahr der Berlin-Krise völlig im klaren, versuchte aber, Zeit zu gewinnen und Verhandlungen so lange wie möglich hinauszuzögern in der Hoffnung, eine solche Verzögerungstaktik könne die Gefahr bannen, selbst an Boden zu verlieren. Der Globke-Plan, der ein Stillhalteabkommen auf der Grundlage des Status quo der bestehenden Teilung vorsah und „einen dauerhaften Einschnitt in der Deutschlandpolitik Adenauers“ markierte, blieb im Panzerschrank seines Büros,

de Berlin (1958–1962), in: *Relations internationales* 59 (1989), S. 347–358; ders., *The Berlin Crises, France, and the Atlantic Alliance 1947–61: From Integration to Disintegration*, in: Beatrice Heuser/Robert O'Neill (Hrsg.), *Securing Peace in Europe 1945–62. Thoughts for the Post-Cold War Era*, Basingstoke/London 1992, S. 84–104, hier S. 93.

³⁸ FO an Washington, 19. 11. 1958, in: PRO, FO 371/137339 (WG 10113/199).

³⁹ Steel an FO, 20. 11. 1958, in: PRO, FO 371/137336 (WG 10113/114).

⁴⁰ FO an brit. Botschaft in Bonn (Brief des Bundeskanzlers an den Premierminister), 21. 11. 1958, in: PRO, FO 371/137339 (WG 10113/196).

auch wenn er nach Belieben Premierminister Macmillan, Außenminister Dulles und Präsident de Gaulle die Möglichkeit eines Stillhalteabkommens andeutete. Letztlich waren diese Überlegungen in der Tat nur eine „Auffanglinie“ für den Fall des Scheiterns der westlichen Verhandlungstaktik, auf die der Kanzler stets dann zurückgriff, wenn „die Berlin-Frage eine kritische Wendung zu nehmen droht[e]“⁴¹.

Christopher Steel hatte vorhergesagt, es werde ungeheuer schwer sein, die Deutschen zum Handeln zu bewegen; dasselbe galt plötzlich auch für die Amerikaner und Franzosen. Ganz im Gegensatz zu ursprünglichen Vorstellungen im Foreign Office erwiesen sich die britischen Vorschläge als totaler Reinfall. Statt die Politik der Allianz federführend zu gestalten, stand die einstige Großmacht nun ungeschickt, isoliert und des Starrsinns geziehen da.

IV.

Als habe er das ganze Ausmaß der allianzinternen Differenzen noch nicht wahrgenommen, verfolgte Premierminister Macmillan nunmehr eine geradezu paradoxe Politik. Einerseits beschwor er eine Außenpolitik, die auf der nostalgischen Erinnerung an das Kriegstriumvirat Eisenhower – de Gaulle – Macmillan aufbaute, andererseits war er unfähig, sich der Kritik der Partner zu stellen, und unternahm sogar den Versuch, allianzintern eine Macht gegen die andere auszuspielen. Anders als de Gaulle aber spielte er seine Karten mit wenig Geschick.

Unmittelbar nach Chruschtschows Rede stellte Macmillan einen direkten Zusammenhang zwischen Großbritanniens Plan zur Bildung einer europäischen Freihandelszone und der Berlin-Krise her: „... since the Germans had not been behaving satisfactorily of late in ... their unwillingness to oppose the French over the Free Trade Area ... , it might be timely to remind them that we were of some importance to them over Berlin.“⁴²

⁴¹ Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 486 f.; ders., Adenauers Ostpolitik, in: Wolfram F. Hanrieder/Hans Rühle (Hrsg.), Im Spannungsfeld der Weltpolitik: 30 Jahre deutsche Außenpolitik (1949–1979), Stuttgart 1981, S. 207–232; Klaus Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, in: Rudolf Morsey/Konrad Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien III. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 3–91, hier S. 72; Der Globke-Plan zur Wiedervereinigung. Erstfassung 1958/59 und Fassung 1961, in: Morsey/Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien III, S. 202–209; Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Ebenda, S. 134–201; Küsters, Kanzler in der Krise, S. 733–768.

⁴² FO Minute Hancock (SECRET), 11.11. 1958, in: PRO, FO 371/137334 (WG 10113/60). Am 10.12. 1958 stimmte das Kabinett überein, „that the fact that the Federal [German] Government had supported France in obstructing our proposals for the creation of a European Free Trade Area, gave them even less grounds for expecting us to take the lead in proposing measures which might impose on us a heavy additional liability“; in: PRO, CM 84(53), 10.12. 1958, CAB 128/32. Zur britischen Koppelung der Freihandelsfrage mit den deutschlandpolitischen Positionen vgl. auch Schwarz, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel, S. 100; ders., Adenauer. Der Staatsmann, S. 490.

Diese Tendenz, Berlin als Hebel zur Durchsetzung britischer Interessen zu benutzen, reflektierte die Fortsetzung der Bemühungen des Premierministers, zwischen dem gemeinsamen europäischen Markt und den restlichen OEEC-Ländern um jeden Preis eine Freihandelszone mit gemeinsamen Außenhandelsstarifen zu schaffen. Aus Anlaß seines Besuches in Bonn im Oktober 1958 hatte Macmillan seine Unzufriedenheit mit der französischen und deutschen Politik nicht zurückgehalten. Er hatte erklärt: „Keine britische Regierung könnte sich weiterhin an der militärischen Verteidigung eines Kontinents beteiligen, der ihr einen Wirtschaftskrieg erklärt hat. Das Vereinigte Königreich würde dann eine isolationistische Politik verfolgen.“⁴³

Waren Macmillans Drohungen vom Sommer 1958 weit überzogen, so trug der hergestellte Zusammenhang zwischen Berlin-Krise und Freihandelszone – wie er selbst bemerkte – einen Hauch von „Perfidie“⁴⁴ und trieb Adenauer in die Arme de Gaulles. Der Bundeskanzler betrachtete ökonomische Fragen stets unter politisch-funktionalen Aspekten. Eine europäische Freihandelszone konnte für ihn keine Lösung sein, weil sie eben keine politische Funktion hatte. Es war gerade die Erkenntnis gemeinsamer politischer Interessen, die Bonn und Paris zusammenführte. Die britische Regierung verstand den neuen französischen außenpolitischen Ansatz überhaupt nicht, sondern blieb der weitverbreiteten Auffassung treu, die schwache französische Schwester, überladen mit innen- und außenpolitischen Problemen, bedürfe britischer Unterstützung. London sträubte sich gegen einen selbständigen europäischen Pfeiler in der Weltpolitik, blieb dem eigenen Konzept der *limited liability* verhaftet und folgte der 1950 aus Anlaß des Schuman-Plans und 1955 auf der Konferenz von Messina eingeschlagenen Linie. Das Fiasko der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1954 hatte britische Politiker davon überzeugt, daß Franzosen und Deutsche niemals erfolgreich das Kriegsbeil begraben und sich an einem integrierten Europa beteiligen könnten⁴⁵. Um so verbitterter reagierten sie, als de Gaulle ihnen mit der am 14. November 1958 erfolgten Ablehnung der Freihandelsvorstellungen die

⁴³ Record of Visit of the Prime Minister to Bonn, 8.–9. Oktober 1958, in: PRO, Prime Minister's Office: Correspondence and Papers (künftig: PREM) 11/2328. Bereits in einer für Außenminister Lloyd bestimmten Kurznotiz drohte Macmillan für den Fall eines Scheiterns des Maudling-Plans einer europäischen Freihandelszone mit dem militärischen Rückzug vom Kontinent: „We would take our troops out of Europe. We would withdraw from NATO. We would adopt a policy of isolationism. We would surround ourselves with rockets and we would say to the Germans, the French and all the rest of them: ‚Look after yourselves with your own forces. Look after yourselves when the Russians overrun your countries.‘“ Prime Minister's Personal Minute (TOP SECRET), 24.6. 1958, in: Ebenda 11/2315.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Zur britischen Europapolitik vgl. Miriam Camps, *Britain and the European Community 1955–1963*, Oxford 1964; Donald C. Watt, *Großbritannien und Europa 1951–1959. Die Jahre konservativer Regierung*, in: VfZ 28 (1980), S. 389–409, hier S. 400ff.; Hanns Jürgen Küsters, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982, S. 205–218, 280–294, 415–419; Ludolf Herbst, *Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag*, München 1989, S. 184–193.

„open sea“⁴⁶ zuwies. Macmillan, niemals verlegen um gewagte historische Vergleiche, war deprimiert, weil Paris sich „entschlossen hatte, daß Sparta und Athen streiten müssen“. Am meisten aber sah er sich von Adenauer „getäuscht“⁴⁷.

Aus der Londoner Perspektive spielte die Bundesrepublik dennoch weiterhin sowohl in der Berlin-Krise als auch in der Frage der europäischen Integration aufgrund ihrer besonderen Beziehungen zu Frankreich die Schlüsselrolle. Ein wenig spöttisch schaute man auf diese Beziehung, in der das siegreiche Frankreich großzügig dem besiegten Deutschland die Hand reichte. Macmillan hatte die Hoffnung auf eine deutsche Unterstützung seiner Europapläne noch nicht endgültig aufgegeben, denn „wenn die Deutschen die Intrigen entdecken, die die Franzosen gesponnen haben, um ihr Drei-Mächte-Mahl zu bekommen“, würde Bonn, so glaubte er, schon erkennen, wer wirklich deutsche Angelegenheiten berücksichtigte⁴⁸. Adenauer aber sah die deutschen Interessen bei de Gaulle in besseren Händen. Die „sonderbare Liebesaffäre“ (Gladwyn Jebb) zwischen „dem alten Franzosen und diesem sehr alten Deutschen“⁴⁹ ging weiter, und in gewisser Weise erinnerte manches an die Zeit des Vertrages von Locarno, als ein junger Diplomat des Foreign Office nach London geschrieben hatte: „Es scheint eine tief verwurzelte Vorstellung zu geben, daß Deutschland nicht gleichzeitig mit Frankreich und Großbritannien befreundet sein kann.“⁵⁰ Die Ereignisse des Spätherbstes 1958 schienen zumindest an der Berechtigung dieser Anmerkung keinen Zweifel aufkommen zu lassen.

Die Wogen der Entrüstung hatten sich kaum geglättet, als Nikita Chruschtschow am 27. November 1958 seine Drohung präzisierte und die Westmächte ultimativ zu Verhandlungen aufforderte mit dem Ziel, West-Berlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu verleihen⁵¹. In britischen Regierungskreisen wurde die sowjetische Note zunächst mit Erleichterung aufgenommen, weil man glaubte, erheblich

⁴⁶ Am Vorabend der alliierten Landung in der Normandie hatte ein erzürnter Winston Churchill Charles de Gaulle erklärt: „This is something you ought to know: each time we have to choose between Europe and the open sea, we shall always choose the open sea. Each time I have to choose between you and Roosevelt, I shall always choose Roosevelt“, zit. nach Dimpleby/Reynolds, *An Ocean Apart*, S. 242.

⁴⁷ Record of a meeting between the Prime Minister, the Foreign Secretary, M. Couve de Murville, the French ambassador and Mr. de Zulueta, 6.11. 1958, in: PRO, FO 371/137272 (WF 1051/69); Macmillan, *Pointing the Way 1959–1961*, S. 317. Zu Adenauers doppeldeutiger Europapolitik gegenüber Macmillan und zu den gegensätzlichen europapolitischen Konzepten Erhards und Adenauers vgl. Daniel Koerfer, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 135–146, 201–220.

⁴⁸ Steel an FO, 9.12. 1958, in: PRO, FO 371/137388 (WG 1054/68); Steel spielt auf de Gaulles Memorandum an Eisenhower und Macmillan vom 17.9. 1958 mit dem Vorschlag zur Einrichtung eines amerikanisch-britisch-französischen Direktoriums an.

⁴⁹ De Gaulle, *Memoiren der Hoffnung*, S. 218; Jebb an Lloyd, 9.4. 1959, in: PRO, FO 371/145617 (WF 1051/12/G).

⁵⁰ Perowne an FO, 18.8. 1926, in: *Documents on British Foreign Policy 1919–1939*, Series Ia, Vol. II, 1926–1927, London 1967.

⁵¹ Wortlaut der Note in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, IV.Reihe/Bd.1, 1.Halbband, S. 151–201.

an Zeit gewonnen zu haben: „Letzte Woche waren wir in erster Linie besorgt, wie wir unsere Position im Hinblick auf die zu erwartenden Schritte der Russen, die alliierten Verbindungen mit Berlin zu stören, aufrechterhalten könnten. . . . Jetzt aber hat sich die Situation durch Chruschtschows Note geändert. Wir sollten jetzt die russische Note und all ihre Implikationen vorsichtig abwägen.“⁵²

Einen Tag später steckte Macmillan selbst den Rahmen für das britische Vorgehen in einer Kurznotiz an seinen Außenminister ab: „Das Berlin-Problem ist in Wirklichkeit ein sechsmonatiges Ultimatum. Wir werden nicht um Verhandlungen herumkommen. . . . Wird es notgedrungen zu einer Diskussion über die Zukunft eines vereinigten Deutschlands und mögliche Disengagement-Pläne kommen? . . . sicherlich wäre es nicht schlecht, wenn ich die Führungsrolle übernehme und [ein Gipfeltreffen] vorschläge.“⁵³

Diese Notiz, die einen Zusammenhang zwischen Berlin-Krise, deutscher Frage, Wiedervereinigung, europäischem Sicherheitssystem und einem Gipfeltreffen herstellt, legt Macmillans persönliche Agenda und den außenpolitischen Ansatz seiner Regierung offen. Mit einer Politik des Gebens und Nehmens, die scheinbar die selbstdefinierten existentiellen strategischen Interessen ebenso unberührt ließ wie das Gleichgewicht der Kräfte in Europa, sollte das Gesetz des Handelns in westlichen Händen verbleiben und Chruschtschow davon abgehalten werden, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Für eine sowjetische Garantie der alliierten Rechte in Berlin erwog der Premierminister, neben der Anerkennung der DDR die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze, Rüstungskontrollzonen in Mitteleuropa sowie die Reduzierung der konventionellen Truppen auf dem Kontinent anzubieten⁵⁴. Er glaubte, er könne das Spiel mit geschicktem diplomatischem Lavieren zu Großbritanniens Gunsten entscheiden. Bisweilen verkannte er jedoch den Unterschied zwischen Kompromiß und Kompromittierung. Er ging davon aus, daß Moskau begrenzte Ziele verfolgte, daß Chruschtschow rational handeln und einen nachgiebigen politischen Widersacher nicht zu weiteren Konzessionen drängen werde. Darin lag aber der entscheidende Irrtum, auf den Botschafter Steel kurz nach Eingang des sowjetischen Ultimatus unverblümt hinwies. Wenn, so notierte Steel, Großbritannien weiterhin auf eine Politik der Anerkennung der DDR hinarbeite, dann „werde es nicht lange dauern, bis der sowjetische Keil die schwache Stelle finde, und wir werden in einen Streit mit unseren Alliierten und der gesamten NATO hineingezogen, was außerordentlich gefährlich sein kann“⁵⁵.

Steel und auch Reilly befürworteten eine entschlossene Haltung gegenüber der Sowjetunion und warnten davor, auf der westlichen Außenministerkonferenz in Paris im Dezember 1958 „abseits zu stehen“. Sollten die Westalliierten letztlich tat-

⁵² FO Minute Hoyer Millar, 1.12. 1958, in: PRO, FO 371/137340 (WG 10113/217).

⁵³ Macmillan, *Riding the Storm 1956–1959*, S. 573 f.

⁵⁴ FO Memorandum Rumbold, 3.12. 1958, in: PRO, FO 371/137350 (WG 10113/437).

⁵⁵ Steel an FO, 9.12. 1958, in: PRO, FO 371/137341 (WG 10113/284).

sächlich vor der Entscheidung zwischen Drittem Weltkrieg und Anerkennung der DDR stehen, dann sei es unbedingt erforderlich, daß der Westen gemeinsam zu dieser Entscheidung komme, nicht aber „von einer britischen Cassandra“ dazu getrieben werde⁵⁶. Dem Rat der erfahrenen Diplomaten folgend, entschied das Kabinett, sich vorläufig jeder unmittelbaren Berlin-Initiative zu enthalten „und die Alliierten den Kurs bestimmen“ zu lassen⁵⁷, ohne jedoch die Kernaussagen des Memorandums zu revidieren. Ein dem Kabinett zugeleitetes außenpolitisches Arbeitspapier betonte, Großbritanniens taktische Kalkulationen müßten sich stets nach der wahrscheinlichen deutschen Reaktion richten, denn „solange die westdeutsche Regierung davon überzeugt ist, [daß eine *de facto*-Anerkennung der DDR in dem Zusammenbruch der westlichen Position in Europa resultiert,] ist diese Schlußfolgerung richtig“⁵⁸. Mit entwaffnender Offenheit spiegelt dieses Papier Großbritanniens *prisoner's dilemma* wider: Die Regierung war gezwungen, eine Politik zu verfolgen, die die Deutschen und die westlichen Partner von ihr erwarteten, die aber nicht den eigenen Überzeugungen entsprach. Nach außen mußte sie die Konfrontation meiden und den westlichen Standpunkt vertreten, nach innen versuchen, die Partner von der Notwendigkeit einer Umorientierung zu überzeugen und an Einfluß zu gewinnen.

Mit der Antwortnote vom 31. Dezember 1958 entschieden sich die Westalliierten nach de Gaulles Worten, „parler a M. Khrouttchev sur un ton ferme de choses vagues“⁵⁹; sie wiesen das Ultimatum energisch zurück, erklärten sich aber bereit, das Berlin-Problem im Rahmen eines Abkommens über die gesamte deutsche Frage sowie die Frage der europäischen Sicherheit zu diskutieren. Die dem äußeren Anschein nach unnachgiebige Note verdeckte freilich die tiefen Risse innerhalb des westlichen Lagers und die Tatsache, daß der Westen alles andere als eine einheitliche Strategie als Antwort auf die sowjetische Herausforderung gefunden hatte.

V.

Gegen Ende des Jahres 1958 war klar, daß Berlin auch weiterhin im Mittelpunkt internationaler Machtinteressen stehen werde. Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 7. Dezember 1958 erhielten die Parteien, die sich deutlich gegen das sowjetische Ultimatum ausgesprochen hatten, 98 % der Stimmen. Chruschtschow verstärkte jedoch den Druck, indem er Berlin in den größeren Kontext der deutschen

⁵⁶ Ebenda; Reilly an FO, 22. 12. 1958, in: PRO, FO 371/137349 (WG 10113/423).

⁵⁷ Hancock an Hood, 5. 12. 1958, in: PRO, FO 371/137340 (WG 10113/244); PRO, CM 84(58), 10. 12. 1958, CAB 128/32.

⁵⁸ FO Minute Rumbold, 27. 11. 1958, in: PRO, FO 371/137340 (WG 10113/225(A)); PRO, Cabinet Papers (58) 246, 5. 12. 1958, CAB 129/95.

⁵⁹ Zit. nach Charles E. Bohlen, *Witness to History 1929–1969*, New York 1973, S. 469. Die britische Antwortnote ist abgedruckt in: *Documents on International Affairs 1958*, hrsg. von G. King, London 1962, S. 166–172.

Frage stellte. Der sowjetische Friedensvertragsentwurf vom 10. Januar 1959⁶⁰ reflektierte interne Kalkulationen des Kreml, denen zufolge darauf hingearbeitet werden sollte, daß „die Westmächte und die BRD unsere Vorschläge ablehnen . . . [und] wir einen separaten Vertrag mit Ulbricht und Grotewohl abschließen können“⁶¹. Ausgehend von der Zwei-Staaten-Doktrin, wiederholte Moskau seine Forderung nach der Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt und griff im übrigen auf bekannte Vorschläge zurück – Neutralisierung Deutschlands, Rückzug aller ausländischen Truppen von deutschem Boden und deutscher Verzicht auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie.

Harold Macmillan zögerte nicht lange, sondern schlug sogleich vor, die sowjetische Note zum Vorteil des Westens auszunutzen. Obwohl die Note mit keinem Wort eine Aufhebung des Ultimatums in Aussicht stellte und obwohl ihr Inhalt für die Westmächte völlig unakzeptabel war, glaubte der Premierminister, versöhnliche Töne und eine klare Verhandlungsbereitschaft erkennen zu können. „Our purpose“, so folgerte er in seinem an Washington adressierten Telegramm, „would be to get a discussion going which would (a) enable both us and them to get off the Berlin hook . . . and (b) establish some sort of continuing conference machinery to deal with the German question“⁶².

Er empfahl eine Interimslösung für Berlin, die bis zu einer abschließenden Regelung der deutschen Frage Gültigkeit behalten könne; und zwar eine UN-Garantie für oder auch UN-Präsenz in *ganz* Berlin und eine westliche Anerkennung des DDR-Personals an den Grenzübergängen. Erstmals stellte Macmillan damit sogar den Verbleib westlicher Truppen in der Stadt und die bisherige rechtliche Grundlage des Berlin-Status in Frage. Zu einem späteren Zeitpunkt der Krise – während der Genfer Außenministerkonferenz im Sommer 1959 – sollten diese Vorschläge von der britischen Delegation eingebracht werden.

Wie bereits im November 1958 strebte also die britische Regierung nach der Führungsrolle im westlichen Bündnis. Einmal mehr übergab der Premierminister seinen Außenminister und setzte seine eigene politische Agenda in Gang. Und erneut reagierten die Vereinigten Staaten alles andere als überschwänglich. Weder Eisenhower noch Dulles waren große Befürworter einer politischen Kooperation mit der Sowjetunion, schon gar nicht, wenn es um eine Verständigung in und über Deutschland ging. Sie mißbilligten Macmillans unumstößlichen Glauben an den Erfolg von Gipfeltreffen als Mittel zur Lösung internationaler Krisen und Konflikte. Ohne gründliche Vorbereitungen und ohne eine erkennbare sowjetische Bereitschaft zu einem gemeinsamen Verhandlungserfolg war vor allem der amerikanische Präsident im Frühjahr 1959 nicht zu einem Treffen der Staats- und Regierungschefs bereit. Sogar die höheren Beamten des Foreign Office amüsierten sich über „den Traum des Premier-

⁶⁰ Wortlaut der Note in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, 1. Halbband, S. 537–577.

⁶¹ Zit. nach Zubok, Khrushchev and the Berlin Crisis, S. 8.

⁶² FO an Washington, 13. 1. 1959, in: PRO, FO 371/145796 (WG 1072/28).

ministers von einer ganzen Folge von Gipfeltreffen . . . , die sich [bis zur Lösung aller Probleme] unendlich in die Zukunft erstrecken sollten“. Sie hielten das von Macmillan vielfach beschworene System der Kongreßdiplomatie des 19. Jahrhunderts für gründlich überholt⁶³.

Patrick Reilly war in Moskau noch mehr über Macmillans grundsätzliche Interpretation der sowjetischen Politik beunruhigt. Natürlich bemühte sich Chruschtschow, den Westen an den Verhandlungstisch zu zwingen, denn „der Kern der Taktik eines jeden Erpressers ist es nun einmal, sein Opfer zu Verhandlungen zu seinen Bedingungen zu bringen. Wir sollten uns deshalb nicht zu sehr auf einen russischen Wunsch, ‚in Berlin den Kopf aus der Schlinge zu ziehen‘, verlassen.“⁶⁴ Reillys Telegramm wurde in Whitehall zwar gelesen, die eigentliche Botschaft aber nicht verstanden. Ganz im Gegenteil, enttäuscht über die Politik der Vereinigten Staaten und im unklaren über deren langfristige Ziele, war Macmillan „davon überzeugt, daß Großbritanniens Rolle als Vermittler niemals von größerem Nutzen gewesen sei“ – als Vermittler im Kalten Krieg, der es verdiente und auch berechtigt war, für eine Weile das Steuer zu übernehmen⁶⁵. Um den britischen Einfluß weltpolitisch zur Geltung zu bringen, paßte er die Taktik der gegebenen Situation an und schlug einen Kurs ein, von dem er wußte, daß die Vereinigten Staaten und die Alliierten ihn mißbilligten.

Am 20. Januar 1959 instruierte der Premierminister Botschafter Sir Harold Caccia in Washington, Außenminister Dulles über seine Absicht in Kenntnis zu setzen, die alte sowjetische Einladung an seinen Vorgänger Anthony Eden aus dem Jahre 1956 anzunehmen. Ursprünglich, so gab Macmillan vor, „wäre er liebend gerne . . . mit dem Außenminister nach Washington gekommen, um mit Dulles und dem Präsidenten in altvertrauter und in der Vergangenheit so erfolgreich praktizierter Weise“ über Berlin und die deutsche Frage zu sprechen und Fortschritte im Hinblick auf die Beilegung der Krise zu machen. „Französische Eifersüchteleien“ auf die „special relationship“ und „deutscher Argwohn“ machten dieses Vorgehen aber zu einem höchst gefährlichen Unterfangen. Der Premierminister entwickelte daher „einen komplizierteren Plan“, demzufolge er „über Moskau nach Washington kommen“ werde mit einem Zwischenstop in Paris und Bonn – „und keiner von ihnen [de Gaulle und Adenauer] könne sich dann beschweren, wenn wir anschließend zu Gesprächen

⁶³ Rumbold an Jebb, 3.9. 1959, in: PRO, FO 371/145708 (WG 1015/355); Notes for the Prime Minister's private conversations with Mr. Khrushchev, 15.2. 1959, in: PRO, FO 371/143439 (NS 1053/170). Gladwyn Jebb schreibt in seinen Memoiren: „For years he [Macmillan] had been dreaming of the moment when he and the other leaders of this world would meet together after suitable preparations and at least lay the foundations of the settlement between East and West which would prevent another World War and enable his grandchildren . . . to live happy lives in England which . . . would be contentedly resting at the apex of the civilized world.“ Und: „I had always been doubtful about the desirability of ‚Summitry‘. In particular I had always doubted the wisdom of our coming out very strongly.“ Gladwyn, *The Memoirs*, S. 321 und 277.

⁶⁴ Reilly an Hoyer Millar, 19.1. 1959, in: PRO, FO 371/145797 (WG 1072/47).

⁶⁵ Horne, *Macmillan 1957–1986*, S. 119.

nach Washington kämen, denn das würde nicht als Ausdruck der engen anglo-amerikanischen Freundschaft erscheinen, auf die sie so voller Neid blicken“⁶⁶.

Wäre es dem britischen Regierungschef⁶⁷ tatsächlich nur darum gegangen, Eisenhower von der Notwendigkeit einer Umorientierung der alliierten Politik in Berlin zu überzeugen, dann hätte er die beschwerliche Reise nach Moskau nicht unternemen müssen. Er mußte aber voraussehen, daß ein persönliches Treffen mit Chruschtschow in jedem Fall Anlaß zu Eifersucht und Argwohn innerhalb des Bündnisses geben würde, und zwar nicht nur zwischen Großbritannien und Frankreich und Deutschland, sondern auch zwischen Großbritannien und seinem *special ally*, den Vereinigten Staaten.

Die Idee eines Staatsbesuchs in Moskau war alles andere als neu. Macmillans Vorschlag, mit der sowjetischen Führung Zeitplan und Tagesordnung eines Gipfeltreffens der vier Staats- und Regierungschefs vorzubereiten, war Anfang 1958 vom eigenen Kabinett energisch zurückgewiesen worden mit der Begründung, ein persönlicher Besuch hätte allzu leicht „Angst und Argwohn unter unseren Verbündeten“⁶⁸ hervorrufen können. Diese Abfuhr hatte der Premierminister nicht vergessen, als er im Januar 1959 fest entschlossen war, nach Moskau zu reisen. Lediglich seinen Außen- und seinen Innenminister zog er ins Vertrauen; das Kabinett aber konsultierte er erst, als die Sowjets die Selbsteinladung am 2. Februar schon akzeptiert hatten. Voller Bitterkeit bemerkte Selwyn Lloyd in seinen privaten Aufzeichnungen: „Macmillan nahm sich das Amt des amerikanischen Präsidenten zum Vorbild, mit Untergebenen, nicht aber mit Kollegen. . . . Das Kabinett betrachtete er als Instrument, auf dem er nach Belieben spielen, als einen Gegenstand, den er nach seinem Willen formen konnte.“⁶⁹

Bereits im Sommer 1958, also noch vor dem Beginn der Berlin-Krise, hatte sich Macmillan bei Patrick Reilly nach der Möglichkeit eines Moskau-Besuchs erkundigt und eine eindeutige Antwort erhalten: Chruschtschow gegenüber müsse man Festigkeit demonstrieren, um „ihm die Realitäten vor Augen zu führen“. Ein Besuch werde gewiß als Nachgeben gedeutet. „Es wäre allerdings etwas anderes, wenn Sie in erster Linie als westlicher Emissär kommen könnten mit dem Auftrag, den persönlichen Kontakt mit Chruschtschow herzustellen . . . und mit ihm im Namen der westlichen Regierungen zu reden.“⁷⁰

Erwartete oder erhoffte Macmillan im Januar 1959, als westlicher Abgesandter nach Moskau reisen zu können, um im Namen der Westalliierten das Berlin-Problem

⁶⁶ FO an Washington (TOP SECRET), 20.1. 1959, in: PRO, FO 371/143686 (ZP 10/1 G).

⁶⁷ Peter Clarke, *A Question of Leadership. From Gladstone to Thatcher*, London 1992, S.231, hat Macmillans Vorgehen so kommentiert: „Hier spricht der wahre Macmillan: einmal mehr den Bogen überspannend, schamlos das Mittel der Täuschung einsetzend in der Hoffnung durchzukommen, optimistisch, den nächsten Stich zu machen, und doch in gewisser Weise beklommen, daß er, trotz allem, ein aussichtsloses Spiel spielt.“

⁶⁸ PRO, CM 8(58), 22.1. 1958, CAB 128/32.

⁶⁹ Zit. nach Thorpe, Selwyn Lloyd, S.279.

⁷⁰ Reilly an Macmillan, 25.8. 1958, in: PRO, FO 371/135237 (NS 1017/31).

zu erörtern? Konsultierte er deshalb Eisenhower und Dulles? Was waren die Motive, die ihn zu der Entscheidung trieben, die noch ausstehende Einladung an seinen Vorgänger zu einem solch kritischen Zeitpunkt selbst anzunehmen? Im wesentlichen lassen sich fünf Gründe anführen: die öffentliche Meinung in Großbritannien und die bevorstehenden Wahlen zum Unterhaus; die Furcht vor einer Eskalation der Krise; die Ungewißheit über den außenpolitischen Kurs der Eisenhower-Administration; die Überzeugung, den britischen Einfluß in der Weltpolitik stärken zu müssen; der Glaube an den Erfolg von Gipfeltreffen als Mittel zur Lösung von internationalen Konflikten.

Von Benjamin Disraeli hatte der Premierminister gelernt, daß man sich in Demokratien zuweilen der Meinung des Volkes beugen muß. Mit seinem untrüglichen Instinkt für politische Stimmungen von Parlament und öffentlicher Meinung verband er die Fähigkeit, einen bestimmenden Einfluß auf sie auszuüben. Was sprach dagegen, daß die Alliierten eine Politik verfolgten, die der „normale Mann auf der Straße für vernünftig hielt“⁷¹? In einer Zeit, in der sich Zehntausende den großen Friedensmärschen und der Bewegung *Campaign for Nuclear Disarmament* (CND) anschlossen und in der A. J. P. Taylor seine Landsleute in zahlreichen Kolumnen verständnisvoll und um Verständnis werbend auf das sowjetische Sicherheitsbedürfnis aufmerksam machte, entsprach der von den Westmächten praktizierte unnachgiebige Kurs zweifellos einer Politik, die die britische Öffentlichkeit kaum bereit war zu unterstützen. Sie „würde es“, so schrieb Macmillan in einem Brief an Eisenhower, „für geradezu paradox halten, um es milde auszudrücken, [sich] auf einen noch schrecklicheren Krieg als den letzten vorbereiten zu müssen, um die Freiheiten eines Volkes zu verteidigen, das versucht hat, [das britische Volk] gleich zweimal in diesem Jahrhundert zu vernichten“⁷². Konsequenterweise bat er Dulles zu berücksichtigen, daß die Briten „unzufrieden sein werden, wenn sie nicht den Eindruck haben, daß ihre Repräsentanten alle Anstrengungen unternommen haben, sich umfassend zu informieren“⁷³. Das allerdings entsprach nur der halben Wahrheit. Spätestens im Mai 1960 mußten Wahlen zum Unterhaus abgehalten werden. Im Frühjahr 1959 prognostizierten die Meinungsumfragen eine verheerende Niederlage der Tories. Gleichzeitig sprach sich eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für ein Treffen der Staats- und Regierungschefs aus. Macmillan hatte im Januar 1957 nach fraktionsinterner Abstimmung das Amt des Premierministers von Anthony Eden übernommen, mußte sich also erst noch dem unmittelbaren Volkswillen stellen. Mit einem Besuch in Moskau, der es ihm ermöglichen sollte, mit dem Ruf des Friedenstifters zurückzukehren, glaubte er, sein eigenes Ansehen und das seiner Regierung verbessern zu

⁷¹ Macmillan an Eisenhower, 23. 6. 1959, in: PRO, PREM 11/2686.

⁷² Ebenda; vgl. auch handschriftliche Notiz Brimelow, 6. 2. 1959, in: PRO, FO 371/145691 (WG 1015/93), und Papers of Lord Brimelow of Tyldesley, in: Churchill Archives Centre, Churchill College, Cambridge; Donald C. Watt, *Britain Looks to Germany. British Opinion and Policy Towards Germany Since 1945*, London 1965, S. 148.

⁷³ FO an Washington (TOP SECRET), 20. 1. 1959, in: PRO, FO 371/143686 (ZP 10/1 G).

können. In seinem Telegramm an Caccia schrieb er: „... in the last year of this Government I shall have to act, and I hope he [Dulles] will help me carry what is now quite a heavy burden – to mobilise British public opinion.“⁷⁴

Neben den wahltaktischen Überlegungen spielte die Furcht vor einer Eskalation der Krise mit unabsehbaren Konsequenzen eine entscheidende Rolle in Macmillans Kalkül. Er selbst hatte als Zwanzigjähriger den Ersten Weltkrieg schwerverwundet überlebt. Diese „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ hatte auf ihn und auf viele seiner nicht zahlreich von den Schlachtfeldern nach Oxford zurückgekehrten Freunde prägend gewirkt. Staatsmänner aus aller Welt hörten unablässig seine Warnung vor einer dem Jahre 1914 vergleichbaren schrecklichen diplomatischen Niederlage und einer durch Unfähigkeit ausgelösten nuklearen Katastrophe⁷⁵. Macmillan verlangte mehr als den Austausch von diplomatischen Noten und Demarchen. Dabei lief er aber Gefahr, die Lehren der Zwischenkriegsjahre, Diktatoren keine Zugeständnisse zu machen, zu vernachlässigen. *Appeasement* war in jenen Tagen in Whitehall nach wie vor ein häßliches Wort, und Macmillan verlor schnell die Kontrolle, wenn man ihn einer *Appeasement*-Politik gegenüber Chruschtschow bezichtigte – und das nicht zu Unrecht. Schließlich hatte er in den späten dreißiger Jahren die Politik Arthur Neville Chamberlains erbittert bekämpft, und diese Tatsache hatte im Januar 1957 dazu beigetragen, daß er und nicht Rab Butler von der konservativen Fraktion im Unterhaus zum Premierminister gekürt worden war. Macmillan glaubte daher allzu gut zu wissen, wie die ganz unterschiedlichen Lehren der beiden Weltkriege miteinander zu versöhnen seien.

Die entscheidende Frage für ihn war, ob auch die Washingtoner Regierung dazu in der Lage war. Seit den frühen fünfziger Jahren hatten britische Regierungen den unübersehbaren ideologischen außenpolitischen Ansatz amerikanischer Administrationen abgelehnt. An der Themse war man überzeugt, nur eine Mischung aus Festigkeit und Verhandlungsbereitschaft könne zu einer Normalisierung der Beziehungen mit dem Ostblock führen. In internationalen Krisen und Konflikten, so lautete der Grundsatz, war die Fortsetzung diplomatischer Gespräche und persönlicher Kontakte geradezu geboten⁷⁶. Macmillan selbst verglich Großbritannien und Amerika gerne mit dem alten Athen und Rom; die Briten seien die schlaun und raffinierten Griechen, die Amerikaner hingegen die primitiveren und ungehobelten Römer, die von den Briten beeinflusst werden könnten und sollten. Washington sollte zwar kon-

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ George F. Kennan, *Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875 bis 1890*, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1981, S. 12. Vgl. Macmillan, *Riding the Storm 1956–1959*, S. 581 und 588; ders., *Pointing the Way 1959–1961*, S. 389. Alistair Horne spricht in diesem Zusammenhang von „Macmillan's No. 1 record ... on the tragic significance of the First World War“; Horne, *Macmillan 1957–1986*, S. 135.

⁷⁶ Vgl. White, *Britain*, S. 38–49; ders., *Britain and East-West Relations*, in: Michael Smith/Steve Smith/Brian White (Hrsg.), *British Foreign Policy. Tradition, Change and Transformation*, London 1988, S. 149–167, hier S. 151–156; Frederick S. Northedge, *Descent From Power: British Foreign Policy 1945–73*, London 1974, S. 202.

sultiert werden, letztlich aber mußte Großbritannien bereit sein, dann einen eigenen Weg zu gehen, wenn britische Interessen auf dem Spiel standen. Anders ausgedrückt, 1959 „glaubte der Zauberlehrling, den Dämon bändigen zu müssen, den er selbst entfesselt hatte. ‚No annihilation without representation‘, forderte [. . .] Arnold Toynbee.“⁷⁷

Das Verfolgen eines eigenen Weges konnte gleichzeitig dazu beitragen, die britische Position in der Weltpolitik zu stärken. Wenn es London gelang, sich erfolgreich als Vermittler im Konflikt der Supermächte zu betätigen, dann konnte es die unübersehbare Tendenz zu bilateralen amerikanisch-sowjetischen Vereinbarungen vorübergehend stoppen und selbst „im großen Spiel bleiben“⁷⁸. In diesem „big game“ spielten für Macmillan die Staats- und Regierungschefs die Schlüsselrolle. Tief beeindruckt war er von den großen Kriegskonferenzen in Casablanca und Kairo zurückgekehrt, und seither hatte die Vorstellung, daß „Imperatoren“ sich trafen, um die Probleme der Welt zu lösen, seine diplomatische Gedankenwelt bestimmt⁷⁹. „He thinks about one thing all the time – the Russian visit and his chance of saving the world – till it has become an obsession . . . [and] his obsession with the Moscow initiative exacerbates his blindness to more immediate issues“⁸⁰, lautet Harold Macmillans Tagebucheintrag vom 10. Juli 1954. Was der damalige Wohnungsbauminister sorgfältig an seinem Mentor Winston Churchill beobachtet hatte, war auch eine treffende Beschreibung der Politik des Premierministers im Januar 1959 und vor allem die Meinung der wenigen, die von seinen Moskau-Plänen wußten. Es war die Jagd nach dem Frieden, nach einer Konferenz der großen Mächte zur Beendigung des Kalten Krieges.

Botschafter Reilly hielt seine Bedenken nicht zurück. Die Russen würden die Initiative vor dem Hintergrund der besorgten britischen Öffentlichkeit beurteilen und dann versuchen, „den Besuch für ihr eigentliches Ziel, die Isolierung Dr. Adenauers und dessen Bloßstellung als den wahren Verhinderer einer einvernehmlichen Lösung der deutschen Frage, auszunutzen“⁸¹. Reilly drängte den Premierminister deshalb, Adenauer und de Gaulle über seine Absichten in Kenntnis zu setzen und ihre Unterstützung zu suchen. Macmillan aber ignorierte diesen Rat und verließ sich ganz auf sein eigenes Urteil. Für ihn zählte allein, daß Eisenhower und Dulles ihm helfen würden, *to carry the heavy burden to mobilise British public opinion*. Am 22. Januar 1959 hielt er dann in seinem Tagebuch fest: „Die amerikanische Antwort ist da – mit äußerst freundlichen Worten. In Wirklichkeit sagen sie, daß sie mir volles Vertrauen entgegenbringen, und ich müsse tun, was ich für das beste hielte.“⁸²

⁷⁷ Northedge/Wells, *Britain and Soviet Communism*, S. 125.

⁷⁸ Macmillan, *Pointing the Way 1959–1961*, S. 79.

⁷⁹ Vgl. Richard J. Aldous, *Harold Macmillan and the Search for a Summit with the USSR, 1958–1960*, (unveröffentlichte Dissertation), Cambridge 1993; Horne, *Macmillan 1957–1986*, S. 116.

⁸⁰ Zit. nach Alistair Horne, *Macmillan 1894–1956. Volume I of the Official Biography*, London 1988, S. 356.

⁸¹ Reilly an FO (TOP SECRET), 21.1. 1959, in: PRO, FO 371/143686 (ZP 10/2G).

⁸² Macmillan, *Riding the Storm 1956–1959*, S. 583.

Die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Die Eisenhower-Administration wurde von Macmillans Initiative völlig überrascht. Selbstverständlich konnten der Präsident und sein Außenminister dessen Vorstoß nicht glatt zurückweisen. Sie selbst hatten sich bei Gesprächen mit dem stellvertretenden sowjetischen Premierminister Anastas Mikoyan Anfang Januar 1959 vorsichtig zurückgehalten, um jeden Eindruck bilateraler Verhandlungen und damit eines amerikanischen Alleingangs zu vermeiden, obwohl Chruschtschow seinerseits gehofft hatte, Mikoyans Besuch könne einer bilateralen Vereinbarung dienlich sein. Dulles machte Caccia darauf aufmerksam, ein Besuch Macmillans in Moskau berge die Gefahr, daß auch die Franzosen und die Deutschen eigene Initiativen ergreifen könnten. Das sei besonders problematisch, weil es noch keine einheitliche Position der Westmächte gebe: „Before making any final decision, they greatly hoped that you [Macmillan] would take account of the dangers on the external side. . . . if your first objective was really to talk with the President and himself [Dulles], neither of them saw any reason why you should not come here soon. . . . your ambulatory journey did seem a long way round to get to Washington, when the door here was open.“⁸³

Indem die Amerikaner ihre Bedenken dem britischen Botschafter in aller Offenheit und Eindringlichkeit mitteilten, versuchten sie, Macmillan den Moskau-Besuch auszureden, aber sie wußten auch, daß ihre Erfolgsaussichten sehr gering waren. Von Beginn an glaubten sie, das Motiv für den einseitigen Vorstoß zu kennen: „He wants to be the hero who finds a way out of the cold war dilemma, particularly about Berlin. . . . [but] they will come back with their tails between their legs and then we are smart fellows.“⁸⁴

In Moskau konnte Macmillan also lediglich für Großbritannien sprechen, nicht aber für Amerika oder das westliche Bündnis. In starkem Kontrast zu Macmillans Selbsttäuschung bemerkte Anthony Rumbold am 2. Februar 1959: „Leider können wir nicht behaupten, der Besuch habe die Unterstützung oder sogar das Einverständnis unserer westlichen Partner. Man wird Sie fragen, ob die Amerikaner im voraus konsultiert wurden. Die richtige Antwort ist, sie wurden konsultiert und haben nur widerwillig eingelenkt, aber das dürfen Sie nicht sagen. Die Franzosen und die Deutschen werden erst im letzten Moment unterrichtet.“⁸⁵

Macmillan hatte gehofft, auf der Grundlage einer anglo-amerikanischen Einigung die Franzosen und die Deutschen überreden zu können. Statt dessen mußte er befürchten, die amerikanischen Bedenken könnten nach Paris und Bonn weitergereicht werden. Als de Gaulle und Adenauer zwei Tage vor der offiziellen Pressemitteilung über den bevorstehenden Moskau-Besuch unterrichtet wurden, erklärte der französische Präsident die Reise sogleich für „unnötig und wenig hilfreich“⁸⁶; Adenauer

⁸³ Caccia an FO (TOP SECRET), 21. 1. 1959, in: PRO, FO 371/143686 (ZP 10/1G(A)).

⁸⁴ Zit. nach Aldous, Harold Macmillan, S. 46; Horne, Macmillan 1957–1986, S. 121.

⁸⁵ FO Minute Rumbold, 2. 2. 1959, in: PRO, FO 371/143434 (NS 1053/51).

⁸⁶ Zit. nach John P. S. Gearson, *The Voyage of Discovery. Macmillan's 1959 Trip to Moscow*, Paper presented at the British International Studies Association Conference in Swansea, Dezember 1992, S. 13 (zitiert mit ausdrücklicher Genehmigung des Autors).

machte dem britischen Botschafter erbost klar, „sieben bis zehn Tage [sind] für eine Wahlreise ... ein bißchen viel“, und den Premierminister selbst verwies er auf die „Bedeutung, die die Formulierung Ihrer Antwort [auf die mögliche sowjetische Frage einer etwaigen Anerkennung der DDR] haben wird“⁸⁷.

In Kenntnis dieser kritischen Haltung der Verbündeten, die zwischen stiller und offener Gegnerschaft schwankte, stellt sich die Frage, was dieser Besuch bezwecken sollte. Als westlicher Emissär mit Verhandlungsauftrag konnte Macmillan ebensowenig nach Moskau reisen wie als Vertreter einer neuen britischen Politik. Mit sowjetischen Ideen über den richtigen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands oder zur Lösung des Ost-West-Konflikts zu spielen, wäre außerordentlich gefährlich gewesen. Es gab in der Tat keine Aussicht auf eine Erweiterung des britischen Handlungsspielraums.

Dennoch neigten der Premierminister und seine engsten außenpolitischen Berater in 10 Downing Street am Vorabend des Besuchs zu „a ‘grand’ settlement [which need] not include the reunification of Germany. You could have a wide measure of disengagement/disarmament based on a continuation of the division of Germany.“⁸⁸

Disengagement, das militärische Auseinanderrücken der Blöcke, war das Schlagwort der späten fünfziger Jahre. Während die westlichen Disengagement-Vorschläge von der zweiten Version des Eden-Plans über George F. Kennans „Reith Lectures“ und die Pläne der Labour-Politiker Denis Healey und Hugh Gaitskell bis hin zum „Deutschlandplan“ der SPD eine Verknüpfung zwischen Abrüstung, europäischer Sicherheit und deutscher Frage herstellten, zielten die östlichen Vorstellungen des Gromyko-Plans und des Rapacki-Plans auf eine rüstungsbeschränkte und kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa unter Aufrechterhaltung des Status quo und der Teilung Deutschlands⁸⁹. Auch für Macmillan war in jenen Tagen die Lösung der deutschen Frage nicht mehr unabdingbare Voraussetzung für eine auf ein umfassendes europäisches Sicherheitssystem abzielende Entspannungspolitik zwischen Ost und West, schon gar nicht um den Preis eines neutralisierten, wiedervereinigten Deutschlands. Daß mit solchen Überlegungen ein vorläufiges Ende der Wiedervereinigungspolitik, eine Anerkennung der DDR und eine Kontrolle der Bundesrepublik verbunden waren, konnte ihm nur gelegen sein; daß sie aber auch den politischen Zusammenhang des Westens zwangsläufig in Frage stellten und zu einem politischen Vakuum in Mitteleuropa hätten führen können, schien er nicht zu bedenken. Einem skeptischen Kabinett erklärte Macmillan, es bedürfe einer neuen Initiative, „to break the present deadlock and to find a basis for Western agreement [which could solve] the

⁸⁷ Zit. nach Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 488 und 495; Adenauer an Macmillan, 11.2. 1959, in: PRO, PREM 11/2708. Vgl. auch Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 468–471; Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik, S. 152.

⁸⁸ Minute Bishop, 18.2. 1959, in: PRO, PREM 11/2708.

⁸⁹ Vgl. Haftendorn, Sicherheit und Entspannung, S. 104–115 mit weiteren Angaben; Schwarz, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel, S. 42–57; Hanrieder, Deutschland, Europa, Amerika, S. 98–104, 195–198.

latent differences of attitude on the part of the leading members of the North Atlantic Alliance“⁹⁰.

Diese Aussage ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Zum einen zeigt sie, daß Macmillans Außenpolitik auf dem, nicht unbedingt rationaler Analyse folgenden, traditionellen Selbstverständnis einer einflußreichen Großmacht aufbaute. Andererseits kaschiert sie die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten im westlichen Lager. Der Versuch, bei Gesprächen mit Chruschtschow den Grundstein für eine noch ausstehende gemeinsame *westliche* Strategie zu legen, war ein ganz ungewöhnlicher außenpolitischer Schachzug, der auch den Diplomaten des Foreign Office Grund zur Sorge bereitete. In den aus Anlaß des Moskau-Besuchs erstellten Arbeitspapieren empfahlen Foreign Office und Kabinett dem Premierminister einhellig, nichts anderes zu unternehmen, als die sowjetischen Absichten herauszufinden, und gleichzeitig die britische Position unabhängig von den tatsächlichen Ansichten als hart und unachgiebig zu vertreten⁹¹.

Macmillan kannte aber auch die Ergebnisse einer von ihm in Auftrag gegebenen streng geheimen Studie zur deutschen Frage. Gladwyn Jebb, der sich bereits während der Berlin-Blockade für eine „saubere Teilung“⁹² Deutschlands ausgesprochen hatte, kehrte für drei Wochen von seinem Pariser Botschafterposten nach London zurück, um die britische Berlin- und Deutschlandpolitik grundsätzlich zu überprüfen und britische Interessen neu zu definieren. Als langfristiges Ziel befürwortete er die Bewahrung des Status quo in Europa und die fortwährende Teilung Deutschlands, um ein „Großdeutschland“ und „die Beherrschung Europas durch Deutschland“ ebenso zu verhindern wie ein vereinigtes Deutschland zu sowjetischen Bedingungen. „To make the European status quo work“, diskutierte Jebb die Möglichkeit zahlreicher Konzessionen und bündelte auf diese Weise die verschiedenen in Whitehall bereits vorhandenen Gedanken und Konzepte. Die möglichen und auch wünschenswerten Zugeständnisse an die Sowjetunion reichten von der *de facto*-Anerkennung der DDR und der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und den Abschluß von Nichtangriffspakten zwischen der Bundesrepublik und den „sowjetischen Satellitenstaaten“ bis hin zu weitreichenden Disengagement-Plänen, die in ihren Kernelementen auf eine beiderseitige Abrüstung und Reduzierung der konventionellen Truppen in Europa und eine Annahme der er-

⁹⁰ PRO, CM 4(59), 3.2. 1959, CAB 128/33.

⁹¹ Vgl. FO Minute Hoyer Millar, 16.2. 1959, in: PRO, PREM 11/2690. Kabinettssekretär Norman Brooks schrieb: „We shall not be able to say anything which might imply readiness to depart from our stated positions, especially on Berlin and the recognition of the East German regime – for our allies would be seriously disturbed if they had any reason to fear that we were attempting anything like a unilateral negotiation with the Russians.“ Minute Brooks, 18.2. 1959, in: Ebenda.

⁹² FO Memorandum Jebb, 20.8. 1948, in: PRO, FO 371/70520 (C 8925). Vgl. dazu Helmut Reifeld, Die Europapolitik des Foreign Office im Spiegel der Berlin Blockade, in: Gustav Schmidt (Hrsg.), Großbritannien und Europa – Großbritannien in Europa. Sicherheitsbelange und Wirtschaftsfragen in der britischen Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Bochum 1989, S. 89–110.

sten Stufe des modifizierten Rapacki-Plans (Verbot der Herstellung und des Besitzes von Nuklearwaffen für die Staaten Mitteleuropas) zielten. Eine militärische Auseinandersetzung in und um Berlin sollte in jedem Fall verhindert werden, notfalls um den Preis eines Ersatzes der alliierten Truppen in Berlin durch Truppen der Vereinten Nationen⁹³.

VI.

In Kenntnis dieser Studie begann Harold Macmillan seine elftägige „Entdeckungsreise“ (21. Februar–3. März 1959). Der Ablauf des Besuchs und der Gespräche, die sich im wesentlichen auf die Berlin-Krise konzentrierten, ist vielfach geschildert worden⁹⁴. Die offiziellen Protokolle tragen mit einer entscheidenden Ausnahme nur geringfügig zu einer Erweiterung des Kenntnisstands bei. Zunächst hielt Macmillan sich an die Empfehlungen der eigenen Berater und der Verbündeten, die britische Position als hart und unnachgiebig darzustellen. Chruschtschow gegenüber erklärte er: „Wenn Sie uns in irgendeiner Weise bedrohen, werden Sie den Dritten Weltkrieg auslösen, weil weder wir noch die Amerikaner nachgeben werden“, woraufhin der sowjetische Premierminister entgegnete, „es gebe keine zeitliche Begrenzung“, d. h. kein Ultimatum⁹⁵. Macmillan hielt unbeirrt an seinem Kurs fest und erwog ernsthaft die vorzeitige Abreise, als Chruschtschow den Versuch unternahm, mit heftigen Angriffen auf den deutschen Bundeskanzler einen Keil zwischen Großbritannien und die Verbündeten zu treiben. In diesem Fall hätte sich der Besuch jedoch als totales Desaster erwiesen, und Macmillan und Lloyd wären, wie von Dulles vorausgesagt, wie „geprügelte Hunde“ nach London zurückgekehrt. Der versöhnliche Ausklang der Reise wurde dann in Kiew vorbereitet, als Außenminister Lloyd in einer Unterredung mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Kusnetsov das maximale britische Angebot zur Beilegung der Krise unterbreitete, die Anerkennung der DDR: „If the Soviet Union wished to create a successor state, they must see that the state carried out the existing obligations. . . . It might be possible to reconcile a peace treaty between the Soviet Union and the DDR with the preservation of our rights in Berlin.“⁹⁶

Großbritannien sei darüber hinaus zu einem Gipfeltreffen und zu Disengagement-, Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen bereit. Chruschtschow hatte einen

⁹³ Berlin and Germany. A Memorandum by Sir Gladwyn Jebb (TOP SECRET), 12.2. 1959, in: PRO, FO 371/145818 (WG 1073/67 G). Ein Hinweis auf diese Studie findet sich in Gladwyn, *The Memoirs*, S. 318.

⁹⁴ Vgl. Macmillan, *Riding the Storm 1956–1959*, S. 592–634; Horne, *Macmillan 1957–1986*, S. 122–129.

⁹⁵ Record of the Visit of the Prime Minister to the Soviet Union 21 February–3 March 1959, S. 30f., in: PRO, PREM 11/2609.

⁹⁶ Annex to Record of the Visit of the Prime Minister to the Soviet Union (TOP SECRET), S. 4, und Record of the Visit, S. 64, in: Ebenda.

Teilerfolg erzielt, den er aber nicht in bare Münze umsetzen sollte, weil er glaubte, in Zukunft seinen Forderungskatalog erweitern zu können. Einem erleichterten Premierminister zeigte er den Entwurf einer an die Westmächte gerichteten Note, derzufolge Moskau den westlichen Vorschlag einer Außenministerkonferenz akzeptierte.

Im März 1959 kehrte Macmillan mit der Gewißheit der Wiederwahl aus Moskau nach London zurück und wurde in Großbritannien als Friedensstifter gefeiert. Ein begeistertes Kabinett empfing ihn und kam zu dem Ergebnis: „effectively, the leadership of the Western world now rested with the United Kingdom Government.“⁹⁷ Macmillan selbst erklärte später: „Die Briten haben das Eis gebrochen. . . . Ich bin erleichtert, daß dies die allgemein akzeptierte Geschichtsinterpretation ist.“⁹⁸

Allgemein akzeptiert sind Geschichtsinterpretationen freilich selten. Aneurin Bevan sprach von der Moskaureise als der wohl „bestpublizierten Odyssee seit den Griechen, die jedoch leider nicht das Goldene Vlies zurückgebracht habe“, und Andrej Gromyko bemerkte rückblickend: „Alles in allem erschöpfte sich das Ergebnis des Besuchs darin, daß ein hoher Gast tatsächlich gekommen war und eine Zusammenkunft tatsächlich stattgefunden hatte. Mehr nicht.“⁹⁹

Sind diese wenig schmeichelhaften Kommentare gerechtfertigt? Die Sowjets ließen offiziell das Ultimatum fallen und erklärten sich bereit, eine Außenministerkonferenz abzuhalten; aber bereits Anfang Januar 1959 hatte Anastas Mikoyan in seinen Washingtoner Gesprächen darauf hingewiesen, die Sowjets wollten ihre Note nicht als Ultimatum verstanden wissen und den Westen nicht zu Verhandlungen unter Druck zwingen. Freier Zugang nach Berlin werde auch dann garantiert, wenn die sowjetischen Funktionen auf das Ulbricht-Regime übertragen würden¹⁰⁰. Darüber hinaus hatten sich die Sowjets aufgrund der unerwartet unnachgiebigen westlichen Position bereits Wochen vor Macmillans Besuch intern auf eine Außenministerkonferenz als vorübergehende Rückfallposition geeinigt¹⁰¹. Tatsächlich hatte Macmillan wenig getan und auch tun können, um die Berlin-Krise zu entschärfen.

Das Schlimmste erwartete ihn noch. In Bonn und Paris mußte er seinen Frieden mit Adenauer und de Gaulle schließen. Die hatten sich just am Tag seiner Rückkehr aus Moskau getroffen und einen gemeinsamen Kurs abgesprochen. Adenauer machte seinem Ärger über die Disengagement-Passagen im Moskauer Abschlußkommunique Luft, während de Gaulle erneut eine Umorientierung der westlichen Berlinpolitik ablehnte. Die Hoffnungen ruhten einmal mehr auf den Vereinigten Staaten: „Wenn wir eine gemeinsame anglo-amerikanische Position zu den strittigen Fragen erzielen können, dann werden sich die Franzosen und die Deutschen schon anschlie-

⁹⁷ PRO, CM 14(59), 4. März 1959, CAB 128/33.

⁹⁸ Macmillan, *Pointing the Way 1959–1961*, S. 81.

⁹⁹ Bevan's Bemerkung zit. nach Horne, *Macmillan 1957–1986*, S. 129; Andrej Gromyko, *Erinnerungen*, Düsseldorf/Wien/New York 1989, S. 221.

¹⁰⁰ Caccia an FO, 6.1. 1959, in: PRO, FO 371/145686 (WG 1015/12). Vgl. auch Hans Kroll, *Lebenserinnerungen eines Botschafters*, Köln 1967, S. 394.

¹⁰¹ Adomeit, *Soviet Risk-Taking and Crisis Behavior*, S. 322.

ßen.¹⁰² Dazu sollte es nicht kommen. Im Gegenteil, der todkranke Dulles bezichtigte Macmillan vom Krankenbett aus des „Appeasement und partieller Kapitulation“, und Eisenhower meinte dasselbe, als er es strikt ablehnte, bei einem von Macmillan geforderten Gipfeltreffen die Rolle Chamberlains zu spielen¹⁰³. Der Premierminister aber versuchte, sich über so viel Ungemach hinwegzutrösten, und notierte in seinem Tagebuch: „The Germans are behaving in a very crude and silly way and the French are joining them in attacking Britain for defeatism. . . . Eisenhower is hesitant and unsure of himself.“¹⁰⁴

Wie nur wenige britische Premierminister der Nachkriegszeit verkörperte Harold Macmillan in der Außenpolitik jene Form des „ethischen Egoismus“¹⁰⁵, die eine Identität der Interessen der Verbündeten mit denen Großbritanniens voraussetzte. Dabei verstand er es in einer Phase des Übergangs, stets von neuem zu improvisieren, seine Taktik den sich verändernden Umständen anzupassen und durchaus schamlos der britischen Politik im Kalkül der anderen Regierungen oberste Priorität einzuräumen. Bereits in den ersten Monaten der Berlin-Krise spürte er die Grenzen seines politischen Einflusses, doch er glaubte, sich gegen den unaufhaltsamen Niedergang der Großmacht zur „bedeutenden zweitrangigen Macht“¹⁰⁶ stemmen zu können. Mit seiner Forderung des „stay in the big game“ verhalf Macmillan letztendlich einer Idee zum Durchbruch, die sich seither jede britische Regierung zur außenpolitischen Maxime erkoren hat und die Außenminister Douglas Hurd vor kurzem drastisch, aber treffend, mit der Notwendigkeit zum britischen *punching above its weight* umschrieben hat.

¹⁰² FO an Washington, 16.3.1959, in: PRO, PREM 11/2685.

¹⁰³ Dwight D. Eisenhower, *The White House Years. Waging Peace 1956–1961*, London 1965, S.353f. Zur amerikanischen Einschätzung der britischen Position vgl. auch Arenth, *Der Westen tut nichts*, S.282; Grewe, *Rückblenden*, S.390f.

¹⁰⁴ Zit. nach Horne, *Macmillan 1957–1986*, S.130 und 134.

¹⁰⁵ Kissinger, *Diplomacy*, S.598.

¹⁰⁶ *Report of the Review Committee on Overseas Representation 1968–69 (Duncan Report)*, S.22, in: *Parliamentary Papers (House of Commons and Command)*, Session 30 October 1968–22 October 1969, Vol.XLIV, London 1969.

DANIEL KOSTHORST

SOWJETISCHE GEHEIMPOLITIK IN DEUTSCHLAND?

Chruschtschow und die Adschubej-Mission 1964

Am Donnerstag, dem 15. Oktober 1964, warteten Millionen Leser in der Sowjetunion vergeblich auf ihre Zeitung. Statt zur gewohnten Abendstunde erschien die „Iswestija“, das Organ der sowjetischen Regierung, erst am nächsten Vormittag, gemeinsam mit der Parteizeitung „Prawda“. Beide Blätter zeigten denselben Aufmacher. Neben zwei großformatigen Porträts von Leonid Breschnew und Andrej Kosygin präsentierten sie die folgende Meldung: „Am 14. 10. d. J. fand ein Plenum des ZK der KPdSU statt. Das Plenum erfüllte die Bitte des Genossen N. S. Chruschtschow, ihn von den Pflichten als 1. Sekretär des ZK der KPdSU, als Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU und als Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR in Verbindung mit seinem fortgeschrittenen Alter und der Verschlechterung seines Gesundheitszustandes zu entbinden. Das Plenum des ZK der KPdSU wählte den Genossen L. I. Breschnew zum 1. Sekretär des ZK der KPdSU.“¹

Das westliche Ausland wurde von dieser Nachricht nicht weniger überrascht. Allerdings war man dort einige Stunden früher informiert². Bereits am Vorabend war gegen 22 Uhr die zitierte Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur „TASS“ über die Fernschreiber gelaufen. Eine halbe Stunde später hatte „Agence France-Presse“ über eine weitere Amtsenthebung berichtet: Auch der Chefredakteur der „Iswestija“, der Schwiegersohn des geschäftigen Kremlichefs, war vom ZK-Plenum mit sofortiger Wirkung entlassen worden. So ging mit der Ära Chruschtschow zugleich eine Karriere zu Ende, die einen ehemaligen Schauspielschüler beinahe bis an die Spitze des Außenministeriums der Supermacht Sowjetunion getragen hätte.

Nichts ließ 40 Jahre zuvor auf einen solchen Aufstieg schließen³. Alexej Iwanowitsch Adschubej, 1924 im usbekischen Samarkand geboren, stammte aus einfachen Verhältnissen. Nach dem frühen Tod seines Vaters wuchs er in Moskau auf und trat

¹ Zitiert nach Drahtbericht Groepper an AA, 16. 10. 1964, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA/AA), Ministerbüro, VS-Bd. 10064 (B 150, Aktenkopien 1964).

² Zum Ablauf der Ereignisse am 15. 10. 1964, wie er sich zeitgenössischen westlichen Beobachtern darstellte, vgl. *Le Monde*, 17. 10. 1964: „Le film des événements“.

³ Zur Biographie Adschubejs vgl. Hermann Pörzgen, *Die Rollen des Herrn Adschubej*, in: *FAZ*, 19. 8. 1964. Vgl. ferner Alexej Adschubej, *Gestürzte Hoffnung. Meine Erinnerungen an Chruschtschow*, Berlin 1990.

1943 als Mitglied eines Tanzensembles in die Rote Armee ein. Nach Kriegsende besuchte er zunächst die angesehene Schule des Moskauer Künstlertheaters, ehe er an die journalistische Fakultät der Universität wechselte. Die Ehe mit seiner Kommilitonin Rada Chruschtschowa, der Tochter des damaligen Parteisekretärs von Kiew, begründete Adschubejs steilen Aufstieg. 1957 erhielt er die Leitung der Jugendzeitung „Komsomolskaja Prawda“, zwei Jahre später übernahm er den Posten des Chefredakteurs der „Iswestija“. Er wurde Sekretär des sowjetischen Journalistenverbandes, Abgeordneter des Obersten Sowjets und sogar Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU. Darüber hinaus begleitete er seinen inzwischen zum ersten Mann der Sowjetunion avancierten Schwiegervater auf allen wichtigen Auslandsreisen und unternahm in dessen Auftrag bedeutende Sondermissionen, so 1961/62 zu Präsident Kennedy und 1963 zu Papst Johannes XXIII. Den letzten Akt dieser besonderen Art von „Geheimdiplomatie“ bildete im Sommer 1964 eine 14-tägige Reise durch die Bundesrepublik Deutschland, in deren Verlauf der jetzt auch als zukünftiger sowjetischer Außenminister gehandelte Journalist von Bundeskanzler Ludwig Erhard empfangen wurde. Vier Wochen darauf nahm Nikita Chruschtschow die Einladung zu dem seit Adenauers Moskareise von 1955 ausstehenden Gegenbesuch in der Bundesrepublik an. Nur sechs Wochen später wurde er aus dem Amt gejagt.

Zeitgenossen wie Historiker haben in dieser Ereignisfolge einen tieferen Zusammenhang vermutet, drängte sich doch der Eindruck auf, daß Chruschtschow über den Versuch einer Revision seiner Deutschlandpolitik gestürzt sein könnte. Schon der Adschubej-Besuch in Bonn hat zu Spekulationen in dieser Hinsicht Anlaß gegeben. Gerade in der ausländischen Presse wurden Andeutungen gemacht, daß er Wiedervereinigungsverhandlungen den Weg ebnen könnte⁴. Man fürchtete sogar, Chruschtschow könnte die Deutschen vor die Wahl „Wiedervereinigung oder europäische Einheit“ stellen⁵. Die offizielle Annahme der westdeutschen Einladung durch den Herrn des Sowjetreichs beflügelte Anfang September 1964 die Gerüchte noch, zumal Chruschtschow kurz zuvor in Prag mit den Außenministern einiger Ostblockstaaten konferiert hatte, ohne einen Vertreter der DDR hinzuzuziehen⁶. Nun hielt man allenthalben Konzessionen auf Kosten des Ulbricht-Staates für wahrscheinlich⁷ und ernsthafte Deutschlandgespräche für denkbar⁸. Der „New York He-

⁴ Vgl. New York Times, 29.7.1964: „Soviet and Bonn Prepare to Hold Top-level Talks“; Le Monde, 30.7.1964: „Une prudente prise de contact“.

⁵ Vgl. Drahtbericht Knoke an AA, 7.8.1964, über einen Artikel der französischen Zeitschrift Express, in: PA/AA, Referat 704, Bd.474 d.

⁶ Vgl. dazu Europa-Archiv 19 (1964), Z 206; Archiv der Gegenwart 34 (1964), S.11411f. Vgl. ferner Aufzeichnung Luedde-Neurath, 11.9.1964, in: PA/AA, Referat II 5, Bd.280.

⁷ Vgl. Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 4.9.1964: „Chruschtschow kommt“; Stuttgarter Nachrichten, 5.9.1964: „Der Arbeitsbesuch“; The Times, 4.9.1964: „Mr. Khrushchev Agrees to Come to Bonn“; Guardian, 4.9.1964: „Khrushchev to visit Bonn“ und „Mr. Khrushchev among the militarists“; New York Times, 4.9.1964: „Khrushchev to Visit Bonn“; New York Times, 5.9.1964: „Khrushchev-Erhard Meeting“; Le Figaro, 4.9.1964: „Khrouchtchev accepte de se rendre en Allemagne fédérale“.

⁸ Vgl. Combat, 4.9.1964: „K' est prêt à négocier avec Bonn d'une solution du problème alle-

rald Tribune“ wußte sogar von einem milliardenschweren „Super-Marshall-Plan“ zu berichten, mit dem angeblich westdeutsche Industrielle den Sowjets jetzt die Wiedervereinigung abkaufen zu können glaubten⁹.

Ob Chruschtschow wirklich – wie es ein früher Biograph vermutete – zum Ausgleich mit Amerika „einen großen Schlag“ in dem Sinne plante, „sich mit Westdeutschland zu einigen und den Genossen Ulbricht zu verkaufen“¹⁰? Sicher scheint zu sein, daß seine Entmachtung durch den Besuch in Bonn und die Deutschlandreise seines Schwiegersohnes beschleunigt wurde. Außenminister Gromyko wollte seinerzeit in der unter Umgehung seines Ressorts¹¹ durchgeführten Adschubej-Mission sogar die eigentliche Ursache des Sturzes sehen¹². Auch wenn dies wohl übertrieben ist, so ist doch verbürgt, daß Adschubejs Sonderrolle auf dem Sündenregister stand, das Chruschtschow in der entscheidenden ZK-Sitzung vorgehalten wurde. Der Schwiegersohn habe, so hieß es in der vom „Chefideologen“ Suslow vorgetragene Anklage, „die Rolle eines zweiten Außenministers übernommen, sich auf höchster Ebene in diplomatische Angelegenheiten eingemischt und Botschafter in Verwirrung gesetzt. Bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland habe er sich geringschätzig über Walter Ulbricht geäußert, so daß die DDR nur mit Mühe beschwichtigt werden konnte.“¹³

Dieser Vorwurf fügte sich nahtlos in die zentrale Kritik am selbtherrlichen Führungsstil Chruschtschows. Er ließ aber zugleich erkennen, daß die Adschubej-Mission auch in der DDR erhebliche Irritationen ausgelöst hatte. Sie war ganz offensichtlich mehr als nur die Informationsreise eines prominenten Journalisten. Sie erschien als ein Schachzug, der nach der im Gefolge der Kuba-Krise von 1962 einsetzenden Ost-West-Entspannung und dem sich gerade 1964 zuspitzenden sowjetisch-chinesischen Konflikt außerordentliche Brisanz enthielt.

Gewiß, mit dem Sturz Chruschtschows wurden alle Spekulationen Makulatur. Doch in historischer Perspektive ist gerade deshalb die geheimnisumwitterte Episode von großem Reiz, denn sie gibt die seltene Gelegenheit, den Geschichtsverlauf ins „Gegenlicht“ zu setzen. Für einen Augenblick entstand damals der Eindruck, als könnte die im Kalten Krieg festgefrorene Situation Deutschlands im Tauwetter der Entspannungspolitik in Bewegung geraten. Eine Betrachtung dieses Moments – von

mand“; *Le Monde*, 5. 9. 1964: „Les conversations de M. Khroutchev à Prague porteraient sur une nouvelle approche du problème allemand“ und „Les Alliances en question“.

⁹ Vgl. *New York Herald Tribune*, 7. 9. 1964: „West German Credits May Be Offered Russia“.

¹⁰ Edward Crankshaw, *Der rote Zar. Nikita Chruschtschow*, Frankfurt a. M. 1967, S. 314.

¹¹ Vgl. Wladimir Semjonow, *Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991*, Berlin 1995, S. 306.

¹² Vgl. Michel Tatu, *Macht und Ohnmacht im Kreml. Von Chruschtschow zur kollektiven Führung*, Frankfurt a. M./Berlin 1968, S. 392.

¹³ Roy Medwedjew, *Chruschtschow. Eine politische Biographie*, Stuttgart/Herford 1984, S. 324. Die Wiedergabe der bislang unveröffentlichten Suslow-Rede durch Medwedjew gilt in der Forschung als die authentischste. Vgl. William J. Tompson, *The Fall of Nikita Khrushchev*, in: *Soviet Studies* 43 (1991), S. 1101–1121, hier S. 1114.

den Voraussetzungen bis zum jähen Ende – läßt das Dilemma der Deutschen in den sechziger Jahren besonders anschaulich werden, und dies nach Öffnung der ostdeutschen Archive von beiden Seiten der Mauer her gesehen: aus Bonner Blickrichtung ebenso wie aus der Ostberlins.

1. Flaute im Westen und Böen aus Ost: Die Bundesrepublik im Zeichen deutschlandpolitischer Stagnation

Genau ein Jahr vor dem Sturz Chruschtschows in Moskau hatte auch Bonn einen vielbeachteten Abtritt erlebt. Am 15. Oktober 1963 war Konrad Adenauer, der legendäre „Gründungskanzler“ der Bundesrepublik, aus dem Amt geschieden. Als sein Nachfolger drei Tage darauf mit seiner ersten Regierungserklärung vor das deutsche Publikum trat, war die Spannung gerade im Hinblick auf die Deutschlandpolitik groß. 14 Jahre lang hatte die Politik des greisen Vorgängers keinen Fortschritt für die Wiedervereinigung Deutschlands gebracht, ja nach dem Eindruck der Kritiker sogar eher zur Verfestigung und schließlich buchstäblichen Zementierung der Teilung im August 1961 geführt. Würde der neue Mann den entscheidenden Dialog mit den Sowjets voranbringen¹⁴?

Ludwig Erhard bemühte sich am 18. Oktober 1963 im Bundestag um Kontinuität. Einen neuen Akzent setzte er jedoch mit dem Vorschlag zur „Bildung eines Gremiums der vier Mächte“, das den Rahmen für Deutschland-Verhandlungen „bis zum Zeitpunkt einer endgültigen Friedensregelung“ abgeben sollte¹⁵. Unmittelbar darauf ließ er einen eindrucksvollen Appell zur Opferbereitschaft für eine Lösung der deutschen Frage folgen. Das waren Töne, die dem nationalen Empfinden der Deutschen zweifellos mehr entsprachen als das auf ein zehnjähriges Stillhalten hinauslaufende „Burgfriedens-Angebot“, das sein Vorgänger – wie er die Öffentlichkeit gerade zwei Wochen zuvor hatte wissen lassen¹⁶ – den Sowjets im Juni 1962 unterbreitet hatte¹⁷. Anders als Adenauer, der in Verhandlungen der Vier Mächte stets mehr Gefahren als Chancen sah, entsprach Erhard mit seinem Vorschlag auch dem Koalitionsabkommen von 1961¹⁸. Nicht zuletzt aber standen hinter der Ankündigung bereits konkrete Planungen des Außenministeriums für einen neuen westlichen Vorstoß in der Deutschland-Frage.

¹⁴ Zur Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Erhard vgl. insbesondere Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969*, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 83–99.

¹⁵ Deutscher Bundestag (künftig: BT), *Stenographische Berichte*, Bd. 53, S. 4195.

¹⁶ Vgl. Fernseh-Interview Adenauer, 3. 10. 1963 (Auszug), sowie die sowjetische Stellungnahme vom 11. 10. 1963, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (künftig: DzD), hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen bzw. für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt a. M. 1961 ff., Bd. IV/9, S. 749f. bzw. S. 781–785.

¹⁷ Vgl. Gesprächsaufzeichnung Adenauer/Smirnow, 6. 6. 1962 (Auszug), in: *Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. vom Auswärtigen Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirats, Köln 1972, S. 472f. Vgl. auch Horst Osterheld, „Ich gehe nicht leichten Herzens ...“. Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986, S. 121 ff.

¹⁸ Vgl. Koalitionsabkommen CDU/CSU/FDP, 20. 10. 1961 (Auszug), in: *DzD IV/7*, S. 1068, Anm. 5.

Ein erster Anlauf, die seit 1961 nur mühsam vorangekommenen innerwestlichen Konsultationen im Rahmen der Washingtoner Botschaftergruppe endlich zu einem vorzeigbaren Ergebnis zu führen, war zu diesem Zeitpunkt freilich bereits gescheitert. Der am 20. August 1963 vom Auswärtigen Amt eingebrachte „Vorschlag zur Lösung wesentlicher Deutschland und die europäische Sicherheit betreffender Fragen“¹⁹ hatte bei den Westmächten eine so „laue Aufnahme“²⁰ gefunden, daß es des harschen Verdammungsurteils des scheidenden Kanzlers Adenauer²¹ gar nicht bedurft hätte, um das Projekt zu stoppen. Erst nach einem neuerlichen Vorstoß signalisierten die Verbündeten Mitte Dezember 1963 wenigstens Verhandlungsbereitschaft²². Das Vorhaben war freilich alles andere als sensationell. Im Mittelpunkt des der Botschaftergruppe in Washington am 15. Januar 1964 vorgelegten Konzepts²³ stand der schon in der Regierungserklärung Erhards enthaltene Gedanke eines Vier-Mächte-Gremiums. Daneben war an die Bildung deutsch-deutscher Kommissionen gedacht, die im Auftrag der Vier Mächte humanitäre Themen verhandeln sollten. Darüber hinaus wurde eine Volksbefragung über das Ergebnis der Wiedervereinigungsverhandlungen sowie über die Modalitäten der angestrebten gesamtdeutschen Wahlen vorgesehen und der „Köder“ ökonomischer Zugeständnisse an die DDR gelegt, sobald „in ganz Deutschland die Menschenrechte in einem Mindestmaß gewährleistet“ seien.

Aber erneut brachte die Reaktion der Westmächte eine herbe Enttäuschung. Die Verbitterung der deutschen Diplomaten darüber war im internen Schriftverkehr deutlich spürbar. „Thompson erklärt“, so wurde die halbherzige Stellungnahme des amerikanischen Vertreters in der Botschaftergruppe kommentiert, „daß eine Deutschland-Initiative nicht zweckmäßig sei, da sie in einer Zeit relativer Entspannung ein Element der Beunruhigung mit sich bringen könne. Demgegenüber ist uns früher entgegengehalten worden, eine besondere Aktivität in Zeiten der Spannung sei nicht zweckmäßig, da sie die Spannung erhöhen könne. Diese Taktik könnte so verstanden werden, daß den Amerikanern eine Erörterung von Deutschland-Fragen überhaupt nicht zweckmäßig erscheint.“²⁴

¹⁹ Für die Fassung vom 13. 8. 1963 vgl. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. i. A. des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1994 ff. (künftig: AAPD), Bd. 1963/II, Dok. 296. Für die Erstfassung vom 9. 8. 1963 vgl. PA/AA, Büro Staatssekretär (künftig: Büro StS), VS-Bd. 425 (B 150, Aktenkopien 1963).

²⁰ Lahr an Globke, 6. 9. 1963, in: AAPD 1963/II, S. 1098. Zur Beratung in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. den Drahtbericht Stackelberg an AA, 20. 8. 1963, in: PA/AA, Referat 700-AB, VS-Bd. 3703 (B 150, Aktenkopien 1963).

²¹ Vgl. Adenauer an Schröder, 28. 8. 1963, in: AAPD 1963/II, Dok. 321.

²² Vgl. Gesprächsaufzeichnung Schröder/Rusk/Butler/Couve de Murville, 15. 12. 1963, in: AAPD 1963/III, Dok. 473. Vgl. auch Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS) 1961–1963, Bd. XV: Berlin Crisis 1962–1963, Washington 1994, S. 642–646.

²³ Vgl. AAPD 1964/I, Dok. 3. Zur Einbringung in die Botschaftergruppe vgl. Drahterlaß Carstens an Botschaft Washington, 13. 1. 1964, in: Ebenda, Dok. 10, sowie Drahtbericht Knappstein an AA, 15. 1. 1964, in: PA/AA, Ministerbüro, VS-Bd. 8453 (B 150, Aktenkopien 1964).

²⁴ Drahterlaß Krapf an Botschaft Washington, 24. 2. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 266.

So verhielt es sich in der Tat, und keineswegs nur bezüglich der USA. Mitte April 1964 mußte sich das Auswärtige Amt in einem vorläufigen Resümee der Verhandlungen²⁵ eingestehen, daß auch auf französischer und britischer Seite erhebliche Vorbehalte gegenüber den deutschen Vorschlägen bestanden. Zudem hatten alle drei Verbündeten mehr oder weniger unverhohlen den Verdacht geäußert, die Initiative diene lediglich innenpolitischen Zwecken.

Natürlich war daran etwas Wahres, auch wenn die Bonner Diplomatie alles tat, um diesen Eindruck zu entkräften²⁶. Von Anfang an war in Bonn der propagandistische Wert einer neuen Aktion kalkuliert worden, zumal seit dem Abschluß des Atom-Teststoppabkommens, das der DDR im August 1963 eine erhebliche internationale Aufwertung gebracht hatte²⁷. Nach der Passierschein-Vereinbarung vom 17. Dezember desselben Jahres, deren humanitärer Gewinn für die Berliner mit weiteren Verlusten für die westdeutsche Position in der Deutschland- und Berlin-Frage hatte bezahlt werden müssen, wuchs das Bedürfnis nach eindeutigen Worten noch. Doch während die Bundesrepublik eine „Renaissance der Wiedervereinigungspolitik“²⁸ erlebte, brach sich im Westen die Entspannungspolitik Bahn. Abrüstung, Nichtverbreitung von Kernwaffen und andere vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich der Sicherheitspolitik standen hier im Zentrum des Interesses, das an den politischen Fronten in Deutschland und Berlin unbedingte Ruhe erforderte.

Was das konkret bedeutete, erfuhr Ludwig Erhard Ende 1963 bei seinem Antrittsbesuch in den USA direkt aus dem Mund des amerikanischen Präsidenten²⁹. Man müsse, so erklärte dieser am 29. Dezember 1963 seinem deutschen Gast, einen *modus vivendi* mit den Sowjets suchen: Amerika wolle „leben und leben lassen“ und wünsche ebenso wie Rußland den Frieden. Er, Johnson, wolle aber „nicht nur über den Frieden sprechen, sondern etwas dafür tun“. Diesbezügliche Überlegungen ließ der Präsident taktvoll von seinem Sicherheitsberater vortragen, der seinerseits umständlich betonte, nur Stimmen aus Kreisen der amerikanischen Öffentlichkeit wiederzugeben. Im Kern ging es, wie McGeorge Bundy vorsichtig resümierte, um „eine gewisse Stärkung [. . .] der bestehenden Lage in Ostdeutschland“. Erhard hielt nach Kräften dagegen, beteuerte nachdrücklich seinen Willen zur Entspannung und widersetzte sich jedem Arrangement mit der DDR: Nicht mit Ulbricht, sondern mit

²⁵ Vgl. Aufzeichnung Krapf, 17. 4. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 101.

²⁶ Vgl. etwa deutsch-französische Konsultationsbesprechung, 18. 3. 1964, sowie Gesprächsaufzeichnung Schröder/Butler, 16. 4. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 358 bzw. S. 434f.

²⁷ Zu den deutschlandpolitischen Implikationen des Abkommens vgl. zuletzt Ilse Dorothee Pautsch, *Im Sog der Entspannungspolitik. Die USA, das Teststopp-Abkommen und die Deutschland-Frage*, in: Rainer A. Blasius (Hrsg.), *Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, München 1994, S. 118–153.

²⁸ Klaus Körner, *Die Wiedervereinigungspolitik*, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Außenpolitik*, München 1975, S. 587–616, hier S. 605.

²⁹ Vgl. zum Folgenden Gesprächsaufzeichnung Erhard/Johnson, 29. 12. 1963, in: AAPD 1963/III, Dok. 490; vgl. auch FRUS 1961–1963, Bd. XV, S. 670–677.

Chruschtschow müsse das deutsche Problem behandelt werden. Dabei schwebten dem Bundeskanzler allerdings Verhandlungen der Supermächte vor. An einen eigenen Meinungsaustausch mit dem Kremlchef dachte er noch nicht, auch wenn er ihn für die Zukunft nicht ausschloß.

Von einer solchen Möglichkeit konnte freilich zu diesem Zeitpunkt noch keine Rede sein. Nicht einmal über den bloßen Gütertausch bestand Einigkeit: Ende 1963 lief der deutsch-sowjetische Handelsvertrag aus, seine Erneuerung scheiterte am Streit um die Einbeziehung West-Berlins³⁰. Auf politischer Ebene wurden alsbald sogar härtere Saiten aufgezogen. War die Bundesrepublik nach dem Amtsantritt Erhards zunächst geschont worden und noch zum Jahreswechsel in einer weltweit verbreiteten Friedensbotschaft Chruschtschows glimpflich davongekommen³¹, so setzte Anfang Februar 1964 mit dem Protest gegen eine angebliche westdeutsche Raketenproduktion eine neue sowjetische Offensive ein³². Den Höhepunkt bildete vier Wochen darauf eine offiziöse Erklärung der Nachrichtenagentur „TASS“ zur Deutschland-Frage, die vor Injurien gegen den vermeintlich „aggressivsten und abenteuerlichsten Staat in Europa“ und das „revanchistisch-militaristische“ Programm seiner Regierung nur so strotzte³³.

Diese Generalabrechnung blieb in der Bundesrepublik natürlich nicht ohne Eindruck. Ein besonderes Problem für die Regierung Erhard entstand daraus, daß die Angriffe Moskaus mit einem selbstverschuldeten Ausrutscher zusammenfielen. Am 6. März, einen Tag vor der „TASS“-Erklärung, wurde in der westdeutschen Presse berichtet, der Antwortbrief des Bundeskanzlers auf die Friedensbotschaft des sowjetischen Regierungschefs sei entgegen jeder diplomatischen Courtoisie durch einen einfachen Boten im Wachlokal des Kreml abgegeben worden³⁴. Eine Lawine von bisigen Kommentaren war die Folge³⁵. Außenminister Schröder war die Sache so peinlich, daß er persönlich die Suche nach dem Schuldigen veranlaßte und wenig dagegen unternahm, daß die Öffentlichkeit am Ende den Botschafter in Moskau für die Versäumnisse des Ministeriums tadelte³⁶. Aber auch der Bundeskanzler kam nicht ungeschoren davon. Er mußte Mitte März öffentlich erklären, daß es sich um eine „Pan-

³⁰ Die UdSSR lehnte Verhandlungen ab und schlug am 21. 1. 1964 vor, den Warenverkehr vorerst im Rahmen der bisherigen Vereinbarungen fortzusetzen. Vgl. Drahtbericht Groepper an AA, 22. 1. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 19.

³¹ Vgl. das Schreiben, 31. 12. 1963, in: DzD IV/9, S. 1070–1079.

³² Vgl. Gesprächsaufzeichnung Carstens/Lawrow, 1. 2. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 36. Für den Wortlaut der bei dieser Gelegenheit übergebenen sowjetischen Erklärung, die zugleich den drei Westmächten zugestellt wurde, vgl. DzD IV/10, S. 217 ff.

³³ TASS-Erklärung, 7. 3. 1964, in: Ebenda, S. 348–355, hier S. 352 f.

³⁴ Zum Hergang vgl. Aufzeichnung Mertes, 28. 3. 1964, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (künftig: ACDP), I-403-124/4 b, NL Mertes. Für den Wortlaut des Schreibens von Erhard, 18. 2. 1964, vgl. DzD IV/10, S. 255 f.

³⁵ Vgl. insbesondere Der Spiegel, 18. 3. 1964, S. 25 ff. Vgl. auch Fernsehdiskussion mit Dehler, Gradl, Jaksch und Wehner, 11. 3. 1964, in: DzD IV/10, S. 381–399.

³⁶ Vgl. die Aufzeichnungen Krapf, 6., 7. und 17. 3. 1964, sowie Groepper an Schröder, 3. 4. 1964, in: PA/AA, Ministerbüro, VS-Bd. 8468 (B 150, Aktenkopien 1964).

ne“ gehandelt habe und „auf keinen Fall [. . .] eine Brückierung der Sowjetregierung beabsichtigt“ gewesen sei³⁷. Als wenige Tage später auch noch der Wirtschaftsreferent der Moskauer Botschaft – freilich aus ganz anderen Gründen – aus der Sowjetunion ausgewiesen wurde³⁸, war das Bild eines völligen Debakels der Bonner Politik gegenüber der Sowjetunion komplett. Die einen Monat darauf folgende Falschmeldung der „Deutschen Presse-Agentur“, die kurz vor dem 70. Geburtstag Chruschtschows über dessen Tod zu berichten wußte, setzte dem noch die Krone auf, obwohl die Bundesregierung dieses Mal keinerlei Schuld traf³⁹.

Es verwundert nicht, daß die ersten öffentlichen Andeutungen Erhards über die Möglichkeit eines direkten Gesprächs mit Chruschtschow gerade aus dieser Zeit stammen. Nach zunächst noch ausweichenden Reaktionen auf zudringliche Journalisten⁴⁰ ließ sich der Kanzler am Vorabend des CDU-Bundesparteitags bei einer Diskussionsveranstaltung am 14. März 1964 in Hannover von einem Jugendlichen die Aussage entlocken, er werde doch nicht schon jetzt seine Karten offenlegen, „wenn ich zum Beispiel mit Chruschtschow reden wollte“⁴¹. Bald darauf sagte er dem bekannten Journalisten Werner Höfer, er sei bei hinreichender Vorbereitung für eine Gipfelbegegnung „völlig aufgeschlossen“, wobei er eingedenk des seinerzeit ohne ihn gefeierten „Triumphzugs“ Adenauers nun an eine eigene Moskaureise dachte⁴², die letzterer ihm trotz einer sowjetischen Einladung jahrelang verweigert hatte⁴³. Hintergrund dieser Überlegungen waren allerdings durchaus nicht nur innenpolitische Kalkulationen, sondern auch einige Signale des Kremls, die – wie Erhard im selben Interview betonte – „sehr viel milder und versöhnlicher, als es nach außen plakatiert wird“, klangen.

Tatsächlich war am 11. März 1964, vier Tage nach der aggressiven „TASS“-Erklärung, der gerade aus Moskau zurückgekehrte sowjetische Botschafter im Palais Schaumburg erschienen und hatte berichtet, Chruschtschow habe „ein großes Interesse“ für das deutsch-sowjetische Verhältnis bekundet⁴⁴. In einem Schriftstück, das Smirnow als persönliche Botschaft des Sowjetführers verlas⁴⁵, war neben dem Wunsch nach verbesserten Beziehungen sogar ausdrücklich der Vorschlag enthalten, „Zusammentreffen [. . .] auf verschiedenen Ebenen“ jenseits der diplomatischen Ka-

³⁷ FAZ, 16. 3. 1964: „Der Parteitag der Union mit Angriffen gegen die SPD eröffnet“.

³⁸ Vgl. dazu FAZ, 19./20. 3. 1964: „Bonn nennt Ausweisung aus Moskau eine Repressalie“ bzw. „Gropper protestiert in Moskau“.

³⁹ Vgl. dazu Vermerk Hase, 17. 4. 1964, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA), B 136, Bd. 3650/2. Vgl. ferner Erich Mende, *Von Wende zu Wende 1962–1982*, München/Berlin 1986, S. 135 f.

⁴⁰ *Die Welt*, 11. 3. 1964: „Kanzler rechnet nicht mit Einladung aus Moskau“; *Welt der Arbeit*, 13. 3. 1964: „Chruschtschow läßt nur Härte gelten“.

⁴¹ *Die Welt*, 16. 3. 1964: „Einen Augenblick lang war der Kanzler sprachlos“.

⁴² Interview Erhard, 21. 3. 1964, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (künftig: LES), Nachlaß Erhard (künftig: NE) 334. Für die gedruckte Fassung vgl. *Die Zeit*, 27. 3. 1964: „Ich bin kein Träumer“.

⁴³ Vgl. Daniel Koerfer, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 379 f.

⁴⁴ Gesprächsaufzeichnung Erhard/Smirnow, 11. 3. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 68, S. 332.

⁴⁵ Vgl. dazu Aufzeichnung Reinkemeyer, 1. 4. 1964, in: Ebenda, Dok. 84. Vgl. dort auch die folgenden Zitate.

nähe zu arrangieren. Dazu wurde versichert, ein Meinungsaustausch solle keinerlei „Veto“ unterliegen und könne auch dann von Nutzen sein, „wenn es nicht gelänge, sofort eine Lösung dieser oder jener Fragen zu finden“. Schließlich ließ der Botschafter zum Abschluß des Gesprächs noch die vielsagende Bemerkung fallen, nicht nur amerikanisch- oder französisch-sowjetische Gipfeltreffen, sondern „auch andere Begegnungen seien im laufenden Jahr durchaus möglich“⁴⁶.

Die Reaktion der Bundesregierung auf diese recht eindeutigen Avancen blieb zunächst verhalten. Im Auswärtigen Amt plädierte man für ein eng mit den Verbündeten abgestimmtes Ausloten des sowjetischen Angebots, bevorzugte aber schon jetzt einen Deutschland-Besuch Chruschtschows gegenüber einer Moskareise Erhards⁴⁷. Der Kanzler dämpfte wiederholt die in der Öffentlichkeit alsbald auftauchenden Spekulationen⁴⁸ mit der Erklärung, die Überlegungen hätten „noch keine politische Realität“⁴⁹. Dasselbe versicherte er, ebenso wie sein Außenminister, den westlichen Partnern⁵⁰. Zugleich wurden mit den Sowjets „Nettigkeiten“ ausgetauscht: Am 16. April 1964 bekräftigte die Bundesregierung ihr Angebot zu Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag und sagte für das laufende Jahr eine Fortschreibung der bisherigen Importregelungen für sowjetische Waren zu⁵¹; drei Tage darauf empfing Ludwig Erhard demonstrativ eine auf Einladung des Bundespresseamts in der Bundesrepublik weilende Gruppe sowjetischer Journalisten⁵² und erhielt dafür ein Lob der „Iswestija“⁵³. Von deren Chefredakteur Adschubej war dem Kanzler, wie dieser sehr genau registriert hatte⁵⁴, zuvor sogar das persönliche Kompliment gemacht worden, daß die Sowjetregierung auf ihn größere Hoffnungen hinsichtlich einer Verbesserung der Beziehungen setze als auf seinen Vorgänger Adenauer⁵⁵.

⁴⁶ Gesprächsaufzeichnung Erhard/Smirnow, 11.3. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 341.

⁴⁷ Vgl. Aufzeichnung Reinkemeyer, 1.4. 1964, sowie Aufzeichnung Wolff, 20.4. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 386, besonders Anm. 18.

⁴⁸ Vgl. etwa Kölnische Rundschau, 8.4. 1964: „Trifft Chruschtschow Erhard in Bonn?“; Hannoversche Presse, 10.4. 1964: „Kommt Chruschtschow nach Bonn?“; Kieler Nachrichten, 10.4. 1964: „Spekulationen um eine Reise“; Christ und Welt, 17.4. 1964: „Chruschtschow einladen“.

⁴⁹ Hamburger Abendblatt, 8.4. 1964: „Wird Chruschtschow nach Bonn eingeladen“. Vgl. auch Fernseh-Interview Erhard, 13.4. 1964, in: PA/AA, VS-Bd.3118 (Nachrichtenspiegel des Bundespresseamts).

⁵⁰ Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/McGhee, 10.4. 1964, sowie Gesprächsaufzeichnung Schröder/Butler, 16.4. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 411 f. bzw. S. 431.

⁵¹ Zum Aide-mémoire der Bundesregierung, 16.4. 1964, vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes 1964, S. 572. Vgl. dazu auch Aufzeichnung Sachs, 23.3. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd.3119 (B 150, Aktenkopien 1964).

⁵² Für das Protokoll des Informationsgesprächs in Badenweiler, 19.4. 1964, vgl. LES, NE 334. Zur Reise der Journalisten vgl. die Aufzeichnungen des Bundespresseamts, 22.5. bzw. 29.6. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, Bd.768.

⁵³ Vgl. dazu Agence France-Presse, 20.4. 1964, in: PA/AA, Referat 704, Bd.497 a (Nachrichtenspiegel des Bundespresseamts); FAZ, 21.4. 1964: „Moskau: Chruschtschow nicht nach Bonn“.

⁵⁴ Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/McGhee, 10.4. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 412.

⁵⁵ Vgl. Hannoversche Presse, 10.4. 1964: „Kommt Chruschtschow nach Bonn?“.

Doch solche Schmeicheleien konnten das Dilemma der Regierung Erhard nicht verdecken. Der Osten setzte einmal „Zuckerbrot“, dann wieder die „Peitsche“ gegen sie ein, während der Westen unaufhörlich Wasser in ihren deutschlandpolitischen Wein goß. Am 3. Mai 1964 gab der amerikanische Präsident in einem Exklusivinterview mit der Illustrierten „Quick“ den unmißverständlichen Ratschlag, um des Friedens willen „nicht im Beton“ zu stehen, den Sowjets „mehr als auf halbem Weg“ entgegenzukommen und „Verhandlungen zwischen der Sowjetunion, Westdeutschland und den Vereinigten Staaten“ anzustreben⁵⁶. Darüber hinaus sollte, wie Johnson wenig später selbst andeutete und von seinem Bonner Botschafter direkt aussprechen ließ, die Bundesrepublik mit einer konstruktiven Haltung gegenüber den ostmittel-europäischen Staaten an der Entspannungspolitik mitwirken⁵⁷.

Da nützte es wenig, wenn der Bonner Regierungschef persönlich um Unterstützung der noch immer umstrittenen Deutschland-Initiative bat⁵⁸. Es gelang nicht, die drei Westmächte für einen gemeinsamen Vorstoß zu gewinnen. Der Leiter des State Department verwies bei der neuerlichen Erörterung mit den Kollegen aus Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik am 11. Mai in Den Haag ganz offen auf „die innenpolitische Situation“ vor den Präsidentschaftswahlen im November des Jahres, in der man das Risiko einer sowjetischen Abfuhr vermeiden wollte⁵⁹. So blieb von dem deutschlandpolitischen Aufbruch des neuen Mannes im Bonner Palais Schaumburg vorerst nichts als eine dürre Erklärung der westlichen Außenminister sowie eine erneute, allerdings schon recht hohle Bekräftigung von Selbstbestimmungsrecht und Alleinvertretung im Kommuniqué des NATO-Ministerrats vom 14. Mai 1964⁶⁰. „Die Absicht“, kommentierte schadenfroh das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, „alle NATO-Regierungen zu einer großen internationalen Aktion zugunsten der Revancheziele des westdeutschen Imperialismus zu veranlassen, ist gescheitert“⁶¹.

2. Triumph des Zwei-Staaten-Konzepts? Die DDR im Zeichen des Freundschaftsvertrages mit der UdSSR

Das DDR-Regime hatte zu solchem Hochmut einigen Grund. Während die Bundesrepublik zunehmend in die Defensive geriet, eilte der „feindliche Bruder“ von einem Sieg zum anderen. Der Zulassung zum Teststopp-Abkommen und dem propagandi-

⁵⁶ Interview Johnson, in: Quick, 3. 5. 1964, S. 140.

⁵⁷ Vgl. Rede Johnson in Lexington, 23. 5. 1964, in: Public Papers of the Presidents of the United States. Lyndon B. Johnson 1963/64, Washington 1965, Bd. 1, S. 708 ff. Vgl. ferner Vortrag McGhee in Tutzing, 16. 7. 1964 (Auszug), in: DzD IV/10, S. 827–835.

⁵⁸ Vgl. Erhard an Johnson, 8. 5. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 123.

⁵⁹ AAPD 1964/I, S. 524. Zur amerikanischen Haltung vgl. auch Drahtbericht Lilienfeld an AA, 20. 5. 1964, in: Ebenda, Dok. 132.

⁶⁰ Vgl. DzD IV/10, S. 549 bzw. S. 564 f.

⁶¹ Erklärung des MfAA, 16. 5. 1964, in: Ebenda, S. 565.

stisch so wertvollen Erfolg bei der Passierschein-Vereinbarung folgten Anfang 1964 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Republik Sansibar und der Austausch von Generalkonsulaten mit dem Jemen und Ceylon. Nach diesen Erfolgen im Kampf um die völkerrechtliche Anerkennung startete die DDR eine neue Offensive zur innerdeutschen Durchsetzung des Zwei-Staaten-Konzepts. Den Anfang machte Walter Ulbricht am 3. Januar 1964 mit der zum 45. Gründungstag der KPD verkündeten Losung, „das Jahr 1964 zum Jahr der Annäherung und friedlichen Verständigung in Deutschland zu machen“⁶². Ganz in diesem Sinne machte man gleich am nächsten Tag dem Regierenden Bürgermeister von Berlin den Vorschlag, die Verhandlungen „zur Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin weiterzuführen“⁶³; zwei Tage darauf wurde im Bonner Kanzleramt ein Schreiben übergeben, in dem der Staatsratsvorsitzende der DDR den Abschluß eines bilateralen Vertrags zum Verzicht auf Kernwaffen forderte und zur „Verständigung wenigstens in den brennendsten Fragen der Gegenwart“ auf baldige „Vorkontakte“ drängte⁶⁴. Das Ziel war, wie alle weiteren Aktivitäten dieser Art in den kommenden Monaten zeigten, immer dasselbe: Förmliche Legitimierung der DDR durch Verhandlungen auf Regierungsebene.

Doch damit nicht genug. Die DDR griff auch die unglückliche Deutschland-Initiative der Bundesregierung auf. Otto Winzer, der Stellvertretende Außenminister, sprach am 2. März gegenüber der französischen Tageszeitung „Le Monde“ ganz offen davon, „daß beide deutsche Staaten auch über die gegenwärtig im Botschafterlenkungsausschuß erörterten Vorschläge verhandeln“ könnten⁶⁵. 14 Tage darauf verstieg sich die DDR sogar dazu, von den drei Westmächten offiziell eine Erlaubnis für die Bundesrepublik zu erbitten, Verhandlungen „über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und über die Sicherung ihrer friedlichen Entwicklung“ aufnehmen zu dürfen⁶⁶.

Es blieb nicht bei solchen propagandistischen Schauübungen. Hinter verschlossenen Türen wurden, wie die inzwischen zugänglich gewordenen Akten zeigen, in der DDR-Spitze erheblich weiterreichende Aktionen erwogen. Am 9. April 1964 unterbreitete Ulbricht der Sowjetführung eine Reihe entsprechender Vorschläge, auf die er zum Monatsende eine erste Stellungnahme erhielt⁶⁷. Dabei handelte es sich zunächst um die in Moskau mit unverbindlichem Wohlwollen aufgenommenen Ideen einer gemeinsamen Erklärung des Warschauer Paktes „gegen die revanchistischen Forderungen Bonns“ und einer neuerlichen sowjetischen Initiative, die auf die Aner-

⁶² Ebenda, S. 36.

⁶³ Stoph an Brandt, 4. 1. 1964, in: Ebenda, S. 41.

⁶⁴ Ulbricht an Erhard, 6. 1. 1964, in: Ebenda, S. 48 ff.

⁶⁵ Ebenda, S. 301.

⁶⁶ Note der DDR, 17. 3. 1964, in: Ebenda, S. 426.

⁶⁷ Vgl. zum Folgenden die Mitteilung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 25. 4. 1964, mit der die Vorschläge im einzelnen beantwortet wurden, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv (künftig: SAPMO-BA, ZPA), Büro Ulbricht, J IV 2/202/77.

kennung der bestehenden Grenzen und die Verpflichtung zum Gewaltverzicht zielen sollte. Ferner sollte ein bilateraler Gedankenaustausch der Außenministerien über „die nächsten Schritte zur weiteren Durchbrechung der Hallstein-Doktrin“ begonnen werden. Schließlich aber – und dies zeigte das ganze Ausmaß des gewachsenen Selbstgefühls der Ostberliner Machthaber – wurde angeregt, eine „Konferenz der vier Mächte zu Fragen der Sicherung des Friedens in Deutschland“ zu verlangen; ja, Ulbricht selbst wollte Erhard in einem offenen Brief herausfordern, „eine Volksabstimmung in beiden deutschen Staaten und in Westberlin zu aktuellen Fragen des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands und für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik durchzuführen“. Unverkennbar stand hinter diesen Vorhaben die kühne Absicht, die Kernpfeiler der westlichen Deutschlandpolitik – Vier-Mächte-Verantwortung und Selbstbestimmungsrecht – direkt anzugreifen. Bezeichnenderweise fiel die Reaktion der Sowjets hier denn auch deutlich vorsichtiger aus: Hinsichtlich der Vier-Mächte-Konferenz wünschten sie eine Zurückstellung auf einen „späteren Zeitpunkt“; hinsichtlich der Volksbefragung gaben sie zu bedenken, daß Bonn versuchen könnte, auch über freie Wahlen abstimmen zu lassen „und eine breite Diskussion darüber zu entfachen“⁶⁸.

Ulbricht antwortete am 6. Mai 1964 mit dem Vorschlag, alsbald intensivere Konsultationen durch die Stellvertretenden Außenminister aufnehmen zu lassen⁶⁹. Dabei erweiterte er den Themenkreis noch um die Frage der „Taktik gegenüber den Maßnahmen des Bonner Außenministeriums, Zwiespalt zwischen den Warschauer Vertragsstaaten hervorzurufen“, womit insbesondere die ärgerliche Einbeziehung Westberlins in die Handelsabkommen der osteuropäischen Partner mit der Bundesrepublik⁷⁰ gemeint war. Ferner äußerte der Politbüro-Vorsitzende nun den Gedanken, „im Interesse der Erhöhung der Autorität der DDR“ einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion abzuschließen, wie ihn die übrigen Satellitenstaaten bereits hatten. Ein solches Abkommen, das „nichts prinzipielles Neues bringen“ und auch den „Truppen-Stationsvertrag“ nicht tangieren werde, sei die beste Reaktion auf die westdeutsche Propaganda, daß über die Deutschland-Frage nur zwischen Bonn und Moskau verhandelt werden könne.

Über diese Vorschläge verhandelten Otto Winzer und Wladimir Semjonow vom 14. bis 16. Mai 1964 in Moskau⁷¹. Dabei beschränkte sich letzterer vorerst darauf, eine eingehende Prüfung durch die Krenmführung zu versprechen. Er bekräftigte jedoch den sowjetischen Widerstand gegen eine Volksabstimmung und ließ sich von den Beteuerungen Winzers, daß eine solche von der Bundesregierung „mit Sicherheit abgelehnt“ werde, nicht beirren. Ausdrücklich erwähnte Semjonow die von der Bun-

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Vgl. Ulbricht an Chruschtschow, 6. 5. 1964, in: Ebenda.

⁷⁰ Vgl. dazu im einzelnen Mechthild Lindemann, Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsvertragsverhandlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten, in: Blasius (Hrsg.), Von Adenauer zu Erhard, S. 45–96.

⁷¹ Vgl. zum Folgenden die Gesprächsvermerke 14., 15. und 16. 5. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/77.

desrepublik den Westmächten vorgelegte Deutschland-Initiative, in deren Mittelpunkt ein Plebiszit darüber stehe, „welche Verhältnisse die Deutschen wünschen“. Dazu konstatierte er lapidar, „die Frage nach gesamtdeutschen Wahlen sei praktisch die Frage nach der Existenz von zwei Staaten oder einem Staat“. Noch einmal wagte Winzer zu widersprechen. Man komme doch offenkundig „nicht um die Aufgabe herum, eine nationale Politik zu betreiben“. Weiter betonte er: „Schließlich hätte ein solches Referendum auch eine große innenpolitische Bedeutung für die DDR, da es die Politik der DDR bekräftigen würde.“ Doch der Sowjetdiplomate beendete die Diskussion mit der unmißverständlichen Mahnung, daß für den Fall eines westdeutschen „Gegenreferendums“ über freie Wahlen „insgesamt für Deutschland gesehen mit einem Stimmenverhältnis 3:1“ zu rechnen sei.

Das eigentliche Motiv für diese Haltung trat in der Abschlußbesprechung am 16. Mai zutage. In einer Analyse der amerikanischen Politik erläuterte Semjonow, daß zu deren wesentlichen Zielen eine Entspannung in Europa und damit in Deutschland gehöre. „Die Hauptfrage für die USA sei die Frage der Verbindungswege zwischen Westdeutschland und Westberlin“, diagnostizierte er treffend. Demgegenüber gebe es Hinweise, daß „in einer gewissen Zeit eine Verständigung mit der Sowjetunion über die deutschen Probleme für möglich gehalten“ werde. Anderslautende Stellungnahmen entsprängen lediglich der Rücksicht auf die Bundesregierung, weshalb der Kurs Washingtons „durch ein Balancieren zwischen öffentlichen scharfen Erklärungen und internen Gesprächen oder Absprachen gekennzeichnet sei“. Eben darin aber trafen sich, wie nun sichtbar wurde, die amerikanischen und sowjetischen Interessen, und zwar nicht nur zu Lasten der westdeutschen, sondern auch zu Lasten der ostdeutschen Erwartungen. Unverblümt eröffnete Semjonow seinem Gast aus der DDR, daß die von den Supermächten verfolgte „Politik des gegenseitigen Beispiels jetzt wichtiger wäre als die Anerkennung eines Staates“. In diesem Zusammenhang wies er auch das Verlangen nach schärferen Maßnahmen gegen die Berlin-Politik der Bundesrepublik mit der Bemerkung zurück, „daß es nicht zweckmäßig sei, ständig offizielle Proteste abzugeben“⁷². An eben jenem Tag, an dem die DDR das Scheitern der Bonner Deutschland-Initiative feierte, mußte sie selbst erfahren, daß auch die östliche Hegemonialmacht den Entspannungsdiallog nicht durch die „querelles allemandes“ stören lassen wollte.

Ulbricht steckte zurück. In seinem am 28. Mai 1964 veröffentlichten Schreiben an Erhard war von einer Volksabstimmung keine Rede mehr⁷³. Aber auch der Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung des Ostblocks gegen die Bonner Deutschlandpolitik war in Moskau nicht durchzusetzen. Außenminister Gromyko äußerte Anfang Juni gegenüber seinem ostdeutschen Amtskollegen Bolz Zweifel, „ob es gelingen werde, mit den einzelnen Staaten des Warschauer Vertrages in dieser Frage eine Überein-

⁷² Gesprächsvermerk Winzer/Semjonow, 16. 5. 1964, in: Ebenda.

⁷³ Ulbricht an Erhard, 26. 5. 1964, in: DzD IV/10, S. 601. Für einen Durchdruck vgl. SAPMO-BA, ZPA, Nachlaß Ulbricht, NL 182/1305. Zur Bewertung durch die Bundesregierung vgl. auch Aufzeichnung Krampf, 30. 5. 1964, in: PA/AA, Ministerbüro, Bd. 224.

stimmung zu erzielen“. Er erklärte das Projekt des Freundschaftsvertrages zur „Hauptfrage“ und riet davon ab, „sich jetzt zu zersplittern und durch kleine Sachen ablenken zu lassen“⁷⁴. Nicht anders als die Bundesrepublik rang auch die DDR für ihre Deutschlandpolitik vergeblich um die Unterstützung ihrer Verbündeten und stand mit ihrer bald darauf lauthals als Gegenstück zur sogenannten Hallstein-Doktrin verkündeten „deutschen Friedensdoktrin“⁷⁵ allein.

So blieb von den hochfliegenden Plänen nur der Freundschaftsvertrag, den die Sowjets ihren deutschen Genossen gewährten und wie zum Trost als großen Erfolg darzustellen suchten. Der Krenmlchef persönlich bemühte sich am 30. Mai, Ulbricht glauben zu machen, daß damit eine enorme Statusverbesserung der DDR verbunden sei⁷⁶. Chruschtschow war es aber auch, der im Freundschaftsvertrag einen Hinweis auf das Potsdamer Abkommen von 1945 verlangte, da es „doch immer als Ausgangspunkt wichtig“ sei⁷⁷. In dem von der DDR vorgelegten Entwurf war eine solche Bezugnahme auf die Vereinbarungen der vier Siegermächte bewußt vermieden worden, um – wie schon Winzer Semjonow erläutert hatte – „der Tatsache Rechnung zu tragen, daß sich die Verpflichtungen der UdSSR aus den Abkommen der Anti-Hitler-Koalition angesichts der einseitigen Nichterfüllung dieser Abkommen durch die Bundesrepublik bzw. durch das andauernde Besatzungsregime in Westberlin ausschließlich auf Westdeutschland und Westberlin beziehen“⁷⁸. So viel Freiheit mochten aber die sowjetischen Partner ihren deutschen Freunden denn doch nicht lassen. Die DDR-Unterhändler mußten am Ende froh sein, außer der Bestätigung des Potsdamer Abkommens nicht auch noch die Erwähnung „anderer Abkommen der Verbündeten für Deutschland“ hinnehmen zu müssen, wie es in einem sowjetischen Vertragsentwurf geheißen hatte⁷⁹.

In der Substanz brachte der am 12. Juni 1964 in Moskau feierlich geschlossene „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR“ nichts Neues⁸⁰. Seine Bedeutung für die DDR lag im wesentlichen darin, daß dieser – wie man auch in der Bundesrepublik erkannte⁸¹ – demonstrativ der Rücken gerade auch gegenüber den eigenen Blockpartnern gestärkt

⁷⁴ Aktenvermerk Abraham, 18. 6. 1964, über das Gespräch Bolz/Gromyko, 2. 6. 1964, in: PA/AA, Bestand MfAA, C 843/75. Vgl. dazu auch Winzer an Ulbricht, 2. 6. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/77.

⁷⁵ Vgl. Rede Ulbricht, Moskau, 12. 6. 1964, sowie das an 85 Staaten übermittelte Memorandum vom 13. 7. 1964, in: DzD IV/10, S. 716 bzw. S. 819–823. Zur Vorgeschichte vgl. Winzer an Ulbricht, 23. 5. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/182.

⁷⁶ Gesprächsnotiz Ulbricht/Chruschtschow, 30. 5. 1964, in: PA/AA, Bestand MfAA, C 843/75.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Gesprächsvermerk Winzer/Semjonow, 15. 5. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/77.

⁷⁹ Vgl. Winzer an Ulbricht, 6. 6. 1964 (einschließlich der anliegenden Vertragsentwürfe), in: Ebenda, J IV 2/202/334.

⁸⁰ Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 717–723.

⁸¹ Vgl. Aufzeichnung Luedde-Neurath, 14. 6. 1964, in: PA/AA, Ministerbüro, VS-Bd. 8529 (B 150, Aktenkopien 1964).

wurde. Außenminister Schröder wollte in deutschlandpolitischer Hinsicht nicht einmal von einer Positionsverhärtung sprechen, weil nach seinem richtigen Eindruck die Sowjets „doch sehr bemüht gewesen“ waren, „keine neuen Konfliktstellen mit dem Westen zu schaffen“⁸². Erhard, der sich am Tag der Vertragsunterzeichnung zu Konsultationen in Washington aufhielt, bezeichnete das Abkommen treffend als „Trostpflaster“⁸³, benutzte aber gleichwohl die Gelegenheit, es als weiteres Argument für die nun noch gewachsene Dringlichkeit einer Deutschland-Initiative des Westens zu verwenden⁸⁴. Freilich fanden auch diesmal alle wohlgesetzten Appelle bei Präsident Johnson und Außenminister Rusk kaum Resonanz⁸⁵. Selbst eine schlichte Dreimächte-Erklärung als westliche Reaktion auf den Freundschaftsvertrag kam erst nach 14 Tagen und schwierigen Diskussionen in der Botschaftergruppe zustande⁸⁶.

Für Moskau hatte allerdings der Vertragsschluß noch einen ganz spezifischen Zweck. Nikita Chruschtschow betrachtete das Abkommen, wie er Walter Ulbricht am Vorabend der Unterzeichnung wissen ließ⁸⁷, nicht zuletzt als Ausgangsbasis für seine Normalisierungskampagne gegenüber dem westlichen Deutschland⁸⁸. Er ließ sich dabei von Ulbrichts allzu durchsichtigen Bedenken, Erhard werde vor den Bundestagswahlen 1965 „nicht elastischer werden“, man dürfe daher keine Konzessionen machen, die „die CDU bei den Wahlen ausnützen“ könne, in keiner Weise beeindrucken. „Es ist sehr charakteristisch für Bonn, daß es bei der Wahlvorbereitung nicht zur Verschärfung der Spannungen und zu Drohungen greift; sondern mit Rücksicht auf unsere Stärke operiert es mit Entspannung. Das ist ein neues Moment“, lautete die weit optimistischere Diagnose Chruschtschows, der deshalb auch betonte: „Es ist zweckmäßig, Kontakten nicht auszuweichen. Ausweichen bedeutet Angst.“ Der SED-Chef erhielt auf den nachgeschobenen Rat, dann wenigstens zugleich Fäden zur SPD Willy Brandts zu knüpfen, da dieser „unter dem Druck der Massen“ Zugeständnisse mache, nicht einmal mehr eine konkrete Antwort.

Immerhin wurde Ulbricht ordnungsgemäß über die bereits bestehenden Kontakte mit der Bundesregierung informiert. Es gebe, so erfuhr er von Chruschtschow, Gespräche mit dem Stellvertreter des Londoner Militärattachés der Bundesrepublik, der offiziell „einen Gegenbesuch Chruschtschows in Bonn, wenn das nicht gehen

⁸² Rundfunk-Interview Schröder, 14. 6. 1964, in: DzD IV/10, S. 737f.

⁸³ Gesprächsaufzeichnung Erhard/Rusk, 12. 6. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 644.

⁸⁴ Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/Johnson, 12. 6. 1964, in: Ebenda, Dok. 161.

⁸⁵ Vgl. ebenda sowie Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S. 89f.

⁸⁶ Für den Wortlaut der Erklärung vom 26. 6. 1964 vgl. DzD IV/10, S. 774f. Zur Vorgeschichte vgl. AAPD 1964/I, Dok. 166, 167, 170 und 175.

⁸⁷ Vgl. zum Folgenden Gesprächsnotiz Ulbricht/Chruschtschow, 11. 6. 1964, in: PA/AA, Bestand MfAA, C 843/75.

⁸⁸ Vgl. dazu auch Eberhard Schulz, Sowjetische Deutschlandpolitik, in: Dietrich Geyer (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Bd. 2: Außenpolitik 1955–1973, Köln/Wien 1976, S. 229–293, hier S. 270.

sollte, einen Besuch des Außenministers oder mindestens einer Parlamentsdelegation in Bonn“ und die Entsendung hochrangiger Regierungsvertreter zur Hannover-Messe vorgeschlagen habe. Letzteres sei abgelehnt, im übrigen aber grünes Licht gegeben worden. Ferner habe ein von Erhard autorisierter Journalist Alexej Adschubej nach Bonn eingeladen und angekündigt, der Bundeskanzler wolle ihn sprechen und ihm etwas für seinen Schwiegervater mitteilen. Auch diese Initiative sei positiv beantwortet worden. Schließlich berichtete Chruschtschow noch über eine erst kürzlich vorgetragene Terminbitte des westdeutschen Botschafters, zu der er laut Gesprächsnotiz ausführte: „Weil wir nicht genau wissen, was er bringt, werde ich ihn erst nach dem Abflug Ulbrichts am Sonnabend empfangen.“ Deutlicher konnte der Sowjetführer kaum zu verstehen geben, daß er eine direkte Konsultation über den Fortgang seiner Sondierungen mit dem Bonner Regierungschef nicht wünschte.

3. Adschubej in Deutschland: Auftakt zum Handel auf Ulbrichts Kosten?

Botschafter Groepper war bereits am 4. Juni 1964 beauftragt worden, im Kreml einen Termin zu erbitten, um dem sowjetischen Regierungschef die Antwort auf dessen im März bekundete Gesprächsbereitschaft zu übermitteln⁸⁹. Am 8. Juni hatte er die Weisung ausgeführt⁹⁰; am 13. Juni, unmittelbar nach der Verabschiedung Ulbrichts, fand er sich im Arbeitszimmer des „roten Zaren“ ein. Was sich dort abspielte, kam einer Groteske gleich. Chruschtschow machte Anstalten, das Gespräch gleich wieder zu beenden, als der vorbereitete deutsche Text⁹¹ verlesen wurde. Immer wieder unterbrach er den Vortrag und ließ am Schluß seinem Zorn freien Lauf⁹². Statt, wie er geglaubt hatte, ein anbietendes Angebot der Bundesregierung zu erhalten, überbrachte ihm der ohnehin nicht wohlgeleitene Botschafter eine Bekräftigung sämtlicher deutschlandpolitischer Positionen, die Bonn in den zurückliegenden Jahren vertreten hatte, und statt der ehrfürchtigen Bitte um einen Besuch in der Bundesrepublik gab Groepper die verklausulierte Erklärung ab, der Bundeskanzler würde sich über die Annahme einer Einladung durch den Ministerpräsidenten freuen, wenn dieser ein persönliches Gespräch für nützlich halte⁹³. Daß Bonn für einen Meinungsaustausch zudem auf dem Thema der Wiedervereinigung insistierte, war naturgemäß besonders provozierend für Chruschtschow, der soeben noch Ulbricht belehrt hatte, der Freundschaftsvertrag werde „dort Illusionen zerstören“⁹⁴. Selbst die Bereitschaft zur Erörterung langfristiger Handelsvereinbarungen war

⁸⁹ Vgl. Drahterlaß Carstens, 4. 6. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 150.

⁹⁰ Vgl. Drahtbericht Groepper an Schröder, 11. 6. 1964, in: Ebenda, Dok. 158.

⁹¹ Vgl. Sprechzettel für Groepper, 8. 6. 1964, in: Ebenda, Dok. 155. Der Text wurde zugleich als Aide-mémoire übergeben.

⁹² Vgl. Drahtbericht Groepper an AA, 13. 6. 1964, in: Ebenda, Dok. 162.

⁹³ Vgl. Drahtbericht Groepper an Schröder, 14. 6. 1964, in: Ebenda, Dok. 155, Anm. 12.

⁹⁴ Gesprächsnotiz Ulbricht/Chruschtschow, 11. 6. 1964, in: PA/AA, Bestand MfAA, C 843/75.

durch den Zusatz vergällt, daß „selbstverständlich“ eine Regelung zur Einbeziehung Berlins notwendig sei⁹⁵.

Die Abfertigung Groeppers führte, auch wenn sich der Kremlchef am Ende entschuldigte⁹⁶, zu einer spürbaren Verstimmung auf westdeutscher Seite. Erhard hatte noch am 11. Juni während seiner Amerikareise öffentlich versichert, daß eine Gipfelbegegnung möglich sei⁹⁷, und sich am selben Tag in seiner programmatischen Rede vor dem New Yorker „Council on Foreign Relations“ auch ausdrücklich „zu jedem sinnvollen Gespräch bereit“ erklärt⁹⁸. Schon am 13. Juni dementierte er jedoch jede diesbezügliche Verbindlichkeit⁹⁹. Eine Woche später sah er nicht einmal mehr „Ansatzpunkte, um das Gespräch mit irgendeiner neuen Nuancierung überhaupt fortführen zu können“, auch wenn er das Angebot aufrechterhielt, daß Chruschtschow auf Wunsch „mit einer offiziellen Einladung von uns rechnen könnte“¹⁰⁰. In dieselbe Zeit fiel die Entscheidung, ein in der Bundesrepublik gastierendes Nachwuchsensemble des berühmten Bolschoj-Balletts nach Hause zu schicken, weil es einen Auftritt in West-Berlin verweigerte¹⁰¹. Kurz darauf wurde der sowjetische Botschafter im Auswärtigen Amt empfangen und mit dem notorischen Reizthema der Repatriierung Deutschstämmiger aus der Sowjetunion traktiert¹⁰².

In dieser Situation erhielt die ursprünglich rein private, von den drei der CDU/CSU nahestehenden Lokalzeitungen „Ruhr-Nachrichten“ (Dortmund), „Rheinische Post“ (Düsseldorf) und „Münchener Merkur“ getragene Initiative, den Chefredakteur der „Iswestija“ in die Bundesrepublik einzuladen, unerwartet hochpolitische Bedeutung. Schon im Sommer 1963 hatte der Moskau-Korrespondent Heinz Lathe, der eigentliche Vater der Besuchsidee, mit dem politischen Redakteur und engen Vertrauten Adschubejs, Walerij Lednew, Fühlung aufgenommen¹⁰³. Ende April 1964 war er dann im Auftrag von Robert Schmelzer, dem Chefredakteur der „Ruhr-Nachrichten“, erneut bei seinem Kontaktmann vorstellig geworden, um die Anregung „zu einem inoffiziellen Besuch bei unserer Zeitung“ weiterzugeben. Während man auf eine Reaktion Moskaus wartete, übernahm es Schmelzer, das Meinungsbild in Bonn zu erkunden¹⁰⁴.

Am 29. Mai 1964 erhielt Lathe in der sowjetischen Hauptstadt eine erste Antwort. Derzufolge war, wie er sogleich nach Deutschland berichtete¹⁰⁵, der Schwiegersohn

⁹⁵ Sprechzettel für Groepper, 8. 6. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 629.

⁹⁶ Vgl. Drahtbericht Groepper an AA, 13. 6. 1964, in: Ebenda, S. 667.

⁹⁷ Vgl. Pressekonferenz in Ottawa, in: DzD IV/10, S. 677.

⁹⁸ Ebenda, S. 683.

⁹⁹ Vgl. Pressekonferenz in Washington, in: Ebenda, S. 734.

¹⁰⁰ Pressekonferenz Erhard, 19. 6. 1964, in: Ebenda, S. 747.

¹⁰¹ Vgl. dazu PA/AA, Referat II 4, Bd. 241. Vgl. auch FAZ, 19. 6. 1964: „Das Bolschoi-Ballett abgereist“.

¹⁰² Vgl. Gesprächsaufzeichnung Carstens/Smirnow, 22. 6. 1964, in: AAPD 1964/I, Dok. 176.

¹⁰³ Vgl. dazu sowie zum Folgenden Hase an Schröder (einschließlich der anliegenden Aufzeichnungen von Hase und Lathe), 19. 6. 1964, in: PA/AA, Ministerbüro, Bd. 225.

¹⁰⁴ Vgl. Schmelzer an Hohmann, 2. 6. 1964, und Schmelzer an Krone, 2. 6. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 363, bzw. ACDD, I-028-014/3, NL Krone.

¹⁰⁵ Lathe an Schmelzer, 29. 5. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 364.

Chruschtschows „an einer Reise in die Bundesrepublik sehr interessiert“ und gerade gegenüber einer Einladung durch Zeitungskollegen aufgeschlossen, da er „dem Besuch keinen zu offiziellen Anstrich geben“ wolle. Insbesondere, so hieß es weiter, brauche ein solcher Besuch „in keinem Zusammenhang mit Erhard-Chruschtschow gesehen zu werden“ und würde hinsichtlich eines Gipfeltreffens „überhaupt nichts präjudizieren“.

Bald darauf überstürzten sich die Ereignisse. Am 11. Juni eröffnete Lednew seinem deutschen Gesprächspartner¹⁰⁶, Adschubej habe ihn am Vortag telefonisch wissen lassen, daß Chruschtschow höchstpersönlich auf die Reise gedrängt habe, da man „unbedingt mit Bonn sprechen“ müsse. Für den „Iswestija“-Chef sei jedoch wegen anderweitiger Verpflichtungen ein Besuch nur im folgenden Monat möglich, weshalb er auf eine baldige Einladung hoffe. Am 12. Juni präzisierte Lednew die bevorzugte Reisezeit auf die zweite Juli-Hälfte und am Abend des 13. Juni – Groeppers Abfuhr im Kreml war kaum vorüber – fügte er noch hinzu, sein Chef bitte auch um einen Gesprächstermin bei Bundeskanzler Erhard, da er ihm „Wichtiges von Herrn Chruschtschow zu sagen“ habe und vielleicht „mit weitgehendsten Instruktionen“ versehen sein werde. Zugleich versicherte der Kontaktmann erneut, daß Adschubej „nicht die Absicht habe, irgendwelche politischen Erklärungen abzugeben, sondern den Besuch so inoffiziell und privat wie möglich gestalten“ wolle.

Auf sowjetisches Drängen flog Lathe am 16. Juni zur Berichterstattung in die Heimat und sprach im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vor, das bereits die im April vom Bundeskanzler empfangenen Journalisten aus der UdSSR betreut hatte. Lathe gab dabei auch einige interessante Hintergrundinformationen weiter, die er in Moskau erfahren hatte. Dort war nachdrücklich die Harmlosigkeit des Freundschaftsvertrags mit der DDR hervorgehoben worden, der keine „vernünftigen Vereinbarungen in der deutschen Frage“ präjudiziere. Auch war angedeutet worden, daß sich „das Problem Ulbricht in zwei bis drei Jahren von selbst“ lösen könnte, da dieser mutmaßlich an Kehlkopfkrebs leide. Schließlich berichtete Lathe, man habe ihm auf die Frage, ob eine „Wiedervereinigung Deutschlands unter nichtkommunistischen Vorzeichen“ vorstellbar wäre, wiederholt versichert, daß das durchaus der Fall sei, sofern auf das „Prestigebedürfnis einer Großmacht“ Rücksicht genommen werde¹⁰⁷.

Als Pressechef von Hase den Bundeskanzler schriftlich über diese Dinge informierte, waren im Kabinett bereits „erhebliche Bedenken“ gegen eine Einladung Adschubejs erhoben worden¹⁰⁸. In Absprache mit Außenminister Schröder plädierte Hase jedoch dafür, die ohnehin kaum noch zu verhindernde Initiative zu akzeptieren, aber eine Beteiligung der Bundesregierung und insbesondere ein Kanzler-Gespräch abzuleh-

¹⁰⁶ Vgl. zum Folgenden Bericht Lathe, Anlage zu Aufzeichnung Hase für Erhard, 19.6. 1964, in: Ebenda, Blatt 367–372.

¹⁰⁷ Ebenda, Blatt 371 f.

¹⁰⁸ Handschriftlicher Vermerk Hohmann, 17.6. 1964, auf dem Schreiben Schmelzer an Hohmann, 2.6. 1964, in: Ebenda, Blatt 363.

nen¹⁰⁹. Etwas anderes blieb Erhard auch gar nicht übrig, denn noch ehe er die Angelegenheit überhaupt zur Kenntnis nehmen konnte, wurde am 20. Juni 1964 in Moskau die Einladung übergeben und bereits wenige Stunden später angenommen¹¹⁰. Das einzige Mittel, den Adschubej-Besuch noch platzen zu lassen, wäre die Verweigerung des Einreisevisums gewesen. Doch ein solcher Affront kam nicht in Frage. So konnte der Kanzler nicht mehr tun, als „die Dinge niedrig zu halten“, wie er es nannte, und seine Minister und die Repräsentanten der Wirtschaft zu mahnen, sich gegenüber dem prominenten Zeitungsmann zurückzuhalten¹¹¹. Mit „Maßhalte-Appellen“ hatte freilich Erhard nie viel Glück. Das sollte in diesem Fall nicht anders sein.

Schon der Start war nicht recht glücklich. Am 26. Juni erschien überraschend der Gesandte der sowjetischen Botschaft im Palais Schaumburg und erklärte, die Gastgeber Adschubejs hätten einen Empfang durch den Bundeskanzler bereits fest zugesagt; er, Lawrow, bitte lediglich sicherheitshalber um eine Bestätigung des Termins¹¹². Ungläubig sagte Kanzleramtsminister Westrick eine Überprüfung zu, deren erwartungsgemäß negatives Ergebnis den Sowjets am 29. Juni telefonisch mitgeteilt wurde¹¹³. Noch am Abend desselben Tages fand sich auf der Titelseite der „Iswestija“ ein Bericht über eine Pressekonferenz in Ostberlin, auf der der SED-Chefpropagandist Albert Norden maßlose Verleumdungen gegen Bundespräsident Lübke verbreitet hatte, der sich am 1. Juli zur Wiederwahl stellte¹¹⁴. Zweifellos handelte es sich dabei nicht um eine Reaktion auf die Behandlung der Adschubej-Visite in Bonn, sondern um einen Teil der Kampagne gegen die Einberufung der Bundesversammlung nach West-Berlin. Doch das eine schlug auf das andere durch. Botschafter Groepper trat sogar dafür ein, auch auf die Gefahr einer Besuchsabsage hin den Bonner Korrespondenten der „Iswestija“ aus der Bundesrepublik auszuweisen¹¹⁵. Seine Vorgesetzten wollten so weit allerdings nicht gehen. Man beschränkte sich darauf, den sowjetischen Gesandten ins Auswärtige Amt zu zitieren und eine Protestnote zu übermitteln¹¹⁶.

Das hinderte freilich Lawrow nicht, erneut im Bundeskanzleramt vorzusprechen, um nunmehr förmlich für den Chefredakteur der „Iswestija“ einen Gesprächstermin bei Kanzler Erhard zu erbitten, und sei es nur für wenige Minuten¹¹⁷. Erneut versprach Westrick eine Prüfung, er gab jedoch intern alsbald die Weisung, „daß gegen-

¹⁰⁹ Vgl. Aufzeichnung Hase, 19. 6. 1964, in: Ebenda, Blatt 366.

¹¹⁰ Vgl. Ruhr-Nachrichten, 22. 6. 1964: „Adschubej will im Juli kommen“.

¹¹¹ Vgl. Erhards Schilderung gegenüber dem französischen Botschafter de Margerie, 10. 9. 1964, in: AAPD 1964/II, S. 1009.

¹¹² Vgl. Aufzeichnung Osterheld, 26. 6. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 374 f.

¹¹³ Vgl. Vermerk Osterheld, 29. 6. 1964, in: Ebenda, Blatt 373.

¹¹⁴ Vgl. Drahtbericht Groepper an AA, 30. 6. 1964, in: PA/AA, Büro StS, VS-Bd. 428 (B 150, Aktenskopien 1964). Zur Pressekonferenz Nordens vgl. Neues Deutschland, 30. 6. 1964: „Herausforderung des Weltgewissens“.

¹¹⁵ Vgl. ebenda.

¹¹⁶ Vgl. Drahterlaß Luedde-Neurath an Botschaft Moskau, 7. 7. 1964 (einschließlich der anliegenden Verbalnote vom 6. 7. 1964), in: PA/AA, Referat II 4, Bd. 752.

¹¹⁷ Vgl. Aufzeichnung Osterheld und Aufzeichnung Westrick, 6. 7. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 382 f.

wärtig eine positive Antwort nicht gegeben werden könne“¹¹⁸. Dabei spielte neben der Verunglimpfung des Bundespräsidenten zweifellos auch das protokollarische Vorbild des Frankreich-Besuchs Adschubejs im April des Jahres eine Rolle. Damals war, wie sich Erhard und Westrick informieren ließen, der prominente Schwiegersohn nur von zwei Ministern, nicht aber von Staatspräsident de Gaulle empfangen worden, „obwohl dem General [...] eine persönliche Botschaft von Chruschtschow in Aussicht gestellt worden“ war¹¹⁹. Nicht anders wollte es Ludwig Erhard halten. Eine Entschuldigung für die Attacke auf Lübke, die „Iswestija“-Redakteur Lednew am 10. Juli 1964 gegenüber dem Pressereferenten der Bonner Botschaft in Moskau aussprach¹²⁰, konnte daran einstweilen ebensowenig ändern wie die am 14. Juli bekundete Bereitschaft der sowjetischen Regierung, im Herbst des Jahres Vorgespräche über die Erneuerung des Handelsabkommens aufzunehmen¹²¹.

Es bedurfte noch mehrerer Bittgänge, um den Kanzler umzustimmen. Am 21. Juli trug Lawrow den Terminwunsch erneut und gleich zweimal im Kanzleramt vor¹²². Der Gesandte verband damit diesmal die persönliche Nachricht Adschubejs, er wolle Erhard „nicht aus ‚journalistischem Interesse‘ besuchen, sondern weil er aus Moskau ‚Etlliches‘ mitgebracht und den Auftrag habe, es dem Herrn Bundeskanzler zu übermitteln“. Darüber hinaus richtete der Diplomat aus, Adschubej wünsche den Kanzler aufzusuchen, „bevor er mit anderen Politikern zusammentreffe“. Darauf folgte der vielsagende Hinweis: „Einige Einladungen habe er schon.“ Beide Mitteilungen, so wird man annehmen dürfen, gaben den Ausschlag dafür, daß Erhard schließlich einwilligte. Am 22. Juli konnte Staatssekretär von Hase im Anschluß an die Kabinettsitzung verkünden, der Bundeskanzler werde den Chef der „Iswestija“ am Dienstag, dem 28. Juli 1964, im Palais Schaumburg empfangen¹²³.

Der in der Presse verschiedentlich geäußerte Verdacht, der Termin beim Kanzler habe längst vor der Adschubej-Mission festgestanden¹²⁴, entbehrte jeder Grundlage. Als die Entscheidung fiel, befand sich Chruschtschows Sonderbote bereits zwei Tage im Land. Vorangegangen waren noch in Moskau eine Höflichkeitsvisite bei Botschafter Groepper¹²⁵ sowie eine Besprechung im Außenhandelsministerium über die Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik¹²⁶. Nach einem privaten Wo-

¹¹⁸ Handschriftlicher Vermerk Wunsch, 11.7. 1964, auf der Aufzeichnung Osterheld, 6.7. 1964, in: Ebenda, Blatt 382.

¹¹⁹ Aufzeichnung Hase für Erhard, 6.7. 1964, in: Ebenda, Blatt 384. Vgl. ferner die Vermerke Osterheld für Westrick, 6.7. bzw. 10.7. 1964, in: Ebenda, Blatt 386 f.

¹²⁰ Vgl. die Drahtberichte Groepper, 11.7. und 16.7. 1964, in: Ebenda, Blatt 388 bzw. 393. Vgl. ferner Münchner Merkur, 15.7. 1964: „Iswestija‘ entschuldigt sich“.

¹²¹ Vgl. Vermerk Bütow, 24.7. 1964, in: PA/AA, Referat III A 6, Bd. 197.

¹²² Vgl. Aufzeichnungen Osterheld, 21.7. 1964, in: BA, B 136, Bd. 2088, Blatt 404 ff. Vgl. auch Osterheld, Außenpolitik, S. 108.

¹²³ Vgl. Rheinische Post, 23.7. 1964: „Erhard empfängt Alexej Adschubej“.

¹²⁴ Vgl. etwa Westfälische Rundschau, 24.7. 1964: „Chruschtschow-Besuch gilt schon als sicher“; Der Spiegel, 5.8. 1964, S. 19.

¹²⁵ Vgl. Ruhr-Nachrichten, 18.7. 1964: „Adschubej beim deutschen Botschafter zu Gast“.

¹²⁶ Vgl. Münchner Merkur, 20.7. 1964: „Ankunft Adschubejs“.

chenendbesuch in Paris trafen dann Alexej Adschubej und seine Frau Rada sowie die Redaktionskollegen Lednew und Poljanow am 20. Juli kurz vor Mittag auf dem Flughafen Düsseldorf-Lohausen ein¹²⁷.

Die Begrüßung ließ bereits ahnen, was da kommen sollte. Etwa 100 Journalisten, Dutzende Kameras und Mikrofone reckten sich den Besuchern entgegen. Schon auf der Gangway wurde der „Iswestija“-Chef mit Fragen bestürmt, und noch im Empfangsgebäude gab er eine erste Pressekonferenz¹²⁸. Was als Privatreise geplant war, wurde zu einem 14-tägigen Medienspektakel, das in seinem Ausmaß die Gäste selbst überraschte. Dabei waren es keineswegs nur die Fachkollegen, die sich um den Besuch aus Moskau bemühten. Berthold Beitz, der Generalbevollmächtigte von Krupp, und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Franz Meyers unterbrachen sogar eigens ihren Urlaub, um den berühmten Schwiegersohn zu sehen¹²⁹. Alle wollten dabei sein: die Führungsspitzen der deutschen Industrie ebenso wie die Bonner Politprominenz, darunter die Bundesminister Mende¹³⁰ und Scheel, Bundespressechef von Hase, die Bundestagsabgeordneten Kopf, Majonica, Gradl, Martin und Erler, der SPD-Vorsitzende Brandt¹³¹ und der CSU-Vorsitzende Strauß¹³² sowie schließlich auch Bundeskanzler Erhard und Außenminister Schröder.

Die eigentliche Reise¹³³ begann unter der Regie der „Ruhr-Nachrichten“ in Dortmund, wo man außer der Stadt und ihrem stolz präsentierten Fernsehturm die „Westfalenhütte“ und die Zeche „Kaiserstuhl II“ besichtigte sowie Abstecher zum Bochumer Werk der Opel-AG, zu Krupp in Essen und zu einer Begegnung mit Osthandelsexperten in Hagen unternahm. Es folgte ein von der „Rheinischen Post“ betreuter Aufenthalt in Düsseldorf, der einen Besuch bei Mannesmann sowie die Besichtigung eines Braunkohle-Kraftwerks einschloß. Am Sonntag, dem 26. Juli, wurde die Sowjetdelegation im rundumverglasten Aussichtswagen des „Rheingold-Express“ der Bundesbahn nach Bingen gebracht, um bei strahlendem Sonnenschein per Schiff nach Königswinter zurückzufahren, wo für zwei Tage das „Hotel Petersberg“ seine sonst vor allem Staatsgästen gewährte Unterkunft bot. Nach Erledigung des politischen Programms in Bonn schloß sich ein Besuch der Grundig-Werke in Fürth an, ehe am Nachmittag des 29. Juli die bayerische Landeshauptstadt erreicht wurde, wo Adschubej noch am Abend im deutschen Fernsehen auftrat¹³⁴. Das vom „Münchner

¹²⁷ Vgl. Rheinische Post, 21. 7. 1964: „Ein Kavaliersstrauß für die Tochter Chruschtschows“.

¹²⁸ Vgl. ebenda: „Ich freue mich auf diese Reise“.

¹²⁹ Vgl. ebenda sowie Franz Meyers, gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens, Düsseldorf 1981, S. 495.

¹³⁰ Vgl. auch Mende, Von Wende zu Wende, S. 151 f.

¹³¹ Vgl. auch Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 113; ders., Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 50 f.

¹³² Vgl. auch Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 190 f.

¹³³ Vgl. zum Ablauf die Berichterstattung der drei gastgebenden Zeitungen, Ruhr-Nachrichten, Rheinische Post, Münchner Merkur, 21. 7.–3. 8. 1964, sowie den aus Artikeln der „Iswestija“ zusammengestellten Band: Alexej Adschubej, Wir sahen Westdeutschland, München 1964.

¹³⁴ Für das Protokoll des Fernseh-Gesprächs „Unter uns gesagt“, 29. 7. 1964, vgl. Pressearchiv des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (künftig: Pressearchiv BPA), Sammlung Adschubej.

Merkur“ arrangierte Programm führte ihn am folgenden Tag an den Ammersee, nach Raisting zur ersten Satelliten-Funkanlage der Bundespost, nach Albertshausen zur Besichtigung eines landwirtschaftlichen Musterbetriebs und schließlich nach Garmisch-Partenkirchen zu einem folkloristischen Bayern-Abend. Am 31. Juli standen noch einmal politische Gespräche sowie eine abschließende Pressekonferenz auf der Tagesordnung. Im Anschluß an ein letztes Exklusiv-Interview mit den drei gastgebenden Zeitungen reiste Adschubej am 1. August 1964 über die Transitautobahn nach Ostberlin, von wo aus er nach einer Begegnung mit einigen DDR-Größen in die Heimat zurückflog.

Der ausgebildete Schauspieler genoß das Rampenlicht und meisterte seine Rolle glänzend. Er spielte seinen Charme aus und bot mit seinem öffentlichen Auftreten stets Stoff für Anekdoten. So imponierte er beim spontanen Einkauf in der Dortmunder Innenstadt einer Schuhverkäuferin, die daraufhin für einen Deutschlandbesuch seines Schwiegervaters betete¹³⁵, er schloß bei Krupp mit einem Arbeiter einen „Vertrag ohne Diplomaten“ für verstärkte deutsch-sowjetische Kontakte¹³⁶, er zwang beim Bergwerksbesuch zum Lobe der Werkätigen seine gesamte Begleitung in den engen Flözen auf die Knie¹³⁷, er schäkerte im geliehenen Schwimmkleid mit Badenixen am Ammersee, „schnaderlhüpfte“ beim Folklore-Termin vor den Augen des Oberammergauer Christus-Darstellers und ließ sich zu guter Letzt zum „Adschubayern“ küren¹³⁸.

In den politischen Fragen erwies sich der heitere und angesichts ungezügelter Alkoholkonsums oft auch angeheiterte Gast freilich weit weniger umgänglich. Positiv äußerte sich Adschubej erwartungsgemäß immer wieder zu den Möglichkeiten einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen, vor allem auf dem Gebiet des Handels. Hinsichtlich des Deutschlandproblems aber vertrat er bei seinen öffentlichen Auftritten nachdrücklich den bekannten sowjetischen Standpunkt. Im Fernseh-Gespräch am 29. Juli verbat er sich allein schon die Bitte um „menschliche Zustände“ in der DDR und verteidigte zynisch deren blutiges Grenzregime¹³⁹. In der Abschluß-Pressekonferenz am 31. Juli wies er sogar einen Fragesteller rüde zurecht, nur weil dieser den Ausdruck „Sowjetzone“ gebraucht hatte¹⁴⁰. Interessanter erschienen da die nicht minder eindeutigen Aussagen zum Streit mit der Volksrepublik China, den Adschubej erstaunlich offen bestätigte¹⁴¹.

¹³⁵ Vgl. Ruhr-Nachrichten, 22.7. 1964: „Adschubejs Vorschlag: 200 Zeilen für jeden“.

¹³⁶ Vgl. ebenda, 23.7. 1964: „Adschubej lädt Arbeiter nach Moskau ein“.

¹³⁷ Vgl. ebenda, 24.7. 1964: „Adschubej wurde Aktionär“; Rheinische Post: „Adschubej heute in Düsseldorf“.

¹³⁸ Vgl. „Münchner Merkur“, 31.7. 1964: „Badehose und Gamsbart für den Adschubayern“; Ruhr-Nachrichten, 31.7. 1964: „Adschubej lieh sich eine Badehose“.

¹³⁹ Vgl. Fernseh-Gespräch, 29.7. 1964, in: Pressearchiv BPA, Sammlung Adschubej.

¹⁴⁰ Vgl. Rheinische Post, 1.8. 1964: „Adschubej sagte: Auf Wiedersehen“.

¹⁴¹ Vgl. Ruhr-Nachrichten, 28.7. 1964: „Adschubej sprach Politiker“; Fernseh-Gespräch, 29.7. 1964, in: Pressearchiv BPA, Sammlung Adschubej; Münchner Merkur, 3.8. 1964: „Adschubej schließt Möglichkeit von Deutschland-Gesprächen nicht aus“; Der Spiegel, 5.8. 1964, S. 18.

Auch in den vertraulichen Gesprächen äußerte sich der Chef der „Iswestija“ nicht grundsätzlich anders. Sowohl die Redakteure der „Rheinischen Post“ und die bei Mannesmann versammelten Industriellen als auch Ministerpräsident Meyers und der Vorsitzende des Kulturausschusses des Bundestages, Martin, erhielten eine unmißverständliche Lektion, als am 24. Juli in Düsseldorf erstmals die Wiedervereinigung Deutschlands direkt angesprochen wurde¹⁴². Adschubej verwies hier wie auch später unbeirrbar auf die Notwendigkeit deutsch-deutscher Verhandlungen und war lediglich bemüht, seine harte Haltung nicht vor dem Termin beim Kanzler öffentlich werden zu lassen¹⁴³. Doch es gab auch Nuancierungen. So deutete der Emissär Chruschtschows verschiedentlich die Möglichkeit pragmatischer Lösungen für einen Einschluß West-Berlins in die bilateralen Handels- und Kulturbeziehungen an¹⁴⁴. Zum DDR-Regime bemerkte er schlicht, das Problem Ulbricht werde sich altersbedingt von selbst lösen. Die Empfehlung, Bonn solle sich mit Ost-Berlin arrangieren, stellte er laut Bericht seiner Gesprächspartner in einen bemerkenswerten Kontext mit den sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen: „Jahrhundertlang haben wir Russen die Mongolenstürme gegen Europa abgefangen, indes Europa sich fortentwickeln konnte. China wird bald die Atombombe besitzen. Wir müssen wachsam sein und deshalb den Rücken frei haben. Dafür müssen wir natürlich was zahlen. Aber sprecht Ihr doch erst mal mit denen in Ost-Berlin. Wir dürfen unser Gesicht nicht verlieren“¹⁴⁵.

Franz Josef Strauß hat gar behauptet, der Russe habe – enthemmt vom bayerischen Bier – ihm gegenüber hinzugesetzt: „Am liebsten würden wir euch Deutschen hundert Wasserstoffbomben geben, einen Korridor durch die Sowjetunion schaffen, und ihr räumt mit den Chinesen auf!“¹⁴⁶ Immer wieder, so wurde kolportiert, habe Adschubej beteuert, „daß China heute und künftig Rußlands ‚erste Front‘ sei“, weshalb zwischen Bonn und Moskau ein Ausgleich im „Geist von Rapallo“ erzielt werden müsse. „Auf die Dauer könne man über alles reden“, selbst über die Mauer, soll er versichert und dringend geraten haben, die Deutschen „sollten die Zeit nutzen, solange Chruschtschow lebe“¹⁴⁷.

War es das, was Adschubej im Auftrag seines Schwiegervaters dem Bundeskanzler zu sagen hatte? Seit dem 22. Juli liefen im Palais Schaumburg wie in der Koblenzer

¹⁴² Vgl. Rheinische Post, 25.7.1964: „Adschubej: Neues Deutschland-Bild“; Telefonnotiz zur Unterredung bei Mannesmann, 24.7.1964, in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd.3961 (B 150, Aktenkopien 1964); Gesprächsvermerk Meyers/Adschubej, 24.7.1964, in: BA, B 136, Bd.2088, Blatt 433 ff.; Gesprächsvermerk Martin/Adschubej, 24.7.1964, in: Ebenda, Blatt 442 ff.

¹⁴³ Vgl. Aufzeichnung Kastl für Schröder, 27.7.1964, in: PA/AA, Referat L 4, Bd.51.

¹⁴⁴ Vgl. dazu und zum Folgenden eine ungezeichnete Aufzeichnung für Hohmann, in: BA, B 136, Bd.2088, Blatt 436–439. Vgl. ferner Runderlaß Carstens, 3.8.1964, sowie Aufzeichnung Lang, 15.10.1964, über die deutsch-französische Konsultation, 30.7.1964, in: PA/AA, Referat 704, Bd.474 d, bzw. Referat II 4, VS-Bd.3124 (B 150, Aktenkopien 1964).

¹⁴⁵ Aufzeichnung für Hohmann, in: BA, B 136, Bd.2088, Blatt 437.

¹⁴⁶ Strauß, Erinnerungen, S.190.

¹⁴⁷ Aufzeichnung für Hohmann, in: BA, B 136, Bd.2088, Blatt 439. Vgl. auch Runderlaß Carstens, 3.8.1964, in: PA/AA, Referat 704, Bd.474 d.

Straße die Vorbereitungen für das entscheidende Gespräch auf Hochtouren¹⁴⁸. Am 27. Juli erschien noch einmal der sowjetische Botschafter im Kanzleramt. Smirnow hatte unmittelbar zuvor in seiner Residenz bei einem Empfang für den „Iswestija“-Chef nüchterne Akzente gesetzt. Unverblümt hatte er die Pressespekulationen über die Adschubej-Mission aufgegriffen und den betont auf den Westen Deutschlands beschränkten Wunsch nach verbesserten Beziehungen mit dem vielsagenden Appell präzisiert: „Jetzt kommt es darauf an, die Änderungen, die sich in der Nachkriegsperiode vollzogen haben, anzuerkennen und daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.“¹⁴⁹ In diesem Tenor war auch die Mitteilung gehalten, die der Botschafter anschließend dem Bundeskanzler vortrug¹⁵⁰.

In Beantwortung der im Juni von Groepper übermittelten Stellungnahme ließ Chruschtschow Erhard nun wissen, daß die sowjetische Regierung angesichts des Bestehens zweier souveräner Staaten in Deutschland für die Wiedervereinigung „nicht zuständig“ sei und eine solche „nur auf dem Wege der Vereinbarung zwischen diesen Staaten erreicht werden“ könne. Ausdrücklich hob er als „wichtig“ hervor, „daß beim Bundeskanzler Klarheit bezüglich des sowjetischen Standpunkts in dieser Frage“ bestehe, und empfahl mit einem Seitenhieb auf Konrad Adenauer, „von der Praxis abzugehen, solche Fragen in den Vordergrund zu rücken, in denen beide Seiten notorisch völlig verschiedene Standpunkte einnehmen“. Die Zeit, so hieß es weiter, sei reif für eine Zusammenarbeit „auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils“. Abschließend drückte der Text eine allgemeine Bereitschaft zur Erörterung auch „der beide Seiten interessierenden wichtigen internationalen Fragen“ aus und endete mit der auffällig vagen Formulierung, der sowjetische Ministerpräsident teile die Ansicht, daß „das gegenseitige Bekanntwerden mit den Gedanken, Absichten und Möglichkeiten des anderen als geeignete Mittel erscheinen können, Mißverständnisse zu vermeiden und Voreingenommenheit zu beseitigen“.

Die im Anschluß an die Verlesung dieser Thesen geführte Diskussion mit Smirnow blieb erwartungsgemäß fruchtlos¹⁵¹. Für den Diplomaten war die ganze Prozedur ohnehin demütigend, mußte er doch, als er die entscheidende Schlußformel erläutern sollte, auf das bevorstehende Gespräch mit Adschubej verweisen und gestehen, daß er selbst daran auf persönlichen Wunsch des letzteren nicht teilnehmen werde. „Er überlasse jüngeren Kräften das Feld“, meinte Smirnow säuerlich und gab abschließend die dringende Bitte Adschubejs weiter, „unter vier Augen – nur in Anwesenheit der Dolmetscher – mit dem Herrn Bundeskanzler zu sprechen“. Die Spannung wuchs.

¹⁴⁸ Vgl. Aufzeichnung Wickert, 23.7. 1964, Aufzeichnung Kutscher, 24.7. 1964, und Aufzeichnung Bürow, 24.7. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd.3961 bzw. VS-Bd.3118 (B 150, Aktenkopien 1964), und Referat III A 6, Bd.197. Vgl. ferner Aufzeichnung Osterheld sowie Carstens an Westrick, 24.7. 1964, in: BA, B 136, Bd.2088, Blatt 421 f. bzw. 425–429.

¹⁴⁹ Münchner Merkur, 28.7. 1964: „Adschubej: Moskau braucht Ruhe“.

¹⁵⁰ Vgl. zum Folgenden die von Osterheld am 29.7. 1964 an das AA übermittelte Übersetzung des Aide-mémoire, in: PA/AA, Ministerbüro, VS-Bd.8512 (B 150, Aktenkopien 1964).

¹⁵¹ Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/Smirnow, 27.7. 1964, in: AAPD 1964/II, Dok.209; Osterheld, Außenpolitik, S.108 f.

Gleich nach der Verabschiedung des Botschafters rief Ludwig Erhard seine engsten Mitarbeiter zu einer längeren vertraulichen Beratung in sein Arbeitszimmer¹⁵².

Auch auf dem Petersberg erloschen an diesem Abend die Lichter erst spät¹⁵³. Mit unverkennbarer Nervosität setzte Alexej Adschubej am Morgen des 28. Juli 1964 über den noch im Frühdunst liegenden Rhein¹⁵⁴. Gegen 10 Uhr betrat er das Vorzimmer des Kanzlers, wo er von Ludger Westrick begrüßt wurde. Der Chef des Kanzleramts teilte mit, daß außer dem Bundeskanzler auch der Außenminister und er selbst bei der Unterredung anwesend sein würden, auf Wunsch aber daran anschließend noch ein Gespräch unter vier Augen möglich sei. Sodann schlossen sich hinter dem Gast die Türen des Kanzlerbüros.

Die folgende einstündige Unterredung und das anschließende 15-minütige Zweiergespräch sind bestens dokumentiert, da außer der offiziellen Gesprächsaufzeichnung auch der ursprüngliche Entwurf des Dolmetschers sowie ein Wortprotokoll über Erhards persönlichen Bericht im CDU/CSU-Fraktionsvorstand am Nachmittag desselben Tages erhalten sind¹⁵⁵. Demnach vollzog sich die Begegnung, wie der Kanzler selbst empfand, „in sehr verbindlichen Formen“. Nach dem Austausch von Höflichkeiten kam der Gast aus Moskau schnell zur Sache und warb für ein deutsch-sowjetisches Gipfeltreffen ohne Vorbedingungen oder Vorbereitungen durch die Außenminister. Zudem machte er sogleich klar, worauf es den Sowjets ankam, als Erhard erwiderte, daß kein Thema von vornherein ausgeschlossen werden dürfe, und dabei die deutsche Frage ins Spiel brachte: Adschubej schlug vor, „von diesem Problem abzu- sehen“ und über die Verbesserung der Beziehungen „bei der augenblicklichen Lage der Dinge“ zu sprechen. Nicht die leiseste Andeutung einer Gesprächsbereitschaft über den Status quo war zu erkennen. Für die Wiedervereinigung verwies der Russe, wie während seines gesamten Aufenthalts in der Bundesrepublik, auf die Zuständigkeit der DDR und warnte, eine Fortsetzung der westdeutschen Verweigerungshaltung „würde die Lage in Mitteleuropa auf viele Jahre hinaus einfrieren“.

Erhard beharrte demgegenüber auf Alleinvertretung, Selbstbestimmungsrecht und Vier-Mächte-Verantwortung. Er legte jedoch stellenweise auch eine erstaunliche Offenherzigkeit an den Tag, wie das von seinem Außenminister später stark zurechtgerückte Dolmetscherprotokoll erkennen läßt. Demzufolge kommentierte der Kanzler etwa die sowjetische Behauptung einer staatlichen Souveränität der DDR mit der Bemerkung, „er habe Verständnis für diese Haltung“. Seine Verteidigung des Friedensvertragsvorbehalts für die Oder-Neiße-Linie verband er mit dem Hinweis, „natürlich rechne in Deutschland niemand damit, daß in einem solchen Friedensvertrag diese alten deutschen Grenzen wiederhergestellt würden“, und fügte hinsichtlich Ostpreu-

¹⁵² Vgl. Frankfurter Neue Presse, 28. 7. 1964: „Adschubej heute bei Erhard“.

¹⁵³ Vgl. Ruhr-Nachrichten, 29. 7. 1964: „Ein Schlagbaum stoppte Adschubej“.

¹⁵⁴ Vgl. dazu und zum Folgenden Rheinische Post, 29. 7. 1964: „Adschubej wartete nervös im Vorzimmer“; Ruhr-Nachrichten, 29. 7. 1964: „Ein Schlagbaum stoppte Adschubej“.

¹⁵⁵ Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/Adschubej, 28. 7. 1964, in: AAPD 1964/II, Dok. 212; Entwurf, 28. 7. 1964, in: PA/AA, B 150, Aktenkopien 1964; Erhard im Fraktionsvorstand, 28. 7. 1964, in: LES, NE 739. Siehe dort auch zum Folgenden.

bens noch eigens hinzu, „daß Deutschland mit der Sowjetunion kein Grenzproblem habe“. Schließlich sagte er, wie sein Besucher genau registrierte, Verhandlungsbereitschaft über die bilateralen Handelsbeziehungen zu, ohne daran politische Bedingungen zu knüpfen.

Immerhin machte aber auch Adschubej eine interessante Konzession. Auf Erhards Vorstoß, die Sowjets sollten Ostberlin wenigstens zu menschlichen Erleichterungen für die Bevölkerung der DDR drängen, erklärte er leichthin, „darüber ließe sich reden“. Diese Zusage war mindestens so gewichtig wie der Inhalt des abschließenden Vier-Augen-Gesprächs. Hier ging es noch einmal um die Frage eines Treffens der Regierungschefs. Auf Adschubejs Nachhaken sprach sich Erhard für Bonn als Ort einer Begegnung aus und beendete den bisherigen diplomatischen „Eiertanz“ mit dem schlichten Satz, es sei ihm – wenn Chruschtschow kommen wolle – „eine Ehre und Freude, seine Einladung ausdrücklich und in aller Form zu wiederholen“.

Eine direkte Verbindung mit seiner Forderung nach einer unbeschränkten Tagesordnung stellte der Bundeskanzler – anders, als er es später glauben machen wollte¹⁵⁶ – hier also nicht her¹⁵⁷. Dies wurde durch die vom Regierungssprecher im Anschluß an den Gedankenaustausch verlesene Presse-Erklärung¹⁵⁸ nachgeholt, die am nächsten Morgen die Schlagzeilen der in- und ausländischen Zeitungen bestimmte¹⁵⁹. „Chruschtschow kommt“¹⁶⁰, lautete die kürzeste Formel für jene Sensation, die in den kommenden Wochen die Phantasie vieler Menschen beschäftigen sollte. Einige Blätter wußten sogar schon zu berichten, daß das Gipfeltreffen noch im Herbst des Jahres stattfinden werde¹⁶¹.

Es gab jedoch auch Zeitgenossen, die die Dinge weniger hochgestimmt verfolgten. Selbst westlichen Beobachtern fiel auf, „daß Ulbricht durch den Besuch Adschubejs in Bonn irritiert“ wurde¹⁶². Die Führung der DDR war seit Mitte Juni über die sowjetischen Kontakte mit der Bundesregierung grob auf dem Laufenden gehalten worden. Sie hatte sowohl die von Groepper am 13. Juni übermittelte Botschaft Erhards an Chruschtschow als auch die Antwort Smirnows vom 27. Juli zur Kenntnisnahme erhalten¹⁶³. Doch bereits die Pressemeldungen über die Entschuldigung der

¹⁵⁶ Vgl. Erhard im Fraktionsvorstand, 28.7. 1964, in: LES, NE 739; Erhard in der Fraktion, 29.7. 1964, in: ACDP, VIII-001-1009/3.

¹⁵⁷ Vgl. dazu auch den Runderlaß Carstens 30.7. 1964, in: PA/AA, Büro StS, VS-Bd.428 (B 150, Aktenkopien 1964). Vgl. ferner den bereits der Sprachregelung folgenden Runderlaß Carstens, 3.8. 1964, in: Ebenda, Referat 704, Bd. 474 d.

¹⁵⁸ Vgl. DzD, IV/10, S. 843.

¹⁵⁹ Zur Reaktion der ausländischen Presse vgl. die Berichterstattung der Botschaften, 29./30.7. 1964, in: PA/AA, Referat 704, Bd. 474 d.

¹⁶⁰ Ruhr-Nachrichten, 29.7. 1964.

¹⁶¹ Vgl. ebenda sowie Telegraf, 29.7. 1964: „Chruschtschow kommt im Herbst“.

¹⁶² Aufzeichnung Lang, 15.10. 1964, über die deutsch-französische Konsultation, 30.7. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd.3124 (B 150, Aktenkopien 1964). Zur Reaktion der DDR vgl. auf der Grundlage veröffentlichter Materialien auch Michael J. Sodaro, *Moscow, Germany, and the West. From Khrushchev to Gorbachev*, London 1991, S. 61-64.

¹⁶³ Vgl. SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/77.

„Iswestija“ wegen der Berichterstattung hinsichtlich der Angriffe Nordens auf Bundespräsident Lübke waren in „Pankow“ mit Verärgerung aufgenommen worden. Der sowjetische Botschafter in Ostberlin sah sich genötigt zu versichern, „daß es keine Entschuldigung gab und daß kein Vertreter der ‚Iswestija‘ in die Moskauer Botschaft der Bundesregierung deswegen gegangen sei“¹⁶⁴. Das war richtig und falsch zugleich, denn in der Tat war die Erklärung gegenüber dem Pressereferenten der westdeutschen Vertretung auf offener Straße vor dem Verlagshaus der „Iswestija“ erfolgt¹⁶⁵.

Unbehagen verursachte aber vor allem die Mission des Chefredakteurs dieser Zeitung in der Bundesrepublik. Die DDR-Spitze erfuhr davon zunächst nicht mehr als die westliche Presse. Auffällig dünn war die Berichterstattung im „Neuen Deutschland“¹⁶⁶. Allein die Fernseh-Sendung vom 29. Juli, in der Adschubej einige linientreue Worte für den deutschen Verbündeten fand, war dem Parteiblatt längere Ausführungen wert¹⁶⁷. Die schließlich doch zugestandene persönliche Unterrichtung über die Besuchsergebnisse war von sowjetischer Seite gar nicht vorgesehen gewesen und mußte von der DDR erbeten werden, als Adschubej schon in der Bundesrepublik weilte¹⁶⁸.

Was der Schwiegersohn Chruschtschows dann auf der Durchreise am 1. August in Ostberlin mitzuteilen hatte, sprach Bände über die Gepflogenheiten im Umgang zwischen sozialistischen Verbündeten. Zunächst einmal gab er in dem Gespräch mit Norden, Winzer und dem stellvertretenden Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Kertzsch, vor¹⁶⁹, seine Begegnung mit Ludwig Erhard sei Vorbedingung der ganzen Aktion gewesen. Dann behauptete er, das gesonderte Vier-Augen-Gespräch sei nicht auf seine Initiative zustande gekommen, sondern auf den Wunsch Westricks, „daß ich sozusagen zur Wahrung des Prestige für Erhard um diese intime Unterredung bitte“. Die so gebotene Gelegenheit wollte der Mann aus Moskau zudem – ohne über den tatsächlichen Zweck auch nur ein Wort zu verlieren – für eine Attacke wegen des Auftretens von Botschafter Groepper gegenüber dem sowjetischen Regierungschef genutzt haben. Selbst Erhards gewagte Einlassungen zu den Grenzfragen drehte Adschubej noch so hin, als hätte er den Kanzler mit einem Hinweis auf die Garantien des Warschauer Vertrages zur Raison bringen müssen. Aber auch vor einer regelrech-

¹⁶⁴ Vgl. Norden an Ulbricht, 20.7. 1964, in: Ebenda, Büro Norden, IV A 2/2.028.

¹⁶⁵ Vgl. Drahtbericht Groepper an AA, 16.7. 1964, in: BA, B 136, Bd.2088, Blatt 393.

¹⁶⁶ Vgl. die Artikel „Ultras wollen Besuch Adshubejs stören“ (23.7.), „Adshubej sprach mit Bundeskanzler Erhard“ (29.7.), „Adshubej lehrt westdeutschen Journalisten DDR sagen“ (1.8.), „Gedanken nach einer Begegnung“ (1.8.).

¹⁶⁷ Vgl. Neues Deutschland, 30./31.7. 1964: „Adshubej: Einigung Sache der deutschen Staaten“, bzw. „Chefredakteur Adshubej stellt im westdeutschen Fernsehen klar: Die DDR vertritt die Interessen des deutschen Volkes“.

¹⁶⁸ Vgl. Norden an Ulbricht, 20.7. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Norden, IV A 2/2.028.

¹⁶⁹ Vgl. zum Folgenden Aufzeichnung Schwab, 11.8. 1964 (Anlage zu Winzer an Dölling, 13.8. 1964), in: PA/AA, Bestand MfAA, A 1147. Vgl. auch Neues Deutschland, 2.8. 1964: „Albert Norden empfing Alexej Adshubej“.

ten Lüge schreckte Adshubej nicht zurück, als er behauptete, er habe dem Bundeskanzler das Wort „Ostzone“ um die Ohren geschlagen und dabei sogar mit einem Abbruch des Gesprächs gedroht; in Wahrheit hatte er sich erst auf der Abschluss-Pressekonferenz in München gegen diese Bezeichnung verwahrt.

Dieses haltlose Gerede sollte zweifellos der Besänftigung der DDR-Führung dienen. Dasselbe wird man von den allzu durchsichtigen Schmeicheleien annehmen dürfen, daß die DDR „in der Bevölkerung Westdeutschlands anerkannt“ sei und Ostberlin sich „kaum“ von den Städten der Bundesrepublik unterscheide, während Westberlin als „amerikanische Stadt“ mit diesen „absolut nichts“ gemeinsam habe. Offenkundig ist ferner, daß Adshubej mit der ostentativen Herabsetzung Ludwig Erhards die eigenen Abfälligkeiten über Walter Ulbricht kompensieren wollte. Wiederholt betonte er, der Kanzler habe kraftlos gewirkt und den Anschein erweckt, „er sei 80 Jahre alt“. Diese Abwertung wurde noch verstärkt durch das gänzlich anders geartete Urteil über Franz Josef Strauß, der mit seinem bajuwarischen Temperament offenbar größten Eindruck auf den Russen gemacht hatte¹⁷⁰. Interessant war schließlich, wie Adshubej seinen Gesprächspartnern das Petitum, einen weicheren Kurs in der Deutschlandpolitik einzuschlagen, beizubringen suchte: „Ingenieure, liberale Kreise, Menschen, die der Friedensunion nahestehen“, so behauptete er scheinheilig, hätten ihn immer wieder auf das deutsch-deutsche Verhältnis angesprochen und erklärt, man müsse jetzt „andere Töne“ anschlagen, „konstruktivere Lösungen“ suchen und „die äußeren Formen“ modifizieren. Die Avancen seines eigenen Landes gegenüber der Bundesrepublik glaubte er der DDR-Führung offenbar dadurch schmackhafter machen zu können, daß er ihre Hoffnungen auf eine Wiederzulassung der KPD im Westen nährte. „Vielleicht könnte man diese Frage etwas ventilieren“, gab er zu bedenken: „Vielleicht vor dem Hintergrund einer Besserung der Beziehungen mit uns.“

Das SED-Politbüro hatte diese Schönfärbereien eben zur Kenntnis genommen¹⁷¹, als es von einem neuen Schlag getroffen wurde. Am 5. August erschien im „Spiegel“ ein Interview, in dem Adshubej nicht nur den Bundeskanzler als einen „Mann, mit dem man reden kann“, bezeichnete, sondern ausdrücklich ein Gespräch über die deutsche Frage und sogar einen geheimen Briefwechsel zwischen Erhard und Chruschtschow für denkbar erklärte¹⁷². In dem dazugehörigen Artikel wurde der Schwiegersohn außerdem mit seinem Kassandruruf wegen der aus China drohenden „mongolischen Gefahr“ und mit der despektierlichen Bemerkung zitiert, „Ulbricht werde nicht mehr lange leben, er leide an Krebs“¹⁷³. Wütend schlug die SED-Führung gleich am nächsten Tag im „Neuen Deutschland“ auf das Hamburger Magazin ein¹⁷⁴. Doch die Journalisten des „Spiegel“ bekräftigten ihre Enthüllung noch¹⁷⁵, ver-

¹⁷⁰ Vgl. auch Adshubej, *Gestürzte Hoffnung*, S. 340f.

¹⁷¹ Vgl. Sitzungsprotokoll Nr. 27, 4. 8. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Politbüro, J IV 2/2/942.

¹⁷² *Der Spiegel*, 5. 8. 1964, S. 18.

¹⁷³ *Ebenda*, S. 20.

¹⁷⁴ Vgl. *Neues Deutschland*, 6. 8. 1964: „Geistig krank“.

¹⁷⁵ Vgl. *Der Spiegel*, 19. 8. 1964, S. 18.

wiesen im vertraulichen Gespräch gar darauf, sie hätten die für Ulbricht besonders unangenehme Passage, er werde „nach spätestens zwei Jahren [. . .] sowieso abgetreten“ sein, gnädig unterdrückt¹⁷⁶. Das konnte sie freilich vor der Rache aus Ostberlin nicht schützen: Am 24. August wurde über die gesamte „Spiegel“-Redaktion ein Einreiseverbot für die DDR verhängt¹⁷⁷.

4. Sturz vor dem Gipfel: Spekulationen und Kalkulationen um einen Besuch, der niemals stattfand

Nur zehn Tage später sah sich die DDR-Spitze mit den Sensationsmeldungen der westlichen Presse konfrontiert, daß Chruschtschow die Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik offiziell angenommen habe¹⁷⁸. Während die übrigen Satelliten Moskaus darüber, wie man annehmen durfte, kurz zuvor bei den ohne deutsche Beteiligung durchgeführten Prager Konsultationen vom Krenlchef persönlich informiert worden waren, mußte die DDR über den Korrespondenten des „Neuen Deutschland“ in Bonn bei der dortigen sowjetischen Botschaft eine Unterrichtung erbitten¹⁷⁹! Nur mit peinlicher Verspätung konnte der DDR-Rundfunk bestätigen¹⁸⁰, was Smirnow am 2. September im Palais Schaumburg dem Bundeskanzler gesagt hatte. In dem Kanzleramtsminister Westrick ausgehändigten Aide-mémoire¹⁸¹ wurde aufgrund der Ergebnisse der Adschubej-Mission erklärt, der sowjetische Regierungschef sei zu einem Gipfeltreffen bereit und schlage vor, über die diplomatischen Kanäle einen Termin zu vereinbaren.

Zu diesem Zeitpunkt waren in Bonn die Vorbereitungen für das Spektakel schon angelauten. Dabei gab es keine Illusionen über die Motive des Krenlchefs und die möglichen Erfolgsaussichten, besonders hinsichtlich des Deutschland-Problems¹⁸². Immerhin glaubte man aber, auf sowjetischer Seite eventuell bestehende Fehleinschätzungen der Ernsthaftigkeit des deutschen Wiedervereinigungsstrebens korrigieren¹⁸³ und wenigstens „Entwicklungsmöglichkeiten der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Hinblick auf eine Lösung der deutschen Frage“ ausloten zu können¹⁸⁴.

¹⁷⁶ Vgl. Vermerk von Berg über Gespräch mit Spiegel-Korrespondent Jaene, 11.8. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Norden, IV A 2/2.028/34.

¹⁷⁷ Vgl. Der Spiegel, 9.9.1964, S.3f.

¹⁷⁸ Zu den Reaktionen der internationalen Presse vgl. die Drahtberichte der Botschaften, 4.9. 1964, in: BA, B 136, Bd.2089.

¹⁷⁹ Vgl. Florin an Ulbricht, 27.10. 1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/322.

¹⁸⁰ Vgl. Frankfurter Neue Presse, 5.9. 1964: „Unbehagen in der SED über den Bonn-Besuch Chruschtschows“.

¹⁸¹ Vgl. die Übersetzung in: LES, NE 277. Für das Original vgl. BA, B 136, Bd.2089, Blatt 41.

¹⁸² Vgl. Kommentar der Diplomatischen Korrespondenz, 3.9. 1964, in: DzD IV/10, S.953f.; Runderlaß Ruete, 7.9. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, Bd.764.

¹⁸³ Vgl. Runderlaß Carstens, 30.7. 1964, in: PA/AA, Büro StS, VS-Bd.428 (B 150, Aktenkopien 1964).

¹⁸⁴ Aufzeichnung Ruete, 12.8. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd.3120 (B 150, Aktenkopien 1964).

Nicht ausgeschlossen wurde ferner, daß Chruschtschow bereit sein könnte, „in untergeordneten Fragen [...] mehr Konzilianz als früher zu zeigen“¹⁸⁵. Unklarheit bestand jedoch in der Frage des für die Bundesregierung günstigsten Besuchstermins. Während Außenminister Schröder, der die Sache von Anfang an nicht zu sehr in den Vordergrund hatte rücken wollen¹⁸⁶, für ein frühes Datum noch im November plädierte¹⁸⁷, dachten Erhard und seine Berater eher an den Beginn des Jahres 1965¹⁸⁸. Dabei spielte nicht zuletzt die Überlegung eine Rolle, erst eine ausreichende Konsultation der Verbündeten sicherzustellen und erste verbindliche Ergebnisse der Verhandlungen über die MLF, die geplante Atomstreitmacht der NATO, abzuwarten¹⁸⁹.

Wie wichtig vor allem der erste Gedanke war, hatte bereits die Reaktion des französischen Staatspräsidenten gezeigt. Mit dem für Bonn unangenehmen Angebot, in eine Aussprache über die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands einzutreten, hatte de Gaulle Mitte August deutlich zu verstehen gegeben, daß jeder westdeutsche Alleingang mit Moskau angesichts der allen vier Siegermächten zustehenden Vorbehaltsrechte gefährlich werden könnte¹⁹⁰. Sofort gab sich Erhard alle Mühe, die Wogen zu glätten, und regte eine Begegnung mit dem General noch vor dem Treffen mit Chruschtschow an¹⁹¹. Das brachte ihm, obwohl er zum Ausgleich bald auch ein Vorgespräch mit Präsident Johnson ins Auge faßte¹⁹², die alarmierte Kritik seines „atlantisch“ orientierten Außenministers ein, der von einem „gaullistischen“ Kniefall dringend abriet¹⁹³. Keine Meinungsverschiedenheiten gab es jedoch über den deutsch-sowjetischen Gipfel als solchen¹⁹⁴. Am 10. September lag ein erster Entwurf für das offizielle Einladungsschreiben an Chruschtschow vor¹⁹⁵, und selbst die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen für den Staatsgast wurden bereits bedacht¹⁹⁶.

Doch nun entstanden weit größere Schwierigkeiten in Moskau. Am 6. September war auf den deutschen Techniker Horst Schwirkmann, der der Botschaft der Bundesrepublik zur Abwehr von Abhörversuchen des KGB beigeordnet war, ein Attentat

¹⁸⁵ Ebenda.

¹⁸⁶ Vgl. Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 31.7. 1964, in: BA, B 136, Bd.2089, Blatt 14f.

¹⁸⁷ Vgl. Gesprächsaufzeichnung Schröder/McGhee, 15.9. 1964, in: AAPD 1964/II, S.1015.

¹⁸⁸ Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/de Margerie, 10.9. 1964, in: Ebenda, S.1005; Vermerk Hohmann, 10.9. 1964, in: LES, NE 277.

¹⁸⁹ Vgl. Aufzeichnung Osterheld, 10.9. 1964, in: LES, NE 277. Vgl. auch Erhard an Johnson, 30.9. 1964, in: AAPD 1964/II, S.1082; FRUS 1964–1968, Bd.XIII: Western Europe Region, Washington 1995, S.78f.

¹⁹⁰ Vgl. Aufzeichnung Jansen, 18.8. 1964, zum französischen Aide-mémoire vom Vortag, in: AAPD 1964/II, Dok.234.

¹⁹¹ Vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/de Margerie, 10.9. 1964, in: AAPD 1964/II, Dok. 244.

¹⁹² Vgl. Die Welt, 7.10. 1964, „Bundeskanzler erwartet Johnson noch vor Chruschtschow in Bonn“.

¹⁹³ Vgl. Vermerk Westrick für Erhard, 11.9. 1964, in: LES, NE 277.

¹⁹⁴ Vgl. Kölnische Rundschau, 7.8. 1964: „Kein Zwist zwischen Erhard und Schröder“; Die Zeit, 21.8. 1964: „Übelnehmen gilt nicht . . .“ (Interview Schröder).

¹⁹⁵ Vgl. Aufzeichnung Ruete, 10.9. 1964, in: PA/AA, Referat II 4; Bd.764.

¹⁹⁶ Vgl. Stuttgarter Zeitung, 8.9. 1964: „Sicherheitsmaßnahmen für Besuch Chruschtschows“; Vermerk Bachmann, 18.9. 1964, in: BA, B 136, Bd.2089.

verübt worden¹⁹⁷. Ganz im Stil des Kalten Krieges hatte man den offenbar allzu erfolgreichen Spezialisten während eines Gottesdienstes im Kloster Sagorsk mit Senfgas angegriffen. Das Auswärtige Amt hatte die Sache fünf Tage lang geheimzuhalten versucht, bis erste Presseberichte¹⁹⁸ zu einem förmlichen Protest zwangen, der in einen mehrwöchigen Schlagabtausch mündete¹⁹⁹. Offensichtlich war die sowjetische Regierung von der Geheimdienstaktion selbst überrascht worden²⁰⁰, hatte jedoch nun ebenso wie die Bundesregierung ihr Prestige zu wahren. Erst nach harten Worten des Bundeskanzlers in der Öffentlichkeit²⁰¹ taten die Sowjets wohl das Äußerste, als sie schließlich die einem Schuldeingeständnis gleichkommende Zusage gaben, den Vorfall aufzuklären und bedauerten, „wenn derartige Taten begangen werden, die man schwerlich anders einschätzen kann denn als Versuch, die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu komplizieren“²⁰².

Wer aber konnte daran Interesse haben? Nach dem Umsturz im Kreml wußte man mehr. Hinter den Kulissen liefen freilich noch ganz andere Intrigen, bei denen auch die Adschubej-Mission noch einmal eine besondere Rolle spielte. Wie der Schwiegersohn Chruschtschows in seinen Erinnerungen berichtet hat²⁰³, rief ihn Anfang Oktober 1964 sein im Urlaub weilender Schwiegervater an, der ihn in auffälligem Geschäftston anwies, unverzüglich bei seinem amtierenden Stellvertreter Podgornyj vorzusprechen. Während dieser Begegnung mußte der „Iswestija“-Chef zu seiner Bestürzung schwerste Anklagen wegen seiner Deutschland-Reise vernehmen, die ihm aus einem Schriftstück vorgelesen wurden, das eine Aussage enthielt, die er in Westdeutschland gemacht haben sollte: „Was die Berliner Mauer anbelangt, so werde ich darüber sofort nach meiner Rückkehr mit Papa sprechen, und wir werden sie abreißen.“ Natürlich verwahrte sich der Journalist gegen die Verleumdungen und suchte ihre Quelle festzustellen. Der spätere Geheimdienstchef Andropow konnte ihm am Ende Aufschluß geben: Andropow selbst wollte die Informationen bei einer Begegnung mit polnischen KP-Funktionären erhalten haben, die sogar vorgegeben hätten, ein Tonband mit den anstößigen Äußerungen zu besitzen. Den eigentlichen Zweck der Aktion ließ jedoch erst nach der Absetzung Chruschtschows der Bericht eines seiner Mitarbeiter erkennen. Demnach war dem Regierungschef das heikle Dossier, anders als

¹⁹⁷ Vgl. dazu *Der Spiegel*, 23. 9. 1964, S. 31 f. Vgl. ferner John Barron, *KGB. The Secret Work of Soviet Secret Agents*, New York 1974, S. 8.

¹⁹⁸ Vgl. zum Hergang Aufzeichnung Kastl für Schröder, 13. 9. 1964, in: PA/AA, Referat L 4, Bd. 51. Vgl. ferner *Tagesspiegel*, 12. 9. 1964: „Anschlag auf deutschen Beamten in Moskau“; *FAZ*, 16. 9. 1964: „Affäre Schwirkmann“.

¹⁹⁹ Vgl. Gesprächsaufzeichnung Schröder/Smirnow, 11. 9. 1964, sowie die Protestnote, in: PA/AA, Ministerbüro, Bd. 242 bzw. VS-Bd. 8420 (B 150, Aktenkopien 1964). Den weiteren Notenwechsel, 23. 9., 29. 9. und 10. 10. 1964, vgl. in: Ebenda, Referat II 4, VS-Bd. 3119.

²⁰⁰ Vgl. Gesprächsaufzeichnung Carstens/Smirnow, 21. 9. 1964, in: AAPD 1964/II, S. 1042.

²⁰¹ Vgl. etwa *Wahlrede Hannover*, 21. 9. 1964, in: LES, NE 346; *Pressekonferenz*, 25. 9. 1964, in: DzD IV/10, S. 1024–1027.

²⁰² Vermerk Kastl, 13. 10. 1964, zur sowjetischen Note vom 10. 10. 1964, in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd. 3119 (B 150, Aktenkopien 1964).

²⁰³ Vgl. zum Folgenden Adschubej; *Gestürzte Hoffnung*, S. 341 ff.

üblich, durch einen Moskauer Kurier persönlich überbracht worden. Hätte er es – so hat Adschubej rückblickend vermutet – routinemäßig ohne genauere Kenntnisnahme abgezeichnet und nicht unmittelbare Aufklärung verlangt, wäre ihm wohl der Vorwurf gemacht worden, er habe die unverantwortlichen Aufschneiderien seines Schwiegersohnes gedeckt, den er auch noch zum Außenminister habe machen wollen.

Bekanntlich konnte sich Chruschtschow trotz aller Umsicht nicht retten. Über seine Ablösung wurde die SED-Führung – erstmals seit langem bei einer Neuigkeit von vergleichbarer Bedeutung – vor den westlichen Regierungen und Medien sowie vor allem vor der westdeutschen Regierung unterrichtet – und zwar durch Leonid Breschnew höchstpersönlich²⁰⁴. Schon zuvor hatten sich die „Königsmörder“ mit Solidaritätsbekundungen für die DDR zu profilieren versucht: So hatte Kossygin Anfang Oktober 1964 mit demonstrativer Geste eine ostdeutsche „Geburtstagsausstellung“ in Moskau²⁰⁵ eröffnet, Suslow kurz darauf jedes politische Geschäft auf Kosten der DDR verdammt und Breschnew zuletzt noch anlässlich der Ostberliner Feiern zum 15. Jahrestag der DDR-Gründung am 7. Oktober 1964 mit Ulbricht konferiert²⁰⁶.

Stand aber ein deutschlandpolitisches Geschäft zwischen dem ukrainischen Bauernsohn und dem westdeutschen Wirtschaftsprofessor überhaupt je zur Debatte? Natürlich machte sich der Bonner Regierungschef keine Illusionen, mit Chruschtschow die deutsche Einheit aushandeln zu können²⁰⁷. Aber er rechnete doch immerhin mit einer Zwangssituation der Sowjets, die der eigenen Deutschlandpolitik Ansatzpunkte bieten konnte. Schon bei seinem Antrittsbesuch in den USA hatte der Bundeskanzler im Dezember 1963 seine Auffassung zu Protokoll gegeben, daß sich Chruschtschow angesichts des wachsenden Selbstbewußtseins der Satellitenstaaten, des zum offenen Machtkampf eskalierenden Streits mit den Chinesen und der wirtschaftlichen Herausforderungen im eigenen Land „tatsächlich in einer schwierigen Lage befinde“²⁰⁸. „An irgendeiner Stelle müsse Rußland nachgeben“, glaubte er und erläuterte Johnson die bemerkenswerte Idee eines Stufenplans, „der gleichzeitig die Selbstbestimmung (und die Wiedervereinigung sei die natürliche Folge daraus) und deutsche Opfer einander gegenüberstelle“. Es müsse doch, so lautete die tiefste Überzeugung des Marktwirtschaftlers, „einen Punkt geben, wo man sogar mit einem Kommunisten über den Austausch wirtschaftlicher und politischer Vorteile sprechen könne“²⁰⁹.

²⁰⁴ Vgl. Telefonnotiz Honecker/Breschnew, 15.10.1964, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/322. Zur Unterrichtung Erhards vgl. Gesprächsaufzeichnung Erhard/Smirnow, 16.10.1964, in: AAPD 1964/II, Dok.286.

²⁰⁵ Vgl. Neues Deutschland, 4.10.1964: „Größte DDR-Schau im Ausland öffnete ihre Pforten“.

²⁰⁶ Vgl. Tatu, Macht und Ohnmacht im Kreml, S.403ff. Zur Bewertung vgl. auch Renata Fritsch-Bournazel, Die Sowjetunion und die deutsche Teilung. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945–1979, Opladen 1979, S.72.

²⁰⁷ Vgl. Informationsgespräch Erhard/Gruson (Washington Post), 17.9.1964, in: LES, NE 335.

²⁰⁸ Gesprächsaufzeichnung Erhard/Johnson, 28.12.1963, in: AAPD 1963/III, S.1677; dort auch das folgende Zitat. Vgl. auch FRUS 1961–1963, Bd.XV, S.660.

²⁰⁹ Gesprächsaufzeichnung Erhard/Johnson, 29.12.1963, in: AAPD 1963/III, S.1706. Vgl. auch FRUS 1961–1963, Bd.XV, S.675.

Diese Vorstellung bewegte Erhard seit langem. Schon als Wirtschaftsminister hatte er im August 1955 für die Moskaureise Adenauers ein auf innerdeutsche Erleichterungen zielendes Verhandlungspapier seines Hauses vorgelegt, das freilich über das Planungsstadium nie hinausgekommen war²¹⁰. Ein ebenfalls ökonomisch fundiertes Kalkül stand offenkundig im Hintergrund der immer wieder propagierten These, zur Lösung der Deutschland-Frage bedürfe es Opferbereitschaft. Zugleich war es das entscheidende Argument für das beharrliche Bemühen, die bröckelnde Front des Westens bei der Verweigerung langfristiger Kredite an die UdSSR zu erhalten²¹¹. Erfolgsaussichten hatte sein Konzept – wie der Kanzler wußte – allerdings nur, wenn es in den Entspannungsdialo­g der Supermächte eingebunden würde. Noch Anfang Mai 1964 erklärte er dem amerikanischen Publizisten Walter Lippman, die USA müßten „auch einmal das Herz haben zu sagen, die deutsche Frage gehört eben auch dazu“²¹².

Im selben Hintergrundgespräch räumte Erhard auch das innenpolitische Motiv seiner Überlegungen ein. Gegenüber Johnson und Rusk wies er vier Wochen später sogar ganz offen auf den herannahenden Termin der Bundestagswahlen von 1965 hin²¹³. Als der Kanzler dies sagte, war das Scheitern seiner Deutschland-Initiative bereits absehbar. Der amerikanische Präsident selbst hatte die Westdeutschen durch den in der „Quick“ veröffentlichten Appell zur Verständigung mit den Sowjets zusätzlich verunsichert. Beides, Johnsons unmißverständliche Aufforderung ebenso wie der Druck der öffentlichen Meinung, dürfte den Bonner Regierungschef bewogen haben, nun seinerseits den Kontakt mit Chruschtschow zu suchen. Für ihn bestand ohnehin kein Zweifel, daß die Deutschlandfrage der „innere und feste Kern“ sei, auf den jede Entspannungspolitik notwendig stoßen mußte, und er war ebenso gewiß, sich hier in voller Übereinstimmung mit Washington zu befinden²¹⁴. Sollte dies in einer Art deutsch-amerikanischen Arbeitsteilung nicht auch in Moskau klarzumachen sein?

Das erste Ziel eines Gipfeltreffens war es daher, den sowjetischen Regierungschef davon zu überzeugen, daß jede Hoffnung auf eine Preisgabe des Einheitspostulats vergeblich sei. Noch am 15. Oktober 1964, kurz bevor der Machtwechsel im Kreml bekannt wurde, gab der Kanzler vor dem Bundestag seiner Hoffnung Ausdruck, daß Chruschtschow dann vielleicht abwägen werde, „ob ein wiedervereinigtes Deutschland nicht auch für die Sowjetunion ein besserer Partner wäre als eine durch widerrechtliche und widernatürliche Spaltung zur Unruhe verurteilte deutsche Na-

²¹⁰ Vgl. Aufzeichnung „Die Stellung der Wirtschaftspolitik in der politischen Zielsetzung der Moskauer Gespräche“, 23. 8. 1955, in: BA, NL Brentano, Bd. 170; gedruckt: Alfred Müller-Armack, *Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke*, Tübingen/Stuttgart 1971, S. 81–90.

²¹¹ Vgl. etwa AAPD 1963/III, S. 1360f., 1450f., 1609f. und 1678f.; AAPD 1964/I, S. 63–66 und 330. Vgl. auch Angela Stent, *Wandel durch Handel. Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion*, Köln 1983, S. 125–130.

²¹² Informationsgespräch Erhard/Lippman, 5. 5. 1964, in: LES, NE 335.

²¹³ Vgl. die Gesprächsaufzeichnungen vom 12. 6. 1964, in: AAPD 1964/I, S. 647 bzw. 652.

²¹⁴ Erhard vor der Fraktion, 23. 6. 1964, in: ACDP, VIII-001-1009/3. Vgl. auch Interview Erhard/Oakes (*New York Times*), 29. 6. 1964, in: LES, NE 340/22.

tion²¹⁵. Dem Kremlchef diesen Gedanken nahezubringen, war daher ein weiteres Ziel der geplanten Begegnung. In diesem Zusammenhang hatten die gegenüber Adschubej abgegebenen Versicherungen hinsichtlich der deutschen Ostgrenzen ihren Sinn. Dem gleichen Zweck diene zweifellos die bei demselben Anlaß bekräftigte Bereitschaft zur Verbesserung der Handelsbeziehungen. Schließlich paßte auch das Vorhaben in diesen Rahmen, bei Chruschtschow mögliche Befürchtungen wegen der westdeutschen Avancen gegenüber den Ostblock-Staaten zu zerstreuen. Er habe „immer die Sorge“, gestand Erhard Mitte September, „daß wirklich diese deutschen Bemühungen aufgefaßt werden, als ob wir sozusagen die aufhetzen und ihre Verbindungen mit Moskau unterwühlen wollten“²¹⁶.

Konkrete Ergebnisse erwartete der Bundeskanzler, wie er auch bei dieser Gelegenheit erklärte, von dem Besuch Chruschtschows noch nicht. Allenfalls in bezug auf Berlin ließen sich seiner Ansicht nach „vielleicht einige Randfragen schon etwas näher präzisieren“, womit wohl die Einbeziehung in bilaterale Verträge gemeint war. Ferner wollte Erhard den Kremlchef – wie er es schon gegenüber dessen Schwiegersohn getan hatte – drängen, „ob er nicht auf seinen Freund Ulbricht Einfluß ausüben kann, daß diese Unmenschlichkeiten endlich einmal aufhören“. Einen direkten deutschlandpolitischen Vorstoß aber plante der Kanzler nicht, wohl wissend, daß sich Chruschtschow im Freundschaftsvertrag mit der DDR „mindestens äußerlich“ noch einmal so festgelegt hatte, „daß wenig übrigbleibt“. Auch den Traum vom großen Tauschgeschäft wollte er für sich behalten, obwohl er ihn weiterhin hegte. „Um Gottes Willen, da kann man vielleicht dran denken, aber nicht darüber sprechen!“, lautete seine nüchterne Einsicht²¹⁷.

Und der sowjetische Regierungschef? Endgültigen Aufschluß über die Absichten Chruschtschows können nur die Moskauer Akten geben. Die gegenwärtige Quellenlage erlaubt jedoch immerhin eine Annäherung. Schon die seinerzeit bekanntgewordenen Äußerungen gaben bei ruhiger Betrachtung wenig Anlaß zu den in der westlichen Öffentlichkeit kursierenden Gerüchten. Gerade im Sommer 1964 machte Chruschtschow mehrfach deutlich, daß er nicht bereit war, gegenüber der Bundesrepublik von jenem Kurs aus Verständigungsbereitschaft und Härte abzugeben, den bereits im März des Jahres die Koinzidenz des von Smirnow überbrachten Gesprächsangebots und der „TASS“-Erklärung zur Deutschland-Frage sichtbar gemacht hatte. Wörtlich zitierte er am 12. Juni, dem Tag der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags mit der DDR, aus der letzteren den Vorwurf, die Bonner Politik sei „die aggressivste und abenteuerlichste in Europa“. Andererseits erkannte er aber an, daß „sogar in den Reihen der westdeutschen Bourgeoisie“ der Wunsch nach Entspannung vorhanden sei, und erneuerte seine Bereitschaft zu „Freundschaft und Zusammenarbeit in friedlichem Wirkungskreis“. Zugleich verwahrte er sich jedoch heftig gegen jede deutschlandpolitische Vorbedingung, verwies auf die festgegründete Existenz der

²¹⁵ BT, Stenographische Berichte, Bd. 56, S. 6786D.

²¹⁶ Informationsgespräch Erhard/Gruson (Washington Post), 17. 9. 1964, in: LES, NE 335.

²¹⁷ Ebenda.

DDR und riet der Bundesregierung ostentativ, „dieser für sie zwar unangenehmen, jedoch völlig realen Tatsache Rechnung zu tragen“²¹⁸. Im selben Sinne äußerte er einige Tage darauf während seiner Rundreise durch Skandinavien, die DDR werde „nicht verschwinden, wie manche es vielleicht wünschen“, sondern werde „eine große und starke Republik werden“²¹⁹. Auch hier bekräftigte er aber die Bereitschaft, „extensive Kontakte zur Bundesrepublik zu entwickeln“²²⁰. An eben dem Tag, da sein Schwiegersohn in der Bundesrepublik eintraf, wettete Chruschtschow dann wie zur Einstimmung erneut gegen die angeblich kriegslüsternden „imperialistischen Kräfte“, die die sozialistischen Staaten gegeneinander auszuspielen trachteten²²¹.

Auch die Ende der sechziger Jahre entstandenen und inzwischen in ihrer Authentizität gesicherten Erinnerungsberichte des pensionierten Sowjetführers lassen nirgends erkennen, daß er in bezug auf Deutschland je mit etwas anderem als einem Sieg des Sozialismus gerechnet hätte²²². Die aus den west- und ostdeutschen Akten rekonstruierbaren deutschlandpolitischen Äußerungen und Initiativen ergeben kein anderes Bild. Danach dachte der Kremlchef nicht an substantielle Zugeständnisse. Im Gegenteil, er hoffte offenbar, nach dem Durchbruch zur Entspannungspolitik nun auf kaltem Weg jene Fixierung des Status quo in Deutschland zu erreichen, die er durch das ultimative Verlangen nach einer formellen Friedensregelung während der Berlin-Krise nicht hatte erzwingen können. Waren nicht die in den blutigen Strudel des Vietnam-Kriegs geratenen USA endlich zum bilateralen Arrangement bereit, und ließen sie nicht den in der Deutschlandpolitik um Profilierung ringenden Nachfolger Adenauers eine entspannungspolitische „Kröte“ nach der anderen schlucken? „Johnson mit seinem Kasernenhoftou hat grob auf Bonn gedrückt: Sprecht mit der Sowjetunion!“, frohlockte Chruschtschow Ende Mai 1964 mit Blick auf das „Quick“-Interview und fügte hinzu: „Wir haben keine Aussichten auf Vereinbarungen. De Gaulle möchte, daß wir das jetzt eingestehen. Alles soll bleiben, wie es ist. Er hat im Grunde recht.“²²³

Hier lag das Fundament der Überlegungen des Kremlführers. Dies war die Basis, auf der der Freundschaftsvertrag mit der DDR seine weit über die Zonengrenze hinausgehende Bedeutung erhielt, wie er Walter Ulbricht am 11. Juni mitteilte: „Es ist zu erwarten, daß Bonn gegenüber der DDR frecher werden wird. Gleichzeitig werden sie uns Verbeugungen machen. Darum ist der Vertrag wichtig. Den revancharischen Kreisen in Bonn wird klargemacht, daß sich militärisch nichts ändert, daß wir an

²¹⁸ Rede Chruschtschow, 12. 6. 1964, in: DzD IV/10, S. 690f.

²¹⁹ Neues Deutschland, 19. 6. 1964: „Erkennen Sie die DDR an!“

²²⁰ FAZ, 22. 6. 1964: „Chruschtschow legt sich Zurückhaltung auf“.

²²¹ Rede Chruschtschow in Warschau, 20. 7. 1964, in: Neues Deutschland, 23. 7. 1964: „Polen schuf ein wahres Wunder“.

²²² Vgl. Chruschtschow erinnert sich, hrsg. von Strobe Talbott, Reinbek 1971, S. 454–462; Khrushchev Remembers. The Last Testament, ed. by Strobe Talbott, London 1974, S. 500–509; Khrushchev Remembers. The Glasnost Tapes, Foreword by Strobe Talbott, translated and ed. by Jerrold C. Schecter with Vyacheslav V. Luchkov, Boston/Toronto/London 1990.

²²³ Gesprächsnotiz Ulbricht/Chruschtschow, 30. 5. 1964, in: PA/AA, Bestand MfAA, C 843/75.

den Grenzen zusammenstehen. Das ist von eminenter Bedeutung für die Stabilisierung der Lage der DDR und die Schwächung der revanchistischen Hoffnungen in Bonn und in den Vereinigten Staaten²²⁴.

Chruschtschow glaubte, die Bundesregierung sei in einer Zwangslage, die er im direkten Anlauf auszunutzen trachtete. Es ging darum, nach den Westmächten endlich auch die Westdeutschen zum pragmatischen Dialog unter Zurückstellung der strittigen Grundsatzfragen zu bewegen. Genau dies war bekanntlich auch der Tenor der verschiedenen persönlichen Botschaften an Ludwig Erhard. Nichts anderes verbarg sich hinter den Kontakten über die Militärattachés in London, die Chruschtschow am 11. Juni gegenüber Ulbricht ebenfalls erwähnte. Nach einer ersten Begegnung Anfang des Monats regte die sowjetische Seite sechs Wochen darauf, noch ehe Adschubejs Termin beim Kanzler feststand, eine weitere Zusammenkunft an und ließ am 27. Juli offizielle Angaben über ihre Absichten übermitteln. Danach hielt es die Sowjetregierung für „wünschenswert, auch in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik die Normalisierung und Entspannung zu erreichen, wie es mit anderen Ländern des Westens bereits gelungen sei“. Wie stets verwahrte sie sich gegen „unerfüllbare Vorbedingungen“, zu denen sie vor allem jede Erwartung auf einen Bruch mit der DDR oder eine Preisgabe der Oder-Neiße-Grenze zählte. Andererseits sah sie unterhalb dieser Ebene genügend Spielraum für eine Verständigung und leitete daraus ihr Interesse an einem Gipfeltreffen her. Der innenpolitische Rückhalt Erhards wurde als „ausreichend stark“ für eine Überwindung etwaiger Widerstände gehalten und dazu großmütig versichert, die UdSSR „würde bemüht sein, ihn hierbei nicht in Verlegenheit zu bringen“²²⁵.

In diesen Rahmen gehörte schließlich auch die Mission Alexej Adschubejs in der Bundesrepublik. Ihr wesentlicher Zweck war es offenbar, die westdeutsche Festung sturmreif zu schießen. Doch so erfolgreich der Schwiegersohn in Bonn auch operierte, einige seiner Schüsse gingen über das Ziel hinaus und richteten schwere Schäden im eigenen Lager an. In der aufgeregten Stimmung des Sommers 1964 entstand der irrije Eindruck, Chruschtschow sei zu Konzessionen genötigt. Dabei empfand dieser am Vorabend seines Sturzes das genaue Gegenteil. Einer seiner engsten Berater hat berichtet, er habe seinen Chef „nie so glücklich und zufrieden gesehen“ wie bei seiner letzten Auslandsreise in die Tschechoslowakei Ende August/Anfang September 1964: „Es schien sogar, als sei er stärker von sich überzeugt als jemals zuvor.“²²⁶ In eben dieser Zeit fiel die Entscheidung zur Annahme der Einladung in die Bundesrepublik. Chruschtschow mag dabei geglaubt haben, durch einen entspannungspolitischen Coup mit Bonn das Kuba-Debakel vergessen zu lassen und zugleich im Streit mit Peking die entscheidende Rechtfertigung seiner Koexistenz-Politik gewinnen zu können.

²²⁴ Gesprächsnotiz Ulbricht/Chruschtschow, 11. 6. 1964, in: Ebenda.

²²⁵ Aufzeichnung Holtorff, 29. 7. 1964 (Anlage zu Thierfelder an AA, 30. 7. 1964), in: PA/AA, Referat II 4, VS-Bd. 3961 (B 150, Aktenkopien 1964).

²²⁶ Fjodor Burlazki, Chruschtschow. Ein politisches Porträt, Düsseldorf 1990, S. 278 f.

So ist anzunehmen, daß bei dem deutsch-sowjetischen Gipfel, wäre er denn zustande gekommen, auf keiner Seite entscheidende Positionsverschiebungen zu erwarten gewesen wären. Ein sachliches Ergebnis hätte allenfalls, wie auch die DDR-Führung im Nachhinein erfuhr²²⁷, in einer pragmatischen Lösung für die Einbeziehung West-Berlins in einen neuen Handelsvertrag liegen können. Darüber hinaus dürfte Chruschtschow lediglich geplant haben, zur rechten Zeit die Rehabilitierung der Wolga-Deutschen zu präsentieren, die er bereits am 29. August 1964 verfügt, jedoch interessanterweise geheimgehalten hatte²²⁸.

Doch es kam alles anders. Nikita Chruschtschow wurde gestürzt, seine Nachfolger zeigten an der westdeutschen Einladung kein Interesse mehr. Vor allem aber geriet nun die deutsche Frage unaufhaltsam ins Abseits. Die letzte gemeinsame Deutschland-Erklärung der drei Westmächte, die am 12. Mai 1965 veröffentlicht wurde²²⁹, hatte mit der von der Bundesregierung gewünschten Initiative nichts mehr gemein. Der DDR erging es kaum besser. Zwei Monate später, am 20. Juli 1965, mußte sich Staatssekretär Michael Kohl von seinem sowjetischen Kollegen Semjonow sagen lassen, man könne in den deutschen Angelegenheiten nicht ständig protestieren, „denn wenn einem Protest keine Tat folgt, werde das Prestige des protestierenden Staates abgewertet. Die UdSSR könne sich das nicht leisten.“ Zwar sei es verständlich, daß sich die DDR manchmal mehr wünsche, doch sei zu berücksichtigen, „daß sich die UdSSR in einer etwas anderen Lage befinde und die Dinge vom weltpolitischen Aspekt sehen müsse“²³⁰. Die Übereinstimmung mit der Position der westlichen Supermacht ist evident.

Als vier Jahre später erstmals wieder eine direkte Verbindung zwischen dem Bonner Kanzleramt und dem Kreml geknüpft wurde, ging es nur noch um die Modalitäten des Status quo. Doch die Fäden, die diese Verbindung ermöglicht hatten, waren aus einem Garn gesponnen, das sich schon bei den Vorbereitungen für die Adschubaj-Mission bewährt hatte. Der Ende 1969 eingerichtete „geheime Kanal“ zwischen Willy Brandt und Leonid Breschnew, der für den Abschluß des Moskauer Vertrags im folgenden Jahr entscheidend werden sollte, wurde nämlich wieder über Heinz Lathe und Walerij Lednew hergestellt²³¹; dieses Mal aber mit erheblich weitreichenderen geschichtlichen Folgen.

²²⁷ Vgl. Vermerk Hüttner, 12. 11. 1964, über Gespräche mit dem Prorektor des Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen, Rosanow, in: PA/AA, Bestand MfAA, A 00165, Mikrofiche 1.

²²⁸ Vgl. *Le Monde*, 7. 1. 1965: „Les Allemandes de la Volga sont réhabilités, mais leur République ne sera pas rétablie“. Vgl. auch Tatu, *Macht und Ohnmacht im Kreml*, S. 393.

²²⁹ Vgl. *DzD IV/11*, S. 595 f.

²³⁰ Gesprächsvermerk Kohl, 22. 7. 1965, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/77.

²³¹ Vgl. Wjatscheslaw Keworkow, *Der geheime Kanal. Moskau, der KGB und die Bonner Ostpolitik*, Berlin 1995, S. 36–62.

Dokumentation

GERHARD SCHULZ

SAND GEGEN DEN WIND

Letzter Versuch zur Beratung einer Reform der Weimarer
Reichsverfassung im Frühjahr 1933

I.

In einer Zeit, da sich in politischer wie in rechtlicher, verfassungspolitischer Beziehung sowohl im Blick auf Europa als auch auf weltweite Prinzipien nicht nur völkerrechtlicher Art neuartige Fragen stellen, obwohl manche der älteren noch keineswegs beantwortet sind, mag es Interesse finden, wenn die Aufmerksamkeit auf einen bislang kaum beachteten Vorgang während der ersten Monate des Jahres 1933 gelenkt wird, der einen Versuch zur Wahrung staatlicher Kontinuität bezeugt. Das geschieht auch in der für den Historiker bemerkenden Kenntnis des Dahinschwindens originärer Quellen, allen bewahrenden Bemühungen der großen Archive zum Trotz. Die an dieser Stelle zitierten wenigen Akten gehörten zu dem Nachlaß einer einflußreichen Persönlichkeit der Weimarer Republik, Curt Joël. Er war von 1920 bis 1931 unter wechselnden Ministern Staatssekretär im Reichsjustizministerium – der am längsten amtierende Staatssekretär in der Weimarer Republik – und schließlich in der zweiten Regierung Brüning 1931–32 selbst Reichsjustizminister, übrigens als einziger jüdischer Angehöriger des Kabinetts¹. Während der vergangenen Jahre ist der wichtige Nachlaß Joëls in Verlust geraten. Die hier herangezogenen Aktensplitter bilden einen kleinen Rest, der in Photokopien erhalten ist². Sie bezeugen einen ohne unmittelbare Folgen gebliebenen Vorgang, der jedoch Rückschlüsse auf Haltungen und Orientierungsbemühungen eines Kreises namhafter Persönlichkeiten in der Phase der Übergänge zu Beginn des Jahres 1933 zuläßt. Hierbei knüpfte man noch einmal an die lebhaften Erörterungen zur Reichsreform in Gestalt einer Verfassungsreform an, letztlich ihren Ausklang dokumentierend, aber in deutlichem Kontrast zu jenen vielfältigen Maßnahmen, die man gemeinhin unter dem treffenden wie unabweisbaren Schlagwort der Gleichschaltung zusammenfaßt.

Politische Systeme erweisen sich so stabil wie die bewährten, über längere Zeit eingeübten Regeln und Gewohnheiten des öffentlichen Lebens. Nach dem Untergang der Monarchie war die Republik von Weimar im Bewußtsein vieler Bürger, soweit sie sich ihr zuwandten und sie nicht bekämpften, nicht so sehr Raum für Parteiprogramme als vor allem Verfassungsstaat. Aber die Reichsverfassung war notleidend geworden.

¹ Vgl. Klaus-Delev Godau-Schüttke, Rechtsverwalter des Reiches. Staatssekretär Dr. Curt Joël, Frankfurt a. M./Bern/Cirencester 1981.

² Der Verfasser dankt Herrn Prof. Dr. Hans Hattenhauer, Kiel, für die Übermittlung dieser Unterlagen.

Der von der Regierung Brüning angesichts der Parteienverhältnisse im Reichstag seit 1930 beschrittene Weg, die schließlich nicht mehr mögliche ordentliche parlamentarische Gesetzgebung durch Notverordnungen zu ersetzen, führte zur permanenten Aktivierung der ausnahmerechtlichen Diktatur des Reichspräsidenten, der überdies der Verfassung nach in oberster Instanz die Kommandogewalt über die Wehrmacht ausübte. Das verschaffte seiner starken verfassungsrechtlichen Position praktisch auch realpolitischen Zuwachs, was letztlich gar die Beziehungen zwischen dem Staatsoberhaupt und dem jeweiligen Reichskanzler belastete, der die „Richtlinien der Politik“ zu bestimmen und zu verantworten hatte. Ohne diese Vorstufe wäre später die verhältnismäßig rasche Ausbildung des nationalsozialistischen Führerstaates seit 1934 wahrscheinlich kaum möglich gewesen. Die große Macht und zunehmende Entscheidungsfülle an der obersten Spitze des Reiches zog Aufmerksamkeit, Interessen, Begehrlichkeiten auf sich und gab Veranlassung zur Entwicklung von Strategien. Auch restaurative monarchistische Ambitionen kamen ins Spiel. Die Grenzen der üblicherweise so genannten Diktaturgewalt waren der Verfassung nach eng. Sie beschrieben einen diktaturfesten Rechtsstaatskern, dem gegenüber sich die Zentralgewalt in Gestalt des Staatsoberhauptes mit angeschlossener Reichsexekutive stetig fortbildete; einzelne Verfassungsrechtler erörterten noch weitergehende Konstruktionen.

Der zum Sturz der Regierung v. Papen entschlossenen Mehrheit im Reichstag begegnete Reichspräsident v. Hindenburg mit der Auflösungsordre, was verfassungsgemäß zur Neuwahl am 6. November 1932 führte. Eine Wiederholung dieses Aktes, jedoch unter – nicht mehr verfassungskonformer – Aussetzung einer neuen Wahl stand nach Vorstellungen der Reichskanzlei unter General v. Schleicher Ende Januar 1933 unmittelbar bevor³, als sich der greise Hindenburg für die von Papen vorbereitete und ihm nahegebrachte, vorher strikt abgelehnte Alternative entschied. Er beauftragte Hitler als den Führer der stärksten, aber im November zurückgegangenen und durch innere Streitigkeiten gefährdeten NSDAP mit der Regierungsbildung, im Bunde mit Hugenberg, dem Führer der restlichen Deutschnationalen, und der Wehrorganisation des Stahlhelms. Er selbst zog sich allmählich aus dem Brennpunkt der Entscheidungen zurück, was jedoch in der Öffentlichkeit längere Zeit gar nicht wahrgenommen wurde. Daß die Technik einer Machtergreifung der Nationalsozialisten⁴ schon in den nächsten Monaten zu raschem Erfolg führen würde, glaubten zunächst – mindestens bis zu den Tagen nach dem Reichstagsbrand – doch nur sehr wenige, keinesfalls viele Politiker. Inwieweit eine Wende und eine Ahnung des Kommenden schon in den nächsten Wochen eintrat⁵, unterliegt unterschiedlichen Urteilen. Die hier vorgelegten Dokumente gewähren hierzu bis April 1933 keinerlei Aufschluß.

³ Gerhard Schulz, *Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland*, Berlin/New York 1992, S. 1046f.

⁴ Der Erfinder des beispielhaften Topos „Technique of Revolution“, Stephen H. Roberts, läßt sich in seinem frühen, immer noch lesenswerten, überaus scharfsinnigen und klarsichtig prognostizierenden Buch, *The House that Hitler Built*, London 1938, S. 61, auch über die Fehlkalkulationen im Frühjahr 1933 aus: Hitler war zunächst tatsächlich ein „Kanzler in Ketten“, von Papen als „puppet chancellor“ betrachtet; aber er schwang sich zum „Volkskanzler“ auf.

⁵ Aufschlußreich erscheint das Ergebnis der Reichstagswahl am 5.3. 1933, das eine immer noch beachtliche Stärke der meisten alten Parteien anzeigte und der NSDAP zwar Erfolge, aber nicht mehr als 43,9 Prozent der Stimmen brachte. Die regionalen und lokalen Differenzen waren erheblich. Ausführlich hierzu Karl Dietrich Bracher, *Stufen der Machtergreifung*, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, *Die Nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, Köln/Opladen 1962, S. 93ff.

All dies ereignete sich in einer Situation großer weltweiter wirtschaftlicher Not, die alle Staaten vor stetig wachsende und zum Teil neuartige Aufgaben stellte, z.B. die der Arbeitsbeschaffung oder der „Wirtschaftsankurbelung“, wie man in Deutschland sagte. Ihre tradierten Gerüste und Exekutiven zeigten sich dem kaum irgendwo vollständig gewachsen. In Deutschland belastete dies auch wieder die umstrittenen Beziehungen zwischen Reichszentralgewalt und Ländern. Die Kommunen befanden sich in einer Dauernotlage, denen einige, allerdings kaum die großen Städte auf originelle Weisen zu entgehen suchten. Angesichts dieser Lage hatte die Regierung Papen im November 1932 eine Verfassungsreform, gar einen „Neuen Staat“ angekündigt⁶. Doch dies erwies sich weder als Fanfare noch als Schamade. Nennenswerte verfassungspolitische Entscheidungen fielen unter den Reichskanzlern Papen und Schleicher nicht.

Fast ebenso lange, wie die Reichsverfassung von 1919 Bestand hatte, wurde über ihre Reform diskutiert. Das fand in gemäßen sachlichen Formen statt, beschäftigte Juristen, einige Historiker, erfahrene hohe Beamte, vor allem aber Politiker der breiten Mitte, zwischen den Rändern der SPD und der DNVP, sowie der großen Verbände. Man sprach schon früh von einer „Reichsreform“, die nötig sei, und meinte damit zunächst das durch die Verfassung von Weimar in sehr enger Anlehnung an die Reichsverfassung von 1871 bestimmte Verhältnis zwischen Reichszentralinstanzen und Staaten, die sich fast alle auch so nannten, gelegentlich als „Freistaaten“ bezeichneten, wie Sachsen und Bayern; Hamburg, Bremen und Lübeck behielten die alten Bezeichnungen als Hansestädte bei, obgleich dieser Name seine frühneuzeitliche Bedeutung längst verloren hatte. Doch der erste Satz der neuen Reichsverfassung sprach von „Reich und Ländern“ und schien mit dem letzten, neuartigen Begriff eine Veränderung der überkommenen Situation darzulegen. „Reich und Länder“ war auch der erste Abschnitt der Reichsverfassung vom 11. August 1919 überschrieben – zu Beginn des Ersten Hauptteils, der „Aufbau und Aufgaben des Reiches“ betraf. Dem war die kurze Einleitung vorausgesetzt, die mit den heute pathetisch, anachronistisch klingenden Worten begann: „Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen . . .“ Politische Parteien kamen in der Reichsverfassung nicht vor.

Die ursprünglich von dem Staatenausschuß, der den ersten Verfassungsentwurf beriet, gewünschte Form „Geeinigt in seinen Stämmen“ setzte sich in der Nationalversammlung nicht durch. Sie hätte freilich nach Meinung des Verfassungskommentators Poetzsch-Heffter, der an der Entstehung der Reichsverfassung beteiligt war, auch keinen anderen Sinn ergeben⁷. Man kann ihm wohl zustimmen. Aber die gering scheinende Änderung der Ausdrucksweise spiegelte nicht nur abweichende Sprachempfindungen wider, sondern auch den deutlich akzentuierten Willen zur Stärkung des gewählten zentralstaatlichen Parlaments, der Nationalversammlung bzw. des Reichstags, in jeder nur möglichen Nuance.

Im Sinne der herrschenden Auffassung von Demokratie besaßen Nationalversammlung wie Länderparlamente gleichartige Legitimation, da sie aus allgemeinen Wahlen hervorgingen. Die Staatsgewalt ging unmittelbar „vom Volke aus“ und setzte dem monarchischen Staatenbund von 1871 – mit den drei verbliebenen Hansestädten – ein Ende. Doch die Organisation der Staatsgewalt und ihre Aufteilung zwischen Reich und Ländern

⁶ Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 1006–1011.

⁷ Fritz Poetzsch-Heffter, Handkommentar der Reichsverfassung vom 11. August 1919. Ein Handbuch für Verfassungsrecht und Verfassungspolitik, Berlin ³1928, S. 70.

nahm sich wesentlich umfanglicher und für die Nachlebenden komplizierter aus als die demokratischen Prinzipienklärungen. Sie setzte das föderative Prinzip der alten, monarchischen Reichsverfassung in die Form einer neuen, republikanischen um und führte es fort, zeigte aber eine veränderte Gewichtung zugunsten der Zentralgewalt des Reiches an. Die ersten großen politischen Konflikte berührten diese Linie, entwickelten sich an oder ergaben sich aus ihr⁸. Mit dem Sturz des Kaisertums und der mit der Reichsführung eng verbundenen preußischen Monarchie trat auch der größte Staat, das bislang hegemoniale Preußen in ein neues, politisch einflußreiches, aber in Entwicklung stehendes Verhältnis zum Reichsstaat ein. Das berührte zwangsläufig die Beziehungen zu anderen, namentlich den süddeutschen Staaten, Bayern voran, das sich auf überkommene Rechtselemente berief und hierin Rückhalt fand.

Die in der Reichsverfassung kaum berührte Problematik der Finanzverfassung führte vom Anbeginn der Republik sowohl zu einschneidenden Revisionen und perennierenden Veränderungen als auch zu weitwirkenden Reformen. Das ergab sich nicht nur aus den großen, zu einem Teil neuartigen Belastungen des Zentralstaates, deren Umfang zur Zeit der Verfassungsberatungen noch kaum geahnt und deren Auswirkungen nicht vorausgesehen wurden. Schließlich waren im Gefolge des ersten Weltkriegs auf der unteren Stufe der Reichsorganisation die Städte, die größten voran, mit der Erfüllung zuvor nicht existierender und weder vorausgesehener noch vorbereiteter Aufgaben einer ausgedehnten lokalen, personalstarken Exekutive – von der Lebensmittelrationierung und der Arbeitsvermittlung, Arbeitskräftezuteilung bis zu der gewaltig wachsenden Sozialfürsorge namentlich für Hinterbliebene – zu einer Bedeutung gelangt, die zunehmend innerpolitisches Gewicht erhielt.

Eigenes Leben charakterisierte die deutschen Städte schon seit langem. Ein großer Teil der frühneuzeitlichen Geschichte war Geschichte der Städte, ihrer Kultur und ihres Bürgertums. Es ist bezeichnend, daß Friedrich List in einer frühen Schrift die von Rousseau bezogene Idee der Volkssouveränität durch die Funktionen der städtischen Kommunen abwandelte. Im Gefolge der rasch voranschreitenden Urbanisierung und der Industrialisierung Deutschlands erhielten die größer werdenden Städte ein Gewicht, dem schließlich der liberale Reichstagspräsident und Berliner Oberbürgermeister Max von Forckenbeck 1879 durch Einberufung eines Städtetags gegen die Bismarcksche Zollpolitik auch politisch Geltung zu verschaffen suchte. Der Versuch scheiterte. Doch 1896 gelang die Gründung eines Preußischen Städtetages, der aus einem fraktionsartigen Zusammenschluß der Oberbürgermeister im preußischen Herrenhaus hervorging. 1905 kam es zur Gründung des Deutschen Städtetages⁹. Die zur energischen Interessenpolitik entschlossene Vertretung der Städte behielt aufgrund der umfanglicher werdenden Regelungen im

⁸ Vgl. Gerhard Schulz, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform, Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919 bis 1930*, Berlin/New York ²1987, S. 244f., 320–449. Auch die Ruhrkrise des Jahres 1923 weitete sich in Konflikten zur Strukturkrise des Reiches. Lange ist es üblich gewesen, sie ausschließlich als einen Konflikt der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen und als Wende der internationalen Beziehungen zu betrachten, was sie allerdings auch war. So zuletzt Klaus Schwabe (Hrsg.), *Die Ruhrkrise 1923*, Paderborn ²1986.

⁹ Vgl. Otto Ziebill, *Geschichte des Deutschen Städtetages*, Stuttgart/Köln ²1956, S. 31 ff.; Wolfgang Hofmann, *Städtetag und Verfassungsordnung. Position und Politik der Hauptgeschäftsführer eines kommunalen Spitzenverbandes*, Stuttgart usw. 1966, S. 5f., 180ff.

Rahmen der lokalen Allzuständigkeit innerhalb der Organisation der öffentlichen Gewalten in Deutschland dauernde Bedeutung. Dies bezeichnet einen starken Interessentenkreis in der permanenten Diskussion einer Reichsreform von den Gliedern bis zum Haupte.

Hierin spiegelt sich auch die voranschreitende Verdichtung des Sozialstaates. In der deutschen Geschichte verfügt er über drei Wurzeln, die zusammengewachsen sind. Die erste lag während der frühen Industrialisierung in der stetig Umfang gewinnenden, staatlich geförderten Versicherung der erfahrenen ständigen und ständig benötigten Arbeiter durch die Unternehmer gegen Unfall, Invalidität, Krankheit und auch schon zur Altersvorsorge, in Württemberg schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts¹⁰. Die zweite bildete die reichseinheitliche Bismarcksche Sozialgesetzgebung. Die dritte entstand im Gefolge der während des ersten Weltkrieges erwachsenen Aufgaben der Städte und Gemeinden auf der Grundlage ihrer Allzuständigkeit und Fürsorgepflicht. Für einen Teil dieser Aufgaben wurde durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge von 1927 eine oberste Behörde des Reiches zuständig, ein erster großer Reformschritt, der eine Teilentlastung der Kommunen brachte. Diese konnten durch kräftige Investitionen auf anderen Gebieten – Bauten, musterhafte Wohnsiedlungen, Energieversorgungen, Ausstellungswesen, Rundfunksender, Flugplätze, Nahverkehrsverbindungen, Museen u. a. m. – eine vielfach umstrittene, aber die kulturelle Färbung der inneren Politik weithin bestimmende Tätigkeit entfalten.

Der Deutsche und Preußische Städtetag hatte nach dem Ersten Weltkrieg unter seinen führenden Männern eine Reihe von bedeutenden Persönlichkeiten aufzuweisen, die sowohl in der Kommunalpolitik als auch in der Politik der Republik herausragten oder noch nach dem Zweiten Weltkrieg zu hervorragender Bedeutung gelangten. Zu nennen sind Konrad Adenauer, Hans Luther, Wilhelm Külz, Hermann Dietrich, Heinrich Sahn, Ernst Reuter oder Carl Goerdeler. Neben dem tonangebenden Deutschen Städtetag repräsentierte der Reichsstädtebund die mittleren und kleineren Städte und der deutsche Landgemeindetag die Landgemeinden. Die unterste Verwaltungsebene regte sich mithin auch in der Gestaltung und im Verhalten wichtiger Interessengruppen.

II.

Nach dem Ende des nur sechs Monate amtierenden Kabinetts des Reichskanzlers Franz v. Papen und unter der schwachen und unbedeutend gebliebenen Regierung seines Nachfolgers, des Generals v. Schleicher, fand sich eine Gruppe bekannter Wissenschaftler und einiger Politiker zusammen, die aus mehrjährigen Erfahrungen mit einer überwiegend auf die Macht und die Entscheidungskraft des Reichspräsidenten, des 85 Jahre alten Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, gestützten Regierungsweise erneut eine Diskussion über die Änderung der Reichsverfassung eröffneten.

¹⁰ Vgl. hierzu die materialreiche Arbeit von Christoph Bittel, Sozialpolitik im Oberamtsbezirk Heidenheim im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte einer württembergischen Industrieregion, phil. Diss. Tübingen 1992. Zum Sozialstaat vgl. zuletzt Gerhard A. Ritter, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1989.

In einem als „vertraulich!“ bezeichneten Schreiben¹¹ kündeten die vier Unterzeichner die Absicht an, „das Problem der Verfassungsreform auf einer Grundlage zu erörtern, die in persönlicher und sachlicher Hinsicht eine gewisse Garantie dafür gewährt, daß nur an eine verfassungsmäßige Fortentwicklung gedacht wird“. Die Unterzeichner waren der einstmalige erste Reichsjustizminister der Weimarer Republik und Stellvertreter des Reichskanzlers Eugen Schiffer¹², der Historiker Friedrich Meinecke¹³, der Staatsrechtler Hans Peters¹⁴ und der ehemalige Reichstagsabgeordnete, vormalige Parteiführer und langjährige Fraktionsvorsitzende der DNVP Graf Westarp¹⁵. Mit dem erwähnten Schreiben luden sie zur Beratung in einem kleinen Kreis ein. Zu den Eingeladenen zählte auch Joël, der sich zunächst zurückhielt, sich dann aber wenige Wochen später an diesem „freien Ausschuß für Verfassungsreform“ beteiligte, der seine erste Sitzung, noch in Abwesenheit Joëls, an einem Sonntag, dem letzten Tage vor der Regierungsbetrauung Hitlers, am 29. Januar 1933 abhielt. Die von Hans Peters gefertigte Niederschrift ist im folgenden als erstes Dokument abgedruckt.

Wenn die treibenden Köpfe innerhalb dieses Kreises auch von Anbeginn hervortreten, so läßt sich doch eine präzise Zielsetzung kaum erkennen. Deutlich erscheint das Empfinden der Überlebtheit der Reichsverfassung von Weimar, aus dem sich die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung ergibt, ohne daß sich Ziele schon erkennen ließen. Unter den Anwesenden überwiegt das sachkundige Element. Graf Dohna von der Universität Bonn, Peters selbst, Poetzsch-Heffter von der Universität Kiel und die beiden Wiener Professoren Hugelmann und Merkl¹⁶ repräsentieren eine starke Gruppe von Staatsrechtlern, was durch den als entschuldigt bezeichneten Professor Thoma aus Bonn noch unterstrichen erscheint. Aber auch die anderen Persönlichkeiten durften als ebenso kompetent wie erfahren in jahrelang erörterten Fragen der Reichsreform und einer Verfassungsreform gelten: Adametz, als Vertreter des aus den Reformdiskussionen hervorgegangenen Bundes zur Erneuerung des Reiches, des sogenannten Luther-Bundes, dem der ehemalige Reichskanzler bis zur Übernahme des Reichsbankpräsidentenamtes präsiidiert hatte, Gottfried v. Dryander, ehemaliger Geheimer Regierungsrat im Zivilkabinett des Kaisers, seit 1920 Reichstagsabgeordneter der Deutschnationalen und dann der Konservativen Volkspartei, ein Gefährte Graf Westarps, die ehemaligen Reichsminister Hamm, Sae-

¹¹ Durchschlag bei den Akten Joël, abgedruckt in: Godau-Schüttke, Rechtsverwalter des Reiches, S. 215.

¹² (1860–1954), November 1918–Juni 1919 Staatssekretär des Reichsschatzamt, vom Februar 1919 bis März 1920 zweimal Stellvertreter des Reichskanzlers, Reichsfinanzminister bzw. Reichsjustizminister 1919/20, dies auch 1921. Auf Vorschlag Schiffers wurde Joël zum 1. 1. 1920 zum Unterstaatssekretär im Reichsjustizministerium ernannt, später im Jahr zum Staatssekretär.

¹³ (1862–1954), Professor für neuere Geschichte an der Universität Straßburg, danach in Freiburg und in Berlin; 1948–1949 erster Rektor der neugegründeten Freien Universität Berlin.

¹⁴ (1896–1966), Professor an der Universität Berlin, 1928–1933 zugleich im preuß. Kultusministerium tätig, gehörte zu den Vertretern Preußens im Prozeß Preußen contra Reich vor dem Staatsgerichtshof 1932, 1949 Professor in Köln, Präsident der Görres-Gesellschaft.

¹⁵ Kuno Graf von Westarp (1864–1945), 1908–1918 MdR Konservativ, 1920–1930 MdR DNVP, 1925–1929 Fraktionsvorsitzender, 1926–1928 Parteivorsitzender, 1930–1932 MdR der Konservativen Volkspartei.

¹⁶ Karl Gottfried Hugelmann (1879–1959) wie Adolf Merkl (1890–1970), Schüler von Hans Kelsen. Beide lehrten im und nach dem Zweiten Weltkrieg an deutschen Universitäten, Hugelmann 1935–1944 in Münster und 1944–1959 in Göttingen, Merkl 1943–1950 in Tübingen.

misch, der entschuldigte Höpker-Aschoff, bis 1931 preußischer Finanzminister, von 1951 bis zu seinem Tode 1954 der erste Präsident des Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik, und der Geschäftsführende Präsident des Deutschen und Preußischen Städtetages, Oskar Mulert. Auch Friedrich Meinecke hatte sich gelegentlich an derartigen Erörterungen beteiligt. Im Rahmen der Parteiengeschichte gesehen, überwog ein altliberales oder nationalliberales, in die Deutsche Demokratische Partei – so Hamm, Höpker-Aschoff, Schiffer, Poetzsch-Heffter, letztlich auch Meinecke – oder in die Deutsche Volkspartei, wie im Falle von Mulert und Saemisch und wohl auch Adametz, transferiertes Element. Thoma, Graf Westarp, Graf Dohna und v. Dryander sind einer konservativen, aber strikt rechtsstaatlichen Seite zuzurechnen. Dies gilt auch von dem Zentrumsanhänger Peters. Ausschlaggebend erscheinen Kompetenz und Erfahrungen, offenkundig aber auch vieljährige gegenseitige Kenntnis und ein gewisses Maß an Vertrautheit. Von Graf Westarp und Dryander gingen schon seit Mai 1932 Versuche aus, eine neue rechte Sammlungspartei gegen die Nationalsozialisten zustandezubringen, die Kräfte der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei, die nur noch in Gestalt eines Restbestandes existierte, Volkskonservative, Landvölkpartei und Deutschnationale vereinigen wollte¹⁷. Auch diese fehlgeschlagenen Bemühungen fanden hier einen letzten Ausdruck.

Von Bedeutung erscheint, daß die Beteiligten die „Rückkehr zur Verfassungsehrlichkeit und Rechtssicherheit“ als Ziel bezeichneten. Hierzu wollte man aber auch andere Verfassungen mit heranziehen, „insbesondere die österreichische“. Es hat den Anschein, daß man vor allem doch an diese dachte, was schon durch die Zuziehung zweier bekannter österreichischer Staatsrechtler erkennbar wird, die sich auch bei der Erörterung deutscher Staatsrechtsprobleme einen Namen gemacht hatten. Offenbar wollte man die jüngeren Erfahrungen im kleinen Nachbarland unter der Regierung des Bundeskanzlers Dollfuß einbeziehen. Vergleiche mit dem Regime der Notverordnungen unter Reichskanzler Brüning lagen nahe.

Eine andere Begrenzung in der Erörterung der Grundfragen erscheint nicht weniger auffallend. Das ebenso klare wie knappe Protokoll von Peters (Dok. 1) hebt als ersten Punkt hervor, daß man „von der republikanischen Staatsform“ als Grundlage ausgehen wolle. Die Begründung nimmt sich angesichts der Teilnahme von bekannten Verteidigern und Anhängern der Monarchie, Graf Westarp und v. Dryander, bedeutsam aus: „Auch diejenigen Kreise, die die Monarchie befürworten, sind sich weder über die Form der etwa zu errichtenden Monarchie noch über die Persönlichkeit des Monarchen einig.“ Hierüber wollte man also nicht sprechen. Die Einschaltung des Reichsoberhauptes auf Grund seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten und die Regierungspraxis mit Hilfe von Notverordnungen gab allerdings seiner Stellung schon eine weit in Tageserörterungen der Verfassungsreform hineinreichende Bedeutung. Um so notwendiger erschien ein Einvernehmen über Begriff und Wesen der Demokratie. Diese ins Grundsätzliche hineinreichende Erörterung gibt der Aufzeichnung von Peters eine besonders interessante Färbung. Prinzipiell sei festzulegen, so hält das Protokoll fest, „daß das oder die Hauptorgane aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgehen und daß mindestens eine Kammer mit entscheidenden Befugnissen bei Gesetzgebung, Haushalts- und Verwaltungskontrolle mitwirkt“. Im übrigen bleiben weitere Organisationsfragen offen, so die Bestellung des Reichspräsidenten, ob es ein Staatenhaus geben soll, eine berufsständische Vertretung,

¹⁷ Vgl. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 631 ff.

Kammern und so weiter. Grundsätzlich bleibt es jedoch bei der Anerkennung der politischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger und dem Prinzip der Mehrheitsentscheidungen – in verfassungsrechtlichen Beschlüßkörpern natürlich.

Kaum ähnlich entschieden erscheint die Frage der Beibehaltung einer parlamentarischen Regierungsform. Es sollte wohl ein Repräsentationsorgan geben; aber als Alternative wird auch eine berufsständische Vertretung, eventuell mit imperativem Mandat, genannt oder eine Vertretung von Landschaften oder Ländern und eine Volksvertretung mit lediglich beratender Funktion. Wenn der Vorzug des Parlaments in den Worten zum Ausdruck kommt, die das Protokoll festhält, „daß in öffentlicher Diskussion das politisch Richtige am besten gefunden wird“, so läßt dies die Entfernung des Ideals von den politischen Realitäten erkennen. Entscheidende Frage blieb, ob man eine Verlagerung der Macht des Parlaments, wie sie die Weimarer Reichsverfassung geschaffen hatte, auf den Reichspräsidenten vornehmen wollte. Schiffer sprach nach dem Vorbild der konstitutionellen Monarchie für eine Art „konstitutioneller Demokratie“, die bei prinzipieller Beibehaltung des parlamentarischen Systems doch eine Begrenzung des Einflusses des Parlaments zugunsten der Entscheidungsmacht des Reichspräsidenten vorsah. Das betraf im wesentlichen Bestimmungen, die an die Stelle der Artikel 54 (das parlamentarische Vertrauen für die Amtsführung der Reichsregierung¹⁸) und 48 (Reichsexekution und Diktaturgewalt des Reichspräsidenten) der Weimarer Reichsverfassung treten konnten. Im übrigen blieb auch die Frage der Staatsgerichtsbarkeit zunächst offen. Einige Bedeutung wurde der Entscheidung über die Beibehaltung der Grundrechte beigemessen, wenn sich auch eine einheitliche Haltung hierzu nicht erkennen läßt. Eine völlige Aufhebung erschien dem berichterstattenden Schiffer aus dem Geiste der Zeit heraus nicht möglich.

Wie schon in der langjährigen Reichsreformdebatte lag dann letztlich das Hauptgewicht des Interesses auf der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, der Möglichkeit, das Reich zu einem Zentralstaat auszugestalten oder doch die Länder in anderer Form als bisher innerhalb des Reiches tätig sein zu lassen. Auf die Beschlüsse der Länder-Konferenz von 1928¹⁹ sollte zurückgegriffen werden. Im übrigen wollte man eine mögliche Einbeziehung Österreichs in das Reich künftig berücksichtigen. In dieser Hinsicht glaubte man sich in einer ähnlichen Situation wie die Nationalversammlung 1919.

Schwierig blieb die Frage einer Durchführung möglicher Beschlüsse dieses Gremiums in absehbarer Zeit. Man mußte sie zwangsläufig hinausschieben und zuvor Klarheit über die Einzelheiten gewinnen, die zu entscheiden waren. Dies sollten Ausschüsse vorbereiten, Unterausschüsse des Freien Ausschusses also. Sieben Ausschüsse wurden eingesetzt, von denen der erste das Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sowie die Preußenfrage unter dem Vorsitz von Mulert zu erörtern hatte. Der zweite sollte sich mit der Stellung des Reichspräsidenten und seiner Beziehung zur Reichsregierung sowie der Bildung einer zweiten Kammer, Reichsrat bzw. Reichswirtschaftsrat, befassen. An seine

¹⁸ Daß angesichts der schwierigen Regierungsbildungen nur das Reichskabinett Scheidemann 1919 und die Kabinette Stresemann 1923 parlamentarische Vertrauensvoten eindeutiger Art erhielten, im übrigen eine Praxis lediglich formaler, stark abgeschwächter Erklärungen Platz griff, hat die Arbeit von Günter Arns, Regierungsbildung und Koalitionspolitik in der Weimarer Republik 1919–1924, phil. Diss. Tübingen 1971, bes. S. 187ff., nachgewiesen. Schon hierin wird eine Schwäche der Republik von Weimar sichtbar.

¹⁹ Vgl. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, I, S. 564–606.

Spitze trat Poetzsch-Heffter. Der dritte Ausschuß unter dem Vorsitz von Graf Westarp erhielt die Aufgabe, sich mit dem Reichstag und dem Reichstagswahlrecht zu beschäftigen, der vierte mit der „unmittelbaren Mitwirkung des Volkes“ und Volksentscheiden, der fünfte mit der Staatsgerichtsbarkeit, der sechste mit der Stellung der Beamten und schließlich der siebente unter dem Vorsitz von Meinecke mit dem, was als „äußeres Gewand der Reform und die Durchführung“ noch recht unbestimmt formuliert wurde.

Der erste der Ausschüsse traf am Tage unmittelbar vor dem Reichstagsbrand, am 27. Februar, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Protokolle geben übrigens die Tagungsorte durchgehend nicht an. Diesmal führte Mulert den Vorsitz, und Poetzsch-Heffter erstattete das Hauptreferat. Das verhältnismäßig umfangreiche, von Dr. Jörg-Christoph von Unruh geführte Protokoll wird als zweites Dokument hier abgedruckt.

Während Poetzsch-Heffter seine aus dem großen Kommentar zur Weimarer Reichsverfassung bekannten Grundgedanken verfolgte, nach der Beseitigung der Monarchien die nationale Einheit des deutschen Volkes als konstituierendes Element des deutschen Staates herauszustellen, ergab sich unter den übrigen Teilnehmern eine Kontroverse im Hinblick auf die künftige Stellung Preußens innerhalb des Reiches.

Poetzsch-Heffter nannte die Weimarer Verfassung – nach den Ideen ihres Initiators Hugo Preuß – unvollendet, „insofern ihr der Unterbau der Länder vorenthalten wurde, den Preuß selber geplant hat“. Infolgedessen habe das Reich durch seine Gesetzgebung eine Art „Aushöhlungs politik“ betrieben, da es sich genötigt sah, eine Reichsfinanzverwaltung und eine Reichsarbeitsverwaltung zu schaffen, was dann die Problematik einer Mittelinstanz und damit schließlich auch die Frage einer organisatorisch zweckmäßigen Neugliederung des Reichsgebietes nach sich zog, die jedoch ohne Lösung blieb. Die Länder in ihrer alten Form schienen überholt. „Lippe-Detmold und Preußen können ... nicht die gleichen Aufgaben erfüllen“. Doch es war nur zu vier verschiedenen Vorschlägen für eine Neuordnung gekommen: dem älteren bayerischen Plan einer föderalistischen „Rückbildung“ der Verfassung, dem Plan eines „dezentralisierten Einheitsstaates“ des früheren Reichsinnenministers Koch-Weser und anderer Politiker der politischen Mitte wie der Linken, der eines „Reichslandes“ Preußen, das ein zentralistisch organisiertes, mächtiges Kernland den erhalten bleibenden alten Ländern Mittel- und Süddeutschlands an die Seite gestellt hätte, und schließlich die komplizierte, aber weit größerer Zustimmung sichere „differenzierte Gesamtlösung“, die der Verfassungsausschuß der Länderkonferenz im Sommer 1930 vorlegte.

Der sogenannte Dualismus Reich-Preußen bildete neben dem gewichtigen Selbstbehauptungsbestreben der stärkeren süddeutschen Länder, vor allem Bayerns, das schwierigste Problem, das der aus politischen Anlässen geführte Staatsstreich der Regierung Franz v. Papen am 20. Juli 1932 vorerst, aber keineswegs verfassungskonform auszuräumen versucht hatte. An dieser Frage entbrannte eine offenbar unüberbrückbare Kontroverse. Graf Westarp setzte sich entschieden für die Erhaltung des Landes Preußen, wenn auch in enger, aber offenkundig hegemonial gemeinter Verknüpfung mit dem Reich ein, während der Österreicher Hugelmann gerade unter dem Gesichtspunkt einer Eingliederung Österreichs in das Reichsgebiet die föderative Struktur des Reiches in der Form einer „differenzierten Gesamtlösung“ beibehalten wissen wollte. Hier ließ sich eher eine Verstärkung bestehender Gegensätze als die Möglichkeit einer Einigung absehen. Doch auch die von Mulert in einem Referat über Reich, Länder und Gemeinden angemahnte Verfassungsänderung zugunsten der kommunalen Selbstverwaltung „als Unterbau für Reich und Staat“ ließ mehr Problematik als Lösungsvorschläge durchscheinen, zumal

nun das Verlangen nach Verwaltungsgerichtsschutz für die Selbstverwaltung mittels verfassungsrechtlicher Bestimmungen hinzutrat, ein in der Sache vielleicht verständliches, aber angesichts der Notwendigkeiten und der Notlagen der Zeit die Diskussion eher komplizierendes als förderndes Vorhaben.

Wenn bis dahin der Eindruck vermittelt erscheint, daß die erregenden und umwälzenden Vorgänge der Wochen vor und während dieser Diskussionen kaum einen annähernd verständlichen Reflex fanden, so setzte dann im April 1933 das von Graf Westarp übernommene Referat über das Verhältnis von Reich und Preußen einen anderen Akzent, das hier seines Umfanges wegen nicht abgedruckt wird²⁰. Westarp begann mit den letzten Tagesereignissen. Der erste Satz spricht von der „Begeisterung, mit der sich die nationale Revolution durchgesetzt hat“. Sie sei, meinte Westarp, „auch den Änderungen zugute gekommen, die der Aufbau des Reiches erfahren hat,“ da das Ermächtigungsgesetz vom 24. März sowie die beiden Gleichschaltungsgesetze vom 31. März und 7. April 1933 die „deutsche Einheit“ vollendet haben, „die seit Jahrhunderten Traum und Sehnsucht des deutschen Volkes gewesen“ sei. „Durch einen einzigen Gesetzgebungsakt“, schlagartig, meint Westarp, sei dies geschehen, in Wirklichkeit durch drei verschiedene, hastig zusammengebrachte und keineswegs in sich widerspruchsfreie Gesetze, ein parlamentarisch – auf ungewöhnliche Weise freilich – zustande gekommenes und zwei von der nunmehr ermächtigten Reichsregierung verabschiedete. Die Meinungen hierüber gingen auch Graf Westarp zufolge in der deutschen Öffentlichkeit auseinander. Die „Begeisterung“ war Sache der nationalsozialistischen, nun auch staatlichen Propaganda, reichte allerdings über die Parteigrenzen der NSDAP hinaus. Westarp ging dann jedoch auch auf andere, sachliche Urteile ein. „Die Reform einer Verfassung aber ist ein Werk, das mit Begeisterung allein nicht gewürdigt und gemeistert werden kann, sondern eine besonnene und streng sachliche Prüfung“ erfordert. Das Referat führt in seiner prononcierten Entschiedenheit vor Augen, welchen unabdingbaren Wert politisch erfahrene Konservative auf die Erhaltung des Namens wie des Staatsverbandes Preußen legten, so daß der auch von Westarp beifällig erwähnte „Tag von Potsdam“ nachgerade als Konzession der Hitler-Partei an die ihr kritisch gegenüberstehenden Altkonservativen erscheinen konnte.

Es war immer noch der Parteienstaat, dessen Ende Westarp herbeiwünschte, in dem er zu handeln glaubte. Das weitere Vorgehen der Reichsregierung Hitler in den folgenden Monaten kam ihm – wie vielen Deutschen – noch gar nicht in den Sinn. Er verfügte sicherlich über reichliche Erfahrung aus der preußischen Verwaltungspraxis, sowohl aus eigener Tätigkeit als Beamter und Verwaltungsrichter vor Beginn seiner Politikerlaufbahn als auch in Kenntnis der gewiß nicht zu unterschätzenden Personalpatronage seiner Partei in ihrer erfolgreichsten Zeit während der mittleren zwanziger Jahre. Doch der Rahmen seiner – gewiß mehrdeutig angelegten – Erörterungen blieb viel zu eng, um den im Gange befindlichen Ereignissen noch angemessen zu sein oder gar folgewirkende Konstruktionen ersinnen zu können. Immerhin bleibt seine Ablehnung des Hugenbergschen Paktes mit der NSDAP gerade in dem wichtigsten Punkte bemerkenswert, der scheinbar erreichten einflußreichen Stellung an der Spitze von vier Ministerien, dem Wirtschafts- und dem

²⁰ Reich und Preußen, 19 S. Ein vorgeheftetes Blatt enthält die handschriftliche Notiz: „Berlin W. 30 Landshuterstr. 37 18.4. 33. Im Anschluß an das Referat, Sondervorschlag für das Verhältnis Reich-Preußen wird anliegender Entwurf eines Aufsatzes von Graf Westarp ergebenst überreicht. Büro Graf Westarp.“ Dieses Dokument und die übrigen Splitter aus dem Nachlaß Joël werden künftig im Bundesarchiv Koblenz aufbewahrt.

Landwirtschaftsministerium des Reiches sowie dem Handelsministerium und dem Landwirtschaftsministerium Preußens, der sich der deutschnationale Parteiführer schon bald nicht gewachsen zeigte.

Es ließ sich nicht ermitteln, wie häufig, wann und wo weitere Sitzungen der Unterausschüsse sowie des Plenums des „freien Ausschusses“ stattfanden. Im Nachlaß Joël erhalten sind noch die undatierten Texte zweier weiterer Referate: von Adolf Merkl „Fragen des Verhältnisses zwischen Legislative und Exekutive, insbesondere das Mißtrauensvotum“ und von Joël „Die Staatsgerichtsbarkeit, die Rechtskontrollen“, das stellenweise auf Hugelmann Bezug nimmt und sich dann wie eine Erwiderung liest. Merkl vertrat die These: „Weimar ist und bleibt uns Österreichern die Promesse des dritten, nämlich des großdeutschen Reiches“, das er sich „demokratisch, aber nicht parlamentarisch“ dachte: „Gerade grundsätzliche Freunde der Demokratie müßten nach allen Erfahrungen darauf bedacht sein, die verfassungsmäßige Schicksalsverbundenheit von Demokratie und Parlamentarismus im Reiche womöglich noch in letzter Stunde zu lösen und den Parlamentarismus preiszugeben.“ Letztlich liefen alle Vorschläge, die formuliert wurden, auf eine Stärkung der Macht und Befugnisse des Reichspräsidenten hinaus. Auch Joël unterbreitete den „Eventualvorschlag“, daß Gesetze und Verordnungen sowie sonstige Maßnahmen des Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 Abs. I u. II der Reichsverfassung der Nachprüfung ihrer Gültigkeit durch den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich oder durch andere Gerichte entzogen seien. Das hätte eine Diktatur des Reichspräsidenten vollendet, wie es übrigens auch dem Kreis um Edgar Julius Jung und dem Vizekanzler v. Papen im Sommer 1934 vorschwebte.

Außer äußeren Gründen waren es wohl auch unüberbrückbare Gegensätze, die dann in seiner letzten Sitzung den „freien Ausschuß“ am 26. April „nach längerer Debatte“ zu dem Beschluß gelangen ließen, seine Tätigkeit einzustellen. „Ob unter veränderten Verhältnissen auf einer der dann [der?] vorliegenden neuen Sachlage entsprechend gewandelten personellen und sachlichen Basis die Arbeiten an der Verfassungsreform wieder aufgenommen werden sollen, bleibt vorbehalten,“ lautet eine kryptische Notiz²¹.

Nachzutragen bleibt noch, daß auch der im Vorsommer 1934 aus Deutschland emigrierte ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning, der noch Jahre hindurch als einflußreichste Gestalt und heimlicher Führer einer deutschen Opposition von England und Amerika aus oder in der Schweiz Einfluß übte, auch Verbindung zu einigen Mitgliedern des hier bezeichneten Kreises hielt. Im Hause von Peters hatte er, eigenem Bekunden nach, mehrere Zusammenkünfte vor seiner Flucht²². Peters selbst suchte ihn dann im März 1935 in Melide am Luganer See auf²³. Später hatte Brüning auch Verbindung zu Gottfried v. Dryander. Ein langes Memorandum vom August 1935²⁴, das die Neugestaltung Deutschlands durch eine erstarkende Wehrmacht programmatisch niederlegte, begründete die lange Reihe der Denkschriften und Erörterungen, die, Jahre hindurch in en-

²¹ Rundschreiben, unterzeichnet von Peters, vom 28. 4. 1933. Es nennt Schiffer, Adametz, v. Dryander, Hamm, Höpker-Aschoff, Joël, Mulert, Saemisch und Graf Westarp als Beteiligte.

²² Spätere Notiz von Brüning in: Heinrich Brüning. Briefe und Gespräche 1934–45, hrsg. von Claire Nix unter Mitarbeit von Reginald Phelps und George Pettee, Stuttgart 1974, S. 162.

²³ Tagebucheintragung am 17. 3. 1935, in: Ebenda, S. 64.

²⁴ Vom 31. August 1935 für Freifrau v. Willisen „zur Weitergabe . . .“; abgedruckt in: Ebenda, S. 466–81; vgl. auch ebenda, S. 87. Die zitierte Edition ist sichtlich unzulänglich; Zweifel an der Richtigkeit der Wiedergabe erscheinen hier jedoch unbegründet.

ger Verbindung mit ihm, Goerdeler und Trott zu Solz fortsetzen, Helmuth James Graf v. Moltke und seinen Kreis zumindest berührten. Brüning's Memorandum zielte auf Wiederherstellung der Monarchie „im Prinzip“, aber auch des Parlaments. Es enthielt schließlich einen erstaunlichen Gedanken: In einer späteren Phase sollte Hitler zur Wiedereinführung des Rechtsstaates gezwungen werden und selbst ein Triumvirat einsetzen. An erster Stelle sollte Joël stehen. „Einzelheiten kann Joël jederzeit mit mir im Ausland besprechen, wenn möglich schon vorher,“ schrieb der Exkanzler²⁵. Neben dem breiten Strom der dominierenden Ereignisse gab es immer auch ein Kontinuum differenzierender, aber auch differenzierter, mitunter opponierender Bemühungen und Tendenzen, ehe nach dem Zweiten Weltkrieg eine weitere Phase der deutschen Verfassungsgeschichte begann, auf der Grundlage der „Frankfurter Dokumente“ der westlichen Alliierten vom 1. Juli 1948 – ohne Preußen, parlamentarisch, mit starken Ländern, aber auch einem starken Kanzler unter einem macht-, wenn auch nicht einflusslosen Präsidenten.

Dokument 1

Berlin, den 4. Februar 1933

Nachstehende Niederschrift
ergebenst überreicht

von Peters.

Niederschrift

über die erste Sitzung des freien Ausschusses für Verfassungsreform am Sonntag,
dem 29. Januar 1933 in Berlin

Es nahmen teil:

Als Vorsitzender Reichsminister a.D. Dr. h. c. Schiffer, Exzellenz, Berlin W 50, Pragerstr. 14, Adametz, Dr., Oberregierungsrat, Berlin-Schlachtensee, Eitel-Fritz-Str. 35, Graf Dobna, Bonn, Meckenheimer Allee 23, von Dryander, Dr., Geh. Oberregierungsrat, Berlin-Charlottenburg 2, Uhlandstr. 1-2, Hamm, Dr., Reichsminister a.D., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Str. 95, Hugelmann, Dr., Professor, Wien, Klosterneuburg, Lessingstr. 5, Meinecke, Dr., Geheimrat, Professor, Berlin-Dahlem, Am Hirschsprung 13, Merkel, Dr., Professor, Wien XIX, Grinzinger Allee 43 a, Mulert, Dr., Präsident, Berlin-Charlottenburg 9, Reichskanzlerplatz 11, Peters, Dr., Professor, Berlin W 15, Ludwigkirchplatz 11, Poetzsch-Heffter, Dr., Professor, Kiel, Düppelstr. 18, Saemisch, Dr., Staatsminister a.D., Präsident, Potsdam, Waisenstraße 30/34, Graf Westarp, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsaue 136²⁶.

Entschuldigt fehlten:

Höpker-Aschoff, Dr., Staatsminister a.D., Berlin NW 40, Schloß Bellevue, Thoma, Dr., Professor, Geheimrat, Bonn, Koblenzer Str. 121.

²⁵ Ebenda, S. 472. Die Aufgaben skizzierte Brüning mit den Worten: „Neuordnung von Straf- und Zivilgesetzgebung. Rücksichtslose Ausmerzung von charakterlosen Richtern. Starke, mit Joël oft durchgesprochene Anlehnung an die englische Gerichtsverfassung und englisches Richterauswahl-system“.

²⁶ Handschriftl. korrigiert: „W 30, Landshuterstraße 37 (Tel. Cornelius 3049)“.

Es wird noch hinzutreten:

Joël, Dr., Reichsminister a. D., Berlin W 15, Meierottostr. 2.

Herr Schiffer eröffnete die Sitzung um 3/4 10 Uhr mit einer Begrüßung der Teilnehmer.

Als Ziel des Ausschusses bezeichnete er die Leistung praktischer Arbeit und die Aufstellung eines formulierten Verfassungsentwurfs oder einer Verfassungsnovelle. Die Stellung zur Reichsregierung solle unabhängig sein, jedoch werde er dem Reichsministerium des Innern bei Gelegenheit von der Existenz des Ausschusses Kenntnis geben.

Darauf hielt Professor Peters ein einleitendes Referat, das zum Ziele hatte, nach einer einzuleitenden Generaldebatte Klarheit über die zu behandelnden Probleme zu schaffen, insbesondere darüber, was in die Arbeiten einbezogen und was ausgeschlossen werden solle.

Auszugehen ist danach von der Reformbedürftigkeit der Verfassung im ganzen. In der Generaldebatte kann der von Schiffer aufgestellte Entwurf – ohne Bindung an die einzelnen Vorschläge Schiffers – zu Grunde gelegt werden. Rückkehr zur Verfassungsehrlichkeit und Rechtssicherheit müsse das oberste Ziel sein. Man darf die Arbeit nicht allzusehr an Augenblicksschwierigkeiten wie auch nicht an Augenblicksvorteilen orientieren.

Bei der Arbeit sind auch andere Verfassungen, insbesondere die österreichische, heranzuziehen.

Um folgende Grundfragen wird es sich handeln:

A. Funktioneller Teil.

1. Republik.

Von der republikanischen Staatsform wird als Grundlage auszugehen sein. Auch diejenigen Kreise, die die Monarchie befürworten, sind sich weder über die Form der etwa zu errichtenden Monarchie noch über die Persönlichkeit des Monarchen einig. Die Grundanschauung der einzelnen Anwesenden wird durch eine solche Voraussetzung der Arbeiten nicht berührt.

2. Demokratie.

Das Wesen der Demokratie besteht nach der Auffassung der Reichsverfassung in der Herrschaft der Volksgesamtheit, deren Willen in bestmöglicher Weise verwirklicht werden soll. Die Form der Demokratie bleibt zunächst offen (gewaltenteilende oder parlamentarische Demokratie, unmittelbare oder mittelbare Demokratie usw.). Offen bleibt auch, ob die Repräsentation des Volkes durch das Parlament oder durch ein anderes Organ erfolgen soll. Prinzipiell festzulegen ist aber, daß das oder die Hauptorgane aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgehen und daß mindestens eine Kammer mit entscheidenden Befugnissen bei Gesetzgebung, Haushalts- und Verwaltungskontrolle mitwirkt. Ob daneben noch andere Organe – sei es demokratisch gewählt, sei es auf andere mit der Demokratie nicht in Widerspruch stehender Weise – bestellt werden (Präsident, Staatenhaus, berufsständische Vertretung, Kammer usw.), wird durch Anerkennung des demokratischen Prinzips nicht gehindert. Notwendig ist lediglich die Anerkennung der politischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Ausfluß des Prinzips der Demokratie ist der Grundsatz der Mehrheit, der eine logische Auswirkung der Demokratie darstellt. Man braucht aber trotzdem von keinem der Teilnehmer ein ausdrückliches Bekenntnis zur Demokratie zu fordern.

3. Parlamentarische Regierungsform.

Ob man die *parlamentarische Regierungsform* beibehalten soll, wird näher zu erörtern sein. Daß das Parlament als das den Volkswillen repräsentierende Organ bestehen bleiben

soll, auch darüber dürfte Einigkeit bestehen. Die Funktion des Parlaments liegt einmal darin, daß es Repräsentationsorgan ist, sowie darin, daß in öffentlicher Diskussion das politisch Richtige am besten gefunden werden kann. Freilich wären anstelle eines Parlaments auch andere Repräsentationsorgane möglich, so eine berufsständische Vertretung mit oder ohne imperatives Mandat, eine Vertretung von Landschaften oder Ländern, eine Volksvertretung mit nur beratender Funktion usw.

Entscheidet man sich für die Beseitigung der parlamentarischen Regierungsform, so wäre zu erörtern, ob eine Verlagerung der Macht des Parlaments auf den Reichspräsidenten stattfinden soll. Es kann eine der konstitutionellen Monarchie entsprechende Staatsform, die konstitutionelle Demokratie, – wie sie Schiffer vorschlägt – eingeführt werden. Auch bei prinzipieller Erhaltung des Parlamentarismus wird man aber die Arbeiten zumindest in der Richtung der Minderung des Einflusses des Parlaments einzustellen haben. Solche Milderungen können erfolgen durch Einrichtung einer zweiten Kammer, durch Ausdehnung der Befugnisse des Reichspräsidenten, durch Änderung des parlamentarischen Wahlrechts und endlich durch geschäftsordnungsmäßige Aktivierung des Parlaments, die mit einer Zurückdrängung seiner Zuständigkeit Hand in Hand gehen müßte. Daraus ergibt sich, daß insbesondere die Artikel 54, 48, ferner die Probleme der zweiten Kammer und der Grad der Mitwirkung des Reichspräsidenten bei der Gesetzgebung zu erörtern wären.

4. Staatsgerichtsbarkeit.

In die Debatte ist ferner einzubeziehen die *Staatsgerichtsbarkeit*. Soll sie beibehalten, eingeschränkt oder ausgedehnt werden?

5. Die Grundrechte.

Von grundlegender Bedeutung ist die Beantwortung der Frage vor Beginn der Arbeiten, ob auch eine Reform des zweiten Hauptteiles der Reichsverfassung in die Debatte einbezogen werden soll. Der einen Möglichkeit, einen vollkommenen Neubau der Grundrechtsbestimmungen durchzuführen, glaubt der Referent widerraten zu müssen. In den Grundrechten sind die weltanschaulichen Grundfragen der Reichsverfassung erörtert und im Sinne zahlreicher Kompromisse entschieden. Seit 1919 hat sich weder eine einheitliche Weltanschauung im Volke durchgesetzt, noch dürfte sich in den grundlegenden Fragen das Kräfteverhältnis sehr stark verändert haben. Es würde schließlich also doch nur ein neuer Kompromiß herauskommen, der kaum wertvoller wäre als der jetzige. Die zweite Möglichkeit besteht in der Streichung der Grundrechtsbestimmungen aus der Verfassung überhaupt. Die Beseitigung der ideellen Momente widerstrebt aber nicht nur dem Zeitgeist, sondern würde erhebliche nutzlose Kämpfe erfordern, ohne daß praktisch dabei etwas gewonnen wäre. Es bleiben also nur noch die beiden Wege: entweder die Grundrechtsbestimmungen unangetastet zu lassen, oder die offensichtliche überholten Bestimmungen (z.B. Titel und Orden) zu korrigieren und die eigentlichen organisatorischen Vorschriften (Selbstverwaltung, Beamte, Reichswirtschaftsrat) in den ersten Teil zu übernehmen. Die letztgenannte Alternative scheint dem Referenten der zweckmäßigste Weg.

B. Reich und Länder.

1. Einheitsstaat oder Bundesstaat? Preußen.

Notwendig bedarf der Erörterung die Frage, ob das Reich zum Einheitsstaat umgewandelt werden soll. Auch wer dies verneint, steht vor den Schwierigkeiten, die das Verhältnis von Reich und Preußen im geltenden Staatsrecht macht. Es muß also mindestens die Lö-

sung der beiden Fragen versucht werden. Einmütigkeit über den einzuschlagenden Weg wird vorerst noch nicht bestehen. Es ist lediglich empfehlenswert, für die weiteren Arbeiten zunächst das Material der Reichsländerkonferenz zu Grunde zu legen, freilich ohne endgültige Bindung an ihre Ergebnisse. Auch die Möglichkeit einer künftigen Einbeziehung Österreichs in das Reich wird zu berücksichtigen sein.

2. Die Landesverfassungen.

Unter Zugrundelegung des Artikels 17 wird man sich klar werden müssen, ob und inwieweit die Landesverfassungen von Reichsverfassungswegen künftig berührt werden sollen. Insbesondere wird man mindestens den Zwang zum parlamentarischen System in den Ländern, auf alle Fälle in Preußen, zu beseitigen haben. Auch der Anschluß Österreichs wird hier zu berücksichtigen sein.

C. Durchführung.

Gegen Ende der Arbeiten wird man sich über die Möglichkeiten und Wege der Durchführung der beschlossenen Reformen klar zu werden haben. Es wird dann zunächst festzustellen sein, ob ein ganz neuer Verfassungsentwurf oder lediglich eine Novelle zur geltenden Verfassung vorgelegt werden soll. Die dann bestehende parlamentarische Lage wird später auch darüber Klarheit schaffen lassen, ob die Verfassungsänderung im Wege des Artikels 76 durchgeführt werden soll oder welche anderen Wege gangbar sind, Volksentscheid, Einberufung einer Nationalversammlung, Weg des Artikels 48 Absatz 2 usw.

D. Die Arbeit des Ausschusses.

Seine Arbeiten wird der Ausschuß am besten damit beginnen, daß er sie unter Zugrundelegung der Punkte, über die eine Diskussion für erforderlich erachtet wird, an die einzelnen Unterausschüsse verweist. Diese Ausschüsse, die aus zwei oder mehr Personen bestehen können, werden unter sich den Gegenstand zunächst vorberaten. Dabei werden allen Mitgliedern des gesamten Ausschusses von den beiden Referenten zu jedem Problem kurze schriftliche Referate vorzulegen sein. Die Ausschüsse sollen untereinander elastisch verbunden werden und unter sich nach Bedürfnis zusammenkommen. Ein Generalreferent wird, soweit nötig, für die Herstellung der Zusammenarbeit zu sorgen haben.

Es fand alsdann eine Generaldebatte statt, an der sich sämtliche Anwesenden beteiligten. Als Ergebnis wurde von Exzellenz Schiffer folgende Übersicht über die von dem Ausschuß zu behandelnden Probleme gegeben:

1. Die Abgrenzung der Aufgaben wird dahin bestimmt, daß in eine Erörterung der „Grundrechte“ nicht eingetreten werden soll. Lediglich solche Grundrechte, die organisatorische Bestimmungen enthalten, werden miterörtert und gegebenenfalls ihrem Inhalt nach in den ersten Hauptteil übernommen (Beamte, Selbstverwaltung, Reichswirtschaftsrat).
2. Auszugehen ist von der republikanischen Staatsform.
3. Die Demokratie wird zur Grundlage der Arbeiten gemacht in dem Sinne, daß der Reichstag und Reichspräsident als Organe bestehen bleiben und in plebiszitärer Form zustande kommen sollen. Jedoch soll über das Wahlrecht und die Verschiebung der Zuständigkeiten zwischen beiden Organen näher gesprochen werden.
4. Ob die parlamentarische Regierungsform aufrecht erhalten oder beseitigt werden soll, bleibt zu erörtern. Jedenfalls werden die Arbeiten im Sinne einer Zurückdrängung des

- Einflusses des Parlaments und einer schärferen Durchführung der Gewaltentrennung geführt werden. Die Artikel 54, 48, die zweite Kammer und der Reichspräsident als Faktor der Gesetzgebung bedürfen ausgiebiger Untersuchung.
5. Über Bestand und Umfang der Staatsgerichtsbarkeit soll gesprochen werden.
 6. Die Änderung der Stellung der Beamten wird zu erörtern sein.
 7. Die Geschäftsführung des Reichstages, insbesondere die Verhinderung reiner Sperrmehrheiten, soll einbezogen werden.
 8. Das Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden in seiner künftigen Gestaltung soll näher untersucht werden. Dabei wird auch der Finanzausgleich unter staatsrechtlichen Gesichtspunkten einzubeziehen sein. Die Fragen der Reichsauftragsverwaltung, einer verfassungsmäßigen Bindung der Länderverfassungen, der Einführung von Reservatrechten usw. werden dabei zu behandeln sein. Es ist darauf zu achten, daß einer künftigen Entwicklung hier nicht vorgegriffen wird.
 9. Die Durchführung der Reform und die Abänderbarkeit der Verfassung nach den rechtlichen Möglichkeiten gehört in den Kreis der Untersuchung.
- Daraus ergibt sich der folgende Plan, der gleichzeitig die Verteilung der Arbeiten auf einzelne Ausschüsse und deren Zusammensetzung zeigt:

Ausschuß I.

Das Reichsländerproblem; Reich, Länder, Gemeinden; die Preußenfrage.

Vorsitzender: Herr Mulert.

Mitglieder die Herren: Adametz, von Dryander, Graf Dohna, Hamm, Hugelmann, Poetzsch-Heffter, Graf Westarp sowie ein später etwa in den Ausschuß eintretender bayrischer Herr.

Ausschuß II.

Der Reichspräsident; seine Stellung zur Reichsregierung und in der Gesetzgebung; Artikel 54; Artikel 48 Absatz 2; die zweite Kammer in Verbindung mit Reichsrat und Reichswirtschaftsrat.

Vorsitzender: Herr Poetzsch-Heffter.

Ferner die Herren: Adametz, von Dryander, Hamm, Höpker-Aschoff, Joël, Merkl, Meinecke, Mulert, Thoma, Graf Westarp.

Ausschuß III.

Der Reichstag; Reichstagswahlrecht; Stellung und Geschäftsführung des Reichstages.

Vorsitzender: Herr Graf Westarp.

Ferner die Herren: Höpker-Aschoff, Schiffer.

Ausschuß IV.

Die unmittelbare Mitwirkung des Volkes bei der staatlichen Willensbildung; Volksentscheid.

Mitglieder die Herren: Graf Dohna, Thoma.

Ausschuß V.

Die Staatsgerichtsbarkeit; die Rechtskontrollen.

Vorsitzender: Herr von Dryander.

Mitglieder die Herren: Joël, Merkl, Peters.

Ausschuß VI.

Die Stellung der Beamten.

Mitglieder die Herren: Schiffer, Peters.

Ausschuß VII.

Das äußere Gewand der Reform und die Durchführung.

Vorsitzender: Herr Meinecke.

Mitglieder die Herren: von Dryander, Hugelmann, Peters, Poetzsch-Heffter.

Für die weitere Durchführung der Arbeiten ist folgendes in Aussicht genommen:

Ausschuß I wird am 25. und 26. März wieder tagen. Bis Anfang März sollen die Referate der beiden vom Vorsitzenden zu bestellenden Referenten sowie die entsprechend formulierten Entwürfe mit kurzer Begründung vorgelegt werden.

Ausschuß II wird am 27. und 28. März tagen. Dabei werden folgende Referate erstattet:

Zu Artikel 54 von den Herren *Thoma* und *Graf Westarp*.

Zur Stellung des Reichspräsidenten, Artikel 48 Absatz 2 sowie der Legislative von den Herren *Höpker-Aschoff* und *von Dryander*.

Zum Problem der zweiten Kammer die Herren *Poetzsch-Heffter* und *Hamm*.

Die Ausschüsse *III, IV und VI* werden ihre Arbeiten untereinander verteilen und gleichfalls bis Ende März fertigstellen.

Im *Ausschuß V* werden bis Anfang März ihre Referate liefern die Herren *Merkel* und *von Dryander*. Die Sitzung dieses Ausschusses wird am 28. März sein.

Die Tätigkeit des *Ausschusses VII* wird erst später einsetzen.

Alle Referate sollen allen Mitgliedern sämtlicher Ausschüsse zugeleitet werden.

Nachdem die Arbeiten der Unterausschüsse fertiggestellt sind, soll am 8. und 9. April die nächste Plenarsitzung stattfinden.

Exzellenz *Schiffer* übernimmt es, die Arbeit von *Poetzsch-Heffter* „Grundgedanken zur Reichsreform“ den Ausschußmitgliedern gelegentlich zuzusenden.

Herr *Mulert* wird die grundlegenden Arbeiten des Städtetages, Herr *Adametz* die Schriften des Bundes zur Erneuerung den Teilnehmern zusenden. Die zusammenfassende Arbeit von *Medicus* über die Reichsländerkonferenz werden sich die Herren selbst besorgen.

Gegen 6 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Nachträglich ist noch mitzuteilen, daß Herr Reichsminister a. D. Dr. *Joël* seine Mitwirkung zusagt und sich zur aktiven Mitarbeit in den Ausschüssen *II* und *V* bereit erklärt hat.
gez: *Peters*.

Dokument 2²⁷

Auszug aus der
Niederschrift über die Verhandlungen
des I. Ausschusses der Freien Vereinigung für
Verfassungsreform
am 27. Februar 1933 in Berlin

Anwesend:

Präs. Dr. *Mulert*, Reichsmin. a. D. Dr. *Schiffer*, OberregRat a. D. Dr. *Adametz*, Geh. ORegRat a. D. Dr. *von Dryander*, Reichsmin. a. D. Dr. *Hamm*, Staatsmin. a. D. Dr. *Höpker*

²⁷ Geringe Abweichungen von den allgemeinen Regeln der Orthographie sind behutsam stillschweigend korrigiert.

Aschoff, Prof. Dr. Hugelmann, Reichsmin. a.D. Dr. Joël, Prof. Dr. Merkl, Prof. Dr. Poetzsch-Heffter, Oberverwaltungsgerichtsrat a.D. Graf Westarp.

Dr. von Unruh als Protokollführer.

Präsident Dr. Mulert eröffnet die Verhandlungen und stellt die beiden ersten Punkte der Tagesordnung „Das Verhältnis des Reichs zu den Ländern“ und insbesondere „Das Verhältnis des Reichs zu Preußen“ zunächst zur Erörterung. Er erteilt das Wort Herrn Geheimrat Dr. Poetzsch-Heffter zu seinem Referat.

Poetzsch-Heffter: Von den treibenden Kräften der Reichsreform ausgehend, entwickelt er die gegenwärtige Problematik. Die Reformbewegung steht im Zusammenhang mit dem in den Jahren nach dem Kriege allgemeinen Streben nach Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung und nach Rationalisierung, das sich auf allen Gebieten bemerkbar macht. Andererseits sind die föderalistischen Bestrebungen besonders in Süddeutschland auf eine Änderung der geltenden Verfassung gerichtet. P.-H. verweist auf seine Schrift „Grundgedanken der Reichsreform“ (Berlin 1931).

Die deutsche Staatsentwicklung ist durch das Zusammenwirken von drei Mächten zu verstehen: historisch begründet ist der Föderalismus wie auch das hegemoniale Streben einzelner deutscher Länder, das nach dem Austrag des Kampfes um die Vorherrschaft zwischen Österreich und Preußen innerhalb des neuen Reiches durch Preußen verkörpert wurde. Daneben ist seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts das deutsche Nationalgefühl erwachsen, das einen einheitlichen Staat für das sich als Einheit fühlende Volk bilden will. Mit diesen drei Kräften hat sich Bismarck im 13. Kapitel über Dynastien und Stämme des 1. Bandes seiner „Gedanken und Erinnerungen“ auseinandergesetzt. Er sagt: „Ich würde mich nicht wundern, wenn die vis major der Gesamtnationalität meine dynastische Mannestreue und Vorliebe²⁸ schonungslos vernichtete²⁹. Ich sehe in dem deutschen Nationalgefühl immer die stärkere Kraft überall, wo sie mit dem Particularismus in Kampf gerät.“³⁰ Dies Bismarck'sche Wort kann heute Leitgedanke sein. Er wollte eine selbständige Reichsmacht bilden.

Für die spätere Entwicklung war an der Politik der ersten Jahrzehnte nach der Reichsgründung bedeutsam, daß die hegemonialen und föderativen Kräfte beide auf dynastischer Grundlage ruhten. Bei Schaffung der Weimarer Verfassung gab es keine Dynastien mehr. Damit war die föderative und die hegemoniale Linie der bisherigen Entwicklung beendet. Nun erhob sich – insofern voraussetzungslos – die Frage: Wie kann der deutsche Staat am besten gestaltet werden? Darin liegen die beiden Fragen: Wie ist der Staat zu bilden und wie ist er zu verwalten?

Eine Möglichkeit der Beantwortung dieser Fragen liegt in der Ausdehnung des zentralistischen preußischen Staates nach Süden. Das ist realpolitisch nicht ausführbar. Die umgekehrte Lösung war in dem Preuß'schen Verfassungsentwurf vorgesehen. Er wollte das Reich in Länder gliedern, indem er den Norden nach süddeutschem Vorbild auflöste. Er schuf den Idealtyp eines mittleren Landes als Träger der Verwaltung. Historisch wäre es grotesk gewesen, den festgefühten preußischen Staat so zu zerschlagen.

Das Weimarer Werk blieb nach den Ideen seines Schöpfers unvollendet, insofern ihm der Unterbau der Länder vorenthalten wurde, den Preuß selber geplant hatte. Diese Unfertigkeit ist auch ein Grund für die Schwierigkeiten in der staatsrechtlichen Praxis der

²⁸ In der Neuen Ausgabe, Stuttgart/Berlin 1923, S.336. Ein ausgelassenes Wort, recte: „persönliche Vorliebe“.

²⁹ Danach ein Satz ausgelassen.

³⁰ Satz unvollständig zitiert.

nächsten Jahre gewesen. In Ausführung der Reichsverfassung haben die Länder nach Artikel 17 eine eigenstaatliche Form für ihre obersten Organe erhalten. Das steht im Gegensatz zu ihrer in der Staatspraxis rein verwaltungsmäßigen Aufgabe. Eine Neugliederung für die Aufgaben der Länder einerseits verwaltungsrechtlicher, andererseits staatsrechtlicher Art wurde unterlassen. Lippe-Detmold und Preußen können aber nicht die gleichen Aufgaben erfüllen.

In dieser Verschiedenartigkeit der Länder liegt eine Erschwerung für die Durchführung großer reichsgesetzlicher Ziele, was zur Schaffung der Reichsfinanzverwaltung und der Reichsarbeitsverwaltung Veranlassung gab. Das Reich wurde zur Aushöhlungspolitik getrieben. Keiner weiß, woher diese Politik kommt, keiner hat sie bewußt gewollt, es mußte aber eben so kommen.

Aus der Reformbewegung sind vier Vorschläge für die Reichsreform hervorzuheben. 1. Die bayerische Forderung einer föderalistischen Rückbildung der Verfassung. 2. Der Plan des dezentralisierten Einheitsstaates, den der frühere Reichsminister Koch-Weser aufstellte. 3. Die Bildung eines „Reichslandes“, wie Höpker-Aschoff, Kitz und der Bund zur Erneuerung des Reiches in verschiedenen Formen es vorschlugen. 4. Der Entwurf der Länderkonferenz, die „differenzierte Gesamtlösung“.

Diese einzelnen Pläne erörterte der Redner mit ihrem Für und Wider näher. Er betont dabei die Vorschläge der Länderkonferenz, in denen die staatsbildenden Gedanken des politischen Lebens und der Reformpläne logisch durchgebildet wären. Die Wahrung der staatlichen Einheit und der einheitlichen Verwaltung in Norddeutschland ist berücksichtigt. Für Österreich sind noch keine Einzelheiten festgelegt worden. Seine staatsrechtliche Stellung könnte der Bayerns angeglichen werden. Für den Anschluß könnten aber sogar freie bündische Formen verwendet werden.

Allen bisherigen Entwürfen blieb es versagt, Gesetzeskraft zu erlangen. Mit einem Ausblick auf die Aussichten der gegenwärtigen politischen Lage für die Reichsreform schloß der Redner.

Adametz: Nach den Ausführungen von Herrn Poetzsch-Heffter will Herr Adametz sich darauf beschränken, ergänzend den Standpunkt des Bundes zur Erneuerung des Reiches darzulegen. Der Erneuerungsbund hat in den Vordergrund seiner Arbeiten das Problem des Dualismus zwischen dem Reich und Preußen gestellt.

Bei der Planung eines neuen Aufbaues des Reichs muß die bisherige Stellung Preußens beseitigt werden. Andererseits aber darf die gegenwärtige Form der kleineren Länder auch nicht ohne eine Reform ihrer Eingliederung in das Reich erhalten bleiben. Die Eigenstaatlichkeit kleiner Länder darf keine politischen Störungen für die Erfüllung ihrer für das Reich wichtigen Verwaltungsaufgaben verursachen. Die Landesregierungen müssen von politischen Schwankungen durch Bestellung auf längere Dauer unabhängig gemacht werden.

Im Gegensatz zur Länderkonferenz steht der Erneuerungsbund in folgenden Punkten: Eine Zusammenfassung der Ämter des Landeshauptmanns und des Oberpräsidenten in den Reichsprovinzen hält der Erneuerungsbund nicht für tunlich. In der Zentrale will er einen Staatsrat für das Reichsland beibehalten, der die besonderen Landesinteressen gegenüber dem Reichsrat vertreten kann. In der neuen Denkschrift, deren Veröffentlichung bevorsteht, werden außerdem noch einige Reservatrechte gefordert, die von der Länderkonferenz nicht vorgesehen waren.

Die deutschnationalen Vorschläge für Aufrechterhaltung einer gewissen Eigenstaatlichkeit Preußens lehnt der Erneuerungsbund ab, weil dabei die Schwierigkeiten des Dualismus nicht beseitigt würden.

Graf Westarp: Er bekennt sich zu dem Worte Bismarcks vom Übergewicht des deutschen Nationalgefühls über das preußische Traditionsbewußtsein. Der preußische Staatsgedanke müßte für die Reichsreform aber höher bewertet werden und stärker berücksichtigt werden, als in den bisher entwickelten Reformplänen geschehen. Preußische Verwaltung und preußische Staatsgesinnung können dem Reich auch in Zukunft noch von hohem Wert sein, schon durch die Verbindung des kolonialen Ostens mit der älteren Kultur des Westens.

Um die unwägbaren Werte der preußischen Überlieferung auch äußerlich zu erhalten, ist der Name „Preußen“ für das sogenannte Reichsland beizubehalten. Bei dem sachlichen und geistigen Übergewicht Preußens in Norddeutschland läßt sich das auch gegenüber den kleineren Ländern rechtfertigen, die in dem Reichslande aufgehen sollen. – Aus den gleichen Erwägungen heraus ist für den Reichspräsidenten die Bezeichnung als preußischer Staatspräsident hinzuzufügen, ohne daß im übrigen an seiner Wahl durch das gesamte deutsche Volk irgend etwas zu ändern wäre. – Eine Mediatisierung Preußens unter den Reichstag und seine Wählerschaft würde eine Beeinflussung der inneren preußischen Verhältnisse durch die Wähler des gesamten Reiches bedeuten, die weder historisch noch staatsrechtlich gerechtfertigt wäre. Ebenso würde für die Regierung eine Abhängigkeit vom Reichstage nach Maßgabe des gegenwärtigen Artikels 54 RV für Preußen nicht erträglich sein. Innerhalb der Regierung müßte aber auch eine Selbständigkeit Preußens gewahrt werden, indem für die Justiz-, Kultus- und Finanzangelegenheiten besondere Ministerien erhalten bleiben. Deren Chefs würden in das Reichskabinett eintreten, so daß sich die Regierung für Preußen aus diesen drei preußischen Ministern und den Reichsministern des Innern, der Landwirtschaft, dem Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister sowie dem Reichskanzler zusammensetzte.

Der Einwand gegen die deutschnationalen Vorschläge, daß durch sie der Dualismus nicht beseitigt würde, könnte auch gegen andere Vorschläge erhoben werden, die sich an den Gedanken des Reichslandes halten. Der Gegensatz der Verwaltungsinteressen kann am leichtesten innerhalb des Kabinetts ausgetragen werden.

Eine gewisse Eigenstaatlichkeit Preußens könnte ohne ein eigenes Finanzministerium praktisch kaum gewahrt werden. Freilich darf damit die Reichsfinanzreform, die so mühsam erkämpft wurde, nicht wieder in Frage gestellt werden. Aber die Vertretung der preußischen Interessen beim Finanzausgleich machte allein schon ein besonderes Ministerium erforderlich.

Eine eigene Volksvertretung in Preußen wurde schon durch den Hinweis auf die Einflußnahme der außerpreußischen Wähler im Reichstag begründet. Es kommt hinzu, daß die Wahlen zum Reichstag naturgemäß unter anderen Parolen stattfinden, als sie für die Landtage maßgebend sind. Das preußische Parlament würde den restlichen Aufgaben des preußischen Staates entsprechend am besten nach den Grundsätzen einer Zweiten Kammer aufzubauen sein, wobei neben den berufsständischen besonders kulturelle Vertreter zu berücksichtigen wären. Mit einem Schlagwort gesagt, soll die Kopffahldemokratie dabei durch organische Demokratie ersetzt werden. Von einem solchen Parlament kann so viel Sachlichkeit erwartet werden, daß politische Reibungen mit dem Reichstag vermieden werden.

Im Reichsrat wäre eine zahlenmäßige Minderheit der preußischen Stimmen zuzugestehen, wenn dem Staate Preußen die übrigen vorgeschlagenen Rechte erhalten bleiben. Diese preußischen Stimmen müßten aber dann vom Reichspräsidenten als preußischen Staatspräsidenten geführt werden und nicht unter die Provinzen oder neuen Länder verteilt

werden. – Eine regionale Flurbereinigung in Norddeutschland mit der Reichsreform zu verbinden, sei angebracht.

Auf Wunsch von Präsident *Mulert* ergänzt Geheimrat *Poetzsch-Heffter* sein einleitendes Referat unter kritischer Stellungnahme zu den inzwischen gehörten Vorträgen. Ob Preußen wirklich noch ein so starkes Eigenleben innerhalb Deutschlands führte, wie die Pläne des Grafen Westarp voraussetzten, sei fraglich. Der deutsche Gedanke weist in die Zukunft. Was von Preußen erhalten werden kann, muß aber erhalten werden. Die obersten Staatsorgane Preußens beizubehalten, wird jedoch nicht angängig sein.

Es muß auf die Beschlüsse der Länderkonferenz zurückgegriffen werden. Sie enthalten das Ergebnis gründlicher Durcharbeitung der Organisation der zentralen, mittleren und unteren Instanzen und der Zuständigkeitsverteilung.

In der Diskussion nahm das Wort: Herr *Höpker-Aschoff*. Den Westarp'schen Vorschlag lehnt er als zur völligen Beseitigung des Dualismus zwischen dem Reich und Preußen nicht geeignet ab. Die Vergangenheit hat aber gezeigt, daß dieser Dualismus beseitigt werden muß. Andererseits muß auch die Erhaltung der Werte des preußischen Staates bei der Reform berücksichtigt werden.

Herr *von Dryander* betonte gleichfalls die Notwendigkeit voller Beseitigung des Dualismus.

Hugelmann: Für den Anschluß Österreichs ist die differenzierte Gesamtlösung die günstigere Voraussetzung. Durch diese Lösung eröffnet sich für Österreich die Aussicht, daß zur Berücksichtigung seiner berechtigten Sonderinteressen auch eine Differenzierung vorgenommen werden könnte. Österreich will keine unberechtigte Eigenpolitik treiben und will sich enger anschließen, als es in nur bündischer Form geschehen würde. Die Eingliederung ins Reich soll auch eine Unterordnung unter die deutsche Reichsgewalt bringen. Gern sähe Österreich aber, daß ihm eine erweiterte Gesetzgebungszuständigkeit, Verfassungsautonomie und Verwaltungszuständigkeit belassen wird, wie sie für die süddeutschen Länder bis zu einem gewissen Grade schon vorgesehen ist. Bei der stark föderalistischen Einstellung der Österreicher muß das betont werden.

Über Wesen und Bedeutung des Föderalismus äußert Herr *Hugelmann*, daß wohl das Nationalgefühl im deutschen Volke eine Triebkraft zur Staatsbildung sei. Aber die deutsche Geschichte zeigt eine Auseinandersetzung von Einheit und Vielheit nicht nur im Staatsleben, deren Gestaltungsreichtum den deutschen Geist kennzeichnet. In diesem Sinn ist der Föderalismus als eine dem deutschen Wesen gemäße Gestaltungsform zu betrachten. Die einheitsstaatliche Zusammenfassung und mechanische Sammlung von Erfahrungen durch eine Zentralregierung genügt nicht. Das innerste Wesen des deutschen Geistes findet in der föderalistischen Staatsform seinen Ausdruck.

Für die vorangegangenen Verhandlungen über die Preußenfrage hat der Redner tiefes Verständnis. Er betrachtet das preußische Staatswesen mit aufrichtiger Bewunderung. Trotzdem erhebt er Bedenken gegen die Vorschläge des Grafen Westarp. Die vorgeschlagene Lösung ist an sich zu kompliziert. Durch die Aufrechterhaltung der selbständigen Staatsministerien kann das erstrebte Ziel nicht erreicht werden, wenn im Kabinett drei preußische Minister fünf Reichsministern gegenüberstehen. Im Fall der Übereinstimmung des Kabinetts sei die Teilnahme eigener preußischer Minister nicht nötig, im Fall des Konflikts sei sie zur Durchsetzung der preußischen Interessen nicht ausreichend. Die Reunion zwischen dem Reichspräsidenten und dem Preußischen Staatspräsidenten, zwischen dem Reichskanzler und dem Preußischen Ministerpräsidenten sowie zwischen den Fachministern ist vorzuziehen. Die Artikel 54 und 17 der Reichsverfassung müßten für

die Regierung dann freilich aufgehoben werden, weil eine parlamentarische Verantwortlichkeit gegenüber zwei Parlamenten undurchführbar ist.

In der weiteren Diskussion über die Fragen der Beziehungen des Reichs zu den Ländern und insbesondere zu Preußen wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen beseitigt werden muß. Einmütigkeit herrschte aber über die unbedingte Notwendigkeit der Erhaltung von Preußens ideellen und praktischen Werten. Die Mehrheit des Ausschusses, der gegenüber nur Herr Graf Westarp Vorbehalte machte, hat sich auf die Vorschläge der Länderkonferenz geeinigt.

Die Aussprache wurde mit dem Beschluß abgeschlossen, daß ein kleiner Ausschuß zur Herausarbeitung der Verhandlungsergebnisse zusammentreten sollte, um paragraphierte Vorschläge zu formulieren.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung erstattete Herr Professor Dr. Hugelmann sein Referat über die staatsrechtlichen Bindungen der nichtpreußischen Länder und das Verhältnis zu Österreich. Als Voraussetzung für die allgemeine Gestaltung der Beziehungen von Reich und Ländern wird die sog. differenzierende Lösung der Länderkonferenz zugrundegelegt. Den nichtpreußischen Ländern müßten dann Sicherungen ihres Bestandes in territorialer Hinsicht (Art. 18 RV), im Hinblick auf die Kompetenz-Kompetenz des Reichs (Art. 76 RV), auf finanziellem Gebiet (Art. 8 ff. RV) und hinsichtlich ihrer Verwaltungsrechte (Schutz gegen Einrichtung von Reichsbehörden) gegeben werden. Die Verfassungsautonomie der sog. Länder alten Stils ist zu erweitern, insbesondere durch Einschränkung des Art. 17 RV (Streichung des letzten Satzes von Abs. 1 und des Abs. 2).

In der Aussprache wurde eingewendet (Poetzsch-Heffter), daß letzten Endes das Reich imstande sein müßte, das Verfassungsrecht und damit auch die Verteilung der Zuständigkeiten den jeweiligen praktischen Anforderungen im Laufe der historischen Entwicklung anzupassen. Dagegen schlug Herr Hugelmann vor, dem Artikel 76 RV einen dritten Absatz anzufügen, für den er zwei Fassungen formuliert hat: Eine Abänderung der Verfassung, durch welche die Rechte der Länder im Verhältnis zur Reichsgewalt eingeschränkt werden, bedarf der Zustimmung aller Länder (oder zweite Fassung: der Mehrzahl der Länder). Die Zustimmung wird durch Landesgesetz ausgesprochen.

Die Vorschläge zu Art. 17 RV wurden nach eingehender Aussprache von Präsident Mulert dahin zusammengefaßt, daß Satz 1 unverändert bleibt, Satz 2 über das Wahlrecht jedenfalls bezüglich des Grundsatzes des Verhältniswahlrechts einzuschränken ist, für die neuen Länder außerdem noch durch Zulassung des mittelbaren Wahlrechts und der Aufnahme berufsständischer Vertreter. Satz 3 über die parlamentarische Regierungsform ist zu streichen oder so zu formulieren, daß den Ländern die Abschaffung der parlamentarischen Regierungsform ermöglicht wird, weil in der Aussprache auf das Selbstbestimmungsrecht der süddeutschen Länder in diesem Punkte besonderer Wert gelegt wurde.

Art. 18 könnte gestrichen werden und Gebietsänderungen von der Zustimmung des beteiligten Landes abhängig gemacht werden. Eine Übergangsregelung zur Flurbereinigung wird dann nötig sein.

Für die Verteilung der Zuständigkeiten wird der Vorschlag der Länderkonferenz (vgl. Medicus³¹ S. 66) allseitig angenommen.

³¹ Franz Albrecht Medicus, Reichsreform und Länderkonferenz. Die Beratungen und Beschlüsse der Länderkonferenz und ihrer Ausschüsse, Berlin 1930.

Präs. Mulert schließt die Aussprache über den 3. Punkt der Tagesordnung und erstattet zum 4. Punkt sein Referat über Reich, Länder und Gemeinden – Kommunale Selbstverwaltung und Reichsreform.

Der erste Teil der Weimarer Reichsverfassung behandelt den Aufbau des Reiches, ohne die Gemeinden unmittelbar überhaupt zu erwähnen. Die Selbstverwaltung wird im Zweiten Teil der Reichsverfassung im Zusammenhang mit den Grundrechten für das „Gemeinschaftsleben“ in Form einer sogenannten institutionellen Garantie genannt. Offenbar gehört die kommunale Selbstverwaltung aber nicht in eine Linie mit den Vereinen und Versammlungen. Der Inhalt des Artikels 127 wäre vielmehr in den ersten Teil der Reichsverfassung zu übernehmen und die kommunale Selbstverwaltung in ihrem öffentlich-rechtlichen Zusammenhang als Unterbau für Reich und Staat zu regeln. – Aus dem gegenwärtigen ersten Teil der Reichsverfassung ergibt sich nur durch einen Rückschluß, nämlich aus der Tatsache des Fehlens jeder Bestimmung in Art. 6 ff. RV, daß das Kommunalrecht und Aufsichtsrecht zur Zuständigkeit der Länder gehört. Formell nimmt die Reichsgesetzgebung weder in der Verfassung noch in den einfachen Reichsgesetzen irgendwelche Notiz von den Gemeinden. Aber wie sieht es in der Praxis aus? Es gibt fast kein Reichsgesetz mehr, das die Gemeinden und Gemeindeverbände nicht ausführen sollen. Zwischen dem geschriebenen Organisationsrecht und den organisatorischen Auswirkungen der einzelnen Reichsgesetze besteht also eine augenfällige Inkongruenz. Dem Reich fehlt organisationsrechtlich der Zusammenhang mit den Gemeinden. Dadurch wird der Reichsgesetzgeber gezwungen, für das einzelne Gesetz ins Detail gehende, minutiöse Ausführungsbestimmungen neu zu geben, die eine unnötige Belastung des Gesetzes und eine schädliche Schematisierung für die Verwaltung zur Folge haben. Dieser Zustand ist aber eine Folge des Fehlens eines organischen Zusammenhanges, wie er innerhalb der Länder durch die Kommunalaufsicht vermittelt wird. Das Reich muß die sinngemäße Ausführung seiner Gesetze durch die unterste Instanz gewährleistet sehen, hat dazu aber einen falschen Weg beschritten, in dem es in der Einzelgesetzgebung den organisatorischen Mangel von Fall zu Fall auszugleichen suchte.

Aber noch an einer anderen Stelle macht sich das Fehlen einer Zuständigkeit des Reiches im Kommunalrecht in einer für die Staatspraxis sehr hinderlichen Weise bemerkbar. Die Verschiedenheit des Gemeindeverfassungsrechts von Land zu Land erschwert die Übersicht über die Ausführung von Reichsgesetzen.

Aus diesen Gründen hat das Reich zur Bewältigung großer und schwieriger Verwaltungsaufgaben wie etwa der Arbeitslosenhilfe eine eigene Reichsverwaltung bis zur untersten Instanz ausgebaut. Die damit angebahnte Entwicklung sollte durch einen Ausbau der Arbeitsämter zu Sozialämtern fortgesetzt werden. Dieser Aufbau einer Verwaltung von oben nach unten neben der historisch erwachsenen allgemeinen Verwaltung ist verfehlt. Es hat sich ja auch bereits gezeigt, daß das Nebeneinander von Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt kein glücklicher Zustand ist. Der Kampf um die Neuregelung der Arbeitslosenhilfe wird gegenwärtig freilich meist unter finanziellen Parolen, im Grunde aber um das hier gezeigte, grundsätzliche organisatorische Problem geführt.

Die Verteilung der Aufgaben und der Ausgaben hängt zusammen, und so zeigt sich eine Auswirkung der organisatorischen Mängel auch auf finanziellem Gebiet. Das Reich hat sich zunächst um die Gemeindefinanzen gar nicht gekümmert. Später wurde es durch die Verhältnisse dazu gezwungen, wenn die Erfüllung der reichsgesetzlichen Aufgaben der Gemeinden ermöglicht werden sollte. Die Länder drückten auf die Gemeinden im eigenen finanziellen Interesse. Das Reich wurde dadurch zum Schutz der Gemeinden gegen

die Länder veranlaßt, wie z. B. im § 11 der Wohlfahrtshilfeverordnung eine Verschlechterung des innerstaatlichen Finanzausgleichs zum Nachteil der Gemeinden verboten wurde. Ebenso wurde die Verteilung der Reichswohlfahrtshilfe nicht dem Ermessen der Länder überlassen und ihre Zurückbehaltung oder Verrechnung durch die Länder reichrechtlich verhindert. Auch hierbei erwies sich die Herstellung des Zusammenhanges vom Reich zu den Gemeinden als notwendig, auch hier wurde aber nur aphoristisch und nicht systematisch geholfen.

Die Folgerungen aus diesen Beobachtungen in der Staatspraxis müssen bei der Reichsreform gezogen werden. In die Reichsverfassung müssen Bestimmungen aufgenommen werden, durch die eine grundsätzliche Regelung der Stellung der Gemeinden als einheitlicher Unterbau des Reiches geschaffen wird. Hiermit werden bereits vollzogene Tatsachen nur legalisiert. Die Formulierung in der Verfassung würde hinter dem heutigen Artikel 2 folgendermaßen lauten können: „Das Reich gliedert sich in Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden wird das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten unter der gesetzlich geregelten Aufsicht von Reich und Ländern gewährleistet.“ Aus diesem allgemeinen Grundsatz ist dann eine Reihe von einzelnen Folgerungen bei einzelnen verfassungsrechtlichen Bestimmungen zu ziehen. Zunächst ist praktisch äußerst wichtig die finanzielle Sicherung des aufgestellten Grundsatzes. Art. 8 RV ist zu formulieren: „Das Reich regelt den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden).“

Die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) sollen die zur Erfüllung ihrer Angelegenheiten erforderlichen Einnahmen durch Ausschöpfung eigener Steuerquellen nach näherer Bestimmung eines Reichsgesetzes erheben.

Nimmt das Reich Einnahmen in Anspruch, die bisher den Ländern oder Gemeinden (Gemeindeverbänden) zustanden, so hat es auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) Bedacht zu nehmen.

Übertragen das Reich den Ländern oder Gemeinden (Gemeindeverbänden) oder die Länder den Gemeinden (Gemeindeverbänden) die Erfüllung neuer Aufgaben, so haben sie für die Bereitstellung der dadurch erforderlich werdenden neuen Deckungsmittel Sorge zu tragen.“

Im geltenden Reichsrecht findet sich dieser Grundsatz, der verfassungsrechtlich festgelegt werden muß, schon in § 54 des Finanzausgleichgesetzes. Von der rein formalrechtlichen Erhöhung der verfassungsrechtlichen Wirksamkeit des Grundsatzes abgesehen, gehört diese Fassung des Art. 8 aber auch als notwendiges Gegenstück zu dem allgemeinen Grundsatz des vorher erwähnten Art. 2 a. Ferner ist bei der Zuständigkeitsverteilung eine entsprechende Folgerung durch einen Zusatz von Art. 10 RV zu ziehen, was übrigens die Länderkonferenz auf Grund einer Eingabe des Städtetages auch schon getan hatte. Von dieser Zuständigkeit des Reichsgesetzgebers dürfte freilich nur durch Erlaß von Rahmengesetzen Gebrauch gemacht werden, was aber auch durchaus genügen würde, wie der vom Städtetag aufgestellte Entwurf einer Reichsstädteordnung zeigt. Zur Ergänzung des allgemeinen Grundsatzes bedarf es schließlich noch einer Umformung des Art. 14 RV, der etwa zu lauten hätte: „Die Reichsgesetze werden durch die Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) ausgeführt, soweit nicht die Reichsgesetze etwas anderes bestimmen.“ Auch hiermit wird freilich nur eine bereits bestehende Tatsache verfassungsrechtlich anerkannt.

Ob die Reichsgesetzgebung auch die Regelung von Gemeindegrenzen, die mit Landesgrenzen zusammenfallen, übernehmen soll, ist eine Frage, die hier nur gestreift werden

kann. Es gibt Fälle genug, z. B. im Gebiet der unteren Elbe und der unteren Weser wie auch in Mitteldeutschland, wo erhebliche Mißstände für die Kommunen aus dem Verlauf der Landesgrenzen entstanden sind. Das Mittel der Verwaltungsgemeinschaften, die durch Staatsverträge zustande kommen, reicht meist nicht aus.

Die verfassungsrechtliche Einführung eines Verwaltungsgerichtsschutzes hat für die Träger der Selbstverwaltung eine hohe grundsätzliche Bedeutung und gehört in einen Rechtsstaat als nötige Ergänzung zu den organisatorischen Maßregeln hinzu. Gegenstand der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung wäre die Handhabung der Kommunalaufsicht, die Entscheidung, ob eine Sache Auftragsangelegenheit oder Selbstverwaltungsangelegenheit ist, oder z. B. auch über die Gültigkeit der Auflösung von Gemeindevertretungen. Die Einführung der Zuständigkeit des Reichs für die gesetzliche Regelung der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist bereits durch einen Vorschlag der Länderkonferenz zu Art. 7 RV vorgesehen.

Dieser kurze Überblick über die Forderungen, die für die kommunale Selbstverwaltung bei der Reichsreform zu erheben sind, gibt den Inhalt der Denkschrift wieder, die den Mitgliedern des Ausschusses bereits übersandt worden ist. Es wäre wünschenswert, wenn in der nächsten Sitzung die kurz angeschnittenen Fragen noch ausführlicher erörtert werden könnten.

In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Gesichtspunkte dieses Referats eingehender Prüfung bedürften (u. a. betonte Prof. Hugelmann das österreichische Interesse an der Verwaltungsgerichtsbarkeit). Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit mußten die Beratungen jedoch abgeschlossen werden. Es wurde beschlossen, auf Grund der stattgehabten Verhandlungen durch einen kleinen Redaktionsausschuß die Ergebnisse präzise formulieren zu lassen.

Abstracts

Gabriele Metzler, The Nobel Prizes of 1919 and German Science in the Weimar Republic.

The Nobel prizes for physics awarded to Fritz Haber and Johannes Stark in 1919 seemed to reinstate German science in the international scientific community. However, this prestige was not long lasting. By avoiding discussion of the „Kriegsschuldfrage“, the Germans fell into an ever widening pool of self-isolation. Indeed, the cultural environment began to shape the way scientific research was conducted, notably in the field of physics. Although very effective, with high achievement in a relatively short period of time, this national method of research was highly controversial among physicists. In the long term, it contributed to the loss of German supremacy in physics long before the consequences of emigration after 1933 gave the advantage to the USA.

Cornelia Essner and Edouard Conte, „Marriage from afar“ and „Corpse Wedding“. Changes in Marital Law During the Third Reich.

The Nazi régime did not invalidate the legal institution of marriage in its „bourgeois“ form, yet set out to undermine it step by step. Although Hitler refused to grant equal status to illegitimate children, he did see fit to extend marriage rights to the „worthy“ dead. At the beginning of the war, „marriage from afar“ (Ferntrauung) was introduced to favour soldiers who could not return from the front to wed. Sometimes, these men had died by the time the ceremony took place at home. Gradually, „posthumous matrimony“ (nachträgliche Eheschließung), commonly called „corpse wedding“, found official recognition. In November 1941, a „secret“ decree by the Führer allowed German women to marry a „fallen hero“ of the Wehrmacht. As the war dragged on, the demand for such marriages grew markedly while the number of casualties – and of children born out of wedlock – increased. In this article, „marriage with the dead“ – which some officials hoped to replace by polygyny after the „final victory“ – is examined as an important aspect of Nazi policy.

Victor Mauer, Macmillan and the Berlin Crisis 1958/59.

British policy during the early stages of the Berlin Crisis was characterized by a dual approach. On the one hand, she advocated the alliance adopt a more flexible response to the Khrushchev initiative, but on the other, she was compelled to abide by alliance constraints. Britain attempted to shape alliance policy, but her power to influence world events in the late 1950's was strictly limited. Her early departure from the official Western line of seeking German reunification through free elections without recognizing the GDR amounted to anything but skilful manoeuvring and resulted in confusion and early discord among the Western allies. Further damage was done by Macmillan's policy of using the Berlin issue as a lever to further his own political concepts. He deliberately put alliance consensus at risk and provoked a deep breach of confidence. The consequence was that his scope for effective action diminished severely. Throughout the crisis Macmillan was the dominant personality in British foreign policy who wanted Britain to „stay in the big game“ even if this meant „punching above her weight.“

Daniel Kosthorst, Khrushchev and the Adshubej Mission in West Germany in 1964.

The visit of Alexej Adshubej, „Izvestia“ chief editor and son-in-law of Nikita Khrushchev, to West Germany in July 1964 has been the subject of much speculation. Taking place before the proposed summit meeting between Krushchev and Chancellor Ludwig Erhard, it appeared to mark the beginning of German rapprochement with the communists in an attempt to seek German unification, prevented only by Krushchev's fall in October 1964. New sources now available in both West and East German archives prove this assumption as completely unfounded. Neither the West nor the USSR was willing to endanger its prevailing interest in détente by taking the initiative in tackling the German question. Indeed, neither the Western Alliance nor the East European communist governments supported the idea of German unity. Adshubej's mission was a personal move by Khrushchev meant to give his policy of co-existence a decisive boost. Instead, this action only reinforced opposition at home and caused discord within the Eastern camp and in East Berlin.

Gerhard Schulz, Discussion of Changes to the Constitution of the Weimar Republic in the Spring of 1933.

Early in 1933 a small group of German statesmen and politicians, well-known professors of constitutional law, as well as the president of the „Deutscher Städtetag“ came together as an informal committee to discuss possible reforms of the Weimar constitution. While distancing themselves from Hitler's national socialist principles, they nevertheless favoured strong executive power in the form of either a dictatorship, another authoritarian head of state or even a monarchy. In April 1933 these deliberations ended without any noticeable consequences.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Gabriele Metzler, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen (Wilhelmstr. 36, 72074 Tübingen), Promotion 1994, 1994/95 Gastwissenschaftlerin an der University of California in Berkeley (Forschungsprojekt „Nationalismus und Internationalismus in der Physik, 1900–1945“); veröffentlichte u. a. zur Geschichte des Arbeitsrechts in der Weimarer Republik, zur englischen Europapolitik und den internationalen Beziehungen des 19. Jahrhunderts; arbeitet an einer Studie zur „wissenschaftlich-technischen Revolution“ in beiden deutschen Staaten 1945–1975.

Victor Mauer, M. Phil. (Cambridge), (Kaldenkirchener Straße 49, 41063 Mönchengladbach); arbeitet an einer Dissertation zur britischen Berlinpolitik der frühen Nachkriegsjahre am Historischen Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Dr. Cornelia Essner, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichtswissenschaften der Technischen Universität Berlin (Kulmer Str. 28, 10783 Berlin); veröffentlichte u. a. „Deutsche Afrika-reisende im 19. Jahrhundert“ (Stuttgart 1985) sowie gemeinsam mit E. Conte (Hrsg.) „La Quête de la race. Une anthropologie du nazisme“ (Paris 1995); arbeitet an einem Buch zum System der Nürnberger Gesetze.

Dr. Edouard Conte, Mitarbeiter am Laboratoire d'Anthropologie sociale (CNRS, Paris) und z. Zt. am Centre Marc Bloch Berlin (Kulmer Str. 28, 10783 Berlin); veröffentlichte u. a. „Macht und Tradition in Westafrika“ (Frankfurt/a. M. 1988) sowie gemeinsam mit C. Essner (Hrsg.) „La Quête de la race. Une anthropologie du nazisme“ (Paris 1995).

Dr. Daniel Kosthorst, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, Außenstelle Bonn (c/o Auswärtiges Amt über Referat 117 an IfZ-AAPD, Postfach 1148, 53113 Bonn); veröffentlichte u. a. „Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961“ (Düsseldorf 1993).

Dr. Gerhard Schulz, emeritierter ordentlicher Professor für Neuere Geschichte unter Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Universität Tübingen (Bei der Ochsenweide 16, 72076 Tübingen); veröffentlichte u. a. (mit K. D. Bracher und W. Sauer) „Die nationalsozialistische Machtergreifung“ (Köln 1960, Berlin 1974); „Zwischen Demokratie und Diktatur“, Bd. I: „Die Periode der Konsolidierung“ (Berlin 1963 u. 1987); Bd. II: „Deutschland am Vorabend der Großen Krise“ (Berlin 1987); Bd. III: „Von Brüning zu Hitler“ (Berlin 1992); „Revolutionen und Friedensschlüsse 1917–1920“ (München 2¹⁹⁸⁵); „Das Zeitalter der Gesellschaft“ (München 1969); „Faschismus – Nationalsozialismus“ (Frankfurt a. M. 1974); „Aufstieg des Nationalsozialismus“ (Frankfurt a. M. 1975); „Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg, 1918–1945“ (Göttingen 2¹⁹⁸²); „Einführung in die Zeitgeschichte“ (Darmstadt 1992).